

Materialiensammlung



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for family studies



6. Interdisziplinäres Symposium „Familienforschung“

20.-22. November 1996
in Strobl am Wolfgangsee

Referate und Statements

Reiner Buchegger
Helmuth A. Schattovits
(Herausgeber)

Heft 5

Wien 1998, ISBN 3-901668-14-4

Reiner Buchegger, Helmuth Schattovits (Hrsg.)

6. Interdisziplinäres Symposium

Familienforschung

20.-22. November 1996, Strobl am Wolfgangsee

Referate und Statements

Österreichisches Institut für Familienforschung

Materialiensammlung Heft 5, Wien 1998

ISBN 3-901668-14-4

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF);

Geschäftsführer: Helmuth Schattovits;

Mit der Herausgabe beauftragt: Wolfgang Lutz, Rudolf Richter, Helmuth Schattovits;

Alle: Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien;

Lektorat: Martin Voracek, 1090 Wien;

Gestaltung, Layout und Grafik: Edith Vosta, 1050 Wien;

Druck: Melzer, 1140 Wien

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familialer Lebenswelten aus Sicht von Kindern, Frauen und Männern.

Die wissenschaftliche Publikationstätigkeit des ÖIF besteht derzeit aus der Herausgabe der Schriftenreihe, der Hefte der Materialiensammlung und fallweisen „Working Papers“.

Die Hefte der Schriftenreihe werden nach wissenschaftlichen Kriterien von jeweils zwei Gutachtern evaluiert.

Für eine breitere Öffentlichkeit ist der 14tägig erscheinende Informationsdienst „beziehungsweise“ bestimmt.

Zu beziehen bei:

Österreichisches Institut für Familienforschung;

Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien; Tel.: 5351454, Fax: 5351455

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien

Vorwort

Der hier anzukündigende Dokumentationsband über das 6. Interdisziplinäre Symposium zur Familienforschung, das vom 20. – 22. November 1996 in Strobl veranstaltet wurde, ist Anlaß für ein kleines Jubiläum: Vor nunmehr bereits zehn Jahren gab es eine erste derartige Veranstaltung am selben Ort, damals veranstaltet vom Institut für Ehe und Familie (IEF). Dieses Symposium findet seither ohne Unterbrechung in zweijährigem Rhythmus jeweils in geraden Jahren statt.

In den ungeraden Jahren wird – in der Regel in einer Landeshauptstadt – eine wissenschaftliche Fachtagung zu einer besonderen Thematik der Familienforschung abgehalten. Als Veranstalter von Tagung und Symposium fungierten in den letzten Jahren gemeinsam die Österreichische Gesellschaft für interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF) und das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF), wobei letzteres neben der inhaltlichen Mitgestaltung auch die Hauptlast der Organisation trägt.

Liegt der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Fachtagungen eher (aber keinesfalls ausschließlich!) auf der Diskussion zwischen Wissenschaftlern, so ist ein Hauptanliegen der Symposien der Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis, worunter das weite Spektrum von Familienpolitik bis zur Beratung und Therapie verstanden wird. Ich möchte dabei ganz besonders das Wort "Austausch" betonen: Nach dieser nun doch schon langjährigen Erfahrung kann mit Fug und Recht festgestellt werden, daß es ein Geben und Nehmen auf beiden Seiten – Wissenschaft und Praxis – ist. Dem Praktiker werden neue und neueste Ergebnisse aus der Forschung näher gebracht, der Wissenschaftler wird mit den Fragen und Anliegen der Praktiker konfrontiert.

Gemeinsam ist beiden Veranstaltungstypen das Bestreben nach einem hohen wissenschaftlichen Niveau, Wahrung der Interdisziplinarität – oder zumindest Multidisziplinarität – und eine internationale Beteiligung, sowohl seitens der Vortragenden als auch der TeilnehmerInnen. Diese Internationalität bezieht sich primär auf den deutschsprachigen Raum, doch wurden in den letzten Jahren verstärkt auch Gäste aus den mittel- und osteuropäischen Staaten eingeladen.

Die Fachtagung ist jeweils einem Generalthema gewidmet. Demgegenüber zeichnet sich das Symposium, das in diesem Band dokumentiert wird, durch zwei Aspekte besonders aus. Zum einen ist es sein informeller Charakter: Ein großer Teil der Diskussion findet in Arbeitskreisen statt, darüber hinaus gibt es regen Gedankenaustausch noch bis in die späten Abendstunden hinein. Zum anderen erlaubt die Themenvielfalt ein Eingehen auf mehrere aktuelle Probleme.

Anregungen zu den Themen sowie Auswahl und Zusammenstellung ergeben sich aus einem interaktiven Prozeß zwischen den Mitgliedern der ÖGIF, des ÖIF und TagungsteilnehmerInnen einerseits sowie den Gremien der Veranstalter andererseits. Damit ist eine weit über das gewohnte Maß hinausgehende Mitwirkung aller teilnehmenden Personen schon während der Genese und dann auch am Symposium selbst gewährleistet.

Obwohl auch dieses Symposium kein Generalthema hatte, lag ein Schwerpunkt doch auf der Männerrolle im Rahmen der Frauen-, Kinder- und Familienpolitik, mit etwa der Hälfte der angebotenen Vorträge. Damit wurde einer Entwicklung Rechnung getragen, die versucht, von der häufig zumindest impliziten Zentrierung familienpolitischer Analysen auf die Frau etwas wegzukommen und der Funktion der Männer im Rahmen der Familie mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

In nun schon vertrauter Gliederung enthält die vorgelegte Dokumentation

- die Referate zu den Schwerpunktthemen
 - Frauen-, Kinder-, Familienpolitik und Männerrolle
 - Vulnerabilität und protektive Faktoren
 - Elternschaft zwischen Wunsch und Wirklichkeit;
- Statements und Berichte aus acht Arbeitskreisen;
- Kurzdarstellungen von ÖGIF und ÖIF;
- eine Liste der TeilnehmerInnen.

Unser herzlicher Dank gilt allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben, das sind in erster Linie die Vortragenden, sowohl im Plenum als auch in den Arbeitskreisen, den ModeratorInnen und ArbeitskreisleiterInnen, aber auch allen TeilnehmerInnen für die rege Beteiligung an den Diskussionen.

Namentlich hervorzuheben sind Herr Mag. Rudolf Karl Schipfer und Frau Friederike Haider für die ausgezeichnete Vorbereitung und flexible organisatorische Begleitung des Symposiums. Herrn Mag. Schipfer gebührt darüber hinaus Dank für die umsichtige Erstellung der Dokumentation.

Zu danken ist schließlich den Förderern des Symposiums und der Herausgabe der Dokumentation, insbesondere dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und dem Land Oberösterreich.

Linz und Wien, im April 1998

*Reiner Buchegger
Helmuth Schattovits*

Inhalt

Referate

Frauen-, Kinder-, Familienpolitik und Männerrolle

S. Rosenberger: Familienpolitik und Frauenpolitik – Widerspruch oder Ergänzung?	7
N. Ott: Beruf, Familie, Kinder – Ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht	15
L. Wilk: Politik der Großen – (k)eine Chance für die Kleinen?	33
W. Hollstein: Männer als Täter und Opfer	43

Vulnerabilität und protektive Faktoren

F. Lösel, D. Bender: Schutz und Risikofaktoren der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in der Familie und deren Umfeld	53
S. Geyer: Soziale Ungleichheit und soziale Unterstützung als protektive Vulnerabilitätsfaktoren	65

Elternschaft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

B. Wimmer-Puchinger: „Ich (mein Partner) will (k)ein Kind“	73
------------------------------------------------------------	----

Arbeitskreise

AK 1: Wertevermittlung in und durch die Familie

Zusammenfassung O. Kapella	83
Statement E. H. Englert: Familie, Wertevermittlung, Postmoderne	85
Statement B. Mucha: Familie ist der wichtigste Ort der kreativen Wertevermittlung	87
Statement S. Friedlmayer, E. Reznicek, G. Strunk: Wertevermittlung in und durch die Familie	89
Statement A. Peneder: Wertpluralismus in der Familie?	101
Statement P. Porada: Einschätzung der prinzipiellen Werte in der Wertevermittlung in und durch die Familie (Tradition und Neuzeitlichkeit)	105
Statement K. Reis: Zur gesundheitlichen Situation der Mütter in kinderreichen Familien	107
Statement E. Siebenhofer: Eheglück trotz Familie	113

AK 2: Familienpolitik

Zusammenfassung I. Kernthaler	117
Statement G. Binder: Vorrang für Kinder – neue Aspekte zur Familienförderung	120
Statement V. Gössweiner: Monitoring der Veränderung der psychosozialen Lebenssituation von Familien durch Auswertung der Erfahrung von Beratungsstellen	122
Statement S. Hopf: Wie kann Familienpolitik im Gefüge politischer Ressorts aufgewertet werden?	124

AK 3: Telearbeit und ihre Auswirkungen auf die Familie

Zusammenfassung M. Beham	127
Statement M. Kinn: Telearbeit und Familie	129
Statement G. Steinhardt: Telearbeit und familiärer Alltag: Mythos und Realität	132

AK 4: Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken	
Positionspapier	135
Statement E.-G. Bánffy: Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken	140
Statement I. Gross: Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken	141
Statement G. Huber-Semrad: Aus Sicht einer Betroffenen – Leben in Spannungsfeldern	141
AK 5: Migration – Integration	
Zusammenfassung J. Pflegerl	143
Statement A. K. Jalali: Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland	145
Statement J. Pflegerl: Vorstellung der Pilotstudie „Familienverhältnisse und Familienkonflikte von Zuwanderern“	148
AK 6: Bohnenstangenfamilie – Blutsverwandtschaft – soziale Verwandtschaft	
Zusammenfassung R. K. Schipfer	151
Statement H. Schattovits: Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot Idee und Praxis der Gemeinschaft B.R.O.T. in Wien 17, Geblergasse 78	153
Statement B. Wehrl-Novotny: „Ich hab den Papa und den Vati, beide sind lieb“ Familienbeziehungen von Kindern nach der Scheidung	158
AK 7: Männer, Väter, Kinderrollen	
Zusammenfassung F. Forster	161
Statement I. Gross: Männer, Väter, Kinderrollen	164
AK 8: Elternbildung – Elternschaft	
Zusammenfassung G. Denk	167
Statement M. Beham: Pubertät. Erleben aus Sicht von Jugendlichen und Erwachsenen – Herausforderungen für die Elternbildung	170
Statement G. Denk: NÖ Elternschule. Modelle I und II. Ausgewählte Ergebnisse der Elternbefragung	172
Statement P. Gurán: Elternschaft in der Slowakei – Wirklichkeit und Wünsche	175
Statement K. Nekula: Elternbildung: Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen	177
Anhang	
Programm des Symposiums	178
Referent/innen und Moderator/innen	179
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	180

Frauen-, Kinder-, Familienpolitik und Männerrolle

Frauenpolitik und Familienpolitik – Widerspruch oder Ergänzung?

SIEGLINDE KATHARINA ROSENBERGER

Im Jahre 1988 präsentierte die Vorarlberger Landesregierung die Ausstellung „Familie – Keim oder Zelle“. Der Titel galt manchen als tagespolitische Provokation. Ungeachtet dessen aber sprach die Ausstellung mit wissenschaftlicher Seriosität und ohne Beschönigung die Unterschiedlichkeit der Betroffenheit *durch* Familie und der Interessen an der Familie an. „Familie – Keim oder Zelle“ brachte differenzierte Sichtweisen zum Ausdruck und eröffnete eine realitätsadäquate Innenperspektive auf die Lebensform Familie und deren personenabhängige Bedeutungen und Funktionalisierungen – denn Familie, die für den einen gedeihender Keim ist, mag für den anderen beengende Zelle sein.

In diesem Beitrag werden vier Aspekte zur Frauen- und Familienpolitik behandelt: Im ersten Kapitel wird eine inhaltliche Bestimmung von Frauen- und Familienpolitik hinsichtlich der Konflikt- und Verteilungsproblematik gegeben; im zweiten wird die sogenannte Ernährer- / Bediener-Familie im Hinblick auf staatliche Anreize und Unterstützungen skizziert; im dritten Teil wird der enge Zusammenhang von Öffentlichkeit und Privatheit entlang der idealtypischen Modellvorstellungen „männliche Normalbiografie“ und „weiblicher Lebenszusammenhang“ diskutiert; im letzten Teil schließlich werden Bedingungen für eine kinder- und geschlechtergerechte Vereinbarkeit von Frauen- und Familienpolitik formuliert.

1. Frauen- und Familienpolitik als Verteilungsagenda

Vorweg sei festgehalten: Die Analyse der Politikfelder Frauen- und Familienpolitik ist für Österreich nicht ohne eine Berücksichtigung von parteipolitisch-strategischen Positionierungen möglich. Denn

- Frauen- und Familienpolitik sind Schauplatz divergierender Interessen, dahingehend, wie Gesellschaft verfaßt ist (Makroebene) und wie die individuell-persönlichen Beziehungen zwischen Frau und Mann gestaltet werden (Mikroebene);
- Frauen-, mehr aber noch Familienpolitik sind ideologisch und emotional besetzte Politikfelder: Sie eignen sich – wie kaum andere Politikbereiche – dazu, Werte und Grundhaltungen zu strapazieren sowie persönliche Befindlichkeiten und Loyalitäten gegenüber der je eigenen Lebensform an die Öffentlichkeit zu bringen;
- Frauen- und Familienpolitik werden von unterschiedlichen politischen Kräften, die im Parteien- und Stimmenwettbewerb stehen, forciert. Der Frauen- und Familienpolitik gilt auch deshalb das Interesse, weil sie in einer insgesamt themenreduzierten politischen Arena Profilierung erlauben.

Diese politisch-strategischen Rahmenbedingungen implizieren, daß Frauen- und Familienpolitik möglicherweise selbst dann, wenn sie inhaltlich konvergieren würden, in eine taktische Konfliktkonstellation gebettet werden (vgl. Pelinka, 1994).

1.1 Frauenpolitik

Gegenstand der Frauenpolitik ist die geschlechterungleiche Ressourcenverteilung, die zu den sozialen und ökonomischen Konsequenzen des Frauseins führt. Wissenschaftlerinnen sprechen diesbezüglich vom Frausein als sozialer Existenzweise (vgl. Maihofer, 1994) bzw. von der Geschlechtszugehörigkeit als gesellschaftlichem Platzanweiser (vgl. Knapp, 1988). Das originäre Anliegen einer emanzipatorischen Frauenpolitik ist folglich die vertikale Umverteilung von Gütern zwischen Frauen und Männern. Dabei handelt es

sich sowohl um Güter, die attraktiv und daher knapp sind – z. B. Arbeitsplätze, politische Jobs, Karrieren, Einkommen – als auch um Belastungen, die einseitig zugeteilt und zugeschrieben werden – z. B. unbezahlte Arbeit, Hausarbeit, Betreuung von Kindern und Alten.

Entsprechend der existierenden sozialen Ungleichverteilung und Hierarchisierung, die sich u. a. in der körperlichen Gewalt von Männern gegen Frauen äußert, vertreten Frauenpolitikerinnen ein Interesse an Um- und Andersverteilung, Männer hingegen eines am status quo. Veränderungsforderungen von Frauen und Beharrungsanliegen von Männern sind verteilungsrational zu begründen. Denn wenn die einen, die Frauen, nicht mehr diskriminiert, sondern gleichbehandelt werden, dann bedeutet dies gleichzeitig, daß die anderen, die Männer, nicht mehr privilegiert, sondern eben auch nur gleichbehandelt werden. Der politische Konflikt entlang der Geschlechtszugehörigkeit kann also nicht für beide Seiten kostenneutral verlaufen (vgl. Rosenberger, 1997).

Eine an Gleichheit orientierte Frauenpolitik verlangt insbesondere Maßnahmen der Zugangs- und Behandlungsgleichheit von Frauen und Männern in der öffentlichen Sphäre – in Beruf und Politik. Quoten, Frauenförderung und Gleichbehandlungsbestimmungen für Entgelt und beruflichen Aufstieg sind zentrale, wenn auch umstrittene Instrumente. Die Privatheit hingegen entzieht sich stärker der politischen Gestaltung und Veränderung, als dies für die Bereiche Arbeitswelt, Bildung und politische Repräsentation zu beobachten ist. Für diese Reservationsen der Privatheit gegenüber Veränderungen durch politische Interventionen gibt es mehrere Erklärungen. Eine sei hier explizit genannt: Die soziale Institution Familie „lebt“ von Bildern, die sie als natürlich ausweisen. Das Flair des Natürlichen jedoch widersetzt sich tendenziell der politischen Veränderung. Projektionen, die die Familie als natürliche Zelle fassen, lassen die Politik aus der sozialen Institution Familie verschwinden. Tatsächlich aber instrumentalisiert die Politik die Natur, denn sie versteckt ihre Interessen etwa an einer ganz bestimmten Familienform mit Verweisen auf deren Natürlichkeit und somit Unveränderlichkeit.¹

Die Frauenpolitik handelt nun gegen die Naturalisierung der familialen Lebenswelt, sie erweitert im klassisch-feministischen Sinne („das Private ist politisch“) das politische Terrain und macht Gestaltungsräume der Politik deutlich. Die Notwendigkeit der Frauenpolitik an der Umgestaltung der privat-familialen Beziehungen liegt in der Tatsache, daß eben diese Privatheit eine wichtige Ressource für das Erwerbssystem bzw. für den Arbeitsmarkt darstellt (vgl. Gottschall, 1995). Solange es aber nicht gelingt, in der Privatheit auch nur annäherungsweise eine gleiche Aufteilung der Reproduktionsarbeit herzustellen, wird die Effizienz der politischen Instrumente, die in der öffentlichen Sphäre gleichstellungsfördernd wirken sollen, neutralisiert werden (vgl. Cordes, 1996).

Der Erfolg von Gleichstellungs- und Frauenpolitik hängt also von der innerfamilialen Verteilung von Arbeit und Lebenschancen ab. Gerade dort aber, wo es um eine gerechtere, sprich gleichere, Verteilung von gesellschaftlich notwendigen Anforderungen geht, stößt die Frauenpolitik auf eine Familienpolitik, die dieses Ziel, nämlich Gleichheit der Verteilung von Gütern und Lasten, nicht mittragen will.

1.2 Familienpolitik

Familienpolitische Äußerungen und Maßnahmen lassen hinsichtlich ihrer ordnungspolitischen Gestaltung und sozialen Verteilungsfunktion (mindestens) zwei Dimensionen erkennen:

► Horizontale Verteilung zwischen Haushalten.

Da Haushalte mit Kind(ern) wirtschaftlich schlechter gestellt sind als Haushalte ohne Kind(er), zählt es zu den Anliegen der Familienpolitik, eine horizontale Umverteilung zwischen kinderbetreuenden und kinderlosen Haushalten herbeizuführen; Familien, d. h. Erwachsene mit Kind(ern), werden materiell (Transfers,

1 Die Vorarlberger Landesverfassung, Art. 6b (1), kann dies illustrieren: „Das Land hat die Ehe und die Familie als natürliche Grundlage der menschlichen Gesellschaft zu schätzen und zu fördern. (2): Das Land unterstützt die Eltern in ihrer Pflicht, Kinder zu pflegen und zu erziehen. Es achtet die Vorrangigkeit des natürlichen Erziehungsrechtes der Eltern.“

Steuern, Sachleistungen wie Gratisschulbücher und SchülerInnenfreifahrt) und institutionell (öffentliche Betreuungs- und Bildungseinrichtungen) unterstützt.

► **Innerfamiliäre Verteilung.**

Es ist evident, daß der Großteil der Transfers und Steuersysteme sich gegenüber der Erwerbstätigkeit der einzelnen Familienmitglieder sowie der Haus- und Betreuungsarbeit nicht neutral verhalten. Familienpolitische Maßnahmen implizieren vielmehr Anreize zur Verteilung von Einkommen und Arbeit zwischen Familien- bzw. Haushaltsmitgliedern. Die an die Familie gekoppelten öffentlichen Leistungen, die die Familie zur Erbringung von Aufgaben, die für die Gemeinschaft von Nutzen sind, fit machen, bewirken derzeit eine Verteilung materieller Güter zugunsten von Männern und eine Verteilung nichtbezahlter Arbeit zu Lasten von Frauen. Die österreichische Familienpolitik bietet kaum Beispiele, die eine partnerschaftliche Aufteilung von Lebenschancen und Belastungen zum Ziele hätten; sie bietet aber zahlreiche Beispiele, die die ungleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern festigen und ausbauen (vgl. Gisser, Holzer, Münz & Nebenführ, 1995).

Diese hier skizzierten Verteilungsrichtungen, die horizontale und die innerfamiliäre, sind nun nicht unterschiedlichen familienpolitischen Konzepten zuzuordnen, sie treten vielmehr gemeinsam auf. Auch wenn die Familienpolitiker – seltener Familienpolitikerinnen – vorgeben, im Interesse von Kindern zu handeln, auch wenn von einer Umverteilung zugunsten der Kinder gesprochen wird, so sind die Neigungen nicht zu übersehen, ganz bestimmte familiäre Formen zu begünstigen (z. B. die sogenannte Ernährer- / Bediener-Familie) und im Zuge dessen auch den Status von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu regeln. Dieser Synergieeffekt hängt mit spezifischen Zielen der Familienpolitik zusammen.

Das Ziel, Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kind(ern) finanziell und institutionell zu unterstützen, ist mit einem emanzipatorischen Frauenbild ohne weiteres zu vereinbaren. Das Ziel aber, Familien so auszustatten, daß sie gesellschaftliche Aufgaben übernehmen können, läuft in der Realität darauf hinaus, daß von Frauen „Familienarbeiten“ erwartet werden. Frauen können diesen Anforderungen aber in der Regel lediglich nur dann entsprechen, wenn sie nicht berufstätig, sondern „versorgte“ Ehe- und Hausfrau sind (vgl. Beck-Gernsheim 1985).

Familienpolitik, die die Familien (die es in der Einheitlichkeit des Begriffes ohnehin nicht mehr gibt) für gesellschaftliche Aufgaben rüsten will, orientiert sich an der Idee eines spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens und an funktionalen Beziehungen von Frauen zu anderen Personen und Institutionen – zum Ehemann, zum Kind oder zur Gesellschaft. Letzteres, die funktionalistische Herangehensweise an „Familie“, schreibt Frauen zwar Aufgaben zu, bringt aber gleichzeitig Frauen als Subjekte zugunsten der Familie als Einheitskonstrukt zum Verschwinden. Sie weist in mehrfacher Hinsicht frauendiskriminierende Gehalte auf. So blendet sie die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Erfahrungen aus – Familie ist aber für Frauen nach wie vor in erster Linie Arbeitsplatz, für Männer hingegen primär Ort der Erholung und Freizeit. Wenn nun Familie als Regenerationsstätte und Nest propagiert wird, wird einseitig die männliche Familienerfahrung generalisiert; dann jedoch, wenn an die Familie Aufgaben delegiert werden, werden diese Leistungen von Frauen erwartet. Funktionale Betrachtungsweisen verhindern, daß das Gemenge „Arbeit und Liebe“ geschlechtsspezifisch deutlich wird. Frauendiskriminierend ist weiters, daß funktionalistische Perspektiven die Veröffentlichung innerfamiliärer Mißstände insofern unterbinden, als diese kontraproduktiv wären. Die Harmonisierung und Idealisierung der Familie als notwendige Begleitmusik funktionalistischer Betrachtungen ignorieren die männliche Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie sexuellen Mißbrauch von Kindern und Vergewaltigungen von Frauen. Familienpolitik, die an der Erfüllung von Aufgaben der Familie für die Gesellschaft interessiert ist, neigt dazu, diese Gewalt auszublenden; Frauenpolitik hingegen nimmt explizit Partei für die Opfer der Gewalt (siehe Finanzierung von Frauenhäusern.)

2. Subventionierung der Ernährer- / Bediener-Familie

Der österreichische Wohlfahrtsstaat sieht im Zusammenhang mit Ehe und Familie diverse Leistungen vor – Transfers, Versicherungsschutz für Angehörige des/der Erwerbstätigen und eine vorsichtige Umverteilung durch das Steuerrecht zwischen Kinderlosen und Kinderhabenden. Familien- und Sozialpolitik entschädigen Menschen, die Versorgungsleistungen erbringen; sie honorieren (wenn auch mit geringen Beiträgen) Mütter und Ehefrauen für deren Arbeit *als* Mütter und *als* Ehefrauen. Die Tatsache, daß Kinder versorgt werden müssen, wird ebenso finanziell unterstützt wie die Tatsache, in einer Ehe zu leben (Witwen- / Witwerpension, Mitversicherungsmöglichkeit). Ehegattinnen erhalten Versorgungsansprüche über die Lebensform Ehe, unabhängig von der Sorge für tatsächlich betreuungsbedürftige Personen (z. B. Kind). Das heißt also, daß durch die Hausfrauenehe, die mit staatlicher Unterstützung ausgestattet ist, auch durchaus selbstversorgungsfähige Männer betreut und von alltäglicher Reproduktionsarbeit freigestellt werden.²

Familienpolitische Maßnahmen, Transfers und Besteuerungsformen sind, wie oben bereits erwähnt, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf berufliche und innerfamiliäre Arbeitsteilungen nicht indifferent. An zwei Instrumenten kann dieser Zusammenhang besonders deutlich gemacht werden: Besteuerungsformen und Familienzuschuß / Erziehungsgeld.

Das Österreichische Steuerrecht stellte 1973 von der Haushaltsbesteuerung zur Individualveranlagung (ESTG 1972) um. Die Implikationen der Haushalts- und der Individualbesteuerung auf das Erwerbsverhalten von Frauen wird in der einschlägigen Literatur stets hervorgehoben (Tanzer, 1996, S. 64; Weck-Hannemann, 1996, S. 194). Seit 1991 wird erneut die Einführung von prononcierteren Familienbesteuerungsansätzen diskutiert und realisiert. Der Verfassungsgerichtshof sprach hinsichtlich der Regelung der außergewöhnlichen Belastungen von Unterhaltspflichtigen von horizontalen Gerechtigkeitsmängeln (Zorn, 1996, S. 135). Hier interessieren uns aber vor allem die Verteilungseffekte bezüglich Berufs- und Versorgungsarbeit zwischen Frauen und Männern.

Haushaltsbesteuerungsformen begünstigen das Familienmodell der Hausfrauenehe. Sie benachteiligen berufstätige Ehefrauen insofern, als deren Einkommen – sie sind unter den gegebenen Verhältnissen um durchschnittlich 30 Prozent niedriger als jene der Männer – mit einem auch vom Einkommen des Ehemannes abhängigen Steuersatzes veranlagt werden. Praktisch heißt dies, daß das Einkommen der berufstätigen Frau noch weniger wert wird, ja daß es sich alleine aus steuerlichen Gesichtspunkten noch weniger auszahlt, berufstätig zu sein und eine Eigenversorgung zu erarbeiten. Anreize werden nicht für, sondern gegen eine Berufstätigkeit von Frauen gegeben (Weck-Hannemann, 1996, S. 196).

Aber auch Alleinverdienerabsetzbeträge subventionieren die Ernährer- / Bediener-Familie. Sie werten den Alleinverdiener auf. Die Tatsache nämlich, daß lediglich ein Einkommen – in der Regel das des Mannes – erzielt wird, genügt steuerrechtlich, daß nach Besteuerung dieses Einkommen im Vergleich zu „Doppelverdienern“ höher ist.

Haushaltsbesteuerung und Alleinverdienerabsetzbeträge unterschlagen, daß auch berufstätige Frauen, zusätzlich zur Erwerbsarbeit, die Hausarbeit und die Kinderbetreuung zu leisten haben. Die mehrfachbelastete Frau wird durch diese Modelle in doppelter Hinsicht negativ sanktioniert.

Eine weitere familienpolitische Maßnahme, die nicht an der Tatsache, daß ein Kind zu versorgen ist, ansetzt, sondern an die Nicht-Berufstätigkeit eines Elternteils gekoppelt ist, ist das sogenannte Erziehungsgeld. Einige österreichische Bundesländer (insbesondere Bundesländer mit einer defizitären öffentlichen Kinderbetreuung) gewähren für die häusliche Kinderbetreuung aus allgemeinen Steuermitteln einen

2 Die Berufstätigkeit von Frauen steht in Zusammenhang mit dem Familienstand. Einbrüche in der weiblichen Erwerbstätigenrate sind zu beobachten, wenn Frauen ein Kind bekommen. Einbrüche sind aber auch zu beobachten, wenn Frauen heiraten. Die Heirat ist, empirisch gesehen, ein Grund, die Berufstätigkeit aufzugeben. Die Moral, die aus dieser statistischen Geschichte zu ziehen ist: Die wahren Betreuungsfälle in unserer Gesellschaft sind nicht nur Kinder, sondern auch Ehemänner. Vielleicht erklärt dies, weshalb Männer sich so vehement wehren, wenn die Mitversicherung der Ehegattin ohne betreuungsbedürftige Kinder diskutiert wird.

Familienzuschuß. Die Logik des Erziehungsgeldes ist, daß das Daheimbleiben unterstützungswürdig ist, nicht jedoch die Betreuung von Kleinkindern.

Diese beispielhaft angeführten ehe- und familienorientierten staatlichen Entschädigungen und negativen Besteuerungen subventionieren jenen berufstätigen Ehemann, der sich das Lebensmodell einer Hausfrauenehe leisten kann. Die „Hausfrau“ als Typus der bürgerlichen Gesellschaft existiert nicht zuletzt deshalb, weil die Familienpolitik sie ermöglicht.

3. Männliche Normalbiografie und weiblicher Lebenszusammenhang als Stereotype der Familienpolitik

Die männliche Normalbiografie und der weibliche Lebenszusammenhang sind idealtypische Konzepte, die Lebenszyklus und Lebensorte von Frauen und Männern illustrieren und den Zusammenhang zwischen familiärem und beruflichem Alltag demonstrieren helfen.

Die männliche Normalbiografie ist durch ein spezifisches Berufs- und Arbeitskonzept charakterisiert: durch eine frei verfügbare und mobile Arbeitskraft, die Vollzeitverhältnisse und Überstundenbereitschaft zeigt, weiters durch eine Kontinuität der Erwerbsarbeit bei gleichzeitigem Rückgriff auf familiäre Leistungen. Die männliche Normalbiografie kennt keine familien- und kinderbedingten Unterbrechungen in der Lebensarbeitszeit; sie kennt keine familien- bzw. kinderbedingten kürzeren Wochen- und Monatsarbeitszeiten, sondern sie basiert auf der lebenslangen Freistellung von Hausarbeit und Familienaufgaben. In der männlichen Normalbiografie ist der Konsum von „Familie“ eingeschrieben (vgl. Beck-Gernsheim, 1985).

Der weibliche Lebenszusammenhang hingegen ist geprägt durch Phasen abwechselnder Berufs- und Familientätigkeiten. Konservative Gesellschaftspolitik spricht vom Drei-Phasen-Modell und vom Konzept der Wahlfreiheit für Frauen. Organisiert wird der weibliche Lebenszusammenhang durch frauentypische Arbeitsformen, die von den sogenannten Normalarbeitsverhältnissen abweichen (Teilzeit, geringfügige Beschäftigungen), und durch sozial- und familienpolitische Maßnahmen wie Mutterkarenzregelungen, die diese Unterbrechungen ermöglichen. Der weibliche Lebenszusammenhang vollbringt mit Hilfe öffentlicher Unterstützung das Kunststück, das Öffentliche und das Private in einer Person zu vereinbaren. Er vollbringt aber auch das Kunststück, den Eindruck zu erwecken, daß Frauen für herkömmlich weibliche Tätigkeiten besonders geeignet wären. Das familienpolitisch hofierte Konzept der Wahlfreiheit leistet dazu einen besonderen Beitrag.

Wahlfreiheit ist ein politischer Programmansatz, der die Trennung der öffentlichen Sphäre von der privaten weniger dramatisch, sprich durchlässig, erscheinen läßt. Wahlfreiheit suggeriert, daß sich Frauen zwischen Beruf und Familie entscheiden könnten. Diese Annahme ignoriert aber, daß der Staat die beiden Optionen, berufstätig sein oder zuhause bleiben, nicht gleich behandelt, sondern sie ungleich unterstützt, ungleich reizt.

Im Konzept der Wahlfreiheit wird die Freiheit zum Euphemismus für Ungleichheit. Die einen müssen sich *für* oder *gegen* den Beruf entscheiden, die anderen haben sich bereits für den Beruf entschieden, bevor sie sich überhaupt entscheiden mußten. Die sich entscheiden müssen, sind in der Berufsarbeit mit einem Makel behaftet. Sie sind familialisiert, und ihnen wird sowohl die Doppelbelastung zugemutet, als auch ein finanzielles Rückgrat durch einen Ernährer unterstellt. Wahlfreiheit ist euphemistisch, weil sie Zugangsgleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt suggeriert. Auf der Grundlage dieser Annahme erübrigen sich, so die Logik, spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen ebenso wie Gleichbehandlungs- und Frauenförderinstrumente. Dies erklärt vielleicht den Widerstand von politischen Kräften, die *für* Wahlfreiheit, aber *gegen* Frauenförderung eintreten (vgl. Rosenberger, 1996).

Wahlfreiheit schließlich ist beschönigend, weil das Konzept selbst es ist, das Frauen familialisiert und ihnen den Zugang zu Erwerbsarbeit erschwert bzw. sie für berufliche Karrieren diskreditiert. Denn allein die Existenz des Konzeptes Wahlfreiheit für Frauen macht bereits die Freiheit, zwischen Optionen zu wählen, zunichte.

Als Konsequenzen des familienpolitischen Engagements für die Organisation der Geschlechterverhältnisse läßt sich als Zwischenbilanz festhalten:

- Frauen leisten Familienarbeit und bekommen Transferleistungen bzw. gesetzliche Regelungen, die Versorgungs- und Erwerbsarbeit organisatorisch vereinbar machen.
- Weil Frauen Familienarbeit erbringen, werden sie am Arbeitsmarkt als zweitrangig behandelt und als Dazuverdienerinnen diskriminiert.³
- Weil Frauen am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, entscheiden sie sich für Familienarbeit und Transferleistungen (siehe Beanspruchung der Elternkarenzbestimmungen). Diese individuelle Entscheidung, die eine kollektive Grundlage besitzt, hält sie aber weiterhin auf dem Arbeitsmarkt zweitrangig.

Diese Konsequenzen verdichten sich zu einem spiralenförmigen Ablauf, der nur durch eine Politik, die egalitäre Geschlechterverhältnisse zum Ziel hat, aufgebrochen werden kann.

4. Ergänzung / Vereinbarkeit von Familien- und Frauenpolitik

Wenn Familien- und Frauenpolitik keine konfligierenden, sondern sich gegenseitig unterstützende Politikfelder sein wollen, dann hängt dies ganz wesentlich von einer gemeinsamen, gleichrangigen Zielvorstellung ab: Umverteilung von kinderlosen zu kinderhabenden Haushalten *und* Gleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern (vgl. Rosenberger, 1990).

Diese zweigliedrige, aber gleichrangige Zielformulierung ist die Schlüsselstelle einer Vereinbarkeit von Frauen- und Familienpolitik. Denn Versuche, frauenemanzipatorische Familienpolitik mittels finanzieller und verbaler Aufwertung von unbezahlter Arbeit zu betreiben, gelten als gescheitert. Denn sowohl die familienpolitisch motivierten Bestrebungen, Müttern beispielsweise ein Erziehungsgeld für das Zuhausebleiben zu bezahlen, als auch die Forderungen der Frauenbewegung nach Entlohnung der Hausarbeit, ändern die strukturelle Arbeitsteilung der Geschlechter nicht, sie verfestigen sie vielmehr. Aufgrund dieser Erfahrungen erscheint es effizienter, eine Aufwertung der Hausarbeit und der Kinderbetreuung (Versorgungsarbeiten) über ihre Gleichverteilung der Geschlechter anzustreben.

Versorgungsarbeit

Der Zusammenhang zwischen der Situation von Frauen in der Erwerbsarbeit und in der Familie ist evident (vgl. Kreckel, 1993). Die dahinterliegende Formel lautet: Wer Hausarbeit macht bzw. wem die Gesellschaft zuschreibt, Hausarbeit zu machen, hat Konkurrenz Nachteile in der Erwerbsarbeit – beim Zugang, bei der Entlohnung und beim Aufstieg. Daher hätte emanzipatorische Familienpolitik, die neben der Umverteilung zwischen Haushalten auch die Gleichheit der Lebenschancen von Frauen und Männern zum Anliegen hat, politische Maßnahmen zu initiieren, die gerade diesen Zusammenhang aufbrechen. Engagement primär bei der innerfamiliären Umverteilung von Haus- und Betreuungsarbeit wäre zu entwickeln. Die familienpolitische Empirie weist aber einen anderen Weg. Deshalb ist zu fragen, weshalb in der Öffentlichkeit massive Bedenken gegen eine familienrechtliche Regelung, die davon ausgeht, daß zusammenlebende Menschen für die Arbeit zuhause gleichermaßen zuständig sind, geäußert wurden. Es ist zu fragen, weshalb der Vorschlag der Frauenministerin, es familienrechtlich „normal“ zu machen, daß jeder Mensch Hausarbeit leistet und nicht nur im günstigsten Falle „mithilft“, so vehement diskutiert wurde.

Kinderbetreuung – Vereinbarkeit Beruf und Familie

Unter Vereinbarkeitsmaßnahmen werden politische Entscheidungen verstanden, die als Scharnier zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie / Kinder dienen (vgl. Dermutz, 1996). Wobei zwei grundlegende Richtungen zu beobachten sind:

3 Kuriosität am Rande: Die Frauen, die eine Doppelrolle erfüllen, d. h. Familienarbeit und Berufsarbeit leisten, gelten in der politischen Terminologie als Doppelverdienerinnen, tatsächlich aber verdienen sie nicht ganz die Hälfte weniger als die Einfachverdiener.

- a) Vereinbarkeitsmaßnahmen, die durch öffentliche Einrichtungen zur Kinder- und Altenbetreuung bestimmte Aufgaben von der Familie, sprich von der Frau, übernehmen und gemeinschaftlich erbringen. Diese Politik ermöglichte vielen Frauen einen sogenannten dritten Weg – die Doppelrolle.
- b) Vereinbarkeitsmaßnahmen, die bei der beruflichen Ausrichtung von Eltern ansetzen und die elterliche Berufsarbeit an Zeit- und Versorgungsbedürfnissen von Kindern ausrichten (vgl. Schiersmann, 1995).

Familienpolitik wird dann zur adäquaten Ergänzung für Frauenpolitik, wenn sie sich nicht länger auf die idealtypische Idee der Wahlfreiheit, die weder beim Ausstieg und schon gar nicht beim Wiedereinstieg in den Beruf existiert, zurückzieht, sondern dann, wenn sie auf die Veränderungen familiären Zusammenlebens und die Brüchigkeit der ehemaligen Geschlechterrollen mit Bedacht reagiert. Familienpolitik wird insbesondere dann zu einer Ergänzung der Frauenpolitik, wenn sie kinder- und geschlechtergerecht konzipiert ist, d. h., wenn familienpolitische Maßnahmen veranlassen, daß auch Männer ihren Anteil an der Familienarbeit übernehmen. Mit anderen Worten: Wenn die Familienpolitik dazu „reizt“, daß Männer nicht nur Landesväter spielen, sondern im Interesse der Kinder auch die Rolle der sozialen Vaterschaft aktiv übernehmen.

Literatur

- Aichhorn, Ulrike, 1994, Konflikte zwischen Frauen- und Familieninteressen aus der Sicht des Familienrechts, in: Christoph Badelt (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen. Wien / Köln / Weimar, 75-98.
- Beck-Gernsheim, 1985, Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt/M.
- Cordes, Mechthild, 1996, Frauenpolitik. Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung. Opladen.
- Dermutz, Susanne, 1996, Vereinbarkeitsideologie und Frauenspaltung. Über weibliche Erwerbsarbeit und Kindergartenmisere. In: e.h., Heft 1, 36-40.
- Gisser, Richard, Werner Holzer, Rainer Münz, Eva Nebenführ (1995), Familie und Familienpolitik in Österreich. Wissen, Einstellungen, offene Wünsche, internationaler Vergleich. Hg. vom Bundesministerium für Jugend und Familie, Wien.
- Gottschall, Karin, 1995, Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation. In: Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M. / New York, 125-162.
- Knapp, Gudrun-Axeli, 1988, Die vergessene Differenz. In: Feministische Studien, Heft 1, 12-31.
- Kreckel, Reinhard, 1993, Doppelte Vergesellschaftung und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstrukturierung. In: Petra Frerichs, Margareta Steinrücke (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse, Opladen, 51-64.
- Maihofer, Andrea, 1994, Geschlecht als Existenzweise. Einige kritische Anmerkungen zu aktuellen Versuchen zu einem neuen Verständnis von „Geschlecht“. In: Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M., 168-187.
- Pelinka, Anton, 1994, Gesellschaftspolitische Vorstellungen von Gerechtigkeit und ihre Relevanz für Familienkonzepte. In: Christoph Badelt (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen. Wien / Köln / Weimar, 3-10.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina, 1990, Frauen- und Familienpolitik – eine Politik der Gegensätze? In: ÖZP, Heft 2, 179-192.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina, 1996, Die Freiheit der Gleichen. In: Max Preglau et al. (Hg.): Ordnung und Freiheit – Ein interdisziplinäres Gespräch, Innsbruck, 21-44.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina, 1997, Frauen- und Gleichstellungspolitik. In: Herbert Dachs et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. Auflage, Wien, 690-700.
- Schiersmann, Christiane, 1995, Bedingungen der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit im europäischen Vergleich – unter besonderer Berücksichtigung von Elternurlaubsregelungen. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1 und 2, 94-114.

- Tanzer, Michael, 1996, Familienbesteuerung in Österreich und Deutschland. Historische Entwicklungen und Perspektiven. In: Erich Thöni, Hannes Wimmer (Hg.): Die Familie im Sozialstaat. Familienbesteuerung aus ökonomischer und juristischer Sicht. Innsbruck, 57-70.
- Veil, Mechthild, 1995, Frauenarbeit, Steuern und Familie: Familienbesteuerung aus der Sicht von Frauen. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 3, 100-114.
- Weck-Hannemann, Hannelore, 1996, Frauenerwerbstätigkeit und Familienbesteuerung. In: Erich Thöni, Hannes Wimmer (Hg.): Die Familie im Sozialstaat. Familienbesteuerung aus ökonomischer und juristischer Sicht. Innsbruck, 191-208.
- Zorn, Nikolaus, 1996, Entscheidungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes zur Familienbesteuerung. In: Erich Thöni, Hannes Wimmer (Hg.): Die Familie im Sozialstaat. Familienbesteuerung aus ökonomischer und juristischer Sicht. Innsbruck, 135-160.

Beruf, Kinder, Familie – ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht¹

NOTBURGA OTT

Der wirtschaftlichen Entwicklung in modernen Wohlstandsgesellschaften werden zwei Einflüsse auf die Familie zugeschrieben, die sich auf den ersten Blick zu widersprechen scheinen. Zum einen wird mit der These des Wandels von der „Vernunft-Ehe“ zur „Liebesbeziehung“ der Wegfall ökonomischer Funktionen der Familie betont; zum anderen wird der Verlust von Werten wie Fürsorge, Verantwortung und Solidarität in der Familie zugunsten von kurzfristiger materieller Bedürfnisbefriedigung und eine Reduktion der familialen Beziehungen auf eine ökonomisch rationale Austauschbeziehung beklagt.

Es wird also behauptet, die Familiendynamik der letzten Dekaden sei geprägt von einer zunehmenden Individualisierung, die sich in sinkenden Heirats- und Geburtenzahlen, steigenden Scheidungsziffern und der Verbreitung neuer Lebens- und Partnerschaftsformen manifestiert. Als Ursache für diese Entwicklung wird die These von der Verlagerung traditioneller Funktionen der Familie in andere Institutionen vertreten. Dadurch sinkt die Bedeutung der Familie für die individuelle Vorsorge bei gleichzeitiger größerer ökonomischer Unabhängigkeit der einzelnen Familienmitglieder aufgrund zunehmender Erwerbsbeteiligung und höherer Einkommen. Als Ergebnis zeigen sich Strukturveränderungen in den familialen Beziehungsformen, die sich als relativer Bedeutungsgewinn von emotional-kognitiven Funktionen darstellen.²

Hinsichtlich der daraus folgenden Handlungsstrategien der Individuen läßt sich dann folgende These aufstellen: Die Einbindung der Individuen in verschiedene soziale Subsysteme, die sich auf individueller Ebene als Konflikte manifestieren (Konkurrenz um Zeit und Ressourcen), führt dazu, daß *flexible Handlungsstrategien* aussichtsreicher erscheinen als langfristige Festlegungen, und die *Disponibilität von Ressourcen* für noch nicht feststehende Zwecke zum zentralen Moment persönlicher Sicherheit werden.

Dieser These soll im folgenden nachgegangen werden, wobei eine streng ökonomische (und damit gleichzeitig partielle) Sichtweise zugrundegelegt wird. Es werden also nur Verhaltensmuster betrachtet, die mit dem *ökonomischen Rationalitätsprinzip* beschrieben werden können, d. h. jene Verhaltensweisen, denen eine kalkulatorische Entscheidung über knappe Ressourcen mit dem Ziel der Nutzenmaximierung zugrundeliegt. Damit sollen keineswegs andere Bestimmungsgründe menschlichen Verhaltens negiert werden. Es gibt sicherlich Faktoren – insbesondere affektiver Natur – die sich der Erklärung mit dem Rationalprinzip entziehen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, allem menschlichen Verhalten die Rationalität abzuspochen. Insbesondere im Bereich von Partnerschaft und Familie besteht oft die Gefahr, über alle Verhaltensweisen den Deckmantel der Emotionen zu legen. Damit vergibt man aber Möglichkeiten, systematische Verhaltensweisen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zu erkennen. Soweit andere Faktoren nicht dazu führen, daß das Rationalkalkül als Handlungsprinzip ganz verworfen werden muß, beeinflussen sie zwar den Entscheidungsprozeß, führen aber nicht prinzipiell zu anderen Ergebnissen.

1 Einige Abschnitte des Beitrags sind gekürzt übernommen aus: Ott, N.: Zum Rationalverhalten familialer Entscheidungen. In: Born, Claudia; Krüger, Helga (Hg.): Ehepartnerliche Erwerbsverläufe: auf der Suche nach Strukturgebern im Modernisierungsprozeß weiblicher Lebensführung, Weinheim: Deutscher Studienverlag (1993), S. 25-51.

2 In soziologischer Terminologie wird damit die Entwicklung in der Vergangenheit gekennzeichnet als „funktionale Ausdifferenzierung“ im Außenaspekt (funktionale Spezialisierung zwischen Familie und anderen sozialen Subsystemen) und als „Entdifferenzierung“ im Innenaspekt (nicht mehr spezifische funktionale Rollenzuweisungen an einzelne Familienmitglieder, sondern gegenseitiger emotional-expressiver Leistungsaustausch).

Im Gegenteil, die ökonomischen Modelle können eine ganze Reihe von Verhaltensweisen mit dem Rationalprinzip beschreiben, für deren Erklärung häufig Emotionen und Rollenverhalten bemüht werden. Zwar mag für das einzelne Individuum das Verhalten durchaus häufiger von Normen als von direkten Kosten-Nutzen-Kalkülen geprägt sein, was jedoch keineswegs im Widerspruch zum Rationalprinzip steht. Die ökonomische Theorie sozialer Normen³ erklärt diese als gesellschaftlich effiziente Regelmechanismen, die nur Bestand haben, solange sie auch dem Rationalprinzip entsprechen. Andernfalls werden immer mehr Individuen ihren persönlichen Vorteil durch Nichtbeachtung der Normen verwirklichen, was letztlich zum Verfall und Wandel der Normen führt. Sofern aber normengeleitetes Verhalten ein funktionales Äquivalent zum Rationalverhalten darstellt und damit zu den gleichen Entscheidungen führt⁴, sind ökonomische Rationalmodelle geeignet, das beobachtbare Verhalten zu beschreiben und Anpassungsreaktionen an veränderte Rahmenbedingungen zu prognostizieren. Dies ist insbesondere zur Bewertung von politischen Handlungsmöglichkeiten wichtig.

Der ökonomische Ansatz zur Erklärung der Geschlechterverhältnisse

In die Diskussion um geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, Segregation und Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt wurden von Seiten der ökonomischen Wissenschaftsdisziplin verschiedene Ansätze, überwiegend neoklassischer Prägung, eingebracht, die die Stellung der Frau am Arbeitsmarkt zu erklären versuchen. Es handelt sich dabei vor allem um mikroökonomische Partialmodelle, die jeweils einen spezifischen Zusammenhang betrachten und die Entscheidung als Nutzenoptimierung bei gegebenen Ressourcen und Rahmenbedingungen ansehen. Dabei werden die Verhaltensweisen sowohl der Angebots- wie der Nachfrageseite am Arbeitsmarkt untersucht.⁵

Neben dem „Wunsch nach Diskriminierung“ (Becker, 1957) oder „sozialer Distanz“ (Thurow, 1969) auf der Nachfrageseite ist vor allem die im Vergleich zu Männern geringere und diskontinuierlichere Erwerbsbeteiligung von Frauen ein wesentliches Element der Argumentationskette für beide Seiten des Arbeitsmarktes. Sofern Frauen aufgrund ihrer familiären Pläne nur ein kurzes Erwerbsleben bzw. längere Erwerbsunterbrechungen planen, fallen Erträge von Ausbildungsinvestitionen nur für kürzere Zeiträume an. Entsprechend dem in der Humankapitaltheorie (Becker, 1964) postulierten Rentabilitätskalkül werden sie dann weniger in ihre Ausbildung⁶ investieren und treten mit von Männern abweichenden Merkmalen auf den Arbeitsmarkt. Gleiches gilt auch für die Entscheidungen von Arbeitgebern, sofern sie in betriebspezifisches Humankapital, d. h. lange Ausbildungs- und Anlernzeiten ihrer Arbeitnehmer investieren. Aufgrund von erwarteten längeren Verweildauern von Männern im Betrieb werden sie Arbeitsplätze mit hohen Ausbildungskosten vor allem diesen anbieten. Letztlich verfügen Männer und Frauen aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungsgänge über unterschiedliche Fähigkeiten und erhalten, sofern sie entsprechend ihrem Grenzprodukt entlohnt werden, unterschiedliche Löhne.

Zu diesem Effekt der unterschiedlichen Ausbildung tritt noch das Problem der unvollkommenen Information. Da ein Arbeitgeber bei Einstellung die tatsächliche Produktivität und das zukünftige Erwerbsverhalten nicht kennt, wird die Entscheidung von seinen diesbezüglichen Erwartungen abhängen. Da diese vor allem durch seine Erfahrungen mit Vertretern bestimmter Gruppen geprägt sind, werden Personen entsprechend dem durchschnittlichen Verhalten der Gruppe, der sie angehören, eingeschätzt. Sofern Frauen im Durchschnitt im Vergleich zu Männern eine geringere Produktivität oder ein diskontinuierliches Erwerbsverhalten aufweisen, unterliegen dann bei Risikoscheu des Unternehmers alle Frauen einer „stati-

3 Vgl. z. B. Voss (1985) oder Vanberg (1984).

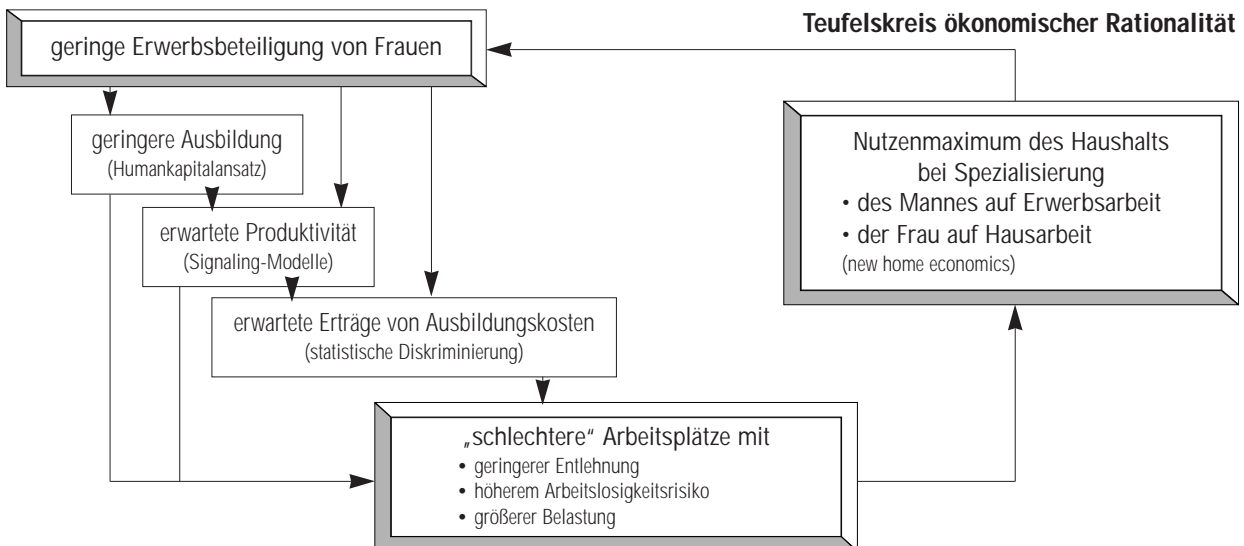
4 Diesen Nachweis gilt es jedoch im Einzelfall immer zu erbringen.

5 Eine ausführliche Diskussion der Arbeitsmarktmodelle und ihrer Erklärungskraft für die geschlechtsspezifischen Unterschiede am Arbeitsmarkt ist in Ott & Rinne (1994) zu finden.

6 Zwar läßt sich heute keine geringere Ausbildung (gemessen in Ausbildungsjahren) von Frauen mehr nachweisen, jedoch investieren sie nach wie vor in andere Ausbildungsgänge, nämlich überwiegend in Berufe, in denen sie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwarten.

stischen Diskriminierung“, ungeachtet ihrer wahren Merkmale.⁷ Aufgrund des höheren Risikos eines Arbeitgebers, daß den Kosten bei der Einstellung einer Frau nicht die kalkulierten Erträge entsprechen, werden Frauen auf Arbeitsplätze mit geringeren Kosten verwiesen, die im allgemeinen schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne aufweisen.

Die Arbeitsmarktmodelle betrachten jedoch nur einen Teilbereich des Problems: Das unterschiedliche Erwerbsverhalten von Männern und Frauen geht als exogenes Datum ein, das nicht weiter hinterfragt wird. Dieser Frage wird mit Modellen der sogenannten „new home economics“ nachgegangen, die die Allokationsentscheidung im Haushalt betrachten,⁸ wobei hier wiederum die am Markt für Männer und Frauen herrschenden Löhne als exogene Daten eingehen. Der Haushalt wird dabei als „kleine Fabrik“ (Becker, 1965) angesehen, in der mit Marktgütern und Zeiteinsatz die eigentlich nutzenstiftenden Güter produziert werden.⁹ In Analogie zur Theorie des Unternehmens wird die Leistungserstellung im Haushalt mittels einer Haushaltsproduktionsfunktion beschrieben, wobei neben eventuell vorhandenem Nicht-Lohn-Einkommen die Humankapitalausstattung und die zur Verfügung stehende Zeit die Ressourcen des Haushalts darstellen. Da zwischen dem Einsatz von Zeit in der Haushaltsproduktion oder zum Einkommenserwerb in gewissem Umfang Substitutionsmöglichkeiten bestehen (Güter können entweder am Markt erworben werden oder selbst produziert werden), besteht in der Aufteilung der Zeit auf die verschiedenen Tätigkeiten das eigentliche Entscheidungsproblem im Haushalt.



7 Vgl. hierzu die Signaling-Modelle (z. B. Spence, 1973; Arrow, 1973 und Stiglitz, 1973), das Queueing-Modell von Thurow (1975) sowie die Ansätze zur Erklärung von Arbeitsplatzzuweisungsmechanismen auf segmentierten Arbeitsmärkten (z. B. Sawhill, 1973; Sengenberger, 1975).

8 Vgl. zu einem Überblick Galler & Ott (1992). Seit den 60er Jahren sind hier im wesentlichen drei Entwicklungslinien zu beobachten. Zum einen wurde mit der Berücksichtigung von Konsumtechnologie und Zeitkosten die Leistungserstellung im Haushalt in den Mittelpunkt von Haushaltsentscheidungen gerückt. Auf der anderen Seite wurden Modellansätze entwickelt, die explizit den Mehrpersonenhaushalt betrachten und dabei berücksichtigen, daß verschiedene Ressourcen wie Humankapitalausstattung und insbesondere die zur Verfügung stehende Zeit an einzelne Haushaltsmitglieder gebunden sind und nicht transferiert werden können. Schließlich werden in jüngster Zeit Modellansätze entwickelt, die auch die Entscheidungsstruktur im Haushalt berücksichtigen und mit spieltheoretischen Konzepten den Interaktionsprozeß endogen modellieren.

9 Diese elementaren Güter können sowohl materieller wie immaterieller Art sein. So zählen eigenproduzierte materielle Güter wie z. B. eine Mahlzeit oder die Wohnungsrenovierung ebenso zu den Elementargütern wie Kindererziehung oder eine gemütliche Wohnung. Kerngedanke ist dabei, daß Marktgüter nicht direkt nutzenstiftend sind, sondern zu ihrem Konsum noch weiterer Zeiteinsatz notwendig ist.

Im Mehrpersonenhaushalt kann dann durch Spezialisierung der Haushaltsmitglieder auf verschiedene Tätigkeiten (verbunden mit innerfamiliären Tausch) im gemeinsamen Haushalt eine im Vergleich zu separaten Haushalten höhere Wohlfahrtsproduktion erwirtschaftet werden.¹⁰ Die optimale Allokation der Haushaltsressourcen ergibt sich dann bei maximaler Spezialisierung¹¹ der Haushaltsmitglieder auf unterschiedliche Tätigkeiten, für die sie komparative Produktionsvorteile durch unterschiedliche Humankapitalausstattung aufweisen oder im Laufe der Zeit entwickeln¹². Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede führen dann zu der traditionellen Arbeitsteilung im Haushalt, wonach Männer, die in der Regel ein höheres Einkommen erzielen als ihre Frauen, sich der Marktarbeit und Frauen sich vorwiegend der Hausarbeit widmen. Diese werden daher in geringerem Umfang erwerbstätig sein oder (zumindest bei zeitintensiver Haushaltsproduktion wie in Zeiten der Kindererziehung) die Erwerbstätigkeit ganz aufgeben. Die Antizipation einer solchen familialen Arbeitsteilung und seine Implementierung als soziale Norm stellt zudem eine optimale prämaritale Humankapitalbildung sicher, indem beide Partner (und bereits deren Eltern) mit hoher Zuverlässigkeit ein entsprechendes künftiges Arrangement erwarten können und durch Sozialisation und Bildungsweg entsprechende Fähigkeiten erwerben.

Die Charakteristika der Frauen, aufgrund derer sie durch das unternehmerische Rentabilitätskalkül auf die „schlechteren“ Arbeitsplätze mit den geringeren Löhnen verwiesen werden – geringere Humankapitalausstattung und ein diskontinuierliches Erwerbsverhalten – ergeben sich durch das Entscheidungskalkül des Haushalts als Folge der geschlechtsspezifischen Unterschiede am Arbeitsmarkt: „Do the lower earnings, higher unemployment, and occupational segregation of women result from their higher turnover and lack of continuous job experience? Or are discontinuous work histories and high turnover the inevitable result of being restricted to secondary occupations, characterized by low earnings, unstable employment and little or no opportunity for advancement? The answer to both questions is yes“ (Lloyd & Niemi, 1979, S. 13). Ist die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt – aus welchen Gründen auch immer – erst einmal eingetreten, so führt rationales Verhalten sowohl auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite zu einem Teufelskreis, über den die Verhaltensmuster reproduziert werden.

Der familienökonomische Ansatz

Über diese eher produktionstechnische Betrachtungsweise des Haushalts gewinnt in jüngster Zeit, insbesondere seit der Nobelpreisverleihung an Gary S. Becker, der ökonomische Ansatz auch zur Erklärung familialen Verhaltens an Beachtung. Aufbauend auf den Fragen zu Konsum, Erwerbsangebot und Haushaltsproduktion wurde das Untersuchungsgebiet der Haushaltsökonomie zunehmend auch auf andere familiäre Entscheidungen wie Fertilitäts-, Heirats- und Scheidungsverhalten ausgedehnt.¹³ Kinder werden dabei als „dauerhafte Konsumgüter“ betrachtet, deren Nutzen vor allem immaterieller Art ist, während als Kosten die Ausgaben für Marktgüter sowie die Opportunitätskosten der eingesetzten Zeit angesehen werden.¹⁴ Die Fertilitätsentscheidung ist dann eine Frage der Zeitallokation zwischen Markt- und Hausarbeit, wobei Kindererziehung als zeitintensiv gilt. Mit steigendem „Zeitpreis“, (d. h. steigendem Lohnsatz) ergibt sich dann eine sinkende Fertilitätsneigung.

10 Ist eine Person bei einer Tätigkeit produktiver als bei einer anderen, so ist es effizient, wenn diese Person ihre Zeit ausschließlich bei dieser Tätigkeit einsetzt und die damit produzierten Güter anschließend gegen andere, von ihr benötigte Güter eintauscht. Haben die Tauschpartner unterschiedliche Fähigkeiten, können auf diese Weise insgesamt mehr Güter produziert werden, die bei entsprechender Verteilung zur Wohlfahrtssteigerung aller beitragen.

11 Maximale Spezialisierung bedeutet hierbei, daß höchstens eine Person mehrere Aktivitäten ausübt, während alle anderen sich ausschließlich einer Aktivität widmen.

12 Vgl. z. B. Becker (1981) und Cigno (1991). Da durch die Ausübung der jeweiligen Tätigkeit über ein on-the-job-training das spezifische Humankapital steigt, wird üblicherweise davon ausgegangen, daß diese Wohlfahrtsgewinne im Verlauf der Ehe steigen und damit ehestabilisierend wirken (z. B. Pollak, 1985).

13 Vgl. zum Überblick z. B. Zamek-Glyscinski (1985).

14 Vgl. z. B. Becker & Lewis (1974).

Die Modelle des Heiratsverhaltens¹⁵ unterstellen nutzenmaximierende Individuen, wonach es zu einer Eheschließung nur dann kommt, wenn dadurch beide Partner ein höheres Nutzenniveau erreichen. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Wohlfahrtsproduktion im gemeinsamen Haushalt gegenüber getrennten Haushalten, die durch Kostenvorteile, Spezialisierungsvorteile sowie ehespezifische Güter wie Kinder und emotionale Geborgenheit entstehen.¹⁶ Unter allen möglichen Partnerverbindungen am Heiratsmarkt wird die mit der größten erwarteten Nutzensteigerung realisiert. Diese wiederum hängt von den Eigenschaften der Partner ab. Komparative Produktionsvorteile der Partner durch unterschiedliche Humankapitalausstattung steigern den Gewinn aus haushaltsinterner Arbeitsteilung. Zur Realisierung von Skalenerträgen und für den gemeinsamen Konsum von haushaltsöffentlichen Gütern (langlebige Gebrauchsgegenstände, Freizeitgestaltung, Kinder etc.) sind dagegen komplementäre Eigenschaften von Vorteil. Diese Argumentationen zeigen ein rationales Erklärungsmuster für zwei Aspekte der Partnerwahl, die landläufig auch unter den Redewendungen „Unterschiede ziehen sich an“ sowie „gleich und gleich gesellt sich gern“ bekannt sind.

Bei den Modellen zur ehelichen Stabilität¹⁷ wird im Umkehrschluß davon ausgegangen, daß es zu einer Trennung dann kommt, wenn dadurch beide Partner ein höheres Nutzenniveau erreichen als beim Fortbestand der Partnerschaft. Letztlich handelt es sich dabei um die Revision einer Fehlkalkulation bei Eheschließung, die auf Unsicherheit und unvollkommene Information zurückzuführen ist. Sofern bei gegebener interner Verteilung die externe Alternative nur für einen Partner attraktiver erscheint, kann der andere durch Kompensationszahlungen versuchen, diesen zum Verbleiben zu veranlassen, woraus bei Erfolg der Fortbestand der Ehe allerdings bei geänderter interner Verteilung resultiert. Zur Trennung kommt es, wenn die Gesamtwohlfahrt in der Ehe die beiden individuellen Wohlfahrtslagen im Falle der Scheidung nicht übersteigt, da dann keine hinreichenden Kompensationszahlungen möglich sind.

Wie bereits diese kurze Synopse zeigt, ist das Untersuchungsgebiet der Familienökonomie sehr breit, und es können verschiedene empirisch beobachtbare Phänomäne familialer Entscheidungen durch rationale Verhaltensweisen erklärt werden. Bei diesen Fragestellungen wird jedoch kein einheitlicher Modelltypus verwendet, sondern je nach Untersuchungsobjekt werden unterschiedliche Annahmen hinsichtlich des Einflusses der individuellen Interessen getroffen. Für Fragen der Familiengründung und -auflösung wird von individuellen Nutzenfunktionen und strategischem Verhalten der Individuen ausgegangen. Für Entscheidungen bei bestehender Familie (Zeitallokation, Fertilität) wird jedoch der Haushalt wie im klassischen Ansatz als wirtschaftliche Entscheidungseinheit betrachtet, die entsprechend dem Konzept des homo oeconomicus eine wohldefinierte Haushaltsnutzenfunktion maximiert. Implizit und teilweise auch explizit¹⁸ wird damit unterstellt, daß die Allokationsentscheidungen des Haushalts von der internen Verteilung unabhängig sind. Diese Annahme ist aber nur dann sinnvoll, wenn alle Haushaltsgüter zwischen den Haushaltsmitgliedern transferiert werden können, was jedoch für die meisten immateriellen Güter nicht zutrifft¹⁹.

Familiäre Entscheidungen als Verhandlungsproblem

Die vielfache Kritik an dem Konzept der Haushaltsnutzenfunktion hat dann zu einer neuen Entwicklung in der mikroökonomischen Haushaltstheorie geführt, die Ende der 70er Jahre eingesetzt hat. Zunehmend werden Modellansätze entwickelt, die auch die Entscheidungsstruktur im Haushalt berücksichtigen und mit spieltheoretischen Konzepten den Interaktionsprozeß endogen modellieren. Dabei werden kooperative wie nicht-kooperative Konzepte zur Modellierung von Haushaltsentscheidungen wie Konsum, Arbeitsangebot,

15 Vgl. z. B. Becker (1981).

16 Vgl. z. B. Becker (1973).

17 Vgl. zu dieser Argumentation z. B. Zameck (1990).

18 Vgl. z. B. Samuelson (1956) oder Becker (1974 und 1981).

19 So kann z. B. die Freude am Spiel mit Kindern nicht auf den außer Haus tätigen Partner übertragen werden.

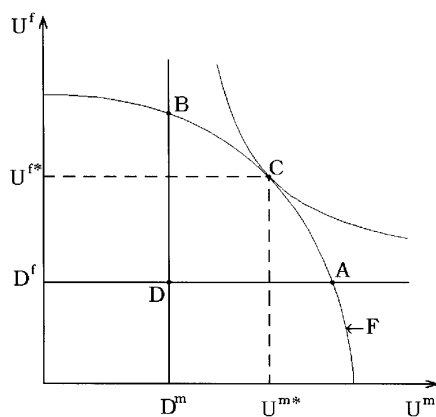
Sparverhalten und innerfamiliärer Arbeitsteilung, aber auch von familialen Entscheidungen wie Fertilität und Scheidungsverhalten verwendet.²⁰

Grundsätzlich wird bei diesen Ansätzen die Familie als ökonomische Institution betrachtet, in der durch langfristige Kooperation der Mitglieder die Wohlfahrtsgewinne erwirtschaftet werden können. Als *Konsumgemeinschaft* können durch den gemeinsamen Konsum oder die gemeinsame Nutzung von haushaltsöffentlichen Gütern Effizienzgewinne sowie einfache Größenvorteile (economies of scale) erzielt werden.²¹ Als *Versicherungsgemeinschaft* bietet die Familie materielle wie immaterielle Absicherung von Risikofällen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter. Und als *Produktionsgemeinschaft* können durch Spezialisierung der Haushaltsmitglieder komparative Produktionsvorteile genutzt werden.

Durch langfristige Kooperation im Haushalt entstehen somit Zusatzgewinne, die den Haushaltsmitgliedern ein höheres Wohlfahrtsniveau ermöglichen, als sie es erreichen könnten, wenn sie jeweils für sich allein wirtschaften würden.²² Von daher besteht ein individuelles Interesse der Haushaltsmitglieder an einer gemeinsamen Haushaltsführung, sofern sie an den Gewinnen partizipieren. Es entstehen also zusätzlich zu Allokationsentscheidungen im privaten Haushalt Verteilungsprobleme, die in einer für alle Mitglieder akzeptablen Weise gelöst werden müssen.

Derartige Situationen können mit spieltheoretischen Verhandlungsmodellen²³ untersucht werden. Diese gehen davon aus, daß die Verteilung des Kooperationsgewinns das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses ist, dessen Verlauf vom Interesse beider Partner an einer kooperativen Lösung abhängt. Da dieses Interesse je nach Attraktivität der Alternativen außerhalb der Familie unterschiedlich ist, bestimmen diese die Verhandlungsstärke der Partner. Änderungen in den externen Alternativen haben dann Änderungen der Verhandlungsmacht in der Familie zur Folge und führen so zu einer veränderten innerfamiliären Wohlfahrtsverteilung.

Abbildung 1: Nash-Lösung eines kooperativen Verhandlungsproblems



20 Bei nicht-kooperativen Ansätzen wird dabei von rein strategischem Verhalten der Haushaltsmitglieder ausgegangen und die Allokationsentscheidung bei individueller Nutzenmaximierung unter Berücksichtigung gemeinsamer Restriktionen betrachtet. Bargaining-Modelle unterstellen dagegen eine Kooperation der Haushaltsmitglieder zur Steigerung der Wohlfahrtsproduktion, die jedoch ihrerseits von der internen Verteilung abhängt. Vgl. zu einem Überblick Galler & Ott (1992).

21 Zu denken wäre hier an gemeinsam genutzte Güter wie Kühlschrank, Wohnung, Fernseher etc., die dann nur einfach beschafft werden müssen, sowie die Kostenersparnis bei der Produktion größerer Mengen bestimmter Güter wie Mahlzeiten oder Wäschewaschen.

22 Darüber hinaus gibt es in der Familie zusätzlich zu den genannten Punkten affektive Beziehungen, die in mehrfacher Weise die Wohlfahrt steigern können. Zum einen entstehen dadurch familien- oder ehesispezifische Güter wie z. B. emotionale Geborgenheit, die außerhalb der Familie gar nicht produziert werden können. Zum zweiten führen affektive Komponenten in gewissem Umfang zu altruistischem Verhalten.

23 Vgl. z. B. Holler (1985).

Bei einer Modellierung als kooperatives Spiel läßt sich dies grafisch veranschaulichen.²⁴ In Abbildung 1 bezeichnen U^m und U^f die von den Partnern erreichten Nutzenniveaus bei gemeinsamem Haushalt und D^m und D^f die höchsten Nutzenniveaus, die jeweils außerhalb der Familie erreicht werden können. Die Möglichkeit, durch Kooperation in einem gemeinsamen Haushalt Zugewinne zu erwirtschaften, erlaubt nun Nutzenkombinationen (U^m, U^f) bei der sich beide Partner gegenüber ihrer besten Alternative verbessern. Nur solche Nutzenkombinationen kommen bei rationalen Verhandlungen als Lösung in Frage (Linie AB). Welche dieser Lösungen realisiert und als „fair“ angesehen wird, hängt vom Verhandlungsverlauf ab. Bei den Ansätzen der kooperativen Spieltheorie resultiert dabei im allgemeinen eine mittlere Lösung, d. h. eine Aufteilung des Zugewinns, die nicht an den Rändern (d. h. nicht Punkt A oder B) liegt. Dies folgt aus der Tatsache, daß die Kooperation beider Partner zur zusätzlichen Wohlfahrtsproduktion notwendig ist, und damit beide in gewissem Umfang über das Drohpotential der Nichtkooperation verfügen. Welche Verhandlungsmacht sich daraus ergibt, hängt jedoch von den externen Alternativen ab, da die Drohung mit Nichtkooperation umso glaubwürdiger ist, je höher das Nutzenniveau D^i ist. Unter den Annahmen des Nash-Spiels ergibt sich eine innerfamiliäre Verteilung, bei der das Produkt der individuellen Zugewinne maximiert wird.²⁵

Das mit der besten externen Alternative verbundene Nutzenniveau D^i hängt dabei von den jeweils individuell zur Verfügung stehenden Ressourcen und insbesondere von der individuellen Einkommenserzielungskapazität ab. Diese ist jedoch nicht unveränderbar, sondern hängt neben den Ausbildungsentscheidungen auch vom Umfang des Arbeitsangebots ab, das durch on-the-job-training, d. h. Berufserfahrung, zur Bildung von einkommenssteigerndem Humankapital beiträgt. Damit wirken sich Entscheidungen zur innerfamiliären Arbeitsteilung auch auf die individuelle Ressourcenausstattung aus, was wiederum Rückwirkungen auf die Verteilungssituation in der Familie hat.

Die Folgen innerfamiliärer Arbeitsteilung

Geht man von dem in westlichen Industriegesellschaften üblichen Kleinfamilienhaushalt aus, in dem die Wohlfahrtsproduktion im wesentlichen durch ein (Ehe-)Paar erstellt wird, so wird nach dem traditionellen mikroökonomischen Ansatz die maximale Wohlfahrtsproduktion erreicht, wenn die beiden Personen sich entsprechend der komparativen Produktionsvorteile auf Marktarbeit und Hausarbeit spezialisieren und die jeweils produzierten Güter haushaltsintern getauscht bzw. gemeinsam verwendet werden. Die Akkumulation von jeweils spezifischem Humankapital durch die Ausübung der Tätigkeit wird dabei nur unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktivität betrachtet, wobei – meist implizit – unterstellt wird, daß damit eine Steigerung der Spezialisierungsgewinne und der Wohlfahrtsproduktion verbunden ist. Spezialisierung auf eine Tätigkeit und Akkumulation des entsprechenden Humankapitals bedeutet jedoch immer auch gleichzeitig den Verzicht auf Investitionen in andere Arten von Humankapital und damit den Verzicht auf eine Steigerung der Produktivität bei der anderen Zeitverwendungsart bzw., sofern Fähigkeiten im Laufe der Zeit vergessen werden oder veraltern, sogar eine Produktivitätssenkung. Damit mag in dynamischer Sicht bereits unter dem Gesichtspunkt der maximalen Wohlfahrtsproduktion des gesamten Haushalts eine Spezialisierung ineffizient sein, wenn nämlich die zeitintensive Haushaltsproduktion nur in vergleichsweise kurzen Phasen wie der Kindererziehung rentabel ist, für die anderen Lebensphasen jedoch ein höheres Markteinkommen von größerer Bedeutung ist.²⁶

Daneben müssen jedoch auch noch die Effekte auf individueller Ebene berücksichtigt werden. Eine besondere Eigenschaft des Humankapitals ist, daß es sich dabei um personenspezifische Fähigkeiten handelt, die nicht übertragbar und somit untrennbar mit der jeweiligen Person verbunden sind. Damit werden durch

24 Die formale Darstellung des Problems ist bei Ott (1992) zu finden.

25 Unter anderen Annahmen ergeben sich ganz ähnliche Ergebnisse. Ihnen allen gemeinsam ist die im nachfolgenden wichtige Eigenschaft, daß sich die Lösung bei Veränderung der externen Alternativen ebenfalls verändert. Vgl. zu den verschiedenen kooperativen Verhandlungsmodellen Holler (1985).

26 Vgl. z. B. Lehrer & Nerlove (1981).

das in Zeiten der gemeinsamen Haushaltsführung akkumulierte Humankapital auch die Produktionsmöglichkeiten der Personen bestimmt, die ihnen im Falle der Auflösung der Haushaltsgemeinschaft zur Verfügung stehen. Hierfür haben jedoch die Investitionen in die verschiedenen Arten von Humankapital eine sehr unterschiedliche Bedeutung, woraus sich langfristig asymmetrische Wirkungen der Spezialisierung auf Markt- und Hausarbeit ergeben.

Eine *Spezialisierung auf Marktarbeit* bedeutet die Akkumulation von Humankapital, das am Markt jederzeit verwertet werden kann und zum Einkommenserwerb dient. Die Erträge dieser Art Humankapital sind nahezu unabhängig vom jeweiligen Haushaltszusammenhang, da der direkte Ertrag – das Brutto-Einkommen – prinzipiell nur an die Arbeitsleistung gebunden ist.²⁷ Eine Spezialisierung auf Marktarbeit führt somit zu einer Steigerung der individuellen Einkommenskapazität²⁸, die auch im Konfliktfall größtenteils erhalten bleibt. Der Verzicht auf Akkumulation von haushaltsspezifischem Humankapital fällt dabei kaum ins Gewicht. Für einen Großteil von Haushaltsgütern existieren Marktsubstitute, und durch den Einsatz von Vor- und Zwischenprodukten sowie entsprechenden Haushaltsgeräten kann das erforderliche Knowhow zur endgültigen Fertigstellung der Haushaltsprodukte erheblich gesenkt werden.²⁹ Im allgemeinen ist für die Haushaltsproduktion somit kein besonders spezifisches Humankapital erforderlich. Die Wohlfahrtseinbußen durch den Verlust der arbeitsteiligen Haushaltsproduktion im Falle einer Trennung sind für Personen mit hoher Einkommenskapazität daher vergleichsweise gering.

Dies gilt nicht bei einer *Spezialisierung auf Hausarbeit*. Diese ist in der Regel mit hohen Verlusten in der Einkommenskapazität verbunden.³⁰ Zwar ergibt sich auf der anderen Seite eine Steigerung der Produktivität im Haushalt, deren Verwertbarkeit jedoch vom jeweiligen Haushaltskontext abhängt. Die im Haushalt produzierten Güter sind häufig dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht oder nur schwer am freien Markt getauscht werden können und die Verminderung oder Vermeidung der beim Tausch dieser Güter anfallenden Transaktionskosten ja gerade einen Vorteil der gemeinsamen Haushaltsführung darstellt.³¹ Solange der gemeinsame Haushalt besteht, ist ein Tauschmarkt vorhanden, und eine gestiegene Produktivität bei der Haushaltsproduktion kann optimal genutzt werden. Im Falle der Auflösung der Austauschbeziehung gehen der auf Haushaltsproduktion spezialisierten Person die Tauschmöglichkeiten größtenteils verloren. Die gestiegene Produktivität wirkt sich dann nur bei der Eigenproduktion aus, wodurch im Falle des Alleinlebens der Verlust in der Einkommenskapazität kaum kompensiert werden kann. Die Wohlfahrtsverluste im Falle einer Trennung sind damit für eine auf Hausarbeit spezialisierte Person ungleich höher.

27 Zwar verändern bestimmte familienabhängige Zuschläge (vor allem im öffentlichen Dienst) sowie steuerliche Regelungen den Nettoertrag in Abhängigkeit von der Familienzusammensetzung, der Effekt fällt jedoch vergleichsweise gering aus.

28 Die Humankapitalentwicklung von Männern während der Ehe untersuchen z. B. Benham (1974) oder Kenny (1983).

29 Vgl. Galler & Ott (1993, S. 114).

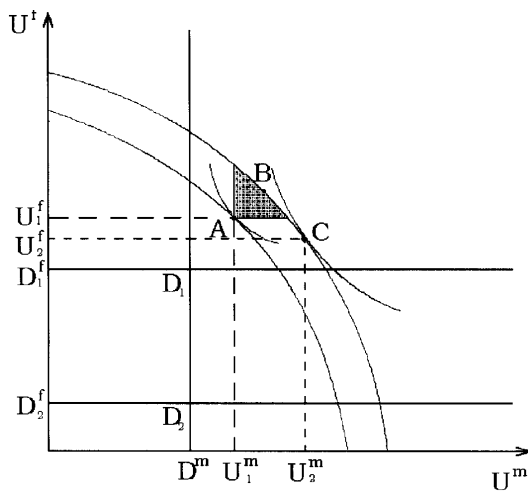
30 Dies gilt auch, wenn die Erwerbstätigkeit nur für einige Zeit unterbrochen oder reduziert wurde. Nach Schätzungen von Galler (1991) liegen die Einkommensverluste im Lebenslauf je nach Schulbildung bei einer 10jährigen Unterbrechung zwischen DM 400.000 und 800.000, wovon etwa ein Drittel (bei kürzeren Unterbrechungszeiten bis zur Hälfte) in Zeiten nach der Unterbrechungsphase entstehen, somit auf die Reduzierung der Einkommenskapazität zurückzuführen sind.

31 Vielfach handelt es sich dabei um personenbezogene Leistungen, wie die Kindererziehung, oder um Güter mit personenspezifischen Eigenschaften, wie bestimmte Geschmacksrichtungen bei der Essenzubereitung oder der Wohnungsgestaltung, die in dieser spezifischen Form nur innerhalb langfristiger Austauschbeziehungen gehandelt werden können. Aber auch prinzipiell marktfähige Haushaltsgüter und -dienstleistungen – wie Mahlzeiten zubereiten, Wäsche waschen, putzen oder Besorgungen erledigen – können bei der in privaten Haushalten verwendeten Produktionstechnik kaum am externen Markt gehandelt werden, da sie zu den bestehenden Marktsubstituten nicht konkurrenzfähig sind. Die im Haushalt produzierten Güter können daher häufig nur innerhalb des Haushalts verwendet werden.

Diese Asymmetrie in der langfristigen Entwicklung des Humankapitals hat dann unter Umständen wieder Rückwirkungen auf die Wohlfahrtsverteilung in der Familie. Zwar haben beide Partner aufgrund der im Trennungsfall anfallenden Wohlfahrtsverluste einen Anreiz, die Austauschbeziehung weiter aufrecht zu erhalten, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. Für den auf Marktarbeit spezialisierten Partner verbessern sich im Laufe der Zeit die Alternativmöglichkeiten aufgrund der steigenden Einkommenskapazität, während sie sich für den auf Hausarbeit spezialisierten Partner verschlechtern. Entsprechend dem Gedanken kooperativer Verhandlungen, wonach der Zugewinn gegenüber den jeweiligen Alternativen „fair“ geteilt wird, bedeutet dies bei erneuten Verhandlungen eine Umverteilung der internen Wohlfahrtsverteilung zugunsten des Partners mit den besseren Alternativen, da sich dessen Verhandlungsposition verbessert.³² Daraus ergeben sich jedoch solange keine Auswirkungen auf die Allokationsentscheidungen im Haushalt, solange der aus Spezialisierung resultierende Wohlfahrtsgewinn so groß ist, daß trotz nachträglicher Umverteilung für beide Partner eine individuelle Wohlfahrtssteigerung resultiert.

Fällt der Wohlfahrtsgewinn jedoch geringer aus, liegt eine Situation vor, die dem aus der Spieltheorie bekannten „Prisoners' Dilemma“ ähnlich ist. Prinzipiell kann durch Spezialisierung ein Wohlfahrtsgewinn realisiert werden, durch den sich bei gleichmäßiger Aufteilung gegenüber der Ausgangssituation beide Partner verbessern könnten. Wird jedoch nach der aus der Spezialisierung folgenden Veränderung der externen Alternativen eine neue Verteilung ausgehandelt, ergibt sich unter Umständen für den Partner mit der schlechteren Verhandlungsposition ein niedrigeres Wohlfahrtsniveau als im Status quo.

Abbildung 2: Prisoner's Dilemma-Situation



Geht man in Abbildung 2 davon aus, daß die Ausgangssituation durch den Punkt A repräsentiert wird und daß durch weitergehende Spezialisierung zusätzliche Wohlfahrtsgewinne erreichbar wären, so existieren Lösungen, bei denen sich beide Partner gegenüber dem Status quo verbessern (schraffierter Bereich). Die Lösung bei unveränderter Verteilung wäre dann durch Punkt B gekennzeichnet. Verschlechtert sich jedoch infolge der Entscheidung die externe Alternative für einen Partner, folgt daraus eine Verschiebung des Konfliktpunktes von D_1 nach D_2 und damit eine neue kooperative Lösung C, die für einen Partner zu einem Nutzenniveau (U_2^f) unterhalb der Ausgangssituation (U_1^f) liegt. Rational handelnde Individuen werden sich auf ein derartiges Arrangement nicht einlassen, es sei denn, es existiert eine Vereinbarung, die dem sich verschlechternden Partner eine Verteilung gemäß Punkt B auch nach Veränderung der Verhandlungsposition garantiert.

32 Die empirische Relevanz dieser Annahmen zeigen z. B. die Ergebnisse einer Schätzung von Galler & Ott (1990), wonach Hausfrauen sich umso schwächer in der Ehe fühlen, je höher das Einkommen des Ehemanns ist, und eher stärker, wenn sie über ein eigenes Einkommen verfügen.

Insbesondere die Entscheidung für ein Kind mag einer solchen Situation gleichkommen. Angenommen, ein Kind stiftet den Eltern soviel Nutzen, daß auch unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Kosten (Einkommensausfall) ein positiver Nettogewinn auf Haushaltsebene verbleibt, so würde man eine Realisierung dieses Kinderwunsches erwarten. Ist nun aber diese Entscheidung für einen der Partner mit einer zeitweisen Erwerbsunterbrechung oder -reduzierung verbunden, so verändert nur dieser langfristig seine Verhandlungsposition. Bei späteren internen Verteilungsverhandlungen besteht damit die Gefahr, unter Umständen unter das Anfangsniveau abzusinken. Aus Sicht dieses Partners wäre eine Entscheidung für das Kind irrational. Um nun zu einer Lösung zu gelangen, bei der sich beide verbessern, ist eine Vereinbarung notwendig, die solche späteren Verteilungsverhandlungen ausschließt. Das traditionelle Rollenverhalten in der Familie kann damit als ein (meist implizit geschlossener) *Vertrag* angesehen werden, bei dem die Frau die Hausarbeit und Kinderbetreuung übernimmt und damit eine Verschlechterung ihrer Alternativmöglichkeiten hinnimmt, ihr im Gegenzug aber ein stets, d. h. lebenslang, unveränderter Anteil an der Wohlfahrtsproduktion des Haushalts zugesichert wird.

Bei solchen Verträgen, bei denen die Leistungen der Partner zeitlich auseinanderfallen, ist dann der Anreiz zu einem Vertragsbruch besonders hoch, wenn die Wohlfahrtsgewinne bereits größtenteils realisiert sind, und damit nur noch der Partner mit der besseren Verhandlungsposition durch eine Forderung nach Umverteilung den Vertrag einseitig aufkündigen kann. Sofern also derartige Vereinbarungen nicht mit Sicherheit eingehalten werden und eventuell mit Nachverhandlungen gerechnet werden muß, ist ein strategisches Verhalten der Beteiligten zu erwarten, indem sie einer Verschlechterung der Verhandlungsposition zugunsten einer höheren Wohlfahrtsproduktion nur soweit zustimmen, wie sie im Falle einer Nachverhandlung nicht unter das Ausgangsniveau absinken. Letztlich folgt daraus eine höhere Erwerbsneigung der Person, die überwiegend die Hausarbeit übernimmt, um die individuelle Einkommenskapazität nicht allzu sehr absinken zu lassen. Des weiteren läßt sich als Ergebnis des vorausgehenden Verhandlungsprozesses eine innerfamiliäre Arbeitsteilung erwarten, die auch eine Beteiligung des anderen Partners an der Hausarbeit umfaßt, um insgesamt zu einer weniger asymmetrischen Situation zu gelangen. Maximale Spezialisierung erweist sich unter solchen Bedingungen nicht unbedingt als optimal.³³

Die Verbindlichkeit familialer Vereinbarungen

Wenn also zur maximalen Wohlfahrtsproduktion im Haushalt langfristig bindende Verträge notwendig sind, diese aber häufig asymmetrischen Charakter haben und damit hohe Anreize zum Vertragsbruch enthalten, kann nicht a priori von deren Einhaltung ausgegangen werden.³⁴ Ohne entsprechende Verbindlichkeit werden diese Vereinbarungen aber bei rationalem Verhalten nicht getroffen, was Wohlfahrtsverluste zur Folge hat. Daher ist es notwendig, die Verbindlichkeit familialer Verträge zu untersuchen, ein Aspekt, der in der Familienökonomie bislang nicht beachtet wird. Der Bruch eines familialen Vertrages bedeutet in dem hier betrachteten Kontext zunächst den Versuch der Nachverhandlung mit dem Ziel einer internen Umverteilung. Wesentliche Auslöser sind hierbei Veränderungen in den externen Alternativen, die durch exogene Einflüsse wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erbschaften etc., sowie die internen Entscheidungen, die auch die materielle wie immaterielle Ressourcenausstattung der Haushaltsmitglieder betreffen, bestimmt werden.³⁵

33 Eine formale Darstellung dieser Zusammenhänge ist bei Ott (1992) zu finden.

34 Dies belegen allein schon die hohen Scheidungsziffern.

35 Auch die jeweils vorhandenen Optionen, andere profitable Partnerverbindungen einzugehen, bestimmen die Verhandlungsstärke. Diese Optionen bzw. der zu erwartende Ertrag aus anderen Partnerverbindungen werden allerdings selbst wieder durch die individuelle Ressourcenausstattung, die in die Beziehung eingebracht werden kann, bestimmt, sodaß diese als die wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Verhandlungsstärke angesehen werden können. Die Optionen können in gewissem Umfang jedoch auch durch die Intensität der externen Suche beeinflusst werden. Dies dürfte mit ein Grund sein, weshalb üblicherweise externe Suche durch den innerfamiliären Vertrag ausgeschlossen wird. Nichtsdestotrotz ist aus strategischen Gründen eine externe Suche in gewissem Umfang zu erwarten, um Informationen über den eigenen Marktwert zu erhalten.

Die Größe des potentiellen Gewinns aus einem Vertragsbruch hängt damit von der Stärke der Veränderung in den Verhandlungspositionen ab. Auf der anderen Seite ist bereits die Nachverhandlung selbst mit Kosten, den Verhandlungskosten in Form von zeitlichem, intellektuellem und emotionalem Input verbunden. Bei nur kleinen Änderungen in den Verhandlungspositionen ist daher ein Vertragsbruch kaum gewinnbringend. In Situationen, bei denen eine größere Asymmetrie zwischen den Vertragspartnern vorliegt, wie bei einer Erwerbsunterbrechung zugunsten eines Kindes, sind jedoch zusätzliche Mechanismen notwendig, um einen Vertragsbruch wirkungsvoll zu verhindern.

Betrachtet man die in der Literatur zur Kontrakttheorie genannten Durchsetzungsmechanismen, so erweisen sich diese zur Verhinderung von Vertragsbrüchen bei familialen Vereinbarungen als wenig geeignet.³⁶ Üblicherweise genannte *Selbsterfüllungsmechanismen* wie „Reputation“ oder das „Interesse an der Fortführung der kooperativen Austauschbeziehung“ greifen nicht, da es sich im Falle der innerfamilialen Spezialisierung in der Regel um einmalige Entscheidungen und somit auch einmaligen Vertragsbruch handelt, der zudem von Außenstehenden kaum wahrgenommen werden kann. Dies ist letztlich auch der Grund, warum *Durchsetzungsmechanismen durch eine externe Instanz* nur begrenzt wirksam sind. Weder gerichtlich einklagbare Regelungen im Ehe- und Scheidungsrecht³⁷, noch soziale Normen³⁸ können durch entsprechende Sanktionen die Realisierung einer ausgehandelten internen Wohlfahrtsverteilung erzwingen, da diese letztlich der Beobachtung durch Außenstehende entzogen bleibt.

Im Endeffekt reduziert sich auch das in traditionellen Haushaltsmodellen angeführte Argument zur Stützung der Annahme der hohen Verbindlichkeit familialer Vereinbarungen auf ein höchst unökonomisches Element, nämlich die affektive Beziehung der Familienmitglieder (z. B. Becker 1974 und 1993; Pollak 1985). Diese wird üblicherweise als ein Garant für die Einhaltung familialer Vereinbarungen angesehen, die sämtliche ökonomischen Anreize zum Vertragsbruch außer Kraft setzt. Gerade dies muß jedoch angezweifelt werden. Ökonomische Anreize werden von Personen auch dann wahrgenommen, wenn eine starke affektive Beziehung besteht, und insbesondere können hier Wechselwirkungen bestehen. Die emotionale Beziehung der Partner muß als eine eigene Austauschbeziehung betrachtet werden, die sich von üblichen ökonomischen Tauschbeziehungen unterscheidet. Normalerweise wird ein gegenseitiger Austausch emotionaler Zuwendung erwartet und eine Kompensation durch andere Leistungen nicht akzeptiert. Dieses Prinzip wird verletzt, wenn ökonomische Abhängigkeiten entstehen, was auf Dauer eine Partnerbeziehung belasten kann. In Partnerschaften, in denen die emotionale Beziehung eine hohe Bedeutung hat, wäre daher das Vermeiden von Entscheidungen mit sehr asymmetrischen Folgen für die Partner zu erwarten, um derartige problematische Situationen gar nicht erst entstehen zu lassen. So betrachtet, führt die emotionale Beziehung dann weniger zur Einhaltung von asymmetrischen Verträgen, sondern trägt eher dazu bei, daß solche Vereinbarungen erst gar nicht getroffen werden.

36 Vgl. zu diesen Argumenten ausführlicher Ott (1993).

37 Allerdings wären hier durch eine entsprechende Gestaltung des Ehegesetzes weitergehende Eingriffe möglich, als dies bei der gegenwärtigen Gesetzeslage der Fall ist (vgl. ausführlicher Ott, 1993).

38 Zwar existieren hinsichtlich der innerfamilialen Spezialisierung und insbesondere bei der Entscheidung für Kinder soziale Normen, die sich jedoch nicht auf den gesamten Vertrag beziehen. Die Normen beziehen sich darauf, wie lange ein Kind ausschließlich von den Eltern betreut werden soll und welcher Elternteil diese Betreuung zu übernehmen hat. Der andere Teil des Vertrages, die langfristig festgelegte interne Wohlfahrtsverteilung, wird bestenfalls rudimentär berücksichtigt in der Norm, „seine Frau nicht sitzen zu lassen“, die jedoch nur als Minimalabsicherung verstanden werden kann.

Wirtschaftliche Entwicklung und familialer Wandel

Betrachtet man nun die wirtschaftliche Entwicklung in der Vergangenheit, so lassen sich verschiedene Prozesse ausmachen, die die traditionellen Vorteile der Familie reduzieren. Die Einführung verschiedener Sozialversicherungen³⁹ sowie die Zunahme von Versicherungsmärkten⁴⁰, die die Existenzgrundlage bei fast allen Lebensrisiken sichern, haben zunächst die Versicherungsfunktion der Familie deutlich abgeschwächt. Allgemeine Wohlstandssteigerungen führten darüber hinaus zu einem Bedeutungsverlust der Familie als Konsumgemeinschaft, da einerseits die gemeinsame Nutzung von Gebrauchsgütern durch Mehrfachanschaffung überflüssig wurde⁴¹ und zudem die „economies of scale“ durch Einsatz entsprechender marktlicher Vor- und Hilfsprodukte⁴² und kleinerer Haushaltgrößen⁴³ geringer ausfallen.

Insbesondere nehmen aber in jüngerer Zeit die Vorteile aus Spezialisierung ab. So erhöhen zum einen die verbesserten Einkommensmöglichkeiten von Frauen die Opportunitätskosten bei Spezialisierung auf Hausarbeit, da auf ein höheres Einkommen, das für vielfältige, andere Zwecke verwendet werden kann, verzichtet wird. Zum anderen haben sich die Substitutionsmöglichkeiten von Haushaltsproduktion durch Marktarbeitszeit verbessert, indem entweder direkt Marktsubstitute verwendet werden oder verbesserte Marktvorprodukte in der Haushaltsproduktion eingesetzt werden.

Betrachtet man die Preisentwicklung von Marktgütern, die als Substitute für Haushaltsprodukte gelten, wie z. B. Fertiggerichte, so zeigt sich, daß die Preise dieser Güter im Zeitablauf nur in geringerem Umfang gestiegen sind als andere Güter (vgl. Abbildung 3). Dies bedeutet, daß sie relativ billiger wurden und damit ein Substitutionseffekt zugunsten dieser Güter ausgelöst wird. Auch bei der Eigenproduktion von Textilien läßt sich ein solcher Effekt zeigen. Die Preise von fertiger Konfektionsware sind langsamer gestiegen als die der Vorprodukte für die Haushaltsproduktion (Meterware, Kurzwaren und Bänder, vgl. Abbildung 4), woraus sich schließen läßt, daß Eigenproduktion zunehmend unrentabel wird. Betrachtet man zudem die Preisentwicklung von Haushaltsgeräten (Abbildung 5), so ist auch diese unterdurchschnittlich. Dies sind typischerweise Güter, die die Haushaltsproduktion stark vereinfachen, so daß hierzu kaum mehr spezifische Kenntnisse notwendig sind und auch von Personen, die lange Zeit keine Hausarbeit erledigt haben, ohne größere Probleme eingesetzt werden können.

39 Bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden erste Regelungen zum Arbeitnehmerschutz sowie eine Kranken-, Unfall- und Altersversicherung für Arbeiter eingeführt. Im Laufe dieses Jahrhunderts wurde dann das Sicherungssystem kontinuierlich weiter ausgebaut, indem einerseits die Leistungen und der Versichertenkreis ausgeweitet wurden und andererseits weitere Sicherungssysteme (Sozialhilfe, Familienlastenausgleich, Wohnungs- und Bildungspolitik, Pflegeversicherung) eingerichtet wurden (vgl. z. B. Lampert, 1996).

40 So stieg der Anteil der Wertschöpfung der Versicherungsunternehmen am Bruttoinlandsprodukt von 0,6% in 1960 auf 1,3% in 1993 (vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland).

41 Dies sieht man vor allem bei der Versorgung mit dem Gut Wohnung; Hier sank die Anzahl der Personen je Raum von 1,2 in 1950 auf 0,5 in 1987 (Statistisches Bundesamt, Datenreport 1994). Über die Mehrfachausstattung von langlebigen Gebrauchsgütern gibt es kein geeignetes Datenmaterial. Der hohe Ausstattungsgrad von Ein-Personen-Haushalten mit Haushaltsgeräten (Abbildung 7) deutet aber auf eine geringere Notwendigkeit zur Kostenersparnis in diesem Bereich hin.

42 So werden z. B. die economies of scale bei der Bereitung von Mahlzeiten überwiegend in der industriellen Nahrungsmittelproduktion realisiert, die dann kleinere Portionen relativ preisgünstig als Vorprodukte für die Haushaltsproduktion anbietet (Instantprodukte, Konserven, Tiefkühlkost). Zudem ermöglichen verbesserte Lagermöglichkeiten (Kühlschrank, Gefriertruhe) die Realisierung von economies of scale auch in kleineren Haushalten. Vgl. zur ausführlichen Diskussion der Veränderung der Haushaltsproduktion Galler & Ott 1993, Kap. 5.

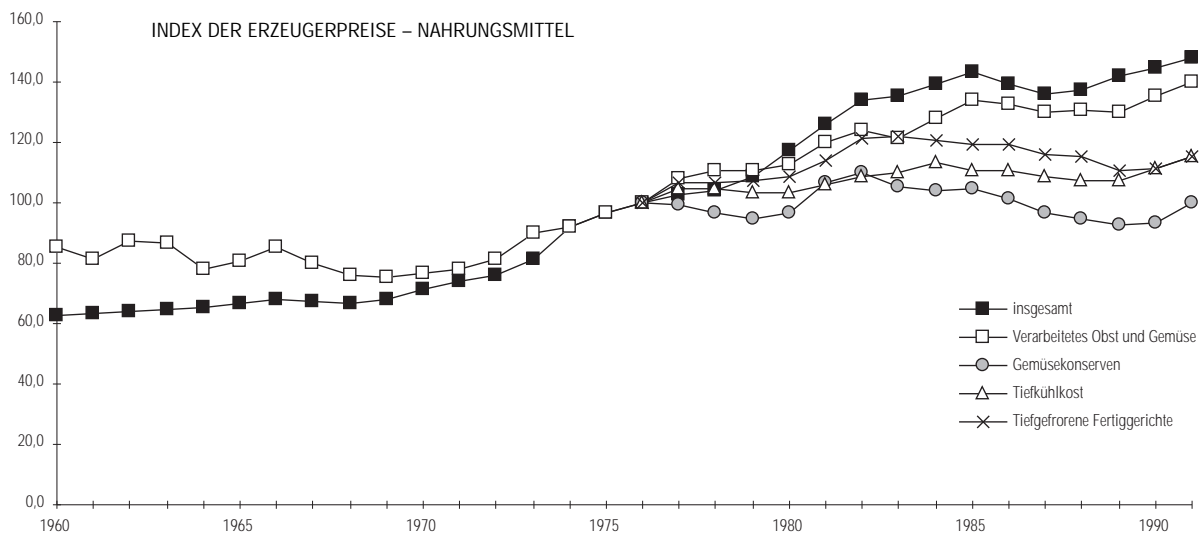
43 Die durchschnittliche Haushaltgröße sank von 4,5 Personen je Haushalt anfangs des Jahrhunderts auf 2,2 im Jahre 1994 (Statistisches Bundesamt, FS 1, R3, 1994).

Generell läßt sich daraus schließen, daß eine kapitalintensive Haushaltsproduktion mit hochwertigen Marktvorprodukten oder gar Marktsubstituten eine zeitintensive Haushaltsproduktion, die spezifisches Wissen verlangt, zunehmend ablöst. Bei steigenden Löhnen und sinkenden Preisen der Marktsubstitute und -vorprodukte ist es dann effizient, die Zeit zur Einkommenserzielung zu verwenden, da dadurch ein wesentlich höherer Gesamtoutput erzielt werden kann und zudem die Disponibilität der Ressourcen erhalten bleibt.

Lediglich bei der Kindererziehung läßt sich eine solche Entwicklung nicht beobachten. Marktsubstitute für Kinderbetreuung sind tendentiell nicht kostengünstiger als Eigenbetreuung geworden, da die Preisentwicklung für Kinderbetreuung etwa der Entwicklung der Opportunitätskosten, d. h., der Lohnsteigerungen von Frauenlöhnen entspricht (Abbildung 6). Inwieweit diese Preisentwicklung allerdings die Präferenzen der Menschen widerspiegelt, läßt sich nicht ohne weiteres sagen, da die Marktentwicklung hier durch gesetzliche Regelungen stark eingeschränkt ist: Regelmäßige außerhäusliche Kinderbetreuung ist durch das Jugendamt zu genehmigen⁴⁴, und öffentliche Betreuungseinrichtungen sind häufig mit den Anforderungen durch Erwerbsarbeit nicht kompatibel⁴⁵. Aufgrund fehlender preisgünstiger Substitute für Kinderbetreuung ist die „Kindererziehung“ demnach nach wie vor sehr zeitintensiv. Bei steigenden Einkommensmöglichkeiten, auf die zugunsten der Kindererziehung verzichtet werden muß, und bei gleichzeitig weniger stark steigenden Preisen von anderen Gütern ist daher Kindererziehung im Vergleich zu diesen Gütern relativ teurer geworden.

Generell läßt sich also feststellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Reduzierung der Gewinne aus gemeinsamer Haushaltsführung geführt hat. Die formale Ehe bietet daher heutzutage nur geringe materielle Vorteile, woraus eine geringere Heiratsneigung resultiert, insbesondere, da die nicht-materiellen, affektiven Aspekte des Zusammenlebens mittlerweile auch ohne formale Eheschließung realisiert werden können. Die hohen Opportunitätskosten der Kindererziehung übersteigen deren Nutzen, was den Geburtenrückgang zumindest zum Teil erklären kann.

Abbildung 3: Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 2.S2

44 Siehe §§ 27f. JWG.

45 So sind Kindergärten häufig nur von 8 Uhr bis 12 Uhr geöffnet. Schulen haben in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend gar keinen Betreuungsauftrag, sodaß die Kinder dort nur während der (im konkreten Fall auch stattfindenden) Unterrichtsstunden in Obhut sind, was die Planungsmöglichkeiten der Eltern erheblich einschränkt.

Abbildung 4: Preisentwicklung von Textilien und Vorprodukten textiler Haushaltsproduktion

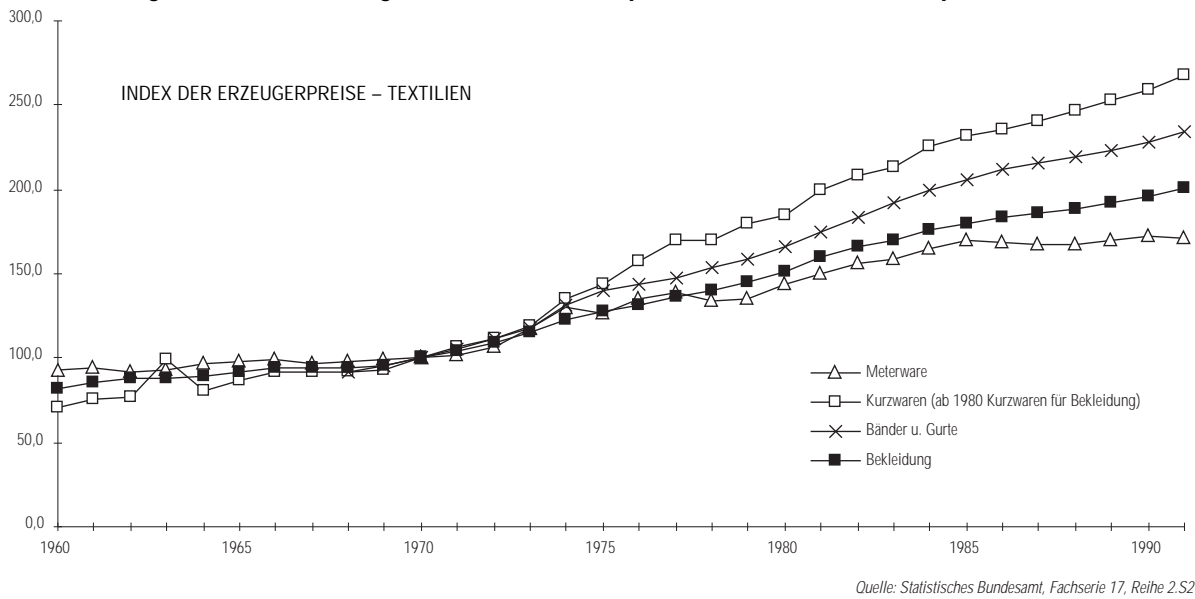


Abbildung 5: Preisentwicklung bei Gütern der Haushaltstechnologie

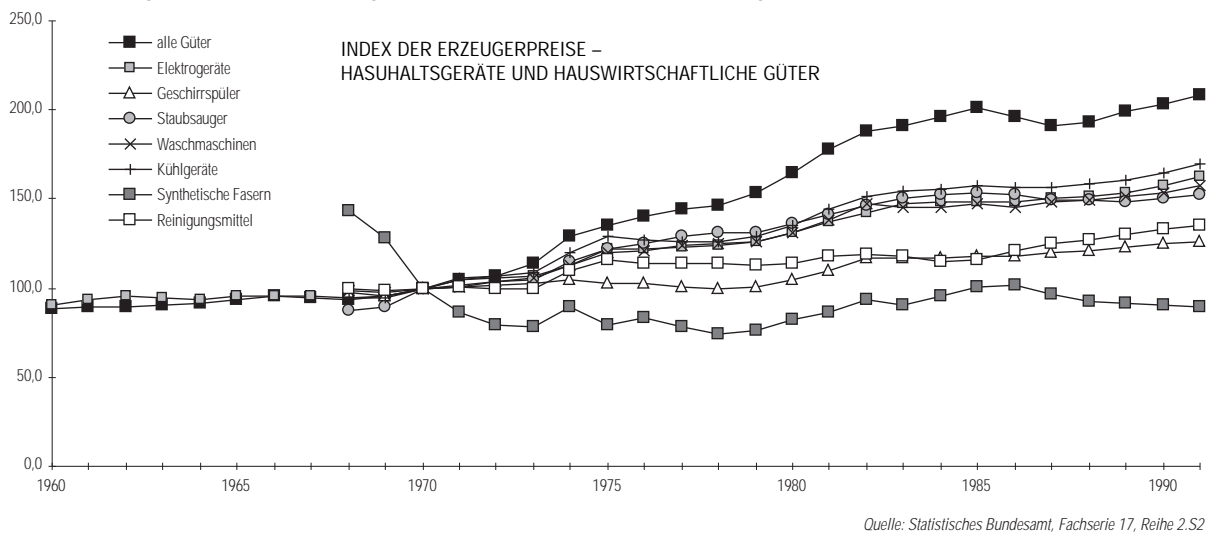


Abbildung 6: Entwicklung der Löhne von Frauen und Kosten der Kinderbetreuung

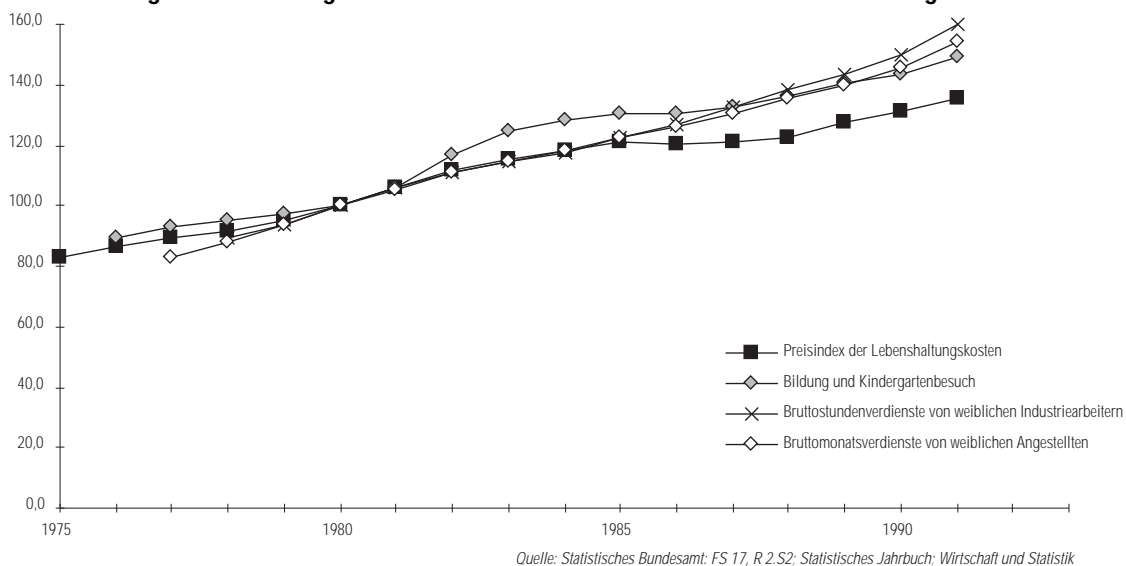
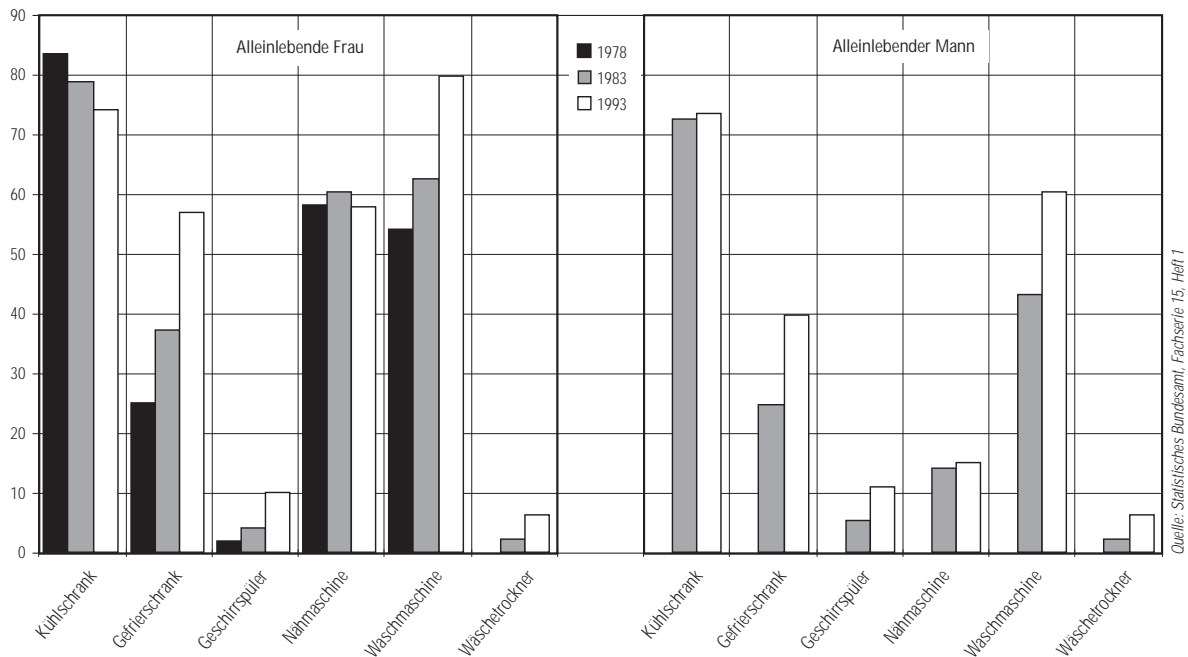


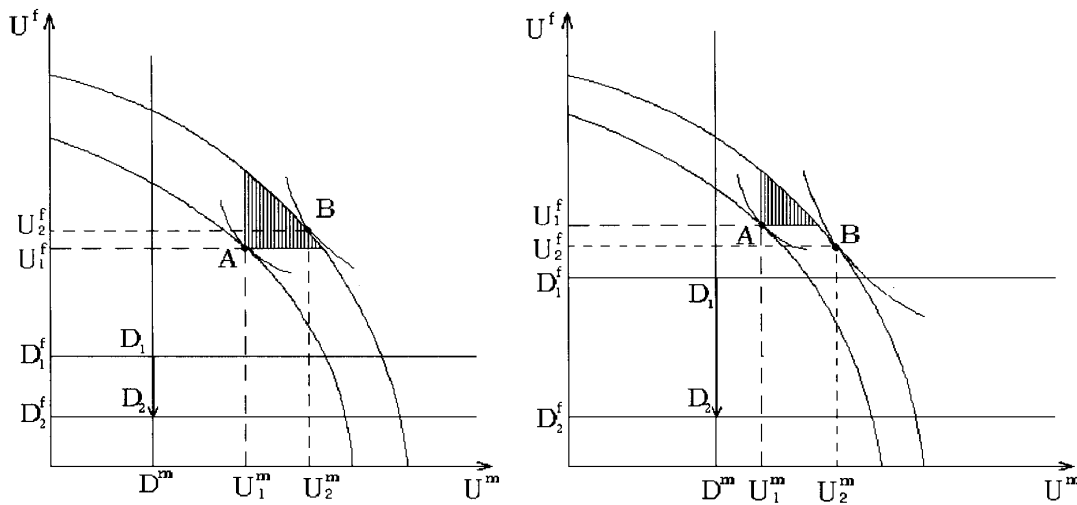
Abbildung 7: Ausstattung von Einpersonenhaushalten mit Haushaltsgeräten



Zudem haben durch diese Entwicklung auf individueller Ebene die Risiken der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zugenommen. Während vor noch nicht allzu langer Zeit bei innerfamiliärer Spezialisierung die Partner gegenseitig auf die Verfügbarkeit eines Tauschpartners innerhalb des Haushalts angewiesen waren und bei Auflösung der Beziehung beide mit hohen Verlusten zu rechnen hatten, resultiert in neuerer Zeit daraus eine asymmetrische Wirkung. Da es heutzutage erheblich einfacher ist, Hausarbeitszeit durch Marktsubstitute als Marktgüter durch Eigenproduktion zu ersetzen, kann bei Auflösung des gemeinsamen Haushalts der auf Marktarbeit spezialisierte Partner die wegfallende Hausarbeitsleistung des anderen Partners relativ leicht ersetzen⁴⁶ und muß daher nur geringe Wohlfahrtsverluste hinnehmen, während dies bei Spezialisierung auf Hausarbeit nicht gilt. Hier wirkt sich der Verzicht auf eine Steigerung der eigenen Einkommenserzielungskapazität in starken Wohlfahrtsverlusten aus.

46 Auch die im Zeitablauf steigende Ausstattung mit Haushaltsgeräten von alleinlebenden Männern (Abbildung 7) deutet darauf hin, daß es zunehmend einfacher wird, die „notwendige“ Hausarbeit auch ohne spezifische Humankapitalbildung zu bewältigen.

Abbildung 8



Aus modelltheoretischer Sicht läßt sich die Entwicklung wie in Abbildung 8 dargestellt beschreiben. Waren in früheren Zeiten im Falle der Spezialisierung beide Partner auf den innerfamiliären Tausch von Marktgegen Haushaltsgütern angewiesen, bedeutet dies, wie in der linken Abbildung dargestellt, niedrige Konfliktauszahlungen D^m und D_1^f für beide. Entsprechend war der mögliche Kooperationsgewinn durch gemeinsame Haushaltsführung groß. War die Entscheidung für ein Kind auch einseitig mit einer Verschlechterung der externen Alternativen für die Frau verbunden (Verschiebung von D_1 nach D_2), so war der asymmetrische Verlust doch im Vergleich zu den möglichen Kooperationsgewinnen vergleichsweise gering. Unter solchen Umständen führt auch eine Nachverhandlung bei geänderten Verhandlungspositionen zu einer neuen kooperativen Lösung, bei der sich beide Partner verbessern (Punkt B). Die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren oben beschriebenen Auswirkungen auf die Haushaltsproduktion läßt die Situation dann zu einer Prisoners' Dilemma-Situation wandeln, wie sie in der rechten Abbildung dargestellt ist. Beide Partner erreichen auch bei getrenntem Wirtschaften ein hohes Wohlfahrtsniveau, was hohen Konfliktauszahlungen D^m und D_1^f entspricht. Der mögliche Kooperationsgewinn ist dann vergleichsweise gering. Ein asymmetrisches Risiko der Verschlechterung der externen Alternativen mag dann auch eine interne Kooperation verhindern.

Bei fehlender Verbindlichkeit familialer Verträge resultiert dann unter solchen Bedingungen ein einseitig hohes Risiko für den auf Hausarbeit spezialisierten Partner. Sinkende Geburtenziffern und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen müssen dann als rationale Reaktion auf ebendiese individuellen Risiken gesehen werden.

Schließlich ergeben sich daraus auch noch Rückkoppelungseffekte, die auch destabilisierend auf Ehen und Partnerschaften wirken können. Denn in einer Dilemma-Situation mag in dynamischer Sicht das Verhalten des Partners fälschlicherweise als Bruch der Vereinbarung interpretiert werden, auch wenn diese nicht vorliegt. Aufgrund der oben beschriebenen Entwicklung, die zu einer generell geringen Rentabilität der Hausarbeit geführt hat, ist anzunehmen, daß der familiäre Wohlfahrtsgewinn aus Spezialisierung auf Hausarbeit mit steigendem Alter der Kinder wieder sinkt. Wenn aber die gesamte Wohlfahrtsproduktion des Haushalts abnimmt, sinkt auch bei fixer interner Verteilung, d. h., bei eingehaltenen Verträgen, das individuelle Wohlfahrtsniveau der Haushaltsmitglieder. Wird jedoch diese gesamte Wohlfahrtsreduzierung von den Haushaltsmitgliedern nicht wahrgenommen, mag dies dann individuell von beiden Partnern als Umverteilung wahrgenommen werden, was unter Umständen das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Partners trübt.

Schlußbemerkungen

Angesichts dieser Veränderungen in den Rahmenbedingungen von Haushaltsentscheidungen scheint eine Symmetrie in der individuellen Ressourcenausstattung zunehmend an Bedeutung zu gewinnen. Die möglichen Wohlfahrtsgewinne durch innerfamiliäre Spezialisierung sind heutzutage relativ klein und können die gestiegenen individuellen Risiken und potentiellen Verluste nicht mehr kompensieren. Damit ist zu erwarten, daß in den Familien in Zukunft Entscheidungen mit asymmetrischen Folgen vermieden werden und Frauen und Männer zunehmend mit ähnlichen Merkmalen auf dem Arbeitsmarkt als Anbieter auftreten werden.

Dieser Prozeß kann durch geeignete politische Maßnahmen gezielt unterstützt oder auch behindert werden. Die gegenwärtige Familienpolitik ist eher durch eine Förderung traditioneller Rollenmuster gekennzeichnet. Das Ehegattensplitting im Steuersystem, Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld in der gegenwärtigen Form, bevorzugte Behandlung der Einverdienerehe im sozialen Sicherungssystem sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die eher den Wiedereinstieg nach einer Familienphase als die Möglichkeit einer ununterbrochenen Erwerbskarriere von Frauen fördert, setzen Anreize zu einer familialen Arbeitsteilung, die mit hohen individuellen Risiken für die Frauen verbunden ist. Auf der anderen Seite verhindern das Fehlen öffentlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die fehlende Zeitsouveränität am Arbeitsmarkt symmetrische Arrangements in der Familie, der Form, daß das Risiko von Humankapitalverlusten von beiden Partnern gemeinsam getragen wird. Letztlich stellt diese Art der Politik den Versuch dar, die Wohlfahrtsgewinne traditioneller Arbeitsteilungsmuster gegenüber anderen Arrangements zu erhöhen (vgl. Ott, 1991 und Galler & Ott, 1990). Angesichts der damit verbundenen individuellen Risiken ist jedoch kaum der intendierte Erfolg dieser Politik zu erwarten. Im Gegenteil mag eine solche Politik sogar zu Wohlfahrtsverlusten beitragen, indem unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen Paare zugunsten von symmetrischen Lösungen auf „mehr Familie“ im quantitativen wie qualitativen Sinn verzichten.

Damit ergeben sich nun auch für die eingangs angeführten Thesen neue Interpretationen. Zweifellos ist ein Verlust von traditionellen ökonomischen Funktionen der Familie und damit ein relativer Bedeutungsgewinn anderer Funktionen, vor allem immaterieller Art, zu konstatieren, die letztlich anderer Organisationsformen bedürfen. Werte wie „Solidarität“, „Fürsorge“ und „Verantwortung“ sind ökonomisch interpretiert „kooperative Verhaltensweisen“, die für den zusätzlichen Wohlfahrtsgewinn in der Familie notwendig sind. Soweit allerdings die zunehmende Asymmetrie innerhalb traditionell organisierter Familien den Anreiz zum Bruch innerfamiliärer Vereinbarungen erhöht, kann dies als vermeintlicher „Verlust“ dieser Werte interpretiert werden, der jedoch lediglich daraus resultiert, daß früher der Anreiz zum Vertragsbruch geringer war. Die daraus folgende Notwendigkeit, individuell auf ökonomische Selbständigkeit zu achten, wird dann fälschlicherweise als „Individualisierung“ bezeichnet, die aber letztlich nur die individuellen Reaktionen auf Änderungen in den Rahmenbedingungen reflektiert.

Notwendig zur Realisierung aller gegenwärtig möglichen Wohlfahrtsgewinne in der Familie sind damit neue Organisationsformen und Rahmenbedingungen, die symmetrische Arrangements in der Familie ermöglichen, wozu insbesondere eine stabile Politik gehört, die den Familien eine langfristige Planungsgrundlage gewährt.

Literatur

- Arrow, K. (1973), Higher Education as a Filter. *Journal of Public Economics*, 199-216.
 Becker, G. S. (1957), *The Economics of Discrimination*. Chicago.
 Becker, G. S. (1964), *Human Capital*. New York: Columbia University Press.
 Becker, G. S. (1965), A Theory of the Allocation of Time. *Economic Journal*, 75, 493-517.
 Becker, G. S. (1973), A Theory of Marriage: Part I. *Journal of Political Economy*, 81, 813-846.
 Becker, G. S. (1974), A Theory of Marriage: Part II. *Journal of Political Economy*, 82, 11-26.
 Becker, G. S. (1981), *A Treatise on the Family*. Cambridge.

- Becker, G. S.; Lewis, H. G. (1974), Interaction Between Quantity and Quality of Children. In: Schultz, T. W. (ed.), *Economics of the Family*, 81-90. Chicago: University of Chicago Press.
- Ben-Porath, Y. (1980), The F-Connection: Families, Friends and Firms and the Organisation of Exchange. *Population and Development Review*, 6, 1-30.
- Benham, L. (1974), Benefits of Women's Education within Marriage. In: Schultz, T. W. (eds.), *Economics of the Family*. Chicago: University of Chicago Press.
- Cigno, A. (1991), *Economics of the Family*. Oxford.
- Galler, H. P. (1991), Zu den Opportunitätskosten der Familienbildung. In: Gräbe, S. (Hg.), *Der private Haushalt – erkannte, verkannte und unbekannte Dimensionen*, 118-152. Frankfurt/M.
- Galler, H. P.; Ott, N. (1990), Zur Bedeutung familienpolitischer Maßnahmen für die Familienbildung – eine verhandlungstheoretische Analyse familialer Entscheidungsprozesse. In: Felderer, B. (Hg.), *Bevölkerung und Wirtschaft*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 202, Berlin, 111-134
- Galler, H. P.; Ott, N. (1992), Der private Haushalt als ökonomische Institution. Neuere Entwicklungen in der mikroökonomischen Haushaltstheorie. In: Gräbe, S. (Hg.): *Der private Haushalt im wissenschaftlichen Diskurs*, 109-139. Frankfurt/M. / New York.
- Galler, H. P.; Ott, N. (1993), *Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen*. Frankfurt/M. / New York.
- Holler, M. (1985), *Ökonomische Theorie der Verhandlungen. Eine Einführung*. München / Wien
- Kenny, L. W. (1983), The Accumulation of Human Capital during Marriage by Males. *Economic Inquiry*, 21, 223-231.
- Lampert, H. (1996), *Lehrbuch der Sozialpolitik*. Berlin u.a.
- Lehrer, E.; Nerlove, M. (1981), The Labor Supply and Fertility Behavior of Married Women. *Research in Population Economics*, 3, 123-145.
- Lloyd, C. B.; Niemi, B. T. (1979), *The economics of Sex Differentials*. New York.
- Ott, N. (1992), *Intrafamily Bargaining and Household Decisions*. Berlin / New York.
- Ott, N. (1993), Die Rationalität innerfamiliärer Entscheidungen als Beitrag zur Diskriminierung weiblicher Arbeit. In: Backhaus, J. G.; Grötzing, G.; Schubert, R. (Hg.), *Jenseits von Diskriminierung*. Marburg.
- Ott, N.; Rinne, K. (1994), Was können ökonomische Theorien zur Erklärung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beitragen? *FIF – Forum für interdisziplinäre Forschung*, 12, 141-182.
- Pollak, R. A. (1985), A Transaction Cost Approach to Families and Households. *Journal of Economic Literature*, XXIII, 581-608.
- Samuelson, P. A. (1956), Social Indifference Curves. *Quarterly Journal of Economics*, 10(1), 1-22.
- Sawhill, I. V. (1973), The Economics of Discrimination against Women: Some new Findings. *Journal of Human Resources*, VIII(3), 383-396.
- Sengenberger, W. (1975), *Arbeitsmarktstruktur – Ansätze zu einem Modell des segmentierten Arbeitsmarkts*. München.
- Spence, M. (1973), Job Market Signaling. *Quarterly Journal of Economics*, 355-374.
- Stiglitz, J. E. (1973), Approaches to the Economics of Discrimination. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 63(2), 287-295.
- Thurow, L.C. (1969), *Poverty and Discrimination*. Washington.
- Thurow, L. C. (1975), *Generating Inequality*. London.
- Vanberg, V. (1984), „Unsichtbare-Hand-Erklärung“ und soziale Normen. In: Todt, H. (Hg.), *Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften*. Berlin.
- Voss, T. (1985), *Rationale Akteure und soziale Institutionen. Beitrag zu einer endogenen Theorie des sozialen Tauschs*. München.
- Zameck-Glyscinski, W. von (1985), *Neoklassische Bevölkerungsökonomik*. München.
- Zameck, W. von (1990), Ökonomische Theorie der Ehe. In: Felderer, B. (Hg.), *Bevölkerung und Wirtschaft*. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 202. Berlin.

Politik der Großen – (k)eine Chance für die Kleinen?

LISELOTTE WILK

Einleitung

Im Rahmen dieser Tagung wurde mir die Aufgabe zugeteilt, über das Verhältnis von Kindern und Politik nachzudenken. Erlauben Sie mir, daß ich dies einleitend anhand einer ganz allgemeinen Fragestellung tue: Ist die Beziehung zwischen Kindern und Politik am treffendsten zu charakterisieren als Politik der Erwachsenen „für“, „mit“, „durch“ oder „gegen“ Kinder? Vermutlich treffen alle diese Merkmale bis zu einem gewissen Grad zu, aber das Verhältnis von Politik und Kindern kann am zutreffendsten durch das Etikett „Politik ohne Kinder“ gekennzeichnet werden. Kinder stellen die vergessene Kategorie der Politik dar. Dies zeigt sich auf vielfältige Weise. Kinder haben keine Lobby. Es gibt in Österreich weder ein Ministerium für Kinder (die ministerielle Zuständigkeit liegt auf Bundesebene vor allem bei zwei Ministerien: dem Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie dem Ministerium für Unterricht), noch eine ständige parlamentarische Kinderkommission. In unserer Gesellschaft wird faktisch gesetzlich (die UN-Konvention ist nicht im Rang eines Verfassungsgesetzes) die Ausschließung der Kinder von den politischen Rechten festgelegt. Es werden zwar im Auftrag unterschiedlicher Ministerien Frauen-, Familien- und Jugendberichte regelmäßig erstellt, nach einem Kinderbericht hält man bisher erfolglos Ausschau. Auch in amtlichen Statistiken ist es bisher nicht üblich, Kinder als zentrale Betrachtungseinheit darzustellen, ihr Status ist jener von Haushaltsmitgliedern. Es wurden zwar in allen Bundesländern aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen Kinder- und Jugendanwaltschaften eingerichtet, wie weit diese jedoch politisch wirksam werden, hängt von den ihnen gegebenen Möglichkeiten, wie den gesetzlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen, ab und ist noch abzuwarten.

Die Berücksichtigung der Kinder in der Politik von den 50er Jahren bis zum Ende der 80er Jahre

Erlauben Sie mir kurz, beispielhaft auf die Entwicklung der Kinderpolitik – oder besser gesagt der politischen Bezugnahme auf Kinder – in Österreich während der letzten Jahrzehnte einzugehen. Kinder fanden im hier angesprochenen Zeitraum vorwiegend Beachtung im Bereich der Familienpolitik, insbesondere ihrer finanziellen Dimension, sowie in jenem der Gesundheits- und Bildungspolitik. Einige der wichtigsten Maßnahmen sollen hier kurz erwähnt werden.

In einer ersten Phase, bis Anfang der 70er Jahre, charakterisiert durch die Hegemonie der Österreichischen Volkspartei, d. h., im wesentlichen durch traditionelle und christlich-soziale Ordnungsvorstellungen, erfolgte eine horizontale Umverteilung von Kinderlosen zu Familien mit Kindern im Wege von Familienbeihilfen. Im Steuersystem wurde ein Freibetrag festgesetzt, der dem Grundsatz einer „standesgemäßen Erziehung“ Rechnung tragen sollte. Kinderreiche Familien wurden durch eine Mehrkindstaffel berücksichtigt. In einer zweiten Phase kam es zu einer sozialdemokratischen Wende. Mehrkindstaffel und Steuerfreibeträge wurden nach dem Grundsatz „jedes Kind ist dem Staat gleich viel wert“ abgeschafft. Finanzielle Transferzahlungen erfolgten durch Familienbeihilfen.

Angeregt durch die im internationalen Vergleich relativ hohe Säuglingssterblichkeit wurde zur Sicherstellung der gesundheitlichen Kontrolle und Betreuung der Kinder der Mutter-Kind-Paß mit der daran geknüpften Geburtenbeihilfe eingeführt.

Im Bildungsbereich wurden Maßnahmen gesetzt (Schülerfreifahrt, Gratisschulbuch), die der Ungleichheit der Bildungschancen von Kindern entgegenwirken sollten.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und Frauenpolitik spielten Kinder insofern eine Rolle, als Maßnahmen zur leichteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen, durchgesetzt wurden, wie Karenzzeit und Pflegeurlaub.

Im Bereich des Rechts schließlich kam es zur Veränderung des Kindschaftsrechtes, insbesondere zu einer Angleichung ehelich und unehelich Geborener, und anlässlich des Jahres des Kindes 1979 wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder beschlossen.

Faßt man die Merkmale dieser „traditionellen“ Beschäftigung der Politik mit Kindern in dem hier angesprochenen Zeitraum zusammen, so zeigt sich:

- Kindheitsbezogene politische Perzeption und Aktion ist überwiegend auf Sozialisation, d. h., auf Kinder als zukünftige Erwachsene und nicht auf Kinder als hier und jetzt so Seiende, als Subjekte, gerichtet. Kinder werden entweder als allgemeine Ressource für die Zukunft, als gut ausgebildete gesunde Arbeitskräfte, gesehen, oder als spezifische Gruppe der Bevölkerung, die das Leben der Erwachsenen entscheidend beeinflußt (z. B. als Kostenfaktor, der den Lebensstandard mitbestimmt).
- Ziel der auf Kinder gerichteten Maßnahmen ist deren Schutz, insbesondere vor spezifischen Gefährdungen und deren Versorgung mit jenen Gütern, die sie für ihre ungestörte Entwicklung benötigen.
- Kindheitsbezogene Maßnahmen, auch wenn sie vordergründig auf Kinder abzielen, beruhen meist auf adultistischen Vorstellungen des Kindeswohls.
- Der Adressat kindbezogener Maßnahmen ist vorwiegend die Familie, sie wird vorrangig als verantwortlich für Kinder und deren Entwicklung angesehen. Familie scheint der Mediator zu sein, über welchen, zumindest marginal, eine Beziehung zwischen Politik und Kindern hergestellt wird. Ihr folgt der Bildungsbereich, durch welchen die erforderliche Qualifikation der nächsten Erwachsenengeneration sichergestellt werden soll.
- Maßnahmen, die indirekt Kindern zugute kommen, sind vielfach, ihrer Intention nach, nicht primär an den Interessen der Kinder orientiert, sondern an jenen der Frauen.
- Kinder sind als politische Akteure weitgehend ausgeschlossen, Mitgestaltung der gesellschaftlichen Bereiche, an denen sie Anteil haben, ist ihnen versagt oder nur sehr partiell erlaubt.

Einige bereits wieder verblässende Strahlen am Horizont, die auf einen Aufbruch des Verhältnisses von Kindern und Politik hinzudeuten schienen

Im Übergang von den 80er zu den 90er Jahren scheint sich ein verändertes Verhältnis von Kindheit und Politik anzubahnen.

Mit der Neuauflage der Koalition kommt es zum Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre erstmals zur Konfrontation und Integration familien- und frauenpolitischer Gesichtspunkte zum Wohle des Kindes. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ von 1987 und das Familienpaket 1990/91, welches die Einführung des Elternurlaubs wahlweise auch für Väter, das 2. Karenzjahr, die Wiedereinführung der Mehrkindstaffel sowie die Eröffnung der Debatte über die Tagesbetreuung von Kindern, d. h., den Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen, brachte. War es bis zu diesem Zeitpunkt eher üblich, daß die beiden großen politischen Kräfte in Österreich die Vorschläge des anderen jeweils abblockten, so zeigt sich beim Familienpaket erstmals eine Wende, die einen beginnenden Übergang der Kindheitspolitik auf eine paradigmatische Stufe signalisiert.

Auch die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes hat an diesem Wandel teilgehabt. Bei der Lektüre der für die Verhandlung des UN-Übereinkommens durch den Österreichischen Nationalrat beigefügten Erläuterungen gewinnt man den Eindruck, daß anfänglich eine Nulllösung geplant war. So wird dort ausgeführt, daß „die vorliegenden Bestimmungen größtenteils durch die österreichische Rechtsordnung bereits abgedeckt sind“. In den Erläuterungen wird zwar mehrmals auf die Schutzbedürftigkeit von Kindern, fallweise auch auf die notwendige Bereitstellung von Ressourcen und Dienstleistungen für Kinder hingewiesen, die Dimension der Partizipation von Kindern bleibt jedoch unter-

belichtet. Nur aus dieser mangelhaften Gewichtung heraus ist die in den Erläuterungen enthaltene Einschätzung zu erklären, daß die Ratifikation der Konvention durch Österreich „weniger der Sicherung der Rechte von Kindern in Österreich“ sondern vielmehr der „Achtung dieser Rechte auf weltweiter Basis“ diene (Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Regierungsvorlage, BGBl. 1993).

Dennoch hat der Nationalrat anlässlich der Verhandlungen am 26. Juli 1992 die Bundesregierung mit einstimmiger EntschlieÙung ersucht, „unter Einbeziehung unabhängiger Sachverständiger alle kinderrelevanten Gesetzesmaterien auf ihre Übereinstimmung mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes zu überprüfen und dem Nationalrat über entsprechende Reformerfordernisse Bericht zu erstatten und allenfalls konkrete Gesetzesvorschläge zu verfassen“. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung ersucht, eine entsprechende Prüfung landesgesetzlicher Bestimmungen in den Ländern anzuregen (E 59 – NR / XVIII. GP).

Diesem Auftrag wurde seitens der Regierung durch Einsetzung eines vom Bundesministerium für Jugend und Familie und vom Salzburger Institut für Rechtspolitik koordinierten Expertenteams Rechnung getragen. In ihrem Bericht (Rauch-Kallat & Pichler, 1994) schlossen sich die Experten nicht der in den erwähnten Erläuterungen enthaltenen minimalistischen Position an. Zwar waren auch sie der Meinung, daß es keine harten Inkompatibilitäten zwischen dem Übereinkommen und der österreichischen Rechtsordnung gäbe, sie wiesen jedoch nach, daß durch die Ratifikation des UN-Übereinkommens in einer ganzen Reihe von Kompetenzbereichen wie Schule, Kindergärten, Integration von Kindern mit Behinderungen und von ausländischen Kindern etc., sowie auf den verschiedenen Verwaltungsebenen Bund, Länder und Gemeinden sehr wohl Reformerfordernisse und Handlungsbedarf für Gesetzgebungs- und Verwaltungsinstanzen in Österreich entstanden. Der Bericht legt dem österreichischen Gesetzgeber ferner die Überlegung nahe, für eine Fortentwicklung der österreichischen Rechtsordnung hin zu einer kinderfreundlich(er)en Gesellschaft zu sorgen.

Im Sommer 1993 wurde der Bericht seitens des Bundesministeriums für Jugend und Familie an den Nationalrat weitergeleitet. Die Behandlung dieses Berichts wurde dem Familienausschuß zugewiesen, welcher sodann einen eigenen Unterausschuß einsetzte. Die Arbeiten dieses Unterausschusses waren umfangreich, sie beinhalteten auch ein Hearing mit den rund 20 Autoren des Berichts. Die Verhandlungen verliefen zum Teil äußerst kontroversiell, fanden jedoch einen harmonischen Abschluß in der Vorlage einer von allen Fraktionen getragenen EntschlieÙung, welche der Nationalrat am 14. Juli 1994 einstimmig beschlossen hat (III – 144 und 1760 der Beilagen).

In dieser EntschlieÙung (1994) hat sich das Parlament eindeutig der Auffassung der Experten angeschlossen und die Regierung aufgefordert, eine Reihe von Reformen, insbesondere im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, auf individueller und gesellschaftlicher Ebene, des Familienrechts, der Medienpolitik, der Integration von behinderten und ausländischen Kindern, des Asylrechts, des Jugendstrafrechts sowie der Kinder- und Jugendanwaltschaften einzuleiten. So sollten Möglichkeiten der kindlichen Mitbestimmung und Mitgestaltung bei Einrichtungen der repräsentativen Demokratie, bei Projekten mit spezifischer Bedeutung für Kinder sowie in der Schule geprüft werden. Es sollte ein flächendeckender, bedarfsgerechter Ausbau von qualifizierten Kinderbetreuungseinrichtungen sichergestellt werden. Es sind geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der vollständigen sozialen Integration geistig und körperlich behinderter Jugendlicher zu ergreifen oder Vorschläge für legislative oder organisatorische Maßnahmen zu erstellen, wodurch die Fähigkeit scheidungs- und trennungswilliger Paare zu einer dem Wohl des Kindes gerecht werdenden Form der Aufrechterhaltung ihrer elterlichen Verantwortung ausgeschöpft werden soll.

Konfrontiert man die in diese EntschlieÙung des Parlaments verankerten Forderungen mit ihrer Umsetzung in der Realität, so wirkt dies ernüchternd, setzt man sie in Beziehung zu den Maßnahmen des Sparpakets, frustrierend. Von den Reformvorschlägen sind nur einige ansatzweise auf dem Weg zu einer Realisierung (wie z. B. die Überprüfung der verfassungsmäßigen Grundlagen der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf Gemeindeebene oder die gesetzliche Verankerung der schulischen Integration behinderter Kinder auf der Sekundarstufe). Im Rahmen des Sparpaketes wurden kindbezogene Maßnahmen wie die zweijährige Karenzzeit oder die Geburtenbeihilfe reduziert, und die schulische Situation der Kinder durch Einsparungen, die vorwiegend auf Kosten der Kinder gehen (z. B. hohe Klassenschülerzahlen, weniger Freifahrten) verschlechtert. Man gewinnt bei etwas kritischer Betrachtung der Betroffenheit einzelner

Bevölkerungsgruppen vom Sparpaket den Eindruck, daß Kinder die von diesen Einsparungen am stärksten betroffene Gruppe sind.

Versuch einer Begründung einer möglicherweise utopischen Hoffnung

Ob, in welchem Ausmaß und in welcher Form Kinder zum Gegenstand der Politik werden, dies hängt sicherlich von einer Vielzahl von Faktoren ab. Zu diesen zählen: der technisch-wirtschaftlich-wissenschaftliche Entwicklungsstand einer Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Krisen und Probleme, die in einer Gesellschaft vorherrschenden kulturellen Muster und Tendenzen, die politischen Machtverhältnisse und vorherrschenden Ideologien, das Verhältnis der Generationen zueinander, der öffentliche Diskurs über Kindheit sowie das Bild von Kind und Kindheit, das im wissenschaftlichen Diskurs vorherrscht.

Diese Faktoren können nicht unabhängig voneinander gedacht werden und sind auf vielfache Weise miteinander verknüpft. Auf einige von ihnen soll etwas näher eingegangen und nach ihren Veränderungen, insbesondere in den letzten Jahren, gefragt werden.

Die veränderte Generationenbeziehung:

Kindheitspolitik ist immer Ausdruck des Verhältnisses und der Beziehung der Generationen zueinander, der Interessen der Erwachsenen an den Kindern. Das Verhältnis von Kindheit und Politik spiegelt die generationale Ordnung des Sozialen wider; Kindheit ist so gesehen ein soziales Konstrukt, das die sozialen Beziehungen zwischen den Generationen strukturiert. Diese Beziehungen sind bedingt durch die Entwicklungstatsache und durch eine asymmetrische Abhängigkeit gekennzeichnet. Da Kinder sich noch in Entwicklung befinden, sind sie in besonderer Weise auf Schutz und Hilfe angewiesen und somit abhängig von Erwachsenen. Dabei aber ist zu fragen, wie diese naturbedingte Abhängigkeit gesellschaftlich definiert wird und wie sie sich auf die gesellschaftliche Bestimmung der Kindheit auswirkt. Es ist also die Frage „inwieweit Macht und Interessen auf seiten der Erwachsenen dieses Naturverhältnis zur Grundlage genommen haben, um Kindheit als ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis gesellschaftlich auszuformen und um dieses mit der naturgegebenen Inferiorität der Kinder zu begründen“ (Zeiher, 1996, S. 43).

Die Generationenverhältnisse werden heute als problematisch und nicht mehr selbstverständlich angesehen. Dies scheint den Diskurs über Kindheit anzuregen und damit die Chance, daß Kinder auch zum Thema der Politik werden, zu erhöhen. Die Generationenbeziehungen haben sich aber auch, sowohl auf mikro-, als auch auf makrosoziale Ebene, verändert. Sowohl strukturelle als auch kulturelle Entwicklungstrends haben dies mitbedingt. Zu diesen Trends und Veränderungen zählen:

- Der Wert des Kindes für seine Eltern hat sich gewandelt. Waren Kinder bis zu diesem Jahrhundert vorwiegend Arbeitskräfte, Erbe, Alterssicherung, erfüllten sie in der Nachkriegszeit die Funktion, die Aufstiegsaspirationen der Eltern zu verwirklichen, sollen sie heute emotionale Bezugspartner sein, Sinn geben und neue Erlebnisdimensionen erschließen.
- Die rechtliche Beziehung, auch wenn sie noch eindeutig von den Rechten der Eltern gegenüber ihren Kindern und nicht von jenen der Kinder gegenüber ihren Eltern dominiert wird (siehe elterliches Besuchsrecht nach Scheidung), ist heute zumindest nicht mehr eine der elterlichen Gewalt. Elterliche Gewalt unterliegt vielmehr der Strafe.
- Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern wird zunehmend demokratisiert, die Erziehung wird zur Beziehung, der Befehls- zum Verhandlungshaushalt, und Väter wollen nicht Autoritätspersonen, sondern Partner und emotionale Bezugspersonen für ihre Kinder sein.
- Der Vorsprung an Wissen und alltäglicher Handlungskompetenz der älteren gegenüber der jüngeren Generationen hat sich verringert. Der enorme Wissenszuwachs und die rasante technische Entwicklung, die zur Informationsgesellschaft geführt haben, entwertet die Erfahrungen der Erwachsenen und stellt diese ständig vor neue Lernaufgaben, die sie häufig nicht oder nur schwer bewältigen. Der routinierte Umgang von Kindern mit modernen Kommunikationsmedien und Computern zeigt dies ebenso wie Studien, die belegen, daß das politische Wissen 14-jähriger jenem von Erwachsenen nicht nachsteht. Kinder sind dabei, in der sozialen Hierarchie des Wissens aufzusteigen. Es erfolgt eine allgemeine Ab-

schwächung bestimmter Altersnormen bezüglich des Wissens; die Epoche der nichtwissenden Kinder geht zu Ende (Zinnecker, 1995, S. 5): Die soziale Ordnung des Wissens aber steht in Zusammenhang mit der sozialen Hierarchie gesellschaftlicher Gruppen.

- Die modernen Massenmedien haben zu einer Annäherung der Erlebniswelten von Kindern und Erwachsenen geführt.
- Die demografischen Veränderungen (Sinken der Geburtenziffern) haben bewirkt, daß dem einzelnen Kind mehr Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet wird

All diese Entwicklungen könnten dazu beitragen, daß Kinder zunehmend als Subjekte betrachtet, ihre Interessen erst genommen werden und mehr praktisches Gewicht erhalten.

Der öffentliche Diskurs um Kindheit und Kinder

Die herrschende Konstruktion von Kindheit macht es für Kinder selbst unmöglich, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorzubringen (Alanen, 1994, S. 95). Sie sind auf den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs, also einen Diskurs der Erwachsenen, zur Artikulierung ihrer Situation, ihrer Probleme und Anforderungen, angewiesen. Die öffentliche Wahrnehmung von aktuellen Phänomenen und Tendenzen des Kinderlebens wird dabei von mehr oder weniger ausgearbeiteten und sozial geteilten Konstrukten und Vorstellungen vom Kind gesteuert, der öffentliche Diskurs fokussiert diese zugleich wiederum.

Diese Konstrukte oder Bilder, die auf dem Hintergrund der spezifischen Werte und Normen, der Wissensbestände und der tatsächlichen Erfahrung im Umgang mit Kindern entstehen, beeinflussen wiederum die politische Diskussion um Maßnahmen, die für Kinder erforderlich sind. Der öffentliche Diskurs um Kinder und Kindheit hat sich in den letzten Jahren intensiviert. Es wird über Kinder, Kindheit und spezifische Phänomene häufiger gesprochen und geschrieben und damit direkt und indirekt zu Interventionen aufgerufen. Auch wenn dabei Problemsichten idealtypisch im Sinn von Medientauglichkeit verkürzt werden, eine reformpädagogische Kindheitsbetrachtung überwiegt und es zur Verzerrung der Realität kommt, wie dies z. B. bezüglich der Gewalteskalationen von Kindern oder des Aufwachsens von Kindern in nichtkernfamilialen Lebensformen gilt (Lange, 1995), können Medien durch ihren Diskurs über Kindheitsthemen direkt oder indirekt zu einer Lobby für Kinder oder spezifische Gruppen von Kindern werden. Als Beispiel sei hier die Problematik behinderter Kinder und deren Integration angeführt. Bei aller Vorsicht und unter Berücksichtigung auch möglicher negativer Auswirkungen kann die Macht der Medien und deren Bestimmung des öffentlichen Diskurses auch eine Chance darstellen, daß Kinder im Bereich der Politik nicht übersehen werden, sondern beachtet werden müssen.

Der wissenschaftliche Diskurs um Kinder und Kindheit: Wandel des Paradigmas in der Kindheitsforschung

Die lange Zeit vorherrschende wissenschaftliche Betrachtungsweise des Kindes, so wie sie im Bereich der traditionellen Kindheitsforschung zum Ausdruck kommt, sah das Kind vorwiegend als ein „Sichentwickelndes“, als einen „unfertigen defizitären Erwachsenen“. Aufgabe der Kindheitsforschung war es demnach, die Art und Weise, wie aus diesem Unfertigen ein Fertiges wird, welche Bedingungen dafür bedeutsam sind, welche Umstände dies hemmen und fördern oder gar verhindern, aufzuzeigen. Dabei stand nicht das Kind im Mittelpunkt des Interesses, sondern das erwachsene Individuum, das es einmal sein wird. Kindheit wurde demzufolge eigentlich als Mangelsituation, als ein defizitärer Zustand gesehen. Sie stellte eine Übergangsphase dar, die überwunden werden muß, und die den Zweck hat, aus unfertigen Individuen sozialisierte Gesellschaftsmitglieder zu erzeugen. Daher galt in der Kindheitsforschung nicht den aktuellen Problemen des Kindes, seinem Wohlbefinden und seinen jeweiligen Handlungsmöglichkeiten die vordringliche Aufmerksamkeit, sondern seiner Erwachsenenzeit. Nicht die aktuellen Lebenschancen des Kindes bestimmten die Problemsicht, sondern die Lebenschancen, die es als Erwachsener haben wird. Kindsein hatte dabei

nur Indikatorqualität für die als problematisch erachteten Aspekte des Erwachsenendaseins (Engelbert, 1986, S. 22).

Entwicklungspsychologie und Pädagogik wurden folgerichtig zu den zentralen Wissenschaften vom Kind. Auf dem Gebiet des Rechtes fand diese Sichtweise ihren Niederschlag darin, daß Kinder vorwiegend im Rahmen des Kindschaftsrechtes als von den Eltern zu versorgende und, im Rahmen des Kindes- und Jugendwohlfahrtrechtes, als des Schutzes der Gesellschaft bedürftige Objekte zum Gegenstand wurden. Im Bereich der Medizin stand die von Krankheit unbehinderte Entwicklung im Vordergrund. Im Rahmen der Soziologie galt das Hauptaugenmerk dem Kind als zu Sozialisierendem (Bossard & Boll, 1966; Fürstenau, 1967; Liegle, 1987; Preuss-Lausitz et al., 1983; Ritchie & Koller, 1964).

Dieses traditionelle Paradigma der Kindheitsforschung scheint allmählich durch ein neues, wenn auch nicht abgelöst, so zumindest ergänzt zu werden. Zwei Merkmale kennzeichnen unter anderem das diesem neuen Paradigma zugrundeliegende Verständnis von Kindern und Kindheit: Der Status der Kinder als Objekte wird zunehmend durch jenen als Subjekte ersetzt, und Kindheit wird vorrangig als gesellschaftlich geschaffene und bestimmte soziale Kategorie verstanden.

Kinder als Subjekte der Forschung:

Diese Sicht von Kindern, wie sie in einer Vielzahl neuerer Arbeiten zum Ausdruck kommt (du Boisreymond et al., 1994; Engelbert, 1986; Qvortrup, 1990, 1994), betrachtet Kinder nicht als „Werdende“, sondern als hier und jetzt so „Seiende“, als Subjekte. Kindern gebührt demnach wissenschaftliches Interesse als Kindern und nicht als zukünftige Erwachsenen, als zu sozialisierenden Objekten. Die aktuellen Probleme des Kindes, seine Bedürfnisse, Wünsche und Interessen, sein aktuelles Wohlbefinden und seine Möglichkeiten, als realitätsverarbeitendes Subjekt entsprechend seinen Bedürfnissen zu handeln und diese Realität zu verändern (Hurrelmann, 1986), stehen im Mittelpunkt der Analyse von Kindsein. Das Kind wird als Kind ernst genommen, als Subjekt wahrgenommen.

Kindheit als gesellschaftlich bestimmte soziale Kategorie:

Der Konzeption des Kindes als einem hier und jetzt so Seienden entspricht auf der Makroebene die Konzeption der Kindheit als soziale Konstruktion (Qvortrup, 1990). Dies beinhaltet die Vorstellung, daß Kindheit eine permanente Struktur in jeder Gesellschaft darstellt, auch wenn ihre Mitglieder ständig ersetzt werden. Kindheit ist eine integrierte strukturelle Komponente im organisierten sozialen Leben (Saporiti & Sgritta, 1990). Kindheit wird in einem permanenten gesellschaftlichen Prozeß geschaffen und rekonstruiert, erhält in diesem Prozeß ihre spezifischen Merkmale und Charakteristika, die das alltägliche Leben von Kindern und ihre jeweiligen Lebenswelten prägen und gestalten. Kindheit wird als eigenständiger sozialer Status verstanden (Honig, 1990). Damit rückt das Verhältnis dieser sozialen Kategorie zu den anderen sozialen Kategorien der Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung, und solche Fragen, wie die Verteilung der Ressourcen, Macht und Chancen zwischen den Alterskategorien einer Gesellschaft werden zum Thema.

Der hier kurz angesprochene und an zwei Dimensionen exemplarisch aufgezeigte Wandel der Sichtweise findet in unterschiedlichen Disziplinen seinen Niederschlag. Er lenkt das Interesse auf die Teilhabe von Kindern an den gesellschaftlichen Ressourcen, auf ihre Mitbestimmung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sowie auf ihre Sicht (und nicht jene der Erwachsenen) der für sie bedeutsamen Lebenswelten, auf ihre Interessen und Wünsche, auf ihre psychosoziale Befindlichkeit, auf ihre Möglichkeiten des Handelns.

Geht man nun davon aus, daß die hier kurz angesprochenen Entwicklungen dazu beitragen, daß den Kindern als Subjekten mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, so stellt sich die Frage: Wie könnte oder sollte eine Politik aussehen, die Kinder als eigenständige, vollwertige Mitglieder ihrer Gesellschaft ernst nimmt?

Anforderungen und Erwartungen an und Begründungen für eine kindbezogene Politik

Als Soziologin kann ich hier nur soziologische Überlegungen anstellen, eine politikwissenschaftliche Analyse muß ich Politologen überlassen.

Bereits um die Wende der 70er zu den 80er Jahren forderten zwei der wohl bedeutendsten Familiensoziologen im deutschsprachigen Raum, nämlich Kurt Lüscher und Franz Xaver Kaufmann, unabhängig voneinander eine spezifische Sozialpolitik für das Kind. Beide begründeten dies soziologisch mit der Überlastung der Familie aufgrund der „strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft“ (Lüscher, 1984; Kaufmann & Lüscher, 1978). Aber erst die UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat dem Thema Politik und Kinder eine „neue, nämlich globale Dimension“ verliehen (Lüscher, 1996, S. 1) und zur intensivierte Diskussion dieses Themas herausgefordert.

Nach Lüscher lassen sich als Ergebnis der insbesondere durch die UN-Konvention angeregten Diskussion über Kinderpolitik, drei unterschiedliche Grundformen der Politik für Kinder unterscheiden:

- Kinderpolitik als Bemühen um Fürsorge und Anwaltschaft,
- Kinderpolitik als Bemühen um Emanzipation, und
- Kinderpolitik als Bemühen um eine „Ökologie menschlicher Entwicklung“.

Kinderpolitik als Bemühen um Fürsorge und Anwaltschaft.

Dies ist die am weitesten zurückliegende Art der Kinderpolitik; sie bildet die Basis der eingangs dargestellten „traditionellen Kinderpolitik“ in Österreich. Diese Politik hat als Ziel den Schutz der Kinder (protection) und deren Versorgung mit dem für ein gesundes Aufwachsen und die Entwicklung Notwendigem (provision). Das Kind wird als ein vorwiegend der Pflege und Erziehung bedürftiges Wesen gesehen, die wissenschaftliche Fundierung beruht meist auf sozialpädagogischen Ansätzen. Wichtige Themen sind Hilfen für Kinder in Notlagen, Schutz vor Mißbrauch und Diskriminierung, aber auch eine allgemeine Kritik der kindlichen Lebensverhältnisse. Diese Politik erfordert Anwälte, die sich für die Interessen der Kinder einsetzen. Träger sind neben Staat, Kirchen oder kirchennahen Organisationen politische Gruppierungen, philanthropische Vereinigungen und spezifische Professionen, aber in neuester Zeit auch solche Einrichtungen wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Diese Art der Kinderpolitik steht teils in einem zwiespältigen Verhältnis zur Familienpolitik, die durch das Spannungsverhältnis zwischen Elternrecht und der Wahrnehmung der Schutzbedürftigkeit von Kindern bedingt ist, teils wird Familie und ihre Erziehungskraft idealisiert.

Kinderpolitik als Bemühen um Emanzipation.

Sie ist charakterisiert durch die bedingungslose Forderung der Anerkennung der Rechte, insbesondere der politischen Rechte der Kinder ohne prinzipielle Unterschiede zu den Erwachsenen. Zu ihren Hauptvertretern zählen vorwiegend Kindheitssoziologen aus skandinavischen Ländern wie Jens Qvortrup oder Leena Alanen. Es wird davon ausgegangen, daß Kinder in hochentwickelten Gesellschaften die letzte Gruppe wären, die sich noch im „Status der Unmündigkeit“ befinden, daß aber gerade sie es sind, die von den zivilisatorischen Entwicklungen im besonderen betroffen sind. Das Kind wird als ein Individuum betrachtet, dem von Geburt an als eigenständigem Subjekt Anerkennung gebührt, welchem, sobald dies seine Entwicklung zuläßt, zugestanden werden muß, seine Rechte und Interessen selbst zu vertreten. Im Zentrum steht also die Forderung nach Partizipation in allen das Kind betreffenden Lebensbereichen, insbesondere auch der Politik. Erst dadurch können Kinder aus ihrer marginalen Stellung in der Gesellschaft befreit werden und den ihnen zustehenden gerechten Anteil an Gütern dieser Gesellschaft (ökonomische Güter, aber auch Raum und Zeit) erhalten. Als konkrete Forderungen ergeben sich dann z. B. ein Grundeinkommen für jedes Kind, Herabsetzung des Wahlalters oder politische Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene. Die Vertreter dieser Richtung der Kinderpolitik verleugnen nicht die Notwendigkeit des Schutzes und der Versorgung der Kinder, sehen jedoch in der Partizipation des Kindes die unabdingbare Voraussetzung einer Kinderpolitik. Wissenschaftlich stützen sich diese Ansätze vorwiegend auf Argumente der feministischen Soziologie und des Sozialkonstruktivismus. Diese Kinderpolitik distanziert sich weitgehend von Familienpolitik, da sie in der

Familialisierung der Kindheit auch ein Instrument sieht, Kinder im Zustand der Unmündigkeit zu belassen. Wintersberger, der in der Nähe dieser Richtung der Kinderpolitik angesiedelt wird, charakterisiert eine neue, wie er sie nennt, pragmatische Kinderpolitik folgendermaßen:

Sie ist umfassend insoweit, als sie neben den explizit kindbezogenen Politiken auch die Auswirkungen anderer Politikbereiche miteinbezieht, sie erkennt Kinderinteressen mindestens dieselbe Priorität zu wie den Interessen anderer Personengruppen, sie ist intergenerational in dem Sinn, daß sie die Verteilungsgerechtigkeit im Auge behält, sie ist universell und wendet sich primär allen Kindern als Bevölkerungsgruppe zu und sondert erst sekundär spezifische Gruppen von Kindern zu selektiver Intervention aus, sie anerkennt Kinder, so wie sie sind, und nicht in ihrer Funktion als zukünftige Erwachsene, und sie steht grundsätzlich zur Subjektivität von Kindern und stellt sich somit auch der Gretchenfrage der aktiven Teilnahme von Kindern in allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen, auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene (Wilk & Wintersberger, 1996).

Kinderpolitik als Bemühen um ökologische Entwicklung.

Dieser Ansatz geht vom Gedankengut der Ökologie aus. Demnach entfaltet sich das genetische Potential des einzelnen Menschen in Prozessen der Auseinandersetzung mit der physischen und sozialen Umwelt. Das Individuum beteiligt sich daran von Anfang an, je nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Reifung. Die personale Entwicklung wird von sozialen Beziehungen begünstigt, wobei Familie, z. B. das Wissen der Eltern um Erziehung, eine wesentliche Rolle spielt. Politik für Kinder umfaßt daher einerseits Maßnahmen der Anerkennung familialer Leistungen, andererseits sie fordernde Einrichtungen und Programme. Besondere Bedeutung hat die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Aufklärung über Methoden der Pflege und Erziehung (Lüscher, 1996, S. 5).

Lüscher, ein Vertreter dieser Richtung, plädiert eindeutig für eine Politik *für* Kinder. Eine Politik *mit* Kindern birgt seiner Meinung nach die Gefahr einer Instrumentalisierung dieser, während in einer Politik für Kinder die Perspektive der Kinder so weit wie möglich berücksichtigt wird, wobei man sich bewußt sein muß, daß man immer nur aus der Perspektive des Erwachsenen nachdenken kann. Lüscher schlägt folgende programmatische Definition vor (Lüscher, 1996, S. 14): „Politik für Kinder“ betreiben soll heißen: Sich in öffentlichen Aktivitäten zu engagieren, die zum Ziel haben, die Lebensverhältnisse im Blick auf das Wohlbefinden von Kindern zu analysieren und wirkungsvoll zu gestalten, zu einem Verständnis der Aufgaben beizutragen, das den Einsichten in die inhärenten Ambivalenzen im Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern sowie den Unterschieden der Perspektiven und der Artikulationsfähigkeit Rechnung trägt und dabei gleichzeitig das anthropologische Bedürfnis nach verlässlichen Beziehungen bedenkt, und sich dabei an einem Menschenbild zu orientieren, das dem universalen Ideal einer freien Entfaltung der Persönlichkeit verpflichtet ist.

Der mögliche Beitrag der Wissenschaft zur Förderung einer kindbezogenen Politik

Bei aller Unterschiedlichkeit der drei Ansätze sind sich deren Vertreter darüber einig, daß Wissenschaften zur Beteiligung an Kindheitspolitik aufgerufen sind. Dabei stellen sich insbesondere folgende Aufgaben:

- Es muß an Verfahrensweisen und Methoden gearbeitet werden, die Kinder zu Wort kommen lassen, um damit zumindest eine Annäherung an die Kinderperspektive zu erreichen;
- Kinder müssen als eigenständige Subjekte behandelt und beschrieben werden, unabhängig von ihren Eltern und ihrer Familie auch auf der Ebene der Statistik;
- eine kontinuierliche Sozialberichterstattung über Kinder ist unabdingbar, soll eine realistische und fundierte Analyse ihrer Lebenssituation als Basis politischer Entscheidungen dienen;
- das konkrete Alltagsleben der Kinder bedarf der theoretischen und empirischen Aufarbeitung, um die Bedürfnisse und Interessen der Kinder kennenzulernen und die Welt, die Kinder als ihre eigene Lebenswelt kennen, zu erforschen, zu analysieren und explizit zu machen (Alanen, 1994, S. 107);
- insbesondere sind risikoträchtige und belastende kindliche Alltagsbedingungen zu identifizieren, um dadurch schädlichen Entwicklungsbedingungen so weit wie möglich vorzubeugen. Darüber hinaus muß

es zum Anliegen der Kindheitsforschung werden, die Öffentlichkeit sachlich, seriös und informativ über ihre Ergebnisse zu informieren (Lange, 1996, S. 345) und über die gesellschaftspolitische Tragweite von Kinderpolitik aufzuklären.

Die Chance der Kinder, im Bereich der Politik ihre Interessen als spezifische gesellschaftliche Gruppe berücksichtigt zu finden und durchzusetzen, wird letztlich davon abhängen, ob die Erwachsenen bereit sind, Kinder als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder und eigenständige Subjekte zu akzeptieren und zu respektieren.

Derzeit gewinnt man den Eindruck, daß durch die aktuellen politischen Maßnahmen (es sei nur erinnert an die neue Karenzzeitregelung, die Reduktion der Geburtenhilfe, Einsparungen im Schulbereich oder die geplante Erhöhung der Wochenarbeitszeit) Kinder als die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft nicht nur nicht gefördert, sondern benachteiligt werden.

Ich möchte meine Überlegungen mit einer Aussage von Uri Bronfenbrenner, wohl einem der bedeutendsten Sozialpsychologen unseres Jahrhunderts, über den Wert einer Gesellschaft abschließen. Er stellte eine etwa folgend lautende These auf: Wenn in einem Gemeinwesen Kinder die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten im vollen Umfang zu entfalten, wenn ihnen das nötige Wissen vermittelt wird, um die Welt zu verstehen, aber auch die nötige Einsicht, um sie verändern zu können, dann kann eine Gesellschaft getrost in die Zukunft blicken. Wo immer sie ihre Kinder vernachlässigt, riskiert sie letztlich ihren Untergang, so gut sie auch auf anderen Gebieten funktionieren mag.

Literatur

- Alanen, L. (1994): Zur Theorie der Kindheit. Die Kinderfrage in den Sozialwissenschaften. Sozialwissenschaftliche Literaturreischaun, 28, S. 93 – 112
- Bois-Reymond, M. du; Büchner, P.; Krüger, H. H. et al. (1994): Kinderleben. Modernisierung von Kindheit im interkulturellen Vergleich. Opladen
- Bossard, J. H.; Boll, S. (1966): The sociology of child development. 4. Aufl., New York
- Engelberg, A. (1986): Kinderalltag und Familienumwelt. Eine Studie über die Lebenssituation von Vorschulkindern. Frankfurt/M.
- Fürstenau, P. (1967): Soziologie der Kindheit. Heidelberg
- Honig, M. S. (1990): Kindheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 137. Jg., Heft 4, S. 95 – 97
- Hurrelmann, K. (1986): Einführung in die Sozialisationstheorie. Über den Zusammenhang von Sozialstruktur und Persönlichkeit. Weinheim – Basel
- Kaufmann; F. X., Loscher, K. (1979): Wir brauchen eine Politik für Kinder. In: Neue Sammlung 19, S. 222 – 333
- Lange, A. (1995): Kindheitsrhetorik und die Befunde der empirischen Forschung. Konstanz: Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“, Arbeitspapier Nr. 19
- Lange, A. (1996): Kindsein heute: Theoretische Konzepte und Befunde der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung sowie eine Explorativuntersuchung zum Kinderalltag in einer bodenseenahen Gemeinde. Konstanz
- Liegle, L. (1987): Welten der Kindheit und Familie. Beiträge zu einer pädagogischen und kulturvergleichenden Sozialisationsforschung. Weinheim
- Lüscher, K. (1984): Sozialpolitik für das Kind. Ein allgemeiner Bezugsrahmen. In: Lüscher, K. (Hrsg.) Sozialpolitik für das Kind. Frankfurt/M. – Berlin – Wien, S. 13 – 48
- Lüscher, K. (1996): Politik für Kinder – Politik mit Kindern. Konzeptuelle Überlegungen zu einem aktuellen Thema. Referat im Rahmen des Kolloquiums „Politik für Kinder – Politik mit Kindern“ im Deutschen Jugendinstitut, 15.5.1996

- Preuss-Lausitz, U. (1983): Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim – Basel
- Qvortrup, J. (1990): Childhood as a Social Phenomenon – An Introduction to a Series of National Reports. In: Eurosocial Report, Vol. 36
- Qvortrup, J. (1994): Childhood: A Generational Perspective. In: Qvortrup, J.; Bardy, M.; Sgritta, G.; Wintersberger, H. (eds.): Childhood Matters. Social Theory, Practice and Politics. Aldershot [UK]
- Rauch-Kallat, M.; Pichler, J. W. (1994) (Hrsg.): Entwicklungen in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Wien – Köln – Weimar
- Ritchie, O. W.; Koller, M. R. (1964): Sociology of Childhood. New York
- Saporiti, A.; Sgritta, G. B. (1990): Childhood as a Social Phenomenon, National Report Italy. In: Eurosocial, Report 36/2
- Wilk, L.; Wintersberger, H. (1996): Paradigmenwechsel in Kindheitsforschung und -politik. Das Beispiel Österreich. In: Zeumr, H.; Büchner, P.; Zinnecker, J. (Hrsg.) Kinder als Außenseiter? Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit. Weinheim – München, S. 29 – 56
- Zeiber, H. (1996): Kinder in der Gesellschaft und Kindheit in der Soziologie. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Heft 1, S. 26 – 46
- Zinnecker, J. (1995): Kindersurveys: Ein neues Kapitel Kindheit und Kindheitsforschung. Referat gehalten am Deutschen Soziologentag, April 1995, Halle

Frauen-, Kinder-, Familienpolitik und Männerrolle

Männer als Täter und Opfer

WALTER HOLLSTEIN

Möglichkeiten einer Männerpolitik

Das Thema, mit dem wir uns im folgenden beschäftigen, ist einigermaßen neu. Männer haben sich im Laufe der langen menschlichen Geschichte nicht mit den Facetten von Mannsein und Männlichkeit und ihrem Entwicklungsweg dahin beschäftigt. Das hat sich erst mit der zweiten Frauenbewegung Ende der 60er Jahre geändert.

Konnten sich noch vor wenigen Jahrzehnten die Männer kritiklos mit der männlichen Rolle und ihrem Rollenbild identifizieren, so erscheint Männlichkeit nun als ein Konstrukt, mit dem Frauen, Frauenbewegung, Wissenschaften, Medien und in gewisser Weise die Öffentlichkeit überhaupt nur noch negative Assoziationen verbinden.

Einstmals positive Qualitäten von Mannsein werden mittlerweile gesellschaftlich umgedeutet. Ehemals männlicher Mut wird heute als männliche Aggressivität denunziert; aus Leistungswillen wird Karrierismus, aus Durchsetzungsvermögen männliche Herrschsucht, und das, was einst als männliche Autonomie hochgelobt war, wird nun kritisiert als die männliche Unfähigkeit zur Nähe und als männliche Angst davor. Die „ideologische“ Verunsicherung ist also quasi total.

Die Dialektik der männlichen Rolle

Mit solcher Art Kritik müssen sich Männer seit einigen Jahren auseinandersetzen. Der Feminismus und die mit ihr verbundene Frauenforschung haben den Täter-Aspekt der männlichen Rolle herausgearbeitet: Männer usurpieren Macht, unterdrücken Frauen und Kinder, zerstören die Natur, begehen sexuellen Mißbrauch u. a.

Als Antwort auf die Frauenforschung hat sich die Männerforschung konstituiert. Sie widerspricht der feministischen Täter-Analyse nicht unbedingt, ergänzt diese aber um einen wichtigen Opfer-Aspekt. Demzufolge bedeutet Männlichkeit, wie sie traditionellerweise verstanden wird, auch in der Täter-Rolle eine Einschränkung von Lebensmöglichkeiten und -perspektiven (1).

Diese schwierige Verschränkung männlicher Wirklichkeit, wie sie die kritische Männerforschung behauptet, versuche ich im folgenden zu skizzieren.

Das männliche Machtgesetz

Ist die Herrschaft der Männer zu Ende? Viele meinen es. Elisabeth Badinter zum Beispiel beschreibt in ihrem Buch „Ich bin Du“ den Sturz des Patriarchats (2). Anzeichen dafür gibt es in der Tat: Feminismus und Frauenbewegung fordern die Männer strukturell und individuell heraus; die Frauen drängen massiv in die Berufswelt und machen dabei auch vor Bastionen nicht halt, die noch bis vor kurzem als unerschütterlich männlich gelten; Frauen als Präsidentinnen, Spitzenpolitikerinnen, Gewerkschaftsvorsitzende und Managerinnen gehören inzwischen ebenso zum öffentlichen Bild wie die Frau, die eine Straßenbahn lenkt, ein

(1) Dazu ausführlich: Walter Hollstein, Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer. Hamburg 1991.

(2) Elisabeth Badinter, Ich bin Du. München 1986.

Auto repariert oder ein Flugzeug steuert. Nur der Gedanke in die Zeit zurück verdeutlicht, wie solch Ungewöhnliches, für die meisten Undenkbares und für viele Anstößiges sich innerhalb weniger Jahre vollzogen hat.

Nichtsdestoweniger ist das vielzitierte Wort von Elisabeth Badinter vorerst nicht mehr als eine Tendenzaussage; es beschreibt die Richtung und umreißt die Perspektive, nicht aber die gegenwärtige Wirklichkeit als solche. Der sorgfältige Blick auf die Realität der Machtverteilung in unserer Industriegesellschaft weist klar aus, daß die wichtigsten Positionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur noch immer mehrheitlich von Männern besetzt gehalten werden, daß Männer von den gegebenen Machtverhältnissen statusmäßig und materiell profitieren und daß Männer sogar in den Bereichen noch mehr verdienen, in denen sie die gleiche Arbeit leisten wie Frauen. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse werden also nach wie vor von geschlechtsspezifischer Ungerechtigkeit geprägt.

Das patriarchale Gesetz, daß die Repräsentation von Männern desto maximaler und jene von Frauen desto minimaler ist, je machtintensiver sich ein Bereich für die Gesellschaft erweist, ist ungebrochen. Dieses Prinzipielle wird von anderen Gesetzmäßigkeiten begleitet:

- Erwerbstätigkeit gehört noch immer zur Normalbiografie des Mannes, aber nicht notwendigerweise zu jener der Frau.
- Doppelorientierung der Frauen auf Beruf und Familie bedeutet, daß Frauen zum einen häufiger Teilzeit arbeiten und daß sie zum anderen ihre Erwerbsbiografie unterbrechen, um für Kinder und Familie präsent zu sein.
- Die Rückkehr in den Beruf ist für Frauen trotz gesteigerter Motivation schwierig. Jede fünfte Frau verbindet den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit mit einem beruflichen Abstieg.
- Die Daten über die Erwerbstätigkeit dokumentieren die Konsequenzen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: Männer steuern überwiegend technische Anlagen und warten sie, bauen, installieren und stellen her, planen, konstruieren und forschen, leiten, organisieren und führen, sichern, bewachen und wenden Vorschriften an. Frauen hingegen verkaufen, kassieren, beraten Kunden, arbeiten im Büro, bewirten, reinigen und packen, erziehen, helfen, pflegen und versorgen.
- Diese tradierte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dokumentiert sich nur konsequent in erheblichen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen.
- Trotz zäher Bemühungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es den Frauen nicht gelungen, sich den öffentlichen Raum von Politik, Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Medien zu erobern; trotz aller weiblichen Fortschritte ist Öffentlichkeit weiterhin grundsätzlich männlich. Frauen sind zumeist nur Zuträgerinnen für männliche Herrschaftspositionen oder Alibi für dieselbigen.
- Auch im privaten Bereich obliegt die Hauptlast der Arbeit noch immer den Frauen. Selbst von erwerbstätigen Partnerinnen erwarten Männer ein großes Mehr an Hausarbeit, Versorgung und emotionaler Pflege, als sie selber zu geben bereit sind. Ähnliches gilt für die Kindererziehung.
- Die bisher unbewältigten Traditionen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bedingen Machtverhältnisse in Beziehungen und Familien und legitimieren nach wie vor Männergewalt. (3)

Die Brutalität der Männerrolle

Die traditionelle Männerrolle besteht aus Leistung, Härte, Macht, Distanz, Konkurrenz, Gefühllosigkeit, Kampf und Gewalt.

James M. O'Neil, der in den USA hunderte von Untersuchungen über den männlichen Erziehungsprozeß zusammengefaßt hat, kommt zu folgendem Ergebnis: „Männer werden sozialisiert, um wettbewerbsbetont, leistungsorientiert, kompetent zu sein. [...] Männer glauben, daß persönliches Glück und Sicherheit von harter Arbeit, Erfolg und Leistung abhängig sind.“ Bereits achtjährige Jungen haben diese Maxime ver-

(3) Dazu ausführlich: Elisabeth Beck-Gernsheim, *Das halbierte Leben*. Frankfurt/M. 1980.
Walter Hollstein, *Der Kampf der Geschlechter*. München 1995.

innerlich. Sie wissen, daß sie kämpfen müssen, sich anstrengen, und daß sie nicht schwach und passiv sein dürfen, wenn sie Männer werden wollen, die sie werden müssen (4).

Die New Yorker Wissenschaftler Robert Baron und Deborah David haben das männliche Leitbild mit Humor und der lapidaren Treffsicherheit der Amerikaner auf die vierteilige Kurzformel „no sissy stuff“, „the big wheel“, „the sturdy oak“ und „giv'em hell“ gebracht. Damit ist gemeint:

- „No sissy stuff“: Der Knabe und spätere Mann muß alles vermeiden, was auch nur den Anschein des Mädchenhaften, Weichen und Weiblichen hat. Seine männliche Identität erreicht er nur in klarer Absetzung vom anderen Geschlecht.
- „The big wheel“: Der Knabe und spätere Mann muß erfolgreich sein. Erfolg stellt sich ein über Leistung, Konkurrenz und Kampf. Erfolg garantiert Position, Status und Statussymbole. Nur wer Erfolg hat, ist ein richtiger Mann.
- „The sturdy oak“: Der Knabe und spätere Mann muß wie eine Eiche im Leben verwurzelt sein. Er muß seinen Mann stehen, hart, zäh, unerschütterlich, jedem Sturme trotzend, sich immer wieder aufrichtend, unbesiegbar.
- „Giv'em hell“: Der Knabe und spätere Mann ist wie ein Pionier im Wilden Westen oder ein Held auf dem Baseball-Feld. Er wagt alles, setzt sich ein, ist aggressiv, mutig, heftig und wild; er ist der „winner“, der Sieger. (5)

Das alles wird inzwischen zunehmend in Frage gestellt. Dafür sind im wesentlichen drei gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich:

1. Die Arbeit als primärer Ort männlicher Leistung und Konkurrenz verliert im Leben des einzelnen quantitativ und qualitativ immer mehr an Bedeutung.
2. Die Frauenbewegung fordert 50% aller Berufsmöglichkeiten, Positionen und Karrierechancen. Das bedeutet längerfristig die Einbuße an 50% männlicher Macht.
3. Die Perspektiven von Männlichkeit verschlechtern sich zusehends. Indikatoren dafür sind z. B. die sinkende Lebenserwartung und der steigende Krankenstand von Männern. Es entsteht ein männlicher Leidensdruck an der eigenen Männerrolle.

Damit sollte Veränderung möglich sein. Männer sind, wie alle Lebewesen, in der Lage zu lernen und damit auch umzulernen. Natürlich können sich Männer auch neuen Bedingungen anpassen. Wo also ist das Problem? Die Gesellschaft hat die männliche Wirklichkeit verändert, hält aber gleichzeitig die traditionelle Rollenerwartung an die Männer aufrecht; sie sollen konkurrieren, hart und stark sein, Streß aushalten, nach Erfolg streben, sich Niederlagen nicht anmerken lassen und um Macht kämpfen. So ergibt sich für den Mann unserer Gegenwart ein kaum auszuhaltender Widerspruch zwischen der Ideologie traditioneller Männlichkeit und verwandelten gesellschaftlichen Strukturen. Das führt zu einer schizophrenen Situation, die sich an alltäglichen Beispielen beschreiben läßt: Es wird öffentlich der „neue“ Mann gefordert, aber wer prangt auf Nachrichtenmagazinen, Illustrierten und Wirtschaftszeitschriften? Der Aufsichtsratsvorsitzende, der Spitzenpolitiker, der Großbankier, der Popstar und der Tennischampion. Ein weiteres Beispiel solcher Schizophrenie liefert die Autoindustrie, die immer rasantere Wagen produziert, die „Mann“ wegen der Tempolimits aber kaum mehr ausfahren kann und darf.

Das männliche Erziehungsdrama

Es besteht kein Zweifel daran, daß Männer als liebende, zärtliche und polymorph sinnliche Kinder eine erste Zeit ihres Lebens verbringen. Ebenso wenig kann Zweifel bestehen, daß Männer wie Frauen Glück, Liebe

(4) James M. O'Neil, Gender-Role Conflict and Strain in Men's Lives. In: K. Solomon / N. B. Levy (Hg.), Men in Transition. New York, London 1982.

(5) Robert Brannon / Deborah David, The Forty-Nine Percent Majority – The Male Sex Role. Reading [Mass.] 1976.

und Erfüllung von ihrer Existenz erwarten. Was hindert die Männer daran? Die Antwort lautet: Ihre Erziehung zur Männlichkeit, innerhalb derer sie gezwungen sind, ihre weiblichen Anteile zu verleugnen.

Männlichkeit ist dabei gesellschaftlich definiert als Ausübung von Macht und Kontrolle, Stärke, Führung, Dominanz, Logik, Stringenz, Überblick, Erfolg, Ehrgeiz und Besitz; Weiblichkeit wird assoziiert mit Schwäche, Unterwerfung, Unsicherheit, Opferhaltung, Gefühl, Intuition, Nachgiebigkeit, Fürsorge, Häuslichkeit, Rücksicht und Liebe. Um das eine zu erreichen, darf der Junge das andere nicht sein. Mit Recht hat Nancy Chodorow darauf hingewiesen, daß männliche Identität sich insofern negativ definiert, als sie sich von dem abgrenzen muß, was als weiblich gilt. Männlichkeit ist erkauf durch den Verzicht auf weibliche Eigenschaften. (6)

Frühzeitig wird der Mann in diesen gesellschaftlichen Käfig von Männlichkeit gesteckt. Im Rahmen seiner Familie lernt der kleine Junge, was männlich ist. Die Männerforschung belegt, daß wir schon als Buben auf Leistung und Erfolg getrimmt werden. Entgegen dem Tatbestand, daß weibliche Neugeborene viel weniger anfällig sind, behandeln vor allem Väter ihre Söhne kräftiger und gröber als ihre Töchter. Von Anbeginn konfrontieren Väter ihre Söhne mit einer harten Lebenswirklichkeit von Leistung, Kampf und Ausdauer.

Geschlechtsspezifische Aktivitäten von Jungen werden viel deutlicher gefördert als jene von Mädchen; Jungen werden aber auch viel entschiedener für geschlechtsspezifisches Verhalten bestraft.

Die Erziehung zur Männlichkeit verlangt die Härtedressur der Buben, denen körperliche Kontakte, Schmusen und Küssen frühzeitig abtrainiert werden. Der Männerforscher Bernie Zilbergeld weist darauf hin, daß Mütter Zärtlichkeiten bei ihren Söhnen gewöhnlich viel früher einstellen als bei ihren Töchtern. Sie haben Angst, ihre Söhne könnten durch zuviel „Bemuttern“ verweichlichen. Ein richtiger Mann braucht nicht umarmt oder in die Arme genommen zu werden (7). Ebenso sehr wird von den Buben verlangt, daß sie ihre Emotionen kontrollieren und insbesondere Gefühle von Schwäche, Schmerz, Traurigkeit und Nachgiebigkeit unterdrücken.

Der andere Mann erscheint bereits als kleiner Junge vor allem als Gegner und Konkurrent, und dieses Kampfbild verfestigt sich in der Schule, in der Lehre, in der Universität, im Militär, im Sportclub, im Beruf. Wenn aber der andere Junge primär mein Konkurrent ist, dann muß ich ihm mit Vorsicht, Mißtrauen, einer Maske von Höflichkeit und Undurchschaubarkeit entgegentreten, dann muß ich eben wie Humphrey Bogart das berühmte Pokerface aufsetzen, dann muß ich verdammt cool und berechnend sein und immer überlegen und kalkulieren und stets einen Schritt schneller sein als der andere. Und das hat weitere Folgen: Ich darf dem anderen nicht meine wahren Gedanken sagen; ich muß meine Authentizität verstecken; ich muß eine Rolle spielen; ich muß meine Gefühle einschließen, und ich muß immer stark, sicher und souverän sein. Das wiederum heißt: Ich darf meine Schwächen und Fehler nicht zeigen, ja ich darf eigentlich davon gar nichts haben; sonst bin ich kein Mann.

So läßt sich zusammenfassen: Während Mädchen in der Einheit von Fühlen und Lernen aufwachsen, entwickeln Knaben eine positionale Identifizierung mit Aspekten der männlichen Rolle (8). Bei ihnen ist die Verbindung zwischen effektiven Prozessen und dem Rollenlernen zerrissen.

Die Folge des Geschilderten ist, was ich als das männliche Syndrom bezeichnen möchte. Das heißt: Fixierung auf äußere Werte wie Erfolg, Geld, Status und Statussymbole; eine Identität, die sich exklusiv über Arbeit und deren Gratifikationen bestimmt. Das bedeutet dann gleichzeitig: Ignoranz, wer man wirklich ist, innere Orientierungslosigkeit und Leere, also der Mann ohne innere Eigenschaften.

Diese Leere wird mit diversen Süchten kompensiert: Machtsucht, Arbeitssucht, Sportsucht, Sucht nach Gewalttätigkeit, Sexsucht, Drogenabhängigkeit und Alkoholismus.

(6) Nancy Chodorow, *Das Erbe der Mütter*. München 1985.

(7) Bernie Zilbergeld, *Männliche Sexualität*. Tübingen 1983.

(8) Nancy Chodorow, a. a. 0.

Das maskuline Dilemma

Das bedeutet: Männlichkeit ist kein freiwilliger Definitionsakt von irgendwelchen Männern, die sich an irgendeinem Ort zusammenfinden, um irgendeine Begriffsbestimmung dessen, was sie als männlich empfinden, auszuhecken. Männlichkeit ist vielmehr eine tradierte gesellschaftliche Festlegung von Werten, Verhaltensweisen und Zielen, die durch eine vielschichtige Dynamik von Institutionen wirkt: Familie, Schule, Arbeit, Militär, Kirche, Massenmedien, Sport etc. Der einzelne Mann ist in diese gesellschaftliche Festlegung von Leistung, Erfolg, Härte und Konkurrenz eingebunden.

In Kindheit und Jugend erlernte Männlichkeit muß in der Arbeitswelt bewiesen werden. Seine Definition erwirbt der Mann, arbeitend und sich durchsetzend, erst in der Distanzierung von der Privatsphäre und den dort vorherrschenden Werten der Intimität, Emotionalität und Nähe. Der Mann wird gemessen an jenen Leistungs- und Erfolgsstandards, die die Gesellschaft ihm gesetzt hat. Erfüllt er sie, ist er ein Mann; erfüllt er sie nicht, wird er als Versager tituliert. Sein Wert als Mann hängt vom erworbenen Status, den Statussymbolen und seinem Rang in der Hierarchie ab.

Das maskuline Dilemma in diesem Zusammenhang entsteht dadurch, daß nur wenige Männer die obersten Stufen dieser Erfolgsleiter erreichen. In den deutschsprachigen Ländern sind es jeweils einige hundert. Die Millionen anderen sind lohnabhängig, Befehlsempfänger, ausführende Organe ihrer Vorgesetzten. Dementsprechend weisen alle internationalen Untersuchungen aus, daß die übergroße Mehrheit der Männer den gesellschaftlichen Vorstellungen von Karriere und Erfolg gar nicht gerecht werden kann.

Die Folge ist andauernder Streß. Die Männerforschung geht so weit, traditionelle Männlichkeit als „lebensbedrohend“ zu definieren. Viele medizinische Untersuchungen bestätigen diesen Befund: Der moderne Mann leidet an Isolationsgefühlen, Sinnverlust, Schuldkomplexen, Versagensängsten, Süchten wie Alkoholismus und Nikotin, an Hoffnungslosigkeit, Selbstverachtung, latenter Depression etc. Männer sterben in den Industrienationen acht Jahre früher als Frauen. Die Männerforschung bezeichnet uns inzwischen in gesundheitspolitischer Optik als das schwache Geschlecht. Männer haben kaum Freunde, verfügen über kein soziales Netz.

Die männlichen Zwänge

Empirisch belegt sind sechs Zwänge, die unserer traditionellen Männerrolle geradezu inhärent sind. (Der amerikanische Männerforscher James M. O'Neil hat diese Zwänge besonders deutlich belegt, die auch für den deutschsprachigen Raum nachweisbar sind.)

1. Das eingeschränkte Gefühlsleben. Männer sind im Zwang emotionaler Kontrolle gebunden. Als Folge solch eingeschränkter Emotionalität entstehen Feindseligkeit und Wut, die sich – aufgestaut – nicht selten explosionsartig in Aggressivität, Männergewalt und Vergewaltigung entladen.
2. Die Homophobie. Männer haben Angst vor der Nähe zu anderen Männern. Diese Angst fördert – als Abwehr – ein autoritäres, rigides und intolerantes Verhalten.
3. Die Kontroll-, Macht- und Wettbewerbszwänge. Männer lernen früh, ihren Selbstwert über Erfolg zu bestimmen. Kontrolle, Macht und Wettbewerb sind Garanten dieses Erfolgs. Umgekehrt schließen sie Ethos, Mitmenschlichkeit, Liebe und Fürsorge aus.
4. Das gehemmte sexuelle und affektive Verhalten. Männer spalten ihre eigene Sexualität von Zärtlichkeit und Emotionalität ab und erleben sie unter dem Aspekt von Leistung und Dominanz. Dabei wird der Mann sexuell zum Opfer seiner eigenen Obsession von Erfolg und Macht.
5. Die Sucht nach Leistung und Erfolg als die zwanghafte Notwendigkeit, das eigene Mannsein immer wieder neu erfahrbar zu machen und zu messen. Männer beziehen Selbstwertgefühl und Lebenssinn nur über ihre Arbeit und deren Gratifikationen. Ihr Leben ist Tun und Haben, nicht Lassen und Sein.
6. Die unsorgsame Gesundheitsfrage. Männer mißachten körperliche Warnsignale und sind nur schlecht in der Lage, zu entspannen. Körperpflege, psychische Hygiene und medizinische Vorsorge werden als

unmännlich betrachtet. Schon der bloße Gang zum Arzt wird als Eingeständnis von männlicher Schwäche gewertet. Ein richtiger Mann braucht keine Hilfe (9).

Hinzu kommt ein Weiteres: Wir Männer sind alle – insofern wir nicht ganz jung sind – für eine Welt erzogen worden, in der die Regeln klar waren. Wir würden uns der Arbeit, der Karriere und der Macht annehmen, und die Frauen würden uns dabei unterstützen. Sorgen, Gefühle und Kinder waren an die Frauen zu delegieren.

Nun ist vielleicht nicht alles anders, aber doch vieles, und was noch gleich ist, wird mit Sicherheit anders werden.

Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hat sich grundsätzlich verändert. Frauen sind inzwischen unsere Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt, zunehmend auch unsere Chefinnen. Erwerbstätige Frauen verlangen eine neue Arbeitsteilung zuhause: Kindererziehung und Hausarbeit werden sukzessive männliche Tätigkeitsbereiche. Schließlich sind wir nun für unsere Sorgen und Gefühle selbst verantwortlich; wir können sie nicht mehr lapidar an die Frauen abtreten.

Damit nicht genug: Wir müssen nicht nur uns anders wahrnehmen, sondern vor allem die Frauen. Aus der Dienerin ist die Partnerin geworden, die nicht nur gibt, sondern auch fordert. Die erwerbstätige Frau stellt die gleichen Ansprüche an uns wie wir früher einseitig an sie. Das heißt: Wir müssen unsere Monologe einstellen und zuhören lernen; wir dürfen nicht mehr Sorgen und Probleme abladen, sondern müssen lernen, sie zu teilen. Wir dürfen nicht mehr egozentrisch Trost erwarten, sondern müssen auch Trost spenden. Wir müssen kooperativ werden; wir müssen auf die Bedürfnisse der Frauen eingehen – bis hinein in die Sexualität.

Jedenfalls sind die Folgen deutlich: männliche Orientierungslosigkeit – ob als Larmoyanz oder als aufgesetztes Macho-Gehabe, Unklarheit, Verunsicherung, letztere – empirisch nachgewiesen – bis zur sexuellen Dysfunktion.

Auch neue Arbeitsarrangements und Hierarchien mit Frauen lösen bei Männern diffuse Ängste vor Macht- und Prestigeverlust aus.

Anthony Astrachan, der in den USA mehrere hundert Männer befragt hat, präzisiert dieses Angstpotential in eine interessante Richtung (10). Danach fürchten sich Männer weniger davor, im Beruf Positionen mit Frauen zu teilen, als vielmehr vor den privaten Folgen weiblicher Erwerbstätigkeit. Männer schreckt der Gedanke, daß jene Aufmerksamkeit, Liebe und Fürsorge, die die Frauen seit jeher ihren Partnern entgegenbringen, von ihrem Beruf aufgesogen werden könnte. Männer fürchten also, daß sie aufgrund der Erwerbstätigkeit ihrer Frauen emotional zu kurz kommen könnten.

Die Männerbewegung

Doch neben Befürchtungen, diffusem Unbehagen und vielen Verlustängsten wächst die Einsicht, daß die sukzessive Veränderung traditioneller Männlichkeit auch eine Chance sein kann.

Die Geburtsstunde der neuen Männerbewegung fällt in das Jahr 1970. Damals gründeten Männer im kalifornischen Berkeley das erste Männerzentrum. Gründlich wie Männer halt sind, formulierten sie ein Manifest; darin heißt es als programmatische Kernaussage: „Wir als Männer wollen unsere volle Menschlichkeit wiederhaben. Wir wollen nicht mehr länger in Anstrengung und Wettbewerb stehen, um ein unmögliches, und unterdrückendes, männliches Image zu erreichen – stark, schweigsam, cool, gefühllos, erfolgreich, Beherrscher der Frauen, Führer der Männer, reich, brillant, athletisch und heavy. [...] Wir möch-

(9) James M. O'Neil, a. a. 0.

(10) Anthony Astrahan, *Wie Männer fühlen*. München 1990.

ten uns selbst gern haben; wir möchten uns gut fühlen und unsere Sinnlichkeit, unsere Gefühle, unseren Intellekt und unseren Alltag zufrieden erleben.“ (11)

Im deutschsprachigen Raum gibt es seit ca. 10 Jahren eine Männerbewegung.

Männerbewegung bedeutet im einzelnen:

1. Eine Männerliteratur, in der – zum ersten Mal seit Jahrhunderten – Männer ihre Männlichkeit reflektieren, sich Gedanken machen über sich selbst.
2. Männergruppen, in denen sich bewegte Männer treffen, um ihre eigenen Schwierigkeiten mit der traditionellen Männerrolle zu besprechen.
3. Männerzentren, die – in den großen Städten – Informationen und Beratung für Männer anbieten.
4. Männertherapien, mit denen spezifische Männerprobleme behandelt werden.
5. Männerforschung, die versucht, unsere patriarchale Geschichte und deren Folgen aufzuarbeiten.

Das Epochale an dieser Männerbewegung ist unzweifelhaft, daß wir zum ersten Mal in der Geschichte über uns selber als Männer nachdenken dürfen und müssen. Das heißt – präzise gesehen – zweierlei:

Zum ersten Mal seit Jahrhunderten haben wir jetzt die Möglichkeit, unser Rollenkorsett von Macht, Härte, Erfolgswang, Kontrolle und Pokerface zu lockern.

Und zum Zweiten: Zum ersten Mal haben wir die Möglichkeit, zu sehen und zu erleben, wer wir wirklich sind, statt uns nur von außen definieren zu lassen, also gesellschaftlichen Zwängen und gesellschaftlichen Erwartungen zu unterliegen.

Wenn wir zum Schluß auf die Entwicklung der Männer in Bewegung schauen, so lassen sich empirisch drei wichtige Ergebnisse formulieren:

1. Männer erleben sich aufgrund ihrer Veränderung in einem breiteren Spektrum. Sie begreifen sich nicht mehr nur als Arbeitstiere und Karrierehengste, sondern als Menschen mit vielseitigen Bedürfnissen.
2. Männer entwickeln aufgrund ihrer Veränderung ein neues Verhältnis zu anderen Männern. Sie betrachten die Mitmänner nicht mehr als Feinde und Konkurrenten, sondern zunehmend als Freunde und Kollegen. Aufgrund ihrer Männergruppenerfahrung sind sie in der Lage, nun auch männliche Lebenswelten aufzubauen.
3. Männer haben aufgrund ihrer Veränderung ein neues Verhältnis zu Frauen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Männlichkeit läßt Männer freier und partnerschaftlicher auf Frauen zugehen. Der Umstand, daß Männer aufgrund ihrer Männergruppenerfahrung sich eigene soziale Netze aufbauen können, entlastet überdies die Frauen von ihrer „emotionalen Fürsorgepflicht“ gegenüber den Männern. (12)

Der sukzessive Zusammenbruch traditioneller Männerrollen bringt uns Möglichkeiten, weniger eingebunden, fixiert, gepanzert und rigide zu sein; er läßt uns nicht nur farbige Hosen tragen und auf die Krawatte verzichten, sondern führt uns auch zu mehr Nachsichtigkeit, Hingabe und Verantwortung. Männer beschäftigen sich mehr mit sich selbst, werden introspektiver und lernen sich besser kennen. Sie entwickeln ein konstruktiveres Verhältnis zu Frauen, ihren Kindern und anderen Männern. Sie beginnen Fehler einzusehen und Defizite aufzuholen. Viele von uns merken, daß es neben Beruf und Karriere noch anderes gibt, und nicht wenige schätzen dieses andere inzwischen sogar höher ein. Sicher suchen wir gegenwärtig noch vergebens nach den neuen Männern; aber wir finden zunehmend solche, die sich auf den Weg gemacht haben, sich zu verändern.

Parallel dazu wächst die Einsicht, daß haltlose Männer als Rechtsextreme, Vergewaltiger, Kinderschänder u. a. zunehmend zu einem sozialen Problem schreckhaften Ausmaßes werden. In der Tat ist die Antwort auf nicht gelungene Männlichkeit die Überkompensation von Männlichkeit. Solche Männer versuchen sich aus ihrer Verunsicherung zu retten, indem sie mit Gewalt, Vergewaltigung, Brutalität, Alkoholismus und

(11) Berkeley Men's Center-Manifesto. In: J. H. Pleck / J. Sawyer, Man and Masculinity. Englewood Cliffs 1974.

(12) Michael Kimmel (Hg.), Changing Men. Newbury Park [Cal.] 1987.

Angeberei sich besonders männlich geben. Sie überreagieren, weil ihnen echte Männlichkeit nie gelungen ist. Deshalb werden sie zu allgemein gefährlichen Pseudomännern.

Dort, wo Männlichkeit nur fassadenhaft ausgebildet ist, nur Pose bleibt, kann auch nicht die Beziehung zur erwachsenen Frau gelingen. Männer mit brüchiger Männlichkeit haben extreme Ängste vor Frauen. Sie versagen in Beziehungen emotional und sexuell, sind impotent und werden in ihren schlimmsten Exemplaren zu Vergewaltigern, Pornographen und Kinderschändern, weil sie nie gelernt haben, der erwachsenen Frau auf erwachsene Art zu begegnen. Nur sichere Männer können sich diesem Abenteuer stellen.

Auch insofern wird deutlich, daß Männerveränderung keine bloße individuelle Aufgabe ist, sondern heute eine durchaus gesellschaftspolitische Herausforderung (13).

Männerpolitik als Gesellschaftspolitik

Männerveränderung kann kein individuelles Unternehmen sein. Die Veränderung der Geschlechterverhältnisse wird im öffentlichen und politischen Bewußtsein nach wie vor nur an der Lösung der Frauenfrage festgemacht. Daß es auch eine Männerfrage gibt, wird kaum thematisiert, im Gegenteil sogar häufig geradezu tabuisiert. In Wirklichkeit stagniert die Lösung der Frauenfrage, weil sich auf Männerseite wenig bewegt. Von daher sind Frauenfrage und Männerfrage unlösbar verbunden.

Wenn die Aktualität und auch die zunehmende Akzeptanz von Gleichstellung bedacht wird, ist es schon in höchstem Maße verwunderlich, daß weder Utopien der Gleichstellung, noch konkrete, auf beide Geschlechter bezogene Strategien vorliegen, wie Gleichstellung tatsächlich umgesetzt und deren Folgen bewältigt werden könnten.

Es fehlen gesamtgesellschaftliche Entwürfe, Pläne, die beide Geschlechter einbeziehen, und mutige Perspektiven. Damit mangelt es auch an Wegweisern, die wenigstens dazu dienen könnten, verbessernd für die defizitäre Wirklichkeit zu sein. Es ist, als ob die Belanglosigkeit gegenwärtiger Politik auch die Geschlechter-„Szene“ angesteckt hätte.

Immerhin lassen die vorliegenden Konzeptionen von Gleichstellung den künftigen gesellschaftlichen Standort von Frauen nicht gänzlich im Dunkeln: Reale Gleichheit, tatsächliche Wahlfreiheit und Selbstverwirklichung sind Zielvorgaben aller Programme. Solcherlei fehlt für Männer. Quoten und Antidiskriminierungsgesetze sind zwar Drohungen, daß die traditionelle Vormachtstellung der Männer nicht bis in das dritte Jahrtausend gehalten werden kann. Aber es fehlen die Konzepte für eine Machtteilung zugunsten der Frauen und jegliche Überlegung, wie Männern Verzicht im Bereich von Erwerbstätigkeit, gesellschaftlicher Hierarchie und Macht plausibel gemacht werden könnten. Ebenso gibt es keinerlei öffentliche Besinnung darüber, was Männern als Äquivalent für ihren „Machtverzicht“ angeboten werden könnte und sollte. Es reicht nicht aus, den weiblichen Zugang zur Macht zu konzeptualisieren – obwohl auch das nur partiell und halbherzig geschehen ist – ohne die männliche Teilung der Macht mitzugestalten.

Die Forderungs- und Maßnahmenkataloge zur Gleichstellung der Geschlechter beschreiben zwar Wege der Frauenförderung, stellen aber umgekehrt keine Konzepte dar, wie männliche Herrschaftsformen abgelöst werden können. Wenn dies überzeugend geschehen soll, muß Männern konstruktiv verdeutlicht werden, warum eine Teilung von Macht historisch vonnöten ist und welche menschlichen Vorteile sie daraus auf Dauer gewinnen können. Doch solche Konzeptionen fehlen ebenso durchgängig in der frauendominierten Gleichstellungspolitik wie in Instrumentarien der Veränderung auf seiten der Männer: Es gibt weder Maßnahmen noch Förderungspläne, um Männer in den Bereichen von Haushalt, Kindererziehung und anderen „privaten“ Aufgaben verstärkt anzusiedeln. Der dialektische Beitrag der Männerfrage zur Frauenbefreiung ist der offiziellen Politik bislang verborgen geblieben; jedenfalls ist er nicht politisch problematisiert worden. Im Gegensatz zu Skandinavien fehlen in Deutschland auch Konzepte zur Männerbildung; es gibt nur Frauenbildung.

(13) Walter Hollstein, Ende der Frauenpolitik? Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, B 42 / 1996.

Die Frauenfrage als Männerfrage

So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Lösung der Frauenfrage stagniert. Solange der „Gegner“ im Geschlechterkampf seine Positionen behält und als veränderungswürdiger Ansprechpartner nicht einmal wahrgenommen wird, werden Männer weiterhin blockieren, uneinsichtig bleiben und keine neuen Perspektiven für sich sehen wollen. Viele Ereignisse der letzten Wochen und Monate dokumentieren dies auf schon makabre Weise: spektakulär die Quoten-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes.

Wie die sukzessiven Erfolge der Frauenpolitik in Skandinavien belegen, lassen sich Fortschritte bei der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse nur durchsetzen, wenn auch die Bedürfnisse der Männer berücksichtigt werden (14).

Gesellschaftliche und individuelle Verantwortung

All dies darf freilich nicht als Entlastung des individuellen Mannes verstanden sein. Männerveränderung ist aufgrund der patriarchalen Geschichte ebenso wie der modernen Gesellschaftsverhältnisse ein historischer Imperativ, der sich dreiteilig im Verhalten jedes Mannes umsetzen sollte:

1. Wir Männer müssen uns für eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung einsetzen, in der wir Pflichten in der Hausarbeit, in der Kindererziehung und in der Fürsorge gegenüber unseren Frauen mitverantwortlich übernehmen.
2. Wir Männer müssen lernen, männerbündisches Verhalten aufzugeben, gegen schlagende, hetzende und frauenfeindliche Geschlechtsgenossen Stellung zu beziehen, einzuschreiten.
3. Wir Männer haben die Pflicht, uns für ein demokratisches Arrangement der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Kultur einzusetzen. Dabei müssen wir bereit sein, angestammte Positionen zu teilen oder auch, sie aufzugeben.

Ich meine schließlich, daß wir Männer endlich aufhören sollten, diese Arrangements in einer Optik des Verzichts zu diskutieren. Denn dort, wo wir etwas aufgeben, gewinnen wir auch viel hinzu an Freiheit, Spaß, Flexibilität, an Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und der wachsenden Zufriedenheit, an neuen Erlebnissen mit unserer Familie, unseren Frauen und unseren Kindern.

Unter solchen Voraussetzungen könnten sich dann auch Koalitionen über die Geschlechtergrenzen hinweg bilden, zwischen Frauen- und Männerbewegung, die uns ein besseres, weil gleichgestelltes Zusammenleben ermöglichen.

(14) Equality Affairs Division of the Ministry of Health and Social Affairs (Hg.), Men on Men. Stockholm 1995.

Schutz- und Risikofaktoren der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in der Familie und deren Umfeld

FRIEDRICH LÖSEL, DORIS BENDER

Einführung

In der Forschung über Zusammenhänge zwischen Merkmalen der Familie und der Entwicklung von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen lassen sich drei Phasen erkennen. In einer ersten Phase befaßte man sich vor allem mit Einflüssen, die allgemeine Beeinträchtigungen der seelisch gesunden Entwicklung nach sich ziehen sollten. Hier sind z. B. die Traumatheorie von Freud oder die Forschungen zur Bindungstheorie von Bowlby zu nennen. In einer zweiten Phase wandte man sich differenzierteren Zusammenhängen zu. Beispiele hierfür sind Untersuchungen zu den Auswirkungen bestimmter Erziehungsstile oder zu familiären Systembeziehungen und spezifischen psychischen Problemen. Beide Phasen waren primär an Defiziten orientiert. Im Gegensatz dazu hebt man in einer dritten Phase der Forschung hervor, daß Individuen sehr unterschiedlich auf Schwierigkeiten und Belastungen in der Entwicklung reagieren. Ob und wie sich Störungen entwickeln, hängt nicht nur von den vorhandenen Risiken ab, sondern auch von Schutzfaktoren. Diese Perspektive hat in der modernen Entwicklungspsychopathologie unter Stichworten wie „Resilienz“ und „protektive Faktoren“ große Bedeutung gewonnen (vgl. Cicchetti & Garmezy, 1993; Rutter, 1990). Erkenntnisse darüber, warum manche junge Menschen bei kritischen Lebensereignissen oder schwierigen Lebensumständen besonders vulnerabel sind, während andere gut damit fertig werden, sind auch für die Prävention im Erwachsenenalter sehr wichtig geworden (Basic Behavioral Task Force, 1996; Hurrelmann & Lösel, 1990).

Das Konzept der Resilienz

Grundsätzlich ist die Thematik nicht neu. So hat z. B. bereits Hildegard Hetzer (1937) darauf aufmerksam gemacht, daß sich manche Kinder unter den Bedingungen großer Armut relativ gut entwickeln. Anna Freud (1969) hat sich mit der Bewältigung schwerster frühkindlicher Traumata von Kindern aus Konzentrationslagern befaßt. Und nicht zuletzt haben Heldenmythen und zahlreiche Fallbeispiele von berühmten Persönlichkeiten, die unter schwierigsten Umständen aufgewachsen sind, die Menschen seit langem fasziniert (vgl. Anthony, 1974; Schneider, 1992). In der neueren Forschung der Entwicklungspsychopathologie geht es aber weniger um solche spektakulären Fälle, sondern um die flexible Bewältigung und Anpassung der „kleinen Helden“ des Alltags.

Es gibt keine eindeutige deutsche Übersetzung des Begriffs der *resilience* / *resiliency*. Nach dem Oxford Dictionary versteht man darunter „the quality or property of quickly recovering the original shape or condition after being pulled, pressed, crushed, etc.“. Fritz Redl (1969) hat den Begriff der „ego resilience“ eingeführt und Jack Block (Block & Block, 1980) hat diese als eine Fähigkeit beschrieben, die Ich-Grenzen unter wechselnden Umwelanforderungen flexibel zu öffnen oder zu schließen. In der neueren Forschung ist der Begriff der „Resilienz“ nicht mehr an spezifische Persönlichkeits- oder Entwicklungstheorien gebunden. Wir verwenden ihn, weil er im Vergleich zu „coping“ zeitlich und situativ mehr überdauernde Aspekte der erfolgreichen Bewältigung von Belastungen thematisiert. Andererseits vermeidet er die Vorstellung einer absoluten Widerstandsfähigkeit, wie sie durch den Begriff der „invulnerability“ nahegelegt wird (vgl. Anthony, 1987).

Unter dem Konzept der Resilienz untersucht man (1) Phänomene der bio-psycho-sozialen Gesundheit trotz hohen Störungsrisikos, z. B. eine relativ gesunde Entwicklung in einem vielfach deprivierten Randgruppenmilieu; (2) die Aufrechterhaltung von Kompetenz unter aktueller Belastung, z. B. die effektive Bewältigung einer Scheidungssituation; (3) die Erholung von Traumata, z. B. nach Kindesmißbrauch (vgl. Masten, Best & Garmezy, 1990). Es wird sowohl der Prozeß der Anpassung an belastende Lebensereignisse als auch das Ergebnis dieser Anpassung thematisiert (vgl. Lösel, Kolip & Bender, 1992; Masten et al., 1990; Rutter, 1985, 1990). Gemeint ist keine absolute, sondern nur eine relative Widerstandskraft gegenüber belastenden Lebensumständen und -ereignissen. Sie variiert über die Zeit und Umstände hinweg. Die Schutzfaktoren können sowohl in der Konstitution und erlernten Merkmalen der Person als auch in Merkmalen der Umwelt liegen. Zu letzteren gehören vor allem familiäre Beziehungen und die außerfamiliäre Unterstützung (zum Ganzen vgl. Garmezy, 1985; Masten & Garmezy, 1985; Rutter, 1985, 1990; Werner & Smith, 1982).

Wenngleich die Abpufferung von Risiken durch Schutzfaktoren plausibel ist, bestehen doch erhebliche konzeptuelle Probleme. Diese betreffen die theoretische und operationale Definition der drei grundlegenden Begriffe: (1) Resilienz, (2) Risikofaktor und (3) protektiver Faktor:

- (1) *Definition der Resilienz.* Die Kriterien hierfür sind uneinheitlich (Cicchetti & Garmezy, 1993). Vorwiegend wird darunter die Abwesenheit von Störungen, Fehlanpassungen oder Krankheiten verstanden. Teilweise bezieht man sich aber auch auf positive Kriterien der sozialen Kompetenz. In beiden Fällen ist zu fragen, inwieweit graduelle Unterschiede in den Kriterienvariablen konsensfähig und praktisch (z. B. klinisch) bedeutsam sind. Wichtig ist auch, ob die Diagnose der psychischen Gesundheit sehr breit ist oder sich nur auf das Fehlen bestimmter Syndrome bezieht. Zum Beispiel werden vielleicht Personen nur deshalb als „resilient“ angesehen, weil sie gegenüber einer Vergleichsgruppe keine Angststörungen oder Depressionen aufweisen. Solche scheinbar Gesunden könnten aber z. B. aggressiv oder delinquent sein.
- (2) *Definition von Risikofaktoren.* Risikofaktoren sind solche Merkmale, die mit den jeweiligen Erlebens- und Verhaltensproblemen möglichst hoch korrelieren. Derartige Zusammenhänge sind jedoch oft gering (Lösel, 1991). Es bleibt zu fragen, ob scheinbare Phänomene der Resilienz nur darin bestehen, daß keine wirklich gravierenden Risiken vorgelegen haben (Rutter, 1996). Zum Beispiel sind kumulierte Stressoren psychopathologisch wesentlich bedeutsamer als einzelne kritische Lebensereignisse (z. B. Coyne & Downey, 1991; Rutter, 1990). Das Konzept der Risikofaktoren basiert auch nur auf statistischen Zusammenhängen. Warum sie so wirken, ist oft unklar (Richters & Martinez, 1993). Wichtig ist auch, inwieweit Stressoren objektiv oder im Sinne der erlebten Belastung definiert werden. Zwar sind im zweiten Fall die Beziehungen zu psychischen Störungen meist stärker, doch können diese subjektiven Faktoren auch nur Ausdruck einer bereits bestehenden oder sich entwickelnden Störung sein (z. B. bei einer depressiven Verstimmung).
- (3) *Definition protektiver Faktoren.* Von einem protektiven Faktor wird gesprochen, wenn er die ansonsten vorhandene Wahrscheinlichkeit von Verhaltensstörungen erniedrigt. Es besteht dabei die Gefahr, daß protektive Faktoren nur als die „Kehrseite der Medaille“ von Risiken aufgefaßt werden (vgl. Rutter, 1985). Zum Beispiel gilt eine stabile emotionale Bindung an eine Bezugsperson einerseits als ein protektiver Faktor, andererseits ist ihr Fehlen ein Störungsrisiko (z. B. Bowlby, 1969). Nach Rutter (1985) sollte ein Faktor aber nur dann als protektiv bezeichnet werden, wenn er die pathogene Wirkung vorhandener Risiken vermindert, also den Zusammenhang zwischen Risikofaktor und Störung verändert (vgl. Garmezy, Masten & Tellegen, 1984).

Zwei exemplarische Untersuchungen

Trotz der genannten Probleme haben inzwischen zahlreiche Untersuchungen zur Aufklärung von protektiven Faktoren und ihren Wirkungsmechanismen beigetragen. Untersucht wurden z. B. Kinder und Jugendliche, die in Multiproblem-Familien, bei psychisch kranken Eltern oder in Heimen aufgewachsen sind; die Traumata wie Mißbrauch, Verarmung oder elterliche Scheidung bewältigen konnten; die in Kriegsgebieten,

Flüchtlingslagern oder als Straßenkind in der Dritten Welt psychisch „überlebt“ haben (vgl. Bender, 1995). Methodisch handelt es sich sowohl um Querschnittstudien und retrospektive Designs als auch um prospektive Längsschnittstudien. An zwei Beispielen wird die Forschung veranschaulicht:

Die Bielefeld-Erlangen-Studie

In unserer Untersuchung ging es um die Entwicklung von Jugendlichen aus einem besonders risikohaften Multiproblem-Milieu (z. B. Lösel, 1994; Lösel & Bliesener, 1990, 1994; Lösel, Bliesener & Köferl, 1989, 1990). Die Studie wurde im Sonderforschungsbereich „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt. Es handelte sich um eine Querschnitt- und zweijährige prospektive Längsschnittstudie an Jugendlichen aus Heimen der Jugendhilfe. Wir verglichen eine Gruppe von Jugendlichen mit bislang relativ gesunder psychischer Entwicklung (Resiliente) mit einer Gruppe, die risikogemäß schwerwiegende Erlebens- und Verhaltensprobleme entwickelt hatte (Auffällige). Zur Stichprobengewinnung wählten wir einen naturalistischen Zugang. Wir kontaktierten 60 Heime und Jugenddörfer im nordwestdeutschen Raum und bildeten aufgrund von Fallbesprechungen mit Erziehern, Sozialpädagogen etc. zwei Gruppen von 66 Resilienten und 80 Auffälligen. Die Jugendlichen waren bei der Ersterhebung durchschnittlich ca. 15;6 Jahre alt. Die naturalistische Diagnose wurde mit objektiven Methoden validiert. Dazu verwendeten wir einerseits einen Risikoindex, dessen Items objektive und subjektive biografische Belastungen betrafen (z. B. elterliche Trennung oder Scheidung, familiäre Aggressionen und Konflikte, Vernachlässigung und Ablehnung des Kindes, Alkoholmißbrauch der Eltern, Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme, häufige Schul- und Wohnortwechsel, Klinik- und Heimaufenthalte etc.). Beide Gruppen unterschieden sich nicht in ihren Risikowerten, hatten jedoch im Vergleich zu einer „normalen“ Stichprobe von über 600 Schülern sehr hohe Ausprägungen (Lösel et al., 1989). Sowohl in einer für die Erzieher adaptierten Version als auch im Youth Self-Report der Child Behavior Checklist von Achenbach und Edelbrock (1986, 1987) zeigten die auffälligen Jugendlichen wesentlich höhere Werte als die Resilienten, insbesondere in den Skalen des externalisierenden Syndroms (Aggressivität, Delinquenz).

Auf der Basis dieser präzisierten Diagnosen wurden zahlreiche personale und soziale Ressourcen untersucht. Die Querschnittvergleiche ergaben folgendes Bild der Resilienten im Vergleich zu den Auffälligen (vgl. Lösel et al., 1989, 1990; Lösel & Bliesener, 1990; Lösel et al., 1992): Sie zeigten sich in ihrem Temperament flexibler, aufgabenbezogener und nicht hyperaktiv, waren tendenziell intelligenter, hatten ein positiveres Selbstkonzept, erlebten sich als weniger hilflos, als selbstwirksamer und leistungsmotivierter. Sie neigten zu einem aktiveren und weniger vermeidenden Bewältigungsverhalten und hatten ein realistischeres Bild von der Zukunft. Sie verfügten häufiger über eine feste emotionale Bezugsperson außerhalb der Kernfamilie (z. B. Lehrer, Erzieher, Verwandte), hatten tendenziell ein größeres soziales Netzwerk und waren zufriedener mit der erfahrenen sozialen Unterstützung. Sie erlebten das Erziehungsklima im Heim als sozial-emotional positiver, z. B. offener, weniger konflikthaft und mehr durch Zusammenhalt gekennzeichnet. Sie hatten die institutionelle Situation psychisch besser angenommen und weniger Kontakt mit ihrem Vater (der bei dieser Klientel oft besonders schwierig ist). In der Schule waren die Resilienten erfolgreicher, hatten eine gute Beziehung zu den Lehrern und übernahmen häufiger soziale Aufgaben.

Die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen waren in der präzisierten Diagnose deutlicher als in der naturalistischen. Die Resilienten waren jedoch keine „Superkids“, sondern ihre Merkmalsausprägungen entsprachen weitgehend jenen einer unauffälligen Schülerstichprobe mit geringerem Risiko (Lösel et al., 1992).

Zwei Jahre nach der ersten Erhebung wurden 100 noch erreichbare Jugendliche erneut untersucht. Etwa ein Drittel hatten inzwischen die Heime verlassen. Durch Aktenanalysen und erneute Anwendung der Achenbach-Skalen wurde abgeklärt, inwieweit die ursprüngliche Zuordnung zur Resilienten- oder Auffälligenengruppe noch zutraf. Dabei ergaben sich teilweise Veränderungen (vgl. Bender, 1995). Etwa ein Drittel der Resilienten-Gruppe zeigte nun Hinweise auf Erlebens- und Verhaltensprobleme, ein Drittel der Auffälligenengruppe schien sich positiv entwickelt zu haben. Bei den stabil Resilienten und Auffälligen waren die Unterschiede in den Schutzfaktoren zwei Jahre vorher sehr ähnlich wie in der Querschnittanalyse (Bender, Bliesener & Lösel, 1996; Lösel & Bliesener, 1994; Lösel, 1994). Das heißt, die meisten der genannten personalen und sozialen Ressourcen besaßen auch prognostische Validität. Jugendliche, die eine außerfamiliäre

Bezugsperson hatten, mit der erfahrenen sozialen Unterstützung zufrieden waren, eine gute Beziehung zur Schule und zu den Lehrern hatten, sich nicht hilflos fühlten, einen aktiven und wenig vermeidenden Bewältigungsstil bevorzugten, ein flexibles und wenig impulsives Temperament aufwiesen und eine realistische Zukunftsperspektive besaßen, gehörten auch nach zwei Jahren zu den stabil Resilienten. Die spezifischsten Längsschnittbefunde ergaben sich im Erziehungsklima des Heimes. Während querschnittlich fast ausschließlich günstigere Ausprägungen in den sozial-emotionalen Dimensionen mit Resilienz einhergingen, war längsschnittlich auch die Norm-Orientierung in der Erziehung bedeutsam. Eine Leistung fordernde, strukturierende sowie an ethischen Normen und religiösen Werten orientierte Erziehung erwies sich neben dem positiven emotionalen Klima als wesentlich für stabile Resilienz. Diese Merkmale waren es auch, welche besonders deutlich gegenüber jenen Subgruppen differenzierten, die nach zwei Jahren auffälliger geworden waren oder bei denen sich umgekehrt die ursprünglichen Probleme abgeschwächt hatten. Bis auf ein impulsives Temperament erwiesen sich Persönlichkeitsmerkmale zur Vorhersage derartiger Veränderungen als wenig bedeutsam. Es scheint somit vor allem eine emotionalen Halt und Struktur gebende Erziehung zu sein, welche eine längerfristige Schutzfunktion hat.

Es zeigte sich in unserer Untersuchung aber auch, daß bestimmte Ressourcen nicht generell eine protektive Funktion haben, sondern je nach Störungsgrad unterschiedliche Mechanismen bestehen (Bender, 1995). Dies galt z. B. für die Beziehung zu Peer-Gruppen und die soziale Unterstützung. Jugendliche, die sozial in Cliquen eingebunden waren und mit der erfahrenen sozialen Unterstützung zufrieden waren, blieben im Ausmaß ihres Problemverhaltens ziemlich stabil (Bender & Lösel, 1997a). Das heißt, wenn sie mit 15-16 Jahren relativ wenig auffällig waren, galt dies auch mit 17-18 Jahren. In ähnlicher Weise stabilisierten aber die besonders aggressiven und delinquenten Jugendlichen ihr Problemverhalten. Bei ihnen erwies es sich als protektiver Faktor, wenn sie sozial weniger eingebunden waren. Dies war umgekehrt bei den unauffälligen Jugendlichen ein Risikofaktor, der zu vermehrten Verhaltensproblemen führte.

Bei Mädchen spielten die sozialen Faktoren eine größere Rolle als bei Jungen (Bender & Lösel, 1997a; Kolip, 1993). Bei ihnen hatte auch ein fester heterosexueller Partner eine gewisse Schutzfunktion. Inwieweit die unter Resilienz subsumierten Bewältigungsprozesse Mädchen leichter fallen oder in ihrer Sozialisation eine stärkere Rolle spielen, bleibt abzuwarten. Denn Mädchen entwickeln ihre Erlebens- und Verhaltensprobleme oft später als Jungen, wobei es sich auch mehr um internalisierende Störungen wie Depression, Ängstlichkeit, Rückzug, Eßstörungen und psychosomatische Beschwerden handelt.

Die Kauai-Studie

Die bislang längste und bekannteste Studie zur Resilienz ist die von Werner und Smith auf der Hawaii-Insel Kauai (Werner & Smith, 1982, 1992; Werner, 1990, 1992, 1993). Sie untersuchten die Geburtskohorte des Jahres 1955 mit ursprünglich 698 Kindern prospektiv bis ins Erwachsenenalter. Es wurde eine Vielzahl von Merkmalen im Alter von 0, 1, 2, 10, 18 und ca. 32 Jahren erhoben. Das Gros der Kinder wuchs in Armut auf. 201 Kinder galten als „high-risk children“, da bei ihnen vier oder mehr Risikofaktoren im Alter von 2 Jahren vorlagen (z. B. chronische Armut, perinatale Schwierigkeiten, Familien mit schweren Konflikten, Scheidungen, elterlicher Alkoholismus oder psychische Krankheit). Zwei Drittel dieser Kinder entwickelten bis zum Alter von 10 Jahren Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten und hatten Delinquenzprobleme, psychische Störungen oder frühe Schwangerschaften im Alter von 18 Jahren. Etwa ein Drittel der Hochrisiko-Gruppe (n=72) wuchs jedoch zu kompetenten, selbstbewußten, verantwortungsvollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen heran, deren Entwicklung nicht ungünstiger war als jene der Kinder mit niedrigem Risiko.

Diese Resilienten-Gruppe wurde im Kindesalter als sehr aktiv beschrieben, die Mädchen insbesondere als liebevoll und anschmiegsam, die Jungen als gutmütig und „pfllegeleicht“. Sie fielen durch ihre Aufgewecktheit und Selbständigkeit auf, durch ihre Suche nach neuen Erfahrungen und eine positive soziale Orientierung, die besonders bei den Mädchen hervortrat. Sie waren in kommunikativen Fähigkeiten, der Bewegungskoordination und Selbsthilfefertigkeiten weiter entwickelt als jene Kinder, die Lern- oder Verhaltensstörungen entwickelten. In der Grundschule kamen sie gut mit ihren Klassenkameraden zurecht. Sie waren im Denken und Lesen besser, ohne allgemein begabter zu sein. Sie hatten vielfältige Interessen,

Aktivitäten und Hobbies. Über diese Aktivitäten schienen sie Kompetenz und Selbstbewußtsein zu entwickeln.

Gegen Ende der High-School hatten die resilienten Jugendlichen ein positiveres Selbstkonzept und eine stärkere internale Kontrollüberzeugung als die Problemgruppe. Sie zeigten eine fürsorglichere, verantwortlichere und leistungsorientiertere Einstellung zum Leben. Auch dies galt insbesondere für die Mädchen. Nur wenige resiliente Jugendlichen mußten in der frühen Kindheit eine längere Trennung von der primären Versorgungsperson erleben. Alle konnten sie eine feste Bindung zu mindestens einer Bezugsperson ausbilden. Dies waren nicht selten Ersatzeltern wie Großeltern, ältere Geschwister oder Nachbarn. Durch diese Ersatzeltern erhielten sie Zuwendung und positive Identifikationsmodelle. Bei den resilienten Mädchen trugen die Berufstätigkeit der Mutter und die Notwendigkeit, für jüngere Geschwister zu sorgen, zu größerer Selbständigkeit und stärkerem Verantwortungsbewußtsein bei, insbesondere bei Abwesenheit des Vaters. Es gab mindestens ein männliches Familienmitglied, das als Rollenvorbild diente (z. B. ein Großvater, ein älterer Cousin oder ein Onkel). Feste Regeln und zugeteilte Haushaltspflichten waren Bestandteil der täglichen Routine in der Adoleszenz.

Resiliente Jungen und Mädchen hatten mindestens einen engen Freund, oft mehrere, vor allem die Mädchen. Sie konnten sich in einem informellen Netzwerk von Verwandten, Nachbarn, Gleichaltrigen und Älteren auf Rat und Unterstützung in Krisenzeiten verlassen. Manche hatten einen Lieblingslehrer, der ein Rollenvorbild, Freund oder Vertrauter wurde. Andere Jugendliche erhielten emotionale Unterstützung von einem Jugendleiter, einem Pfarrer oder einer kirchlichen Gruppe. Mit deren Hilfe entwickelten sie einen ausgeprägteren Sinn für ihr Leben und erfuhren Kontrolle über ihr Schicksal.

Im Erwachsenenalter waren die resilienten Frauen und Männer leistungsmotivierter, hatten mit wenigen Ausnahmen eine über die High-School hinausgehende Schulbildung und standen in festen Arbeitsverhältnissen. Von den Frauen waren 85% verheiratet, 75% hatten Kinder. Im Gegensatz dazu waren nur 40% der Männer verheiratet, und nur 35% hatten Kinder. Daß ein großer Teil der Männer keine langfristige intime Beziehung einging, interpretiert Werner als mögliche Kosten des schwierigen Lebens (vgl. auch Cohler, 1987). Als Eltern sahen die Resilienten das wichtigste Ziel für ihre Kinder in persönlichen Kompetenzen und Fertigkeiten. Ein höherer Anteil von Frauen erwartete vor allem Leistung von ihren Kindern und förderte frühe Unabhängigkeit, während mehr Männer die Elternschaft als eine Gelegenheit betrachteten, für andere zu sorgen.

Die resilienten Erwachsenen sahen in ihrer persönlichen Kompetenz und Selbstbestimmtheit die effektivsten Bewältigungsressourcen. Sie zeigten eine höhere internale Kontrollüberzeugung als die Gruppe, die ohne gravierende Risikofaktoren aufgewachsen war. Relativ häufig gaben sie Glauben und Gebet als Unterstützungsquellen an. Im Vergleich zu den resilienten Männern erhielten die resilienten Frauen von einer größeren Anzahl von Personen Hilfe (z. B. durch Freunde, Verwandte, Geschwister, professionelle Helfer, Selbsthilfegruppen etc.). Erstere schienen sich mehr auf ihre eigenen Ressourcen zu verlassen und nur gelegentlich zusätzliche Hilfe vom Partner oder den Eltern zu beanspruchen. Hinsichtlich der aktuellen Lebenssituation bezeichneten sich die meisten resilienten Erwachsenen als glücklich oder zufrieden (sogar häufiger als in der Gruppe mit geringem Risiko). Beide Geschlechter berichteten aber insgesamt mehr gesundheitliche Probleme. Der größte Teil der Männer wies Gesundheitsprobleme auf, die als Stressreaktionen zu interpretieren sind, wie Rückenschmerzen, Übergewicht, Magengeschwür, Schwindel, Anfälle etc.

Die Erhebung im Erwachsenenalter zeigte außerdem, daß sich ca. zwei Drittel der Jugendlichen mit Verhaltensproblemen später positiv stabilisiert hatten. Dies waren insbesondere jene, die in der Schule nicht als besonders schwierig galten, zumindest durchschnittlich intelligent waren und noch in einer intakten Familie lebten. Bei ihnen trugen z. B. Verwandte, der Militärdienst, Ausbildungsmaßnahmen oder ein Ehepartner dazu bei, daß solche Wendepunkte des Lebens zu einer „zweiten Chance“ wurden.

Schutzfaktoren und Prozesse der Resilienz

Die beiden Untersuchungsbeispiele sind recht unterschiedlich. Im einen Fall handelt es sich um eine Langzeitstudie an Kindern aus Familien mit einem mäßigen Störungsrisiko im amerikanisch-ozeanischen Kulturkreis. Im anderen Fall werden in einer kurzen Längsschnittstudie Jugendliche aus einem Hochrisiko-Milieu in Einrichtungen der Jugendhilfe in Deutschland untersucht. Trotzdem stimmen viele Ergebnisse überein. Dies gilt auch für andere Studien zur Resilienz. Im folgenden werden jene Merkmale oder Bereiche zusammengefaßt, die sich für protektive Faktoren und Mechanismen als besonders wichtig erwiesen haben (vgl. Bender, 1995; Bender & Lösel, 1997b; Lösel & Bender, 1997; Lösel & Bliesener, 1994; Luthar & Zigler, 1991; Masten et al., 1990; Rutter, 1990; Werner, 1989):

- (1) *Emotional sichere Bindung an eine Bezugsperson.* Diesem Merkmal kommt nicht nur zeitlich eine grundlegende Bedeutung zu (vgl. Ainsworth, 1991; Grossmann & Grossmann, 1991). In der Psychopathologie wurde vor allem das Fehlen als Risiko untersucht. Eine stabile, emotional warme Beziehung zu einem Elternteil kann jedoch auch eine wichtige Schutzfunktion gegen andere Stressoren haben. Dies zeigte sich z. B. bei der Bewältigung von psychischer Krankheit in der Familie (Radke-Yarrow & Sherman, 1990), von familiären Streitigkeiten (Rutter, 1979), von Kindesmißbrauch (Farber & Egeland, 1987), multiplen Milieubelastungen (Wyman, Cowen, Work & Parker, 1991) oder Scheidungen der Eltern (Neighbors, Forehand & McVicar, 1993). Die protektive Funktion einer emotional sicheren Bindung impliziert jedoch auch altersgemäße Tendenzen der Ablösung (Grossmann & Grossmann, 1991). Ansonsten besteht die Gefahr der Entwicklung von emotionalen Abhängigkeiten und internalisierenden Symptomen.
- (2) *Merkmale des Erziehungsklimas.* In engem Zusammenhang mit der Bindung an Bezugspersonen stehen Merkmale des Erziehungsklimas. Bei kompetenten Jungen aus kumulativ belasteten Unterschichtsfamilien war dies z. B. anregender, emotional wärmer und besser organisiert als bei psychisch auffälligen (z. B. Pianta, Egeland & Sroufe, 1990). In Familien von resilienten Kindern wurde häufiger etwas gemeinsam unternommen, das emotionale Klima war herzlicher, es bestanden aber auch feste Regeln für das Verhalten (z. B. Garmezy, 1987). Ähnlich zeigte sich bei Scheidungskindern, daß sich Unterstützung und Strukturgebung günstig auswirken (Hetherington, 1989). Neben der emotionalen Akzeptanz des Kindes scheinen Supervision, Kontrolle und klare Verhaltensregeln in der Erziehung umso wichtiger für eine gesunde Entwicklung zu sein, je schwieriger und gefährdender das soziale Umfeld ist (Baldwin, Baldwin & Cole, 1990). Dies betrifft nicht nur den familiären, sondern auch den schulischen Kontext (Olweus, 1993) und – wie in unserer Studie – die Erziehung im Heim.
- (3) *Soziale Unterstützung in und außerhalb der Familie.* Das Vorhandensein und die Nutzung von sozialer Unterstützung durch Familienmitglieder, Verwandte, Lehrer, Erzieher, Pfarrer, Freunde etc. trägt ebenfalls zur Resilienz bei. Dies zeigte sich z. B. für Kinder aus Familien mit psychisch kranken Eltern (Garmezy, 1987), für Mädchen mit frühen Schwangerschaften (Cutrona, 1986) und für Kinder aus Scheidungsfamilien (Hetherington, 1989). Unterstützung außerhalb der Familie hilft Kindern und Jugendlichen einerseits direkt, andererseits kann sie auch indirekt über die Eltern eine gesunde Entwicklung fördern (z. B. Wyman et al., 1991). Unterstützende Personen tragen nicht nur zur unmittelbaren Problemreduzierung bei, sondern sind zugleich Modelle für aktives und konstruktives Bewältigungsverhalten. Wie in unserer Untersuchung können aber auch Risikoeffekte auftreten. Zum Beispiel hat bei antisozialen Jugendlichen oder bei Straßenkindern die jeweilige Peer-Gruppe einerseits eine emotional stützende Funktion, ist aber andererseits Modell und Verstärker für delinquentes Verhalten oder riskante Lebensstile (Farrington, 1992; Felsman, 1984). Eine differenziertere Betrachtung erfordern auch die Subdimensionen und Dosierungen der sozialen Unterstützung (Lösel & Bliesener, 1994). Zu viel oder unerwünschte Unterstützung kann z. B. zu Unselbständigkeit und Abhängigkeit führen (vgl. Holler-Nowitzki, 1994). Daß die protektiven Effekte des sozialen Rückhalts insgesamt nur mäßig ausfallen (Schwarzer & Leppin, 1989), hängt vermutlich mit solchen Aspekten zusammen (vgl. Baumann, 1987).

- (4) *Temperamentsmerkmale.* Resiliente Kinder und Jugendliche weisen häufig ein Temperament auf, das die Interaktion mit der Versorgungsperson erleichtert und die Wahrscheinlichkeit von negativen Kettenreaktionen verringert (Werner & Smith, 1982). Teilweise aufgrund angeborener Dispositionen zeigen sie Regelmäßigkeit in den biologischen Funktionen, geringe Irritierbarkeit, gutes Anpassungsvermögen an Veränderungen und eine gemäßigte, vorwiegend positive Stimmungslage (Chess & Thomas, 1985; Schwartz, Snidman & Kagan, 1996). Kinder mit einem „schwierigeren“ Temperament sind dagegen häufiger Zielscheibe der elterlichen Kritik, Reizbarkeit und Feindseligkeit (Rutter, 1990), was die Wahrscheinlichkeit der Störungsentwicklung erhöht. Ein schwieriges Temperament ist auch mit häufigeren Mißhandlungen in der Familie oder mit häufigeren Unfällen verbunden (Masten et al., 1990). Allerdings scheinen die angeborenen Temperamentsunterschiede weniger bedeutsam zu sein als die Folgen negativer Elternreaktionen (Engfer, 1991). Im Sinne einer ungünstigen „Passung“ von Eltern- und Kindverhalten wird ein schwieriges Temperament vor allem dann zum Risikofaktor, wenn die sozialen Ressourcen und Kompetenzen in der Familie gering sind (Moffitt, 1993). Unter bestimmten Umweltbedingungen kann ein schwieriges Temperament sogar eine Schutzfunktion haben. Zum Beispiel hatten unter den Bedingungen einer großen Dürre bei den Masai in Afrika die schwierigen, mehr fordernden Säuglinge eine größere Überlebenschance (De Vries, 1984).
- (5) *Kognitive und soziale Kompetenzen.* Bei vergleichbaren Belastungen zeigten resiliente Kinder und Jugendliche z. B. mehr Empathie, emotionale Ausdrucksfähigkeit und bessere soziale Problemlösefähigkeiten als Vergleichsgruppen (z. B. Luthar, 1991). Bei der am meisten untersuchten Intelligenz sind die Ergebnisse nicht völlig konsistent. Etliche Studien fanden protektive Moderatoreffekte, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung externalisierender Störungen (z. B. Kandel et al., 1988; Radke-Yarrow & Brown, 1993; White, Moffitt & Silva, 1989). Andere Untersuchungen konnten diese nur partiell bestätigen, z. B. nur für Jungen (Elder, Caspi & van Nguyen, 1986) oder nur für bestimmte Operationalisierungen (Lösel & Bliesener, 1990). Umgekehrt fanden sich unter Belastungen positive Korrelationen zwischen Intelligenz und Störungen im internalisierenden Bereich (z. B. Luthar, 1991). Dies könnte damit erklärt werden, daß intelligente Kinder ihre Umwelt differenzierter wahrnehmen und dadurch sensibler auf Belastungen reagieren, insbesondere durch internalisierende Problemverarbeitung (Masten et al., 1988). Die protektive Funktion kognitiver Kompetenzen muß im engen Zusammenhang mit motivationalen Faktoren gesehen werden. So zeigten positive Schulleistungen auch dann protektive Effekte, wenn sie nicht mit überdurchschnittlicher Intelligenz zusammenhingen (z. B. Bender et al., 1996; Elder et al., 1986; Radke-Yarrow & Brown, 1993). Die Wirkung liegt wahrscheinlich darin, daß sie eine Quelle der Selbstbestätigung sind und dabei helfen, negative Erfahrungen in der Familie zu kompensieren (Rutter, 1990; Werner & Smith, 1982). Andererseits kann ein übersteigertes Leistungsstreben auch zu Versagensängsten und psychosomatischen Störungen beitragen (Holler-Nowitzki, 1994).
- (6) *Selbstbezogene Kognitionen und Emotionen.* In etlichen Studien zeigten resiliente Jugendliche im Vergleich zu vulnerablen mehr Selbstvertrauen, ein positiveres Selbstwertgefühl sowie stärkere Überzeugungen, daß sie selbst wirksam und nicht hilflos sind (z. B. Cowen, Wyman, Work & Parker, 1990; Lösel & Bliesener, 1990; Rutter, 1985). Es ist allerdings teilweise unklar, inwieweit diese selbstbezogenen Kognitionen nur Korrelate der psychischen Gesundheit versus Störung sind. Die Schutzfunktion besteht wahrscheinlich darin, daß durch das Erleben von Selbstwert und Selbstwirksamkeit Anpassungsversuche in Gang gesetzt werden, die bei Gefühlen der Hilflosigkeit unterbleiben (Bandura, 1986). Zum Beispiel können Ereignisse als weniger belastend wahrgenommen werden (Compas, 1987) und mehr aktive Coping-Muster initiiert werden (Lösel & Bliesener, 1994). Dem entspricht, daß man bei resilienten Personen stärker internale Kontrollüberzeugungen fand (z. B. Luthar, 1991; Werner & Smith, 1982). Dabei handelt es sich jedoch nicht um Extremwerte. Eine rigide internale Kontrollüberzeugung würde bei unkontrollierbaren Ereignissen eher die Vulnerabilität für emotionale Probleme erhöhen (vgl. Cowen et al., 1990; Masten et al., 1990). Auch ein positives Selbstwertgefühl kann eine solche ungünstige Funktion haben, z. B. bei soziopathischen Persönlichkeiten (vgl. Hare, 1995).
- (7) *Erleben von Sinn und Struktur im Leben.* Konstrukte wie „sense of coherence“ (Antonovsky, 1987) oder „hardiness“ (Kobasa, 1982) sind vor allem bei Erwachsenen untersucht worden. Antonovsky mißt dem

Kohärenzsinn bzw. der inneren Übereinstimmung eine zentrale Stellung für eine resiliente Entwicklung zu. Er versteht darunter eine überdauernde Orientierung des Vertrauens, daß (a) die Reize und Anforderungen im Lebenslauf subjektiv strukturierbar, vorhersagbar und erklärbar sind (comprehensibility), (b) Ressourcen verfügbar sind, um sie zu bewältigen (manageability) und (c) die Anforderungen lohnende Herausforderungen darstellen (meaningfulness). Auch ethische und religiöse Wertorientierungen können sich in diesem Sinn auswirken (vgl. Anthony, 1987; Baldwin et al., 1990; Werner & Smith, 1992). Solche übergeordneten Orientierungen gehen oft mit der Bindung an prosoziale Institutionen einher (vgl. Anthony, 1987) und manifestieren sich z. B. in spezifischen Interessen und langfristigen Zielen (Garmezy, 1987; Hetherington, 1989). Protektiv bedeutsam sind somit nicht nur Prozesse der sinnstiftenden Bedeutungszuschreibung, sondern auch Betätigungen in Gemeinschaften, die wiederum soziale Unterstützung und Struktur geben (Anthony, 1987; Hirschi, 1969). Wie bei anderen Schutzfaktoren sind jedoch Extreme wahrscheinlich dysfunktional. Zum Beispiel können unter dem Einfluß von Gruppenprozessen in Sekten auch Abhängigkeiten bis hin zum gemeinsamen Suizid entstehen.

Folgerungen

Die Forschungsergebnisse zur Resilienz zeigen, daß manche Kinder und Jugendliche eine beträchtliche Fähigkeit besitzen, sich auch unter widrigen Lebensumständen psychisch gesund zu entwickeln. Dabei haben soziale Ressourcen in der Familie und deren Umfeld eine sehr wesentliche Schutzfunktion. Protektive Faktoren sind aber nicht als statisch aufzufassen, sondern es müssen die zugrundeliegenden Mechanismen verstanden werden (Masten et al., 1990; Rutter, 1990). Indem man sich dem komplexen Zusammenspiel von Risiko- und Schutzfaktoren widmet, gelangt man zu genaueren Aussagen über jene Bedingungen, die zur Entwicklung spezifischer Störungen beitragen oder umgekehrt die Störungsentwicklung verhindern. Die Resilienzforschung führt demnach zu einer Differenzierung von Erklärungsmodellen.

Hinsichtlich der Definition und Operationalisierung der (psychischen) Gesundheit sowie der Risiko- und Schutzfaktoren bestehen allerdings etliche Probleme. Insbesondere erweist es sich als fraglich, inwieweit bei bestimmten Merkmalen generell von Risiken oder Schutzfunktionen gesprochen werden kann. Je nach Kontext, Entwicklungsabschnitt, Störungsform etc. ergeben sich unterschiedliche Effekte. Scheinbar plausible protektive Faktoren können durchaus ein „Doppel-Gesicht“ haben und unter bestimmten Umständen ein Risiko sein. Das heißt, es ist jeweils zu fragen „Risiko wofür?“ oder „Schutz wogegen?“.

Der Blick auf die Stärken der jungen Menschen, ihre Familie und ihr Umfeld darf allerdings keineswegs so verstanden werden, als seien die sozialen Hilfen durch den Staat, die Gemeinden, die Kirchen und andere Institutionen weniger wichtig. Wie eingangs dargelegt, handelt es sich bei der Resilienz nur um eine relative Widerstandskraft. Sie hängt wesentlich von den verfügbaren sozialen Ressourcen und damit auch von politischen Rahmenbedingungen ab. Unsere eigene Untersuchung hat z. B. gezeigt, wie Prozesse der Resilienz im Kontext der Jugendhilfe stattfinden. Auch therapeutische und sozialpädagogische Maßnahmen zielen darauf ab, durch professionelle Hilfe Menschen soweit zu unterstützen, daß sie Probleme (wieder) besser mit ihren „natürlichen“ Ressourcen des Alltags bewältigen. Die Ergebnisse der Therapie-Prozeßforschung (vgl. Orlinsky, Grawe & Parks, 1994) zeigen teilweise ähnliche Faktoren und Mechanismen auf, wie sie sich in der Resilienzforschung als förderlich erweisen. Es sollte deshalb kein falscher Gegensatz zu professionellen psychosozialen Maßnahmen konstruiert werden. Die erfolgreiche Entwicklung von Selbsthilfegruppen und Konzepte wie „Empowerment“ zeigen die fließenden Übergänge an.

Die Ergebnisse der Resilienzforschung können in verschiedener Weise für die psychosoziale Versorgung der Bevölkerung genutzt werden. Zum einen verweisen sie auf jene Bereiche und Faktoren, in denen Präventionsmaßnahmen auf makrosozialer, mikrosozialer oder individueller Ebene besonders erfolgreich sein dürften. Hierbei kann es praktisch erforderlich sein, zuerst doch von relativ allgemeinen protektiven Faktoren auszugehen und erst später zu differenzieren. Zum zweiten geben die Ergebnisse Hinweise darauf, wo bei begrenzten Mitteln Prioritäten zu setzen sind. Wenn z. B. in einer Familie oder ihrem Umfeld ausreichende personale und soziale Ressourcen vorhanden sind, so kann sich die Hilfe auf das Materielle beschränken. Im anderen Fall bleiben materielle Hilfen so lange erfolglos, wie sich keine protektiven Prozesse ent-

wickelt haben. Ein dritter Anwendungsbereich liegt in der Planung, Gestaltung und Evaluation konkreter Maßnahmen. Unsere oben skizzierten Ergebnisse legen z. B. nahe, daß die von Baumrind (1989) als besonders förderlich beschriebene akzeptierend-unterstützende und zugleich fordernd-kontrollierende Familien-erziehung auch auf Heime zu übertragen ist. Ein anderes Beispiel betrifft die Planung von frühen Präventionsmaßnahmen gegen Delinquenz. Hier zeigen Evaluationen, daß es sowohl auf die Stärkung der kognitiv-sozialen Kompetenzen bei den Kindern als auch auf die Veränderung des Elternverhaltens ankommt (Yoshikawa, 1994). Ein vierter Anwendungsaspekt ist mehr indirekter Art: Indem der Blick für die Stärken und erfolgreichen Anpassungsleistungen von Kindern und ihren Familien geschärft wird, können Pessimismus, sich selbst erfüllende Prophezeiungen und Burnout-Phänomene verringert werden, die in schwierigen Feldern der psychosozialen Dienste nicht selten sind. Selbst für die Arbeit mit Kindern und Familien in der Dritten Welt erweisen sich die Ergebnisse der Resilienzforschung als hilfreich (Vanistendael, 1995).

Literatur

- Achenbach, T.M. & Edelbrock, C. (1986). Manual for the Teacher's Report Form and teacher version of the Child Behavior Profile. Burlington, VT: University of Vermont, Department of Psychiatry.
- Achenbach, T.M. & Edelbrock, C. (1987). Manual for the Youth Self-Report and Profile. Burlington, VT: University of Vermont, Department of Psychiatry.
- Ainsworth, M.D.S. (1991). Attachments and other affectional bonds across the life cycle. In C.M. Parkes, J. Stevenson-Hinde & P. Marris (Eds.), *Attachment across the life cycle* (pp. 33-51). London: Routledge.
- Anthony, E.J. (1974). The syndrome of the psychologically invulnerable child. In E.J. Anthony & C. Koupernik (Eds.), *The child in his family* (vol. 3: Children at psychiatric risk) (pp. 529-544). New York: Wiley.
- Anthony, E.J. (1987). Children at high risk for psychosis growing up successfully. In E.J. Anthony & B.J. Cohler (Eds.), *The invulnerable child* (pp. 147-184). New York: Guilford Press.
- Antonovsky, A. (1987). *Unraveling the mystery of health: How people manage stress and stay well*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Baldwin, A.L., Baldwin, C. & Cole, R.E. (1990). Stress-resistant families and stress-resistant children. In J. Rolf, A. Masten, D. Cicchetti, K. Nuechterlein & S. Weintraub (Eds.), *Risk and protective factors in the development of psychopathology* (pp. 257-280). Cambridge, NY: Cambridge University Press.
- Bandura, A. (1986). *Social foundations of thought and action*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Basic Behavioral Task Force of the National Advisory Mental Health Council (1996). Basic behavioral science research for mental health. *American Psychologist*, 51, 22-28.
- Baumann, U. (1987). Zur Konstruktvalidität der Konstrukte soziales Netzwerk und soziale Unterstützung. *Zeitschrift für Klinische Psychologie*, 16, 305-310.
- Baumrind, D. (1989). Rearing competent children. In W. Damon (Ed.), *Child development today and tomorrow* (pp. 349-378). San Francisco: Jossey-Bass.
- Bender, D. (1995). *Psychische Widerstandskraft im Jugendalter: Eine Längsschnittstudie im Multiproblem-Milieu*. Dissertation. Universität Erlangen-Nürnberg.
- Bender, D., Bliesener, T. & Lösel, F. (1996). Deviance or resilience? A longitudinal study of adolescents in residential care. In G. Davies, S. Lloyd-Bostock, M. McMurrin & C. Wilson (Eds.), *Psychology, law, and criminal justice: International developments in research and practice* (pp. 409-423). Berlin: De Gruyter.
- Bender, D. & Lösel, F. (1997a). Protective and risk effects of peer relations and social support on antisocial behaviour in adolescents from multi-problem milieus. *Journal of Adolescence*, in prep.
- Bender, D. & Lösel, F. (1997b). Risiko- und Schutzfaktoren in der Genese und Bewältigung von Mißhandlung und Vernachlässigung. In U.T. Egle, S.O. Hoffmann & P. Joraschky (Eds.), *Sexueller Mißbrauch, Mißhandlung, Vernachlässigung* (pp. 35-53). Stuttgart: Schattauer.
- Block, J.H. & Block, J. (1980). The role of ego-control and ego-resiliency in the organization of behavior. In W.A. Collins (Ed.), *The Minnesota symposia on child psychology*, vol. 13 (pp. 39-101). Hillsdale, N.J.: Erlbaum.

- Bowlby, J. (1969). *Attachment and loss I: Attachment*. London: Hogarth Press.
- Chess, S. & Thomas, A. (1985). *Origins and evolution of behavior disorders*. New York: Bruner / Mazel.
- Cicchetti, D. & Garnezy, N. (1993). Editorial. Prospects and promises in the study of resilience. *Development and Psychopathology*, 5, 497-502.
- Cohler, B.J. (1987). Adversity, resilience, and the study of lives. In E.J. Anthony & B.J. Cohler (Eds.), *The invulnerable child* (pp. 363-404). New York: Guilford Press.
- Compas, B.E. (1987). Coping with stress during childhood and adolescence. *Psychological Bulletin*, 101, 393-403.
- Cowen, E.L., Wyman, P.A., Work, W.C. & Parker, G.R. (1990). The Rochester Child Resilience Project: Overview and summary of first year findings. *Development and Psychopathology*, 2, 193-212.
- Coyne, J.C. & Downey, G. (1991). Social factors and psychopathology: Stress, social support, and coping processes. *Annual Review of Psychology*, 16, 401-425.
- Cutrona, C.E. (1986). Objective determinants of perceived social support. *Journal of Personality and Social Psychology*, 50, 349-355.
- De Vries, M.W. (1984). Temperament and infant mortality among the Masai of East Africa. *American Journal of Psychiatry*, 141, 1189-1194.
- Elder, G.H. Jr., Caspi, A. & van Nguyen, T. (1986). Resourceful and vulnerable children: Family influence in hard times. In R.K. Silbereisen, K. Eyferth & G. Rudinger (Eds.), *Development as action in context* (pp. 167-186). Berlin: Springer.
- Engfer, A. (1991). Prospective identification of violent mother-child relationships. Child outcomes at 6.3 years. In G. Kaiser, H. Kury & H.-J. Albrecht (Eds.), *Victims and criminal justice* (pp. 415-458). Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Farber, E.A. & Egeland, B. (1987). Invulnerability among abused and neglected children. In E.J. Anthony & B.J. Cohler (Eds.), *The invulnerable child* (pp. 253-288). New York: Guilford Press.
- Farrington, D.P. (1992). Psychological contributions to the explanation, prevention, and treatment of offending. In F. Lösel, D. Bender & T. Bliesener (Eds.), *Psychology and law: International perspectives* (pp. 35-51). Berlin: De Gruyter.
- Felsman, J.K. (1984). Abandoned children: A reconsideration. *Children Today*, 13, 13-18.
- Freud, A. (1969). *The Writings of Anna Freud: Vol 5: Research at the Hampstead Child-Therapy Clinic and Other Papers*. New York: International Universities Press.
- Garnezy, N. (1985). Stress resistant children: The search for protective factors. In J.E. Stevenson (Ed.), *Recent research in developmental psychopathology*. *Journal of Child Psychology and Psychiatry*. Book Supplement, vol. 4 (pp. 213-233). Oxford: Pergamon Press.
- Garnezy, N. (1987). Stress, competence, and development: Continuities in the study of schizophrenic adults, children vulnerable to psychopathology, and the search for stress-resistant children. *American Journal of Orthopsychiatry*, 57, 159-174.
- Garnezy, N., Masten, A.S. & Tellegen, A. (1984). Studies of stress-resistant children: A building block for developmental psychopathology. *Child Development*, 55, 97-111.
- Grossmann, K.E. & Grossmann, K. (1991). Attachment quality as an organizer of emotional and behavioral responses in a longitudinal perspective. In C.M. Parkes, J. Stevenson-Hinde & P. Marris (Eds.), *Attachment across the life cycle* (pp. 93-114). London: Routledge.
- Hare, R.D. (1995). Psychopathy: A clinical construct whose time has come. *Criminal Justice and Behavior*, 23, 25-54.
- Hetherington, E.M. (1989). Coping with family transitions: Winners, losers, and survivors. *Child Development*, 60, 1-14.
- Hetzer, H. (1937). *Kindheit und Armut*. 2. Aufl., Leipzig: Hirzel.
- Hirschi, T. (1969). *Causes of delinquency*. Berkeley: University of California Press.
- Holler-Nowitzki, B. (1994). *Psychosomatische Beschwerden im Jugendalter*. Weinheim: Juventa.
- Hurrelmann, K. & Lösel, F. (1990). Basic issues and problems of health in adolescence. In K. Hurrelmann & F. Lösel (Eds.), *Health hazards in adolescence* (pp. 1-21). Berlin, New York: De Gruyter.

- Kandel, E., Mednick, S.A., Kirkegaard-Sorensen, L., Hutchings, B., Knop, J., Rosenberg, R. & Schulsinger, F. (1988). IQ as a protective factor for subjects at high risk for antisocial behavior. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 56, 224-226.
- Kobasa, S.C. (1982). The hardy personality: Toward a social psychology of stress and health. In J. Suls & G. Sanders (Eds.), *Social psychology of health and illness* (pp. 3-33). Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Kolip, P. (1993). *Freundschaften im Jugendalter*. München: Juventa.
- Lösel, F. (1991). Meta-analysis and social prevention: Evaluation and a study of the family hypothesis in developmental psychopathology. In G. Albrecht & H.-U. Otto (Eds.), *Social prevention and the social sciences* (pp. 305-332). Berlin: De Gruyter.
- Lösel, F. (1994). Protective effects of social resources in adolescents at high risk for antisocial behavior. In H.-J. Kerner & E.G.M. Weitekamp (Eds.), *Cross-national longitudinal research on human development and criminal behavior* (pp. 281-301). Dordrecht: Kluwer.
- Lösel, F., & Bender, D. (1997). Risiko- und Schutzfaktoren in der Entwicklungspsychopathologie: Zur Kontroverse um patho- versus salutogenetische Modelle. In H. Mandl (Hrsg.), *Bericht über den 40. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1996 in München* (in press). Göttingen: Hogrefe.
- Lösel, F. & Bliesener, T. (1990). Resilience in adolescence: A study on the generalizability of protective factors. In K. Hurrelmann & F. Lösel (Eds.), *Health hazards in adolescence* (pp. 299-320). Berlin, New York: De Gruyter.
- Lösel, F. & Bliesener, T. (1994). Some high-risk adolescents do not develop conduct problems: A study of protective factors. *International Journal of Behavioral Development*, 4, 753-777.
- Lösel, F., Bliesener, T. & Köferl, P. (1989). On the concept of „invulnerability“: Evaluation and first results of the Bielefeld project. In M. Brambring, F. Lösel & H. Skowronek (Eds.), *Children at risk: Assessment, longitudinal research, and intervention* (pp. 186-219). Berlin, New York: De Gruyter.
- Lösel, F., Bliesener, T. & Köferl, P. (1990). Psychische Gesundheit trotz Risikobelastung in der Kindheit: Untersuchungen zur „Invulnerabilität“. In I. Seiffge-Krenke (Hrsg.), *Jahrbuch der Medizinischen Psychologie. Krankheitsverarbeitung von Kindern und Jugendlichen*, vol. 4 (S. 103-123). Berlin: Springer.
- Lösel, F., Kolip, P. & Bender, D. (1992). Stress-Resistenz im Multiproblem-Milieu: Sind seelisch widerstandsfähige Jugendliche „Superkids“? *Zeitschrift für Klinische Psychologie*, 21, 48-63.
- Luthar, S.S. (1991). Vulnerability and resilience: A study of high-risk adolescents. *Child Development*, 62, 600-616.
- Luthar, S.S. & Zigler, E. (1991). Vulnerability and competence: A review of research on resilience in childhood. *American Journal of Orthopsychiatry*, 6, 6-22.
- Masten, A.S., Best, K.M. & Garmezy, N. (1990). Resilience and development: Contributions from the study of children who overcome adversity. *Development and Psychopathology*, 2, 425-444.
- Masten, A.S. & Garmezy, N. (1985). Risk, vulnerability, and protective factors in developmental psychopathology. In B.B. Lahey & A.E. Kazdin (Eds.), *Advances in clinical child psychology*, vol. 8 (pp. 1-52). New York: Plenum Press.
- Masten, A.S., Garmezy, N., Tellegen, A., Pellegrini, D.S., Larkin, K. & Larsen, A. (1988). Competence and stress in school children: The moderating effects of individual and family qualities. *Journal of Child Psychology and Psychiatry*, 29, 745-764.
- Moffitt, T.E. (1993). Adolescence-limited and life-course-persistent antisocial behavior: A developmental taxonomy. *Psychological Review*, 4, 674-701.
- Neighbors, B., Forehand, R. & McVicar, D. (1993). Resilient adolescents and interparental conflict. *American Journal of Orthopsychiatry*, 63, 462-471.
- Olweus (1993). *Bullying at school*. Oxford: Blackwell.
- Orlinsky, D.E., Grawe, K., & Parks, B.K. (1994). Process and outcome in psychotherapy – noch einmal. In A.E. Bergin & S.L. Garfield (Eds.), *Handbook of psychotherapy and behavior change*, 4th ed. (pp. 270-376). New York: Wiley.
- Pianta, R.C., Egeland, B. & Sroufe, L.A. (1990). Maternal stress and children's development: Prediction of school outcomes and identification of protective factors. In J. Rolf, A. Masten, D. Cicchetti, K. Nuechterlein & S. Weintraub (Eds.), *Risk and protective factors in the development of psychopathology* (pp. 215-235). Cambridge: Cambridge University Press.

- Radke-Yarrow, M. & Brown, E. (1993). Resilience and vulnerability in children of multiple-risk families. *Development and Psychopathology*, 5, 581-592.
- Radke-Yarrow, M. & Sherman, T. (1990). Hard growing: Children who survive. In J. Rolf, A. Masten, D. Cicchetti, K. Nuechterlein & S. Weintraub (Eds.), *Risk and protective factors in the development of psychopathology* (pp. 97-119). Cambridge: Cambridge University Press.
- Redl, F. (1969). Adolescents – Just how do they react. In G. Coplen & S. Debovci (Eds.), *Adolescence: Psychosocial perspectives*. New York: Basic Books.
- Richters, J.E. & Martinez, P.E. (1993). Violent communities, family choices, and children's chances: An algorithm for improving the odds. *Development and Psychopathology*, 5, 609-627.
- Rutter, M. (1979). Protective factors in children's responses to stress and disadvantage. In M.W. Kent & J.E. Rolf (Eds.), *Primary prevention in psychopathology*, vol. 3 (pp. 49-74). Hanover, NH: University Press of New England.
- Rutter, M. (1985). Resilience in the face of adversity. Protective factors and resistance to psychiatric disorder. *British Journal of Psychiatry*, 147, 598-611.
- Rutter, M. (1990). Psychosocial resilience and protective mechanisms. In J. Rolf, A. Masten, D. Cicchetti, K. Nuechterlein & S. Weintraub (Eds.), *Risk and protective factors in the development of psychopathology* (pp. 181-214). Cambridge: Cambridge University Press.
- Rutter, M. (1996). Psychosocial adversity: risk, resilience, and recovery. In L. Verhofstadt-Denève, I. Kienhorst & C. Braet (Eds.), *Conflict and development in adolescence* (pp. 21-33). Leiden: DSWO Press.
- Schneider, W. (1992). Die Sieger. Hamburg: Gruner & Jahr.
- Schwarzer, R. & Leppin, A. (1989). Sozialer Rückhalt und Gesundheit: Eine Meta-Analyse. Göttingen: Hogrefe.
- Schwartz, C.E., Snidman, N. & Kagan, J. (1996). Early childhood temperament as a determinant of externalizing behavior in adolescence. *Development and Psychopathology*, 8, 527-537.
- Vanistendael, S. (1995). Growth in the middle of life. Geneva: International Catholic Child Bureau.
- Werner, E.E. (1989). Vulnerability and resiliency: A longitudinal perspective. In M. Brambring, F. Lösel & H. Skowronek (Eds.), *Children at risk: Assessment, longitudinal research, and intervention* (pp. 156-172). Berlin, New York: De Gruyter.
- Werner, E.E. (1990). Antecedents and consequences of deviant behavior. In K. Hurrelmann & F. Lösel (Eds.), *Health hazards in adolescence* (pp. 219-231). Berlin, New York: De Gruyter.
- Werner, E.E. (1992). The children of Kauai: Resiliency and recovery in adolescence and adulthood. *Journal of Adolescent Health*, 13, 262-268.
- Werner, E.E. (1993). Risk, resilience, and recovery: Perspectives from the Kauai longitudinal study. *Development and Psychopathology*, 5, 503-515.
- Werner, E.E. & Smith, R.S. (1982). *Vulnerable but invincible*. New York: Bannister Cox.
- Werner, E.E. & Smith, R.S. (1992). *Overcoming the odds*. Ithaca, London: Cornell University Press.
- White, J., Moffitt, T.E. & Silva, P.A. (1989). A prospective replication of the protective effects of IQ in subjects at high risk for delinquency. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 37, 719-724.
- Wyman, P.A., Cowen, E.L., Work, W.C. & Parker, G.R. (1991). Developmental and family milieu correlates of resilience in urban children who have experienced major life stress. *American Journal of Community Psychology*, 19, 405-426.
- Yoshikawa, H. (1994). Prevention as cumulative protection: Effects of early family support and education on chronic delinquency and its risks. *Psychological Bulletin*, 115, 28-54.

Soziale Ungleichheit und soziale Unterstützung als protektive und Vulnerabilitätsfaktoren

SIEGFRIED GEYER

Einführung

Die Themen „Vulnerabilität und protektive Faktoren“ kann man breit fassen und möglichst alle Vulnerabilitätsfaktoren, wie frühkindliche Erfahrungen (vgl. Bowlby, 1991) und Arbeitslosigkeit (Brown & Harris, 1978), oder aber strukturelle Bedingungen, wie z. B. Armut, behandeln. Auf der Seite protektiver Faktoren können ebenfalls Persönlichkeitsfaktoren wie der mittlerweile allseits bekannte „Sense of Coherence“ (Antonovsky, 1987) oder eine privilegierte materielle Lage unter diesem Begriff gefaßt werden.

Ich möchte das Thema jedoch nicht umfassend behandeln, sondern mich auf soziale Unterstützung als eines Teils dieser Thematik beschränken. Weiterhin möchte ich die Auswirkungen dieses je nach Betrachtungsweise vulnerabilisierenden oder protektiven Faktors nur im Hinblick auf das Auftreten und den Verlauf von Erkrankungen betrachten.

Eine hinsichtlich gesundheitlicher Konsequenzen „erfolgreiche“ soziale Unterstützung wird in den zu berichtenden Untersuchungen vorrangig von den engsten Familienangehörigen geleistet, und in dem Maß, in dem diese Art sozialen Rückhalts zu einer Veränderung von Krankheitswahrscheinlichkeiten beiträgt, können familiäre Beziehungen Teil von Präventionskonzepten werden.

Die Thematik wird anhand von fünf Einzelpunkten entwickelt:

- Zunächst wird am Beispiel zweier repräsentativer Studien gezeigt, daß gesundheitliche Konsequenzen des Vorhandenseins oder des Fehlens sozialen Rückhalts auch in großen Bevölkerungsgruppen sichtbar gemacht werden können.
- An Forschungen zu spezifischen körperlichen Erkrankungen wird die Thematik vertieft.
- In den beiden vorangegangenen Teilen wird soziale Unterstützung für sich genommen als belastend bzw. protektiv gewertet. In einem dritten Schritt wird soziale Unterstützung in Interaktion mit dem Auftreten belastender Lebensereignisse betrachtet.
- Es wird untersucht, ob sozialer Rückhalt typische sozialstrukturelle Verteilungen zeigt, und ob damit bereits in anderen Bereichen vorhandene soziale Ungleichheiten (etwa hinsichtlich des Auftretens der häufigsten Erkrankungen) verstärkt werden.
- Schließlich wird erörtert, ob es Erklärungen für die berichteten Zusammenhänge zwischen sozialer Unterstützung und Erkrankungen gibt.

Repräsentative Studien mit großen Stichproben

Eine der Untersuchungen, die den Anstoß zu intensiven Forschungen über gesundheitliche Auswirkungen sozialen Rückhalts gegeben haben, ist die Alameda Country Studie (Berkman & Syme, 1979): Im Jahr 1965 wurden 4.725 Personen zwischen 30 und 69 Jahren befragt. Sie sollten angeben, ob und in welcher Häufigkeit und Qualität sie Kontakte zu Ehepartnern, nahen Verwandten und Freunden unterhalten, und ob sie sich Gruppen oder einer Kirche zugehörig fühlen. Außerdem wurden Informationen zum gegenwärtigen Gesundheitszustand erfragt. Zwischen 1965 und 1974 wurden dann Mortalitätsinformationen gesammelt, um einen Index sozialer Isolation mit Todesraten in Beziehung setzen zu können; insgesamt traten 371 Todesfälle auf.

Es zeigte sich, daß Männer und Frauen, die keine oder nur wenige Kontakte zu anderen Personen oder Gruppen hatten, eine 1,9 – 3,1mal erhöhte Sterbewahrscheinlichkeit aufwiesen. Die altersstandardisierte Mortalität für Männer mit dem höchsten Grad sozialer Isolation war im Vergleich zur sozial integrierten Gruppe um das 2,3fache erhöht; für Frauen war das entsprechende Risiko um das 2,8fache höher (Berkman & Syme, 1979, S. 201). Die festgestellten Todesursachen waren nicht auf wenige Arten beschränkt, sondern es fanden sich Verteilungen, wie sie auch für die Allgemeinbevölkerung gelten, d. h., die Haupttodesursachen waren koronare Herzkrankheiten, maligne Erkrankungen und Magen-Darmkrankheiten. Das Problem dieser Studie ist, daß nur relativ allgemeine Maße für soziale Eingebundenheit erfaßt wurden und Erkrankungen zum ersten Interviewzeitpunkt nur als subjektive Angaben, nicht aber als ärztliche Diagnosen erfaßt wurden.

In einer weiteren Untersuchung, die an 13.301 Männern und Frauen zwischen 39 und 59 Jahren in Karelien (Nordfinland) durchgeführt wurde, konnten die Ergebnisse der Alameda-Studie bestätigt werden (Kaplan et al., 1988). In der Karelien-Studie wurden 5 Jahre nach der Fragebogenerhebung die Todesursachen erfaßt. Der Index aus sozialen Kontakten wurde nach dem Muster von Alameda County gebildet.

Es wurden weitere Studien dieser Art durchgeführt, die hier aber nicht berichtet werden sollen, weil die Ergebnisse sich decken (s. House et al., 1988; Berkman, 1995).

Die Nachteile der beschriebenen und ähnlicher Studien bestehen darin, daß soziale Unterstützung nur in groben Kategorien erfaßt wurde, was kaum Rückschlüsse auf die Qualität der Beziehungen zuläßt und ein Verstehen der „salutogenen“ Wirkungsweise sozialer Unterstützung erschwert. Die Befunde sind deshalb zunächst deskriptiv, außerdem geben sie keine Antwort auf Fragen danach, ob die primären Wirkungen sozialer Unterstützung bei der Initiation oder dem Verlauf von Krankheiten zu erwarten sind.

Die überdauernde Bedeutung dieser Forschungen ergibt sich aus der methodischen Herangehensweise (Berkman, 1995, S. 246f.):

- Soziale Unterstützung wurde prospektiv erfaßt; das Antwortverhalten ist damit nicht durch Erinnerungsfehler beeinträchtigt, die sich bei erkrankten Personen in Gestalt selektiver Erinnerung auswirken können.
- Die Studien sind repräsentative Bevölkerungsstudien, d. h., die Befragten stammen aus der Allgemeinbevölkerung und nicht aus selektierten Gruppen. Letzteres sollte für klinische Studien zutreffen, die an Patienten durchgeführt werden.
- Verweigerungs- und Verlustraten waren außergewöhnlich niedrig; dies führt zu geringen Fehlern durch Stichprobenselektion und erhält die Repräsentativität der Befunde.
- Die meisten epidemiologischen Kovariaten (d. h., organische Risikofaktoren wie z. B. Übergewicht, Bluthochdruck oder erblich bedingte Häufungen von Erkrankungen) wurden kontrolliert, sodaß die Zahl der Alternativinterpretationen reduziert wird.

Soziale Unterstützung beim Verlauf von Krankheiten

Einige Studien untersuchten das Überleben nach chronischen Erkrankungen in Verbindung mit sozialer Unterstützung. Berkman et al. (1992) führten zwischen 1982 und 1988 eine solche Arbeit an hospitalisierten Patientinnen und Patienten nach Herzinfarkt durch. Das Durchschnittsalter lag bei über 65 Jahren. Die Befragung umfaßte neben medizinischen Daten zu Erkrankungsstatus und Begleiterkrankungen Angaben zu Lebensverhältnissen, Familienstand und sozialer Unterstützung. Letzteres wurde erfragt, indem die Patienten angeben sollten, ob und in welchem Ausmaß sie beim Auftreten von Problemen auf die Hilfe anderer Personen zurückgreifen können. Die Größe des sozialen Netzwerkes wurde detailliert erfaßt, ebenso die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen (Berkman et al., 1994, S. 1004).

Von den 194 Befragten starben 39% (n=76) innerhalb von 6 Monaten nach Eintritt des Herzinfarkts. Auch hier zeigte sich, wie in den oben berichteten Bevölkerungsstudien, daß Patienten mit dem niedrigsten Grad sozialer Unterstützung im Vergleich zum Rest der Befragten ein 2,9fach erhöhtes Sterblichkeitsrisiko hatten. Das Maß sozialer Unterstützung, das mit erhöhter Mortalität verknüpft war, war nicht die Größe des sozialen Netzwerkes, sondern die von den Befragten wahrgenommene, d. h. bewertete, Unterstützung. Mit

steigendem Alter kam diese immer weniger von Partnern; diese wurden durch andere Personen des sozialen Umfelds ersetzt.

Eine ganz andere Art sozialen Rückhalts wurde in einer Interventionsstudie von Spiegel et al. (1989) untersucht. Patientinnen mit metastasierendem (d. h. potentiell unheilbarem) Brustkrebs (n=86) nahmen an einem einjährigen Gruppentherapieprogramm teil. Im Hauptteil der Intervention ging es darum, zwischen den Frauen starke unterstützende Beziehungen herzustellen und die Kommunikation mit den Angehörigen zu verbessern. Die Patientinnen wurden per Zufall in eine Interventions- und eine Kontrollgruppe geteilt, die medizinische Therapie war für alle die gleiche. Nach 10 Jahren lebten von den 86 Frauen noch drei, für die Verstorbenen wurden Mortalitätsinformationen gesammelt.

Es zeigte sich, daß die mittlere Überlebenszeit der Patientinnen aus der Interventionsgruppe mit 36 Monaten doppelt so lang war wie in der Gruppe, die an dem Therapieprogramm nicht teilnahm.

Soziale Unterstützung und belastende Lebensereignisse

In den bisher berichteten Studien wurde das Vorhandensein sozialen Rückhalts so behandelt, als ob er hinsichtlich des Auftretens oder des Verlaufs von Erkrankungen protektive, im Fall des Fehlens aber belastende Auswirkungen hat.

In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, daß sozialer Rückhalt nicht nur eigenständig be- und entlastende Effekte haben kann, d. h., daß er alleine nicht notwendigerweise zum Ausbruch von Erkrankungen beitragen muß. Im Fall auftretender sozialer Belastungen, wie z. B. lebensverändernder Ereignisse, kann er zusätzlich zu einer deutlichen Erhöhung von Distreß führen.

Die methodisch am besten konzipierten Studien zur Relation zwischen belastenden Ereignissen und sozialer Unterstützung wurden von George Brown und Mitarbeitern am Bedford College in London durchgeführt (Brown & Harris, 1978; Brown et al., 1986, 1990). Die Forschungsarbeiten entstanden im Rahmen mehrerer Projekte, in denen es um die Erklärung des Ausbruchs depressiver Episoden ging.

Lebensereignisse und soziale Unterstützung wurden nicht als allgemeine Kategorien erfaßt, sondern im Rahmen ausführlicher Interviews, die auf Band aufgenommen und später nach einem standardisierten Verfahren von Fremdbeurteilern ausgewertet wurden. Damit wird es möglich, nicht nur das Vorliegen von Effekten festzustellen, sondern auch, diese zu verstehen und nachvollziehbar zu machen.

Eine dieser Untersuchungen wurde in Islington, einem Stadtteil von London, durchgeführt (Brown et al., 1986). Sie umfaßte 400 Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren; sie waren nicht berufstätig und hatten mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt zu versorgen. Die Frauen kamen in der Mehrzahl aus der sozialen Unterschicht, die Einkommen der Ehepartner waren niedrig, sofern sie überhaupt eine bezahlte Anstellung hatten.

Innerhalb von 12 Monaten wurden zwei Interviews von 3 – 5 Stunden Dauer durchgeführt. Erfaßt wurden die soziale Situation, die allgemeinen Lebensbedingungen, belastende Ereignisse, Ausmaß und Qualität sozialer Unterstützung, Selbstvertrauen sowie das Auftreten depressiver Erkrankungen (Wing et al., 1974).

Etwa die Hälfte der Frauen erlebte innerhalb des Erfassungszeitraums mindestens ein schwer belastendes Ereignis. Der zentrale Befund dieser Studie war, daß dem Auftreten einer belastenden Lebensveränderung innerhalb eines Zeitraums von 9 Wochen überzufällig häufig der Ausbruch einer depressiven Episode folgte. Hinsichtlich einer entlastenden Funktion sozialen Rückhalts war es nicht entscheidend, daß die Betroffenen zu einer anderen Person (üblicherweise dem Partner) eine Vertrauensbeziehung hatten, hinzukommen mußte aktive emotionale Zuwendung. Das Fehlen einer solchen Beziehung alleine führte nicht zum Krankheitsausbruch; dies trat nur ein, wenn ein belastendes Ereignis die normale Alltagsroutine zerstörte und die Reorganisation des Lebens fehlschlug. Dabei war das Fehlen eines Ehepartners nicht notwendigerweise als Vulnerabilitätsfaktor zu werten, denn die Frauen verfügten über enge außerfamiliäre Kontakte, die eine Vertrauensbeziehung mit einem Partner ersetzen konnten.

Soziale Unterstützung und Sozialstruktur

In den vorangegangenen Überlegungen wurde soziale Unterstützung hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Konsequenzen betrachtet, es wurde aber nicht untersucht, ob sie als Ressource gleichmäßig über die Sozialstruktur verteilt ist, und ob sie darüber hinaus möglicherweise auch zur Erklärung ungleicher Verteilungen von Erkrankungen beitragen kann. Zu dieser Thematik existieren im Gegensatz zu Untersuchungen über direkte gesundheitliche Konsequenzen nur wenige Arbeiten.

Die umfangreichste Studie dazu wurde in Kanada durchgeführt (Turner & Marino, 1994). Im Rahmen eines repräsentativen Surveys wurden in Toronto 1.394 Personen zwischen 18 und 55 Jahren befragt. Unterstützung wurde für Partnerin / Partner, Verwandte, Freunde und Arbeitskollegen abgefragt und bewertet. Es wurde nicht das soziale Netzwerk erfaßt, d. h., die Anzahl der Kontaktpersonen, sondern die subjektive Einschätzung der Unterstützung, wie die befragte Person sie im Fall einer Notwendigkeit einschätzt.

Schichtzugehörigkeit wurde über den beruflichen Status abgefragt; Gesundheitsindikatoren wurden mittels eines Depressionsfragebogens (CES-D) erhoben, d. h., es wurde ein eher eingeschränkter Gesundheitsbegriff zugrundegelegt.

In Übereinstimmung mit einer Reihe früherer Studien zeigte sich, daß die Depressionsscores für Frauen höher waren als für Männer, und daß das Ausmaß depressiver Stimmung mit sinkendem Sozialstatus zunahm.

Befragte in Un- und Angelerntenpositionen gaben das niedrigste Maß an wahrgenommener Unterstützung an. Interessant hierbei ist, daß die Verteilung des angegebenen sozialen Rückhalts parallel zur Verteilung der häufigsten Erkrankungen liegt, d. h., Un- und Angelernte weisen die höchsten Raten an Erkrankungen auf, Angehörige der höchsten sozialen Schicht dagegen die niedrigsten.

Diese Befunde zur Ungleichverteilung sozialen Rückhalts in Abhängigkeit von Schichtzugehörigkeit werden durch eine andere umfangreiche (n=2.320) Studie (Ruberman et al., 1984) gestützt, in der Prädiktoren des Überlebens nach Herzinfarkt gesucht wurden. Auch hier zeigten sich Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe mit niedriger Qualifikation und hoher sozialer Isolation – sowohl alleine als auch in Kombination – assoziiert mit einer erhöhten 6-Monats-Sterbewahrscheinlichkeit nach Herzinfarkt. Diese Relationen sind allerdings keineswegs linear, d. h., die deutlichste Grenze verläuft zwischen der Unterschicht und den verbleibenden sozialen Schichten.

In der Sozialepidemiologie gilt es als gesichertes Wissen, daß sowohl psychische als auch körperliche Erkrankungen in unteren sozialen Schichten (auf Berufsgruppen bezogen: Un- und Angelernte) gehäuft auftreten. Parallel dazu wurde konsistent gefunden, daß der erlebte Distreß in diesen Gruppen am stärksten ausgeprägt ist. Sozialer Rückhalt wäre demnach ein weiterer, allerdings von den genannten Merkmalen nicht unabhängiger, Ungleichheitsaspekt.

Von sozialer Unterstützung zu Erkrankungen: die Vermittler

Nachdem in den vorangegangenen Studien gezeigt wurde, daß soziale Unterstützung sowohl protektiv wirken als auch unter dem Vulnerabilitätsaspekt betrachtet werden kann, wäre zu klären, wie sich soziale Unterstützung psychologisch vermittelt. Es ist nicht primär die geleistete bzw. die ausgebliebene materielle Hilfe, sondern die Auswirkung auf die Selbsteinschätzung, die die Vulnerabilität für den Ausbruch von Erkrankung erhöht oder einem fataleren Krankheitsverlauf Vorschub leistet.

Weiterhin beeinflusst das Fehlen oder Vorliegen emotionaler Unterstützung die Selbsteinschätzung, und diese Effekte sind wiederum abhängig von der Ausprägung der Selbstbewertung vor dem Eintritt eines Ereignisses. Ist es stark entwickelt, wirkt das Fehlen einer emotional unterstützenden Beziehung weniger belastungsverstärkend als im Fall einer geringen Ausprägung. In diesem letzteren Fall sinkt es weiter ab und erhöht das Risiko einer depressiven Episode nochmals.

Mit dem Erhalt sozialer Unterstützung erhöht sich nicht nur das Selbstwertgefühl, sondern es konnte auch im Längsschnitt gezeigt werden, daß die Einschätzung subjektiver Kompetenz sich verändert, indem eine Person über die Hilfe anderer in die Lage versetzt wird, auf die Umgebung Einfluß zu nehmen, was wie-

derum die Wahrnehmung subjektiver Kontrolle verstärkt. So wurde in einer Studie an alten Menschen (Buchwald, 1996) gezeigt, daß Unterstützungsleistungen Fertigkeiten kompensieren, die infolge eigener Gebrechlichkeit nicht mehr vorhanden sind.

In anderen Kontexten oder bei jüngeren Personen können die Effekte sozialer Unterstützung in die Gegenrichtung gehen (DiMatteo & Hays, 1981; Nadler & Fischer, 1986). Dies sollte dann eintreten, wenn eigene Fähigkeiten zum Erreichen von Zielen nicht mehr ausreichen und fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. In diesem Fall verringert fremde Unterstützung sogar die individuell wahrgenommene Kompetenz. Manche Autoren sehen auch hier den Grund dafür, daß sozialer Rückhalt durch die nahestehenden Personen das subjektive Wohlbefinden verbessert, daß dies für Hilfen aus dem weiteren Netzwerk aber deutlich weniger gilt (vgl. Veiel & Kühner, 1990).

Aber auch der engste Familienkreis ist nicht immer hilfreich und notwendigerweise mit positiven Konsequenzen für die Gesundheit verknüpft. Eine Studie an Patienten, die nach der Behandlung einer klinischen Depression nach Hause entlassen wurden, läßt den Schluß zu, daß eine familiäre Situation, die positiven emotionalen Rückhalt bietet, aber den früheren Patienten frühzeitig wieder in seine alten Rollenverpflichtungen einbindet, den Rückfall der Erkrankung fördert (Veiel & Kühner, 1990). Eine beschützende Form der Unterstützung ist unmittelbar nach der Entlassung angemessen, sie kann aber mit der Wiedergewinnung der Selbständigkeit der erkrankten Person zu einer Fessel werden und dann ebenfalls zum erneuten Ausbruch einer Krankheitsperiode beitragen.

Zu gleichen Schlüssen kamen Untersuchungen mit Krebspatienten. Unmittelbar nach der Diagnose war es angemessen, einfach emotionale Zuwendung zu bieten, indem den Patienten die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Ängste zu äußern. Zu einem späteren Zeitpunkt, als es darum ging, wieder Alltagsroutinen zu entwickeln, stand eher materielle Hilfe im Vordergrund (Dunkel-Schetter, 1984). Die Konsequenzen sozialer Unterstützung hängen damit vom Zeitpunkt und von der Qualität ab und haben nicht unterschiedslos die gleichen Effekte (Jacobson, 1986). Aus dieser Perspektive stellen alle Studien, die sozialen Rückhalt im Querschnitt erfassen, eine Verkürzung der eigentlichen Dynamik dar und reduzieren die Perspektive auf den Zeitpunkt kurz nach dem Eintritt eines belastenden Ereignisses.

Mit den vorausgegangen Überlegungen wurde eine Brücke zwischen Unterstützung bzw. ihrer Wahrnehmung und den psychologischen Auswirkungen hergestellt; Vorstellungen über Verbindungen zu biologischen Prozessen und schließlich auf Erkrankungen fehlen jedoch weitgehend. In einer Veröffentlichung aus den 70er Jahren ging Cassel (1976) davon aus, daß der zentrale Mechanismus in einer Erhöhung der individuellen Widerstandsfähigkeit in Gestalt einer Funktionserhaltung oder Funktionsverbesserung des Immunsystems besteht. Eine Verbindung zwischen Parametern der natürlichen Immunität und sozialer Unterstützung bzw. erlebtem Distreß konnte inzwischen mehrfach nachgewiesen werden, etwa in einer Studie an Brustkrebspatientinnen (Levy et al., 1990) oder an Arbeitslosen (Kiecolt-Glaser et al., 1995). Während man bei malignen Erkrankungen positive Auswirkungen sozialen Rückhalts mit einiger Berechtigung auf Immunbeeinflussungen zurückführen kann, ist diese Erklärung z. B. für die beschriebene Studie zum Verlauf von Herzinfarkt (Berkman et al., 1992) nicht tauglich. Hier kommen entweder bisher kaum berücksichtigte endokrine Prozesse in Frage, oder es liegen indirekte Effekte vor: Der Partner oder die Partnerin könnte auf das Einhalten einer gesundheitsförderlichen Lebensweise oder ärztlicher Verordnungen hinwirken, durch die Anwesenheit von Partnern im Falle eines Infarkts wird schneller ärztliche Hilfe geholt.

Insgesamt sind dies aber wenig gesicherte Annahmen, d. h., die gesundheitsförderlichen Effekte sozialer Beziehungen sind noch weitgehend ungeklärt.

Schlußbemerkungen

Wie kann man nun die Essenz der vorangegangenen Ausführungen zusammenfassen?

Soziale Unterstützung oder soziale Integration wirkt sich nicht nur auf die allgemeine Befindlichkeit aus, sondern auch auf manifeste und gut diagnostizierbare Erkrankungen und Sterblichkeit als Endpunkte.

Zunächst kann das Fehlen vertrauensvoller Beziehungen selbst eine Belastung sein. Dieser Zustand kann aber auch einen Hintergrund bilden, der im Sinne eines Vulnerabilitätsfaktors alleine keine Belastung dar-

stellt, sondern beim Auftreten einer Belastung deren Auswirkungen dramatisiert, oder, weil ein abfederndes soziales Netzwerk fehlt, ein Ereignis überhaupt erst zu einer Belastung werden läßt. Ein drittes Erklärungsmuster geht von indirekten Effekten aus, indem aus dem näheren sozialen Umfeld, d. h. meist vom Partner oder von der Partnerin, praktische Handlungsanweisungen kommen, deren Konsequenzen sich dann auf die Gesundheit auswirken, etwa durch das Einhalten eines gesunden Lebensstils oder durch das Praktizieren präventiver Verhaltensweisen.

Psychologisch fördert ein soziales Umfeld das individuelle Selbstvertrauen und über dieses die Fähigkeit, Probleme aktiv zu bewältigen. Schließlich wurde gezeigt, daß ein unterstützendes soziales Netzwerk keineswegs über die gesamte Breite der Sozialstruktur gleichverteilt ist. So sind Unterschichten neben dem häufigeren Auftreten von Erkrankungen auch hinsichtlich der Größe und Qualität unterstützender sozialer Netzwerke benachteiligt.

In den referierten Studien wurde soziale Unterstützung so gefaßt, als ob sie von den nächsten Bezugspersonen, meist von der Partnerin, dem Partner oder von den nächsten Familienangehörigen, geleistet wurde. Die stille Annahme dieser Untersuchungen ist natürlich, daß Menschen in stabilen sozialen Beziehungen leben, d. h., daß es dauerhafte eheliche oder zumindest partnerschaftliche Beziehungen gibt. Mit dem Strukturwandel der Familie sind aber auch andere Formen von Lebensgemeinschaften bis hin zu Partnerbeziehungen entstanden, die über größere Entfernungen hinweg aufrecht erhalten werden. Nicht zuletzt bedingt durch Forderungen nach größerer geografischer Mobilität nimmt die Zahl der Einpersonenhaushalte zu, und mit der Zahl der Umzüge wird es schwieriger, enge soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Ein weiterer, ganz anders gearteter Aspekt gesellschaftlichen Wandels erscheint derzeit weniger problematisch: Der Anstieg der Zahl alter Menschen (d. h., die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters) sollte nicht mit einer Zunahme Vereinsamer einhergehen, weil die Kontaktpersonen sterben. Alte Menschen gehen nach dem Tod des Partners wieder vertrauensvolle Beziehungen ein, was daran zu erkennen ist, daß sich in empirischen Studien nur eine Minderheit von 5 – 10% als einsam bezeichnet (Kruse, 1991; Minnemann, 1994).

Insgesamt gesehen, wird der Wandel von Familien- und Beziehungsstrukturen künftig höhere Anforderungen an die soziale Integration stellen. Es wird zu untersuchen sein, ob sie erfolgreich bewältigt werden, oder ob eine stärkere Vereinzelung über eine Verringerung unterstützender Beziehungen zu einer Verschlechterung der Gesundheit beitragen wird.

Verwendete Literatur:

- Antonovsky, A. (1987) *Unraveling the mystery of health*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Berkman, L.F. (1995) The role of social relations in health. *Psychosomatic Medicine* 57: 245-254.
- Berkman, L.F.; Leo-Summers, L.; Horwitz, R. (1992) Emotional support and survival after myocardial infarction. A prospective, population-based study of the elderly. *Annals of Internal Medicine* 117: 1003-1009.
- Bowlby, J. (1991) *Verlust, Trauer und Depression*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Brown, G.; Harris, T. (1978) *Social origins of depression*. London: Tavistock.
- Brown, G.W.; Andrews, B.; Harris, T.; Adler, Z.; Bridge, L. (1986) Social support, self-esteem, and depression. *Psychological Medicine* 16: 813-831.
- Brown, G.W.; Bifulco, A.; Andrews, B. (1990) Self-esteem and depression. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology* 25: 235-243.
- Buchwald, P. (1996) *Social support und Kompetenzerwartung im Alter*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Cassel, J. (1976) The contribution of the social environment to host resistance. *American Journal of Epidemiology* 104: 107-123.
- DiMatteo, M.; Hays, R. (1981) Social support and serious illness. In: Gottlieb, B.H. (Hrsg.) *Social networks and social support*. Sage: Beverly Hills, S. 117-148.
- Dunkel-Schetter, C. (1984) Social support and cancer: findings based on patient interviews and their implications. *Journal of Social Issues* 40: 77-98.

- Jacobson, D.E. (1986) Types and timing of social support. *Journal of Health and Social Behavior* 27: 250-264.
- Kiecolt-Glaser, J.; Glaser, R. (1995) Psychoneuroimmunology and health consequences: Data and shared mechanisms. *Psychosomatic Medicine* 57: 269-274.
- Kruse, A. (1991) Soziale Kontakte. In: Oswald, W.D. (Hrsg.) *Gerontologie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Levy, S.; Herberman, R.B.; Whiteside, T.; Sanzo, K.; Lee, J.; Kirkwood, J. (1990) Perceived social support and tumor estrogen / progesterone receptor status as predictors of natural killer cell activity in breast cancer patients. *Psychosomatic Medicine* 52: 73-85.
- Minnemann, E. (1994) Geschlechtsspezifische Unterschiede der Gestaltung sozialer Beziehungen im Alter – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. *Zeitschrift für Gerontologie* 27: 33-41.
- Nadler, A.; Fischer, J.D. (1986) The role of threat to self-esteem and perceived control in recipient reaction to help: Theory development and empirical validation. In: Berkowitz, L. (Hrsg.) *Advances in experimental social psychology*. New York: Academic Press, S. 81-122.
- Ruberman, W.; Weinblatt, E.; Goldberg, J.D. (1984) Psychosocial influences on mortality after myocardial infarction. *New England Journal of Medicine* 311: 552-559.
- Spiegel, D.; Bloom, J.R.; Kraemer, H.C.; Gotthel, E. (1989) Effect of psychosocial treatment on survival of patients with metastatic breast cancer. *The Lancet* 888-891.
- Turner, R.J.; Marino, F. (1994) Social support and social structure: A descriptive epidemiology. *Journal of Health and Social Behavior* 35: 193-212.
- Veiel, H.; Kühner, C. (1990) Relatives and depressive relapse: the critical period after discharge from in-patient treatment. *Psychological Medicine* 20: 977-984.
- Wing, J.K.; Cooper, J.E.; Sartorius, N. (1974) *The measurement and classification of psychiatric symptoms: an instruction manual for the Present State Examination and CATEGO programme*. London: Cambridge University Press.

„Ich (mein Partner) will (k)ein Kind“

BEATE WIMMER-PUCHINGER

Kinder haben ein Recht auf Liebe, Förderung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, auf Lebensqualität, auf Beziehungsqualität – so die Forderung des Kinderschutzbundes, berechtigt und plausibel im gemeinsamen Kampf gegen Gewalt gegen Kinder. Dies, sehr geehrte Damen und Herren, ist auch der Kontext meiner Ausführungen, entsprechend auch meiner inneren Motivation, etwas hinter die Kulissen und zu den Ursprüngen, den diversen, keinesfalls klaren, vielfältigen und komplex verstrickten Motivationen zum Kinderwunsch zu schauen.

Kinder haben ein Recht auf Liebe und dennoch – betrachten wir die „Geschichte der Kindheit“ von Philippe Ariès (1979) oder Edward Shorter (1977) – so ist die Geschichte des Kinderschutzes bei der Betrachtung und Wahrung der Kindheit als Wert der Entwicklung der Persönlichkeit auf der Basis der Förderung und nicht der körperlichen Disziplinierung eine äußerst junge.

Zum vielzitierten „battered child-syndrom“ (das Phänomen der geschlagenen Kinder) wurde die erste wissenschaftliche Arbeit erst 1963 in den USA geschrieben (von einem Kinderarzt und Röntgenologen). Erst zu dieser Zeit wurde zum ersten Mal Gewalt gegen Kinder als gravierendes und weit verbreitetes psychisches und körperliches Trauma und somit auch als wichtiges, ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem erkannt.

Kinder haben ein Recht auf Liebe – aber welche Bedingungen können diese wichtige Forderung garantieren?

Die erste (auf der Oberfläche sich befindende) Antwort würde lauten: Eine Grundbedingung wäre die, daß sie ersehnt, gewünscht und akzeptiert sind. Unter welchen Bedingungen ist dieses möglich?

Dann, wenn jeder der beiden Eltern, Vater wie Mutter, eine in sich gefestigte, stabile, reife, sich selbst gut akzeptierende Persönlichkeit darstellt und wenn beide Partner eine kongruente, sich gegenseitig respektierende partnerschaftliche Liebesbeziehung leben können. Es gibt eine Unmenge von Literatur auf dem Feld der Entwicklungspsychologie und der Familienforschung, wie diese idealen Eltern, diese Wunscheltern aller Psychologen, Ehe-, Familientherapeuten aussehen sollen.

Aber ist dies auch die Realität? Läuft diese parallel zu den Theorien der Reifungsphasen von Mann und Frau, die die Fähigkeit zu geben, zu verstehen, zu stützen, sich abzugrenzen, ermöglicht? Welche Motive fließen also in den Kinderwunsch ein?

Die Frage, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Familie gegründet werden soll, sowie Wunschvorstellungen zur Kinderzahl bzw. zum zeitlichen Abstand der Geschwister war selbst in Zeiten traditioneller Rollenaufteilung sowie ohne sicheren Empfängnisschutz nie ein klares Ja oder Nein. Glücksgefühle einerseits, aber auch existentielle Ängste oder Überforderung waren und sind seit jeher Bestandteil dieser existentiellen wie verantwortungsbewußten Auseinandersetzung. Dies gilt für Männer, werdende Väter, ebenso wie für Frauen.

Nichts hat Einstellungen sowie den gesamten gesellschaftlichen Diskurs zur Sexualität und Reproduktion in den letzten 20 Jahren so nachhaltig verändert wie die Möglichkeit hormoneller Eingriffe in das weibliche Zyklusgeschehen.

Shorter belegt in seinen Büchern „Die Geburt der modernen Familie“ (1977) oder „Der weibliche Körper als Schicksal“ (1984) sehr griffig, wie sich historisch Planbarkeit – oder besser Begrenzbarkeit – der Kinderzahl deutlich auch in Gesundheitsstatistiken sowie in der Lebenserwartung von Frauen positiv niederschlug.

Ein weiterer, der Pille vergleichbarer, Impuls ging vom anderen Pol des Spektrums, nämlich der Möglichkeit der reproduktiven Technologien, aus. Beides, Planbarkeit und Machbarkeit, sind zwei Seiten einer Medaille, sind zwei Aspekte im Kontinuum Sexualität, Kinderwunsch, Schwangerschaft, die Frauen

wie Männer, jedoch noch immer Frauen deutlicher, eine permanente und latente Entscheidungskrise zum Kinderwunsch bringt – ob überhaupt, wann, wieviel. Empirische Probleme der Schwangerschaftskonfliktforschung oder Kinderwunschforschung sind im wahrsten Sinne des Wortes eine zweiseitige Fragestellung:

Fragen zum Kinderwunsch sind empirisch schwer faßbar, vor allem dann, wenn es um den hypothetischen Wunsch geht. Und wenn, so sind die Ergebnisse mehrfach deutbar.

Folgen wir allen bisherigen Studien an Jugendlichen zu dieser Fragestellung, hat sich an der Vorstellung von Familie und durchschnittlicher Kinderzahl von zwei Kindern seit Jahren nichts geändert.

Wir wissen jedoch andererseits, daß die Wirklichkeit – hier am Beispiel der demografischen Entwicklung – ganz andere Zahlen aufweist. Zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl besteht daher eine immer stärkere Diskrepanz. Trotz der deutlichen Abnahme der Geburtenrate und der zunehmenden Anzahl von Paaren, die sich entschließen, ohne Kinder zu leben, gilt Kinderlosigkeit auch heute noch als soziale Abweichung. Kinder zu haben bzw. sich Kinder zu wünschen, gehört zu den nicht hinterfragten Selbstverständlichkeiten, denn ein Kind symbolisiert das Weiterbestehen und steht zugleich für die sexuelle Identität, psychische Identität und die soziale Integration des Individuums oder des Paares, so Delaisi de Parseval in ihrem Buch „Ein Kind um jeden Preis – Ethik und Technik der künstlichen Zeugung“ (1986).

Die Frage des Kinderhabens ist mit der Verfügbarkeit kontrazeptiver Methoden zu einer Frage der permanenten individuellen Entscheidung geworden. Nicht mehr der Zufall, sondern die Wahl bestimmt das reproduktive Verhalten.

Dies ist die eine Seite, die andere ist, daß trotz dieser Voraussetzungen das Eintreten einer Schwangerschaft und der Wunsch nach einem Kind offensichtlich nicht das Resultat eines allein rationalen Entscheidungsprozesses mit einer bewußten Abwägung von Werten und Zielvorstellungen zur eigenen Lebensplanung ist.

Ich will daher ein wenig versuchen, die Elemente, die zur Verstehbarkeit beitragen, genauer zu beleuchten.

Sexualität und Kontrazeption – ein ewiger Widerspruch

Sexualität, so die Diktion jeglicher sexueller Aufklärung, erfordert verantwortungsvolles Handeln, vor allem sich selbst gegenüber.

Dies hat im Dezennium von AIDS wieder eine andere Konnotation erfahren. Doch wissen Sexualwissenschaftler, Sexualtherapeuten, Heerscharen von Familienplanern, daß diese Message allein – selbst bei gezielter AIDS-Aufklärung durch die spezielle Formel „ein Kondom schützt“ – nicht so einfach in die Tat umzusetzen ist.

So hatte ich gerade wieder in einem Workshop der Tagung des Berufsverbandes österreichischer Psychologinnen und Psychologen (BÖP) sehr anschaulich die Probleme unserer jungen Kolleginnen erfahren, die in einer Wohngemeinschaft von Teenager-Müttern bemüht sind, diesen das rationale Gebot einer geschützten Sexualität nahezubringen.

Wieso werden Frauen schwanger, ungeplant und zu einem wenig erwünschten Zeitpunkt von einem nicht für die weitere Lebensplanung relevanten Partner? Wieso kann vorhandenes Wissen nicht umgesetzt werden? Und wie sind Unverträglichkeitserscheinungen der verschiedenen Methoden, die nicht physiologisch erklärbar sind, zu verstehen?

Planendes Verhalten im reproduktiven sexuellen Bereich bedeutet, individuelle Aktionen und Reaktionen der Realität anzupassen. Bestimmte Abstraktionen der psychoanalytischen Theorie, die Ich-Funktionen, beziehen sich auf diese Anpassungsfähigkeit und erklären ihre Komponenten. Die dafür relevanten Ich-Funktionen sind die Realitätsprüfung, die Urteilsfähigkeit, der Realitätssinn, die Regulierung von Trieben, Affekten und Impulsen, die Objektbeziehung und Abwehrmechanismen. Für den „Kontrazeptionsalltag“ bedeutet dies, jemand kann beunruhigt sein, wenn er nicht alles unter Kontrolle hat. Das Kontrollbedürfnis kann zu einer Ablehnung einer effektiven Methode führen.

► **Zur Urteilsfähigkeit:**

Die Angemessenheit eines Verhaltens in einer bestimmten Situation spielt hier eine große Rolle. Die Anwendung einer kontrazeptiven Methode kann unterbleiben, weil jemand der Meinung sein kann, daß es in einer bestimmten Situation sicher nicht zu einem Koitus kommen kann, obwohl alle Bedingungen dafür sprechen. Die Möglichkeit einer Erregung wird verleugnet.

► **Zum Realitätssinn:**

Statussuche, Bestätigung der eigenen sexuellen Attraktivität kann ein vorübergehendes Hilfsmittel sein, um ein schwankendes Selbstwertgefühl – wenn auch nur vorübergehend – zu stabilisieren. Diese Bestätigung kann so wichtig sein, daß kontrazeptives Verhalten hier untergeordnet wird. Die Grenzen können so unsicher sein, daß es vorkommen kann, daß die eigenen Motive von den Motiven des anderen schlecht zu unterscheiden sind.

► **Zur Regulierung und Kontrolle von Trieben, Affekten und Impulsen:**

Starke Irritierbarkeit oder Frustration, eine Verleugnung von Möglichkeiten lassen rationales Abwägen hinfällig stellen.

► **Zu den Objektbeziehungen:**

Kontrazeptionsprobleme können sich ergeben durch übertriebenes Abhängigkeitsbedürfnis, Wiederholung von früheren Beziehungsmustern – zum Beispiel wird eine belastende Partnerbeziehung um jeden Preis aufrechterhalten. Ein Vehikel in diesem Zusammenhang könnte eine, wenn auch verleugnete, aber doch mitfantasierte Schwangerschaft sein.

Schwangerschaft – so ein große empirische Studie von Goebel & Ortmann (1988) – kann unbewußt dann angestrebt werden, um Trennungängste zu mildern oder eine bereits real erfolgte Trennung in der Fantasie zu kompensieren.

Diese Studie stellte fest, daß in irrational ausweglosen Situationen – also unmittelbar vor oder nach einer Trennung – in einer Beziehung mit einem an sich nicht verfügbaren Partner oder kurz vor einer dramatischen Trennung, Kontrazeptionen entgegen aller rationaler Einsicht nicht angewendet werden.

Unbewußte Verschmelzungswünsche – gerade bei sich deutlich abzeichnenden Lösungen – werden hier zum „Vehikel“, entgegen aller Vernunft zu agieren.

Vor allem Verleugnungstendenzen werden fatal wirksam. Das bedeutet, eine Wirklichkeit wird nicht als solche wahrgenommen.

Sehr deutlich trifft dies vor allem für junge Mädchen in sehr unglücklichen familiären Beziehungen zu.

Ich hoffe, damit ein wenig beleuchtet zu haben, daß die Wahrscheinlichkeit, in eine konfliktbeladene Situation zu gelangen, nicht so gering ist. Das heißt, daß die Vorstellung einer geplanten Zukunft in bezug auf Kinderwunsch und Schwangerschaft unter den eingangs skizzierten optimalen Bedingungen für viele eher einen frommen Wunsch, denn eine Realität darstellt.

Leider mußte ich als Psychologin in einer Frauenklinik viel zu häufig erleben, daß dieses „Ich wünsch' mir ein Kind“ wenig kommuniziert war, mit dem Eintreten der Schwangerschaft als Realität die Beziehung sich als nicht tragfähig erwies oder ein gemeinschaftlich beschlossenes „Wir wünschen uns ein Kind“ kurz nach der Geburt deutlich machte, daß der Wunsch eher einem Augenblick entsprang, der junge Vater dem Druck der Verantwortung und der Erwartungen nicht gewachsen war.

Schwangerschaftsfantasien, Kinderwunsch, Schwangerschaftskonflikt

Die Konfrontation mit folgenden Konstellationen gehört für viele Gynäkologen zum Berufsalltag:

Frauen werden schwanger, obwohl sie sagen, daß sie nicht schwanger werden wollten. Frauen werden nicht schwanger, obwohl sie sich ein Kind wünschen, und dem organisch eigentlich nichts im Wege steht.

Frauen wünschen sich unbedingt ein Kind, erleiden aber während der Schwangerschaft und unter der Geburt massive psychische Krisen, die bis zur inneren Ablehnung und zu psychosomatischen Störungen führen.

Frauen wünschen sich ein Kind; nachdem eine Schwangerschaft eingetreten ist, wird die Schwangerschaft abgelehnt, und es erfolgt ein Schwangerschaftsabbruch. Und Frauen bzw. Männer haben einen Termin für eine Tubenligatur bzw. eine Vasektomie, und kurz vorher tritt eine Schwangerschaft ein. Oder: Frauen sind in einem In-vitro-Fertilisierungsprogramm, endlich kommt es zur Einnistung, eine Schwangerschaft tritt ein. Sie ist Realität, die nun so Angst macht, daß es zu schwersten Störungen kommt oder aber auch – in Extremfällen – zu einem Schwangerschaftsabbruch.

Diese Phänomene, die Alltagspraxis sind, führen uns die grundsätzliche Ambivalenz des Kinderwunsches vor Augen, die keine pathologische Variante, sondern als dem Kinderwunsch immanent zu betrachten ist. Dies ist der Ausdruck der realen Widersprüche in der Ausgestaltung der Frauen- und Mutterrolle ebenso wie der Erwartungen an den Vater, ist aber andererseits auf der intrapsychischen Ebene durch eine Vielzahl unbewußter Determinanten bedingt.

In einer großen Studie ordnen Mittag & Jagenow (1981) den bewußten Kinderwunsch folgenden zehn Motivklassen zu:

- Durch ein Kind habe ich eine Aufgabe, mein Leben bekommt einen Sinn.
- Durch ein Kind kann ich neue Dinge lernen und mich selbst verwirklichen.
- Ich möchte Schwangerschaft und Geburt erleben.
- Durch ein Kind kann ich meine Partnerschaft vervollständigen.
- Ich möchte ein Kind als Liebesobjekt oder Partnerersatz.
- Ich möchte die Entwicklung eines Kindes miterleben.
- Ich liebe Kinder.
- Die Zeit ist reif für ein Kind.
- Ich möchte ein Kind, um die Welt menschlicher zu gestalten.
- Es gibt mir Identität als Frau und Mutter oder ein Pendant für Mann und Vater.

Diese Motive entsprechen unterschiedlichen Reifungsphasen der Persönlichkeitsentwicklung, wie:

- Der Wunsch entsteht aus einer partnerschaftlichen Beziehung, das heißt, die Partner wollen etwas drittes, welches sie als Bereicherung ihrer gemeinsamen Lebensqualität erfahren können. Ihr Wunsch nach einem Kind bedeutet also auch die Überwindung eines nur auf sich selbst oder ausschließlich auf den Partner Bezogens.
- Das Kind ist eine narzißtische Selbsterweiterung, das heißt, es dient überwiegend egoistischen selbstbezogenen Gründen und hat eine bestimmte Funktion. Das Kind als Substitut. Dazu gibt es wieder ein Fülle von möglichen Wunschvorstellungen. Das Kind als Alter ego, als Partnerersatz, als Mutterersatz, als Vaterersatz, als Wiederholung des eigenen Schicksals, als Chance etc.

Die neuen reproduktiven Technologien lassen leider den narzißtischen Aspekt des Kinderwunsches sehr stark in den Vordergrund treten. Wunschvorstellungen und Fantasie zu Kinderwunsch und Schwangerschaft sind eng mit der Lebensgeschichte der Frau – und, weniger untersucht, der des Mannes – d. h., vorrangig mit der eigenen Kindheit verknüpft. Dieser Wunsch kann positive Motive haben, wie, etwas weiterzugeben, Lebensfreude zu teilen, sich in der Liebe zum Partner zu verwirklichen, aber auch Motive, die aus der Depression und Leere kommen: dem Leben einen neuen Sinn zu geben (oft den einzigen), etwas zu erzeugen, das einem ganz gehört, etwas zu haben, das einem ganz nahe ist.

Fast schon trivial, aber leider sehr häufig entspringt der Wunsch dem Motiv, der Beziehung einen Sinn zu geben bzw. als Bindeglied einer sonst zur Trennung verurteilten Beziehung. Besonders tragisch ist dies dann in jenen Fällen, wo es zu einem Verlust der Schwangerschaft kommt, und das Paar erst über die Trauer-Verarbeitung eine Beziehung finden muß.

Biografische Einflüsse zum Kinderwunsch

Wie schon oben erwähnt, sind die biografischen Einflüsse vielfach, denn: „Die Vorstellung eines Kindes mobilisiert nicht nur Gedanken an Elternschaft, sie weckt auch Erinnerungen an das eigene Kindsein. Sich

selbst als mütterlich oder väterlich vorstellen zu können, das heißt also, sich eine Mutter- bzw. Vaterschaft zuzutrauen, bedeutet, die eigenen Kindheitsgefühle von Angst, Wut, Schwäche, Gier, Im-Mittelpunkt-Stehen-Wollen, so weit gelöst zu haben, daß ihre Wiederholung bei einem eigenen Kind nicht gefürchtet, sondern akzeptiert wird“ (Frick-Bruder, 1992, S. 79).

Kinderwunsch und Partnerschaft

Wie kongruent harmonisch bzw. diskongruent stellt sich Kinderwunsch in der Beziehung dar?

Während wir (Wimmer-Puchinger, 1992) noch in einer großen Schwangerschaftsverlaufsstudie an rund 800 Frauen eine deutlich diskongruente Einschätzung ermitteln mußten, d. h., die schwangeren Frauen erlebten sich in der Initiative im Kinderwunsch deutlich aktiver als ihre Partner, und wir uns hier in einer Reihe anderer AutorInnen (Delaisi de Parseval, Fthenakis) gleicher Einschätzung wiederfanden, erzielte die Bamberger Forschungsgruppe in ihrer großen Studie „Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch“ (Schneewind et al., 1992) andere Ergebnisse: Sie fanden keinen statistischen Unterschied zwischen Kinderwunsch von Männern und Frauen in der Partnerschaft.

Allerdings müssen die Ergebnisse unter dem Lichte gesehen werden, daß hier junge Paare gefragt wurden, ob sie einen Kinderwunsch hätten, das heißt, das hypothetische Lebenskonzept „Kinder“ wurde erfragt.

Wir fanden bei der Befragung von bereits schwangeren Frauen folgende Ergebnisse:

Rund ein Drittel beurteilte die Initiative als zu gleichen Teilen, 43% der Schwangeren erlebten sich als überwiegend initiativ und aktiver, und ein Viertel der befragten Frauen erlebten den Mann in diese Richtung hin initiativer. Auf die Bestätigung der Schwangerschaft reagierten 71% der Männer positiv (laut Wahrnehmung der schwangeren Partnerin).

Um Hintergründe von diskongruenten Erlebnissen im Hinblick auf Kinderwunsch deutlicher zu machen, möchte ich ein kurzes Beratungsbeispiel anführen, das die Komplexität der Psychodynamik illustrieren soll:

Eine 32jährige Frau wurde an die Psychosomatik-Ambulanz einer Frauenklinik überwiesen, da sie beim Eintreten einer Schwangerschaft panische Ängste / Abscheu erlebt hätte. Sie übte einen akademischen Beruf aus, die sozialen Rahmenbedingungen waren optimal. Der dazugehörige Ehemann ist 36 Jahre und entstammt einer arabischen Familie. Für ihn war und ist der Kinderwunsch für die Beziehung elementar und äußerst stark.

Schon in den letzten Ehejahren hätte sie große Schuldgefühle gehabt, daß sie ihm dieses versagen wollte. Schon sehr lange wußte sie, daß Gedanken an Empfängnis, Schwangerschaft und Geburt in ihr äußerst widerstrebende, ja negative Gefühle auslösten. Ein Kind im Körper zu haben, erschien ihr wie ein „Schreckgespenst“. Sie konnte Schwangerschaft nur mit äußerst morbiden, defekten Fantasien verbinden. Mögliche Erklärungen könnten in folgenden biografischen Zusammenhängen zu suchen sein:

Sie lebte in sehr enger, symbiotischer Beziehung zu ihrem Vater, der eine chronisch schwere Krankheit hatte und daher das Haus hüten mußte. Die Mutter hingegen war berufstätig, in ihrem Beruf äußerst aktiv und erfolgreich und wurde von beiden als dominant und auch streng erlebt. Für das kleine Mädchen verkörperte daher die Mutter eher ein böses, versagendes Mutter-Imago, die positiven Anteile hingegen waren eher auf den Vater projiziert. Andererseits wurde dieser Vater, da kränklich und schwach, als defekt empfunden.

An dem inneren Konkurrenz- und Unterlegenheitsgefühl gegenüber der Mutter hat sich bis heute nichts geändert. Der Vater ist in der Zwischenzeit verstorben. Auf ihren Ehemann wurden nun in gleicher Weise defekte Anteile übertragen. Er sei schwach, klein, nicht tatkräftig, keine Stütze, könne sie nicht befriedigen. Nicht sehen konnte sie, daß der Ehepartner äußerst erfolgreich im Beruf, gesund, stark und groß war und sie vor allem über die Maßen liebte. Die Aufteilung in das Böse, Schlechte „in mir“ und in den „defekten Vater“ als Erzeuger war eine Gleichung für das Kind, die nicht aufgehen konnte. Sie fantasierte das Kind als Totengerippe, das sich in ihrem Körper ausbreiten würde wie ein böser Geist. Nach Bearbeitung dieser Beziehungsfantasien besuchte sie eine Paartherapie mit einem Paartherapeuten, in der das Ehepaar zum Entschluß kam, ein Kind zu adoptieren. Sechs Monate nach erfolgter Adoption wurde sie schwanger und trug die Schwangerschaft zum Termin mit einem gesunden Jungen aus.

Es sind aber auch andere Gründe für asymmetrische Kinderwunschkonzeptionen denkbar, wie zum Beispiel, daß die mütterlichen Anteile der Frau in der Paarbeziehung ausgelebt werden und in dieser Beziehung daher kein Kind Platz hat. Dennoch ist die Regel eher die, daß Frauen initiativer an Kinderwunsch denken, Männer dies weniger aktiv anstreben. Sehr auffällig ist dies bei Kinderwunsch-Paaren in der Sterilitätssprechstunde. Initiativen zu diversen reproduktiven Techniken gehen in der Regel eher von Frauen aus. Haben beide eine Biografie, die wenig positive väterliche und mütterliche Anteile zur Entfaltung bringen konnte, so kann der gemeinsame sehr starke Kinderwunsch aus der Fantasie kommen, nun alles besser zu machen, kann jedoch in Krisensituationen dazu führen, daß aus dem Traum ein Drama wird. (Da dann jeder Versorgungswünsche an den anderen richtet, und dies mit dem Wohl des Kindes konkurriert. Das sind nicht selten Hintergründe von mißhandelnden Eltern.)

Kinderwunsch von jungen Frauen – Teenager-Mütter

In einer empirischen Untersuchung, (einer der wenigen in Österreich, die zu diesem Thema gemacht wurde), von Nöstlinger (1988), an 50 schwangeren Mädchen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden hatten, und an 50 Mädchen, die das Kind behalten wollten, ergaben sich Motive wie: das Kind als Ersatzmutter, das Kind aus Loyalität zum Bündnispartner im Kampf um Autonomie, um aus einer äußerst unglücklichen Kindheit auszubrechen. Diese Bestrebungen wurden auch in einer Schweizer Studie mit tiefenpsychologisch-orientierten Interviews von Merz (1979) bestätigt. Nöstlinger ermittelte ferner, daß sich die beiden Untersuchungsgruppen in einer geradezu paradoxen und dramatischen Dimension hochsignifikant unterschieden:

Die Gruppe der Teenager-Mütter hatte keinerlei realistische Zukunftsvorstellungen. Der Kinderwunsch stellte die einzige mögliche Flucht-Fantasie dar. Sie hatten keine Realitätsanpassung, kein Vertrauen zu ihren Eltern, sie fühlten sich ausgestoßen aus dem Familienverband, auch war die Streitsituation zwischen den Eltern signifikant bedrohlicher und auch häufiger als in der Gruppe der schwangeren Mädchen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden hatten. Signifikant unterschieden sich die beiden Gruppen auch im Hinblick auf die schlechte Beziehung zu den Vätern. Bei den Kinderwunsch-Teenagern war diese hochsignifikant negativer gelagert. Das Kind fungierte also als fingiertes Geschwister, als Mutterersatz-Objekt und stellte zu 25% in der aktuellen Situation die einzige Lebenssinngabe dar. Nicht selten ist in der Fantasie bei Teenager-Müttern das Kind ein „Geschenk“ an die Mutter, eine Wiedergutmachung für verbotene Sexualität.

Zur Illustration möchte ich einen Abschnitt aus einem Tiefeninterview mit einem 16jährigen Mädchen, das wir im Zusammenhang mit einer Studie über Jugendsexualität durchführten, darstellen (Nöstlinger & Wimmer-Puchinger, 1992):

Der Vater verließ die Familie, als sie 6 Jahre alt war. Heute besteht kein Kontakt mehr. Das mache sie sehr traurig, weil sie in die neue Welt des Vaters (er hat wieder geheiratet) nicht hineinpaßt. Der Vater weiß auch nicht, daß sie ein Kind bekommt. Es wäre sinnlos, ihn zu informieren, denn es würde ihn nicht einmal interessieren. Sie lebt zur Zeit im Heim. Hier lebt sie seit einem halben Jahr (vorher war sie für zwei Wochen in einem Übergangsheim), da sie mit ihrer Mutter großen Streit hatte und nach einem Krach von ihr hinausgeworfen wurde. Die Mutter war mit ihrem Freund nicht einverstanden und hatte mehrmals versucht, sie auseinanderzubringen. Streitereien gab es auch in der Firma, infolge der ganzen Streitereien und des Weggehens von zu Hause ging sie nicht mehr regelmäßig arbeiten, und darauf erfolgte eine Kündigung. Wie sie ins Heim gekommen war, war sie sehr traurig, fühlte sich von der ganzen Familie verlassen und ausgestoßen. In dieser Zeit hatte sie erstmals daran gedacht, wie das wäre, ein Baby zu haben, und hat sich das auch stark gewünscht. Dies wäre ein Neuanfang, und es wäre schön, eine eigene Familie zu haben. Dann haben sich die Ereignisse rasch überschlagen, sie wurde schwanger und entschied, das Baby zu behalten.

Selten ist der Kinderwunsch alleinstehender junger Frauen bewußt gegen den Mann gerichtet; die Asymmetrie verläuft häufiger in die Richtung, daß die Hoffnungen, die an den Partner gesetzt werden, der Realität der Schwangerschaft oft nicht standhalten bzw. der Partner dann die Verantwortung nicht übernehmen will.

Psychische Verarbeitung der Vasektomie und Tubenligatur

Hier soll Kinderwunsch unter dem Aspekt des Nicht-Kinderwunsches, d. h. des Abschließens der Lebensplanung untersucht werden.

In der Regel wird Tubenligatur und Vasektomie überwiegend positiv verarbeitet. Negativ wird sie dann verarbeitet, wenn der Wunsch aus einer Beziehungskrise oder generell fehlender Kontrollmechanismen entspringt. Zahlreiche Studien belegen, daß diese Paare auf eine negative Verhütungskarriere mit vielen ungewollten, ungeplanten Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen zurückblicken. Refertilisierungswünsche kommen laut einer Studie von Goebel bei rund 5% aller sterilisierten Männer wie Frauen vor (Goebel & Ortman, 1988).

Männer, die sich – ohne ein Kind zu haben – einer Vasektomie unterziehen wollen, d. h., bewußt kein Kind erzeugen wollen, haben häufig eine schlechte Beziehung zu ihren Vätern und eine schwankende männliche Identität.

Folgendes Fallbeispiel aus einer Nachuntersuchung nach erfolgter Vasektomie soll die Hintergrundproblematik beleuchten:

Ein 40jähriger nichtverheirateter Politologe, der sich als kognitiv orientiert bezeichnet und aus weltanschaulichen Gründen keine Kinder haben möchte. Seine betont rationale Einstellung steht im deutlichen Gegensatz zu seiner Freundin, die eher emotional orientiert ist. Er hatte keine Kinder.

Der Vorschlag zur Vasektomie geht von seiner Freundin aus. Seine Mutter lebt noch, und er hat ein sehr herzliches Verhältnis zu ihr.

Sein Vater verstarb vor einigen Jahren. In der Zeit zwischen Vasektomie und Nachuntersuchung verstarb seine Mutter. Zu seiner eigenen Überraschung tauchten nun plötzlich Fragen auf, die er für erledigt hielt: Fragen nach dem Sinn des Lebens, dem Weiterleben durch Kinder, der Verlängerung der Generationenkette und des Alleinsterbens. Er selbst war überrascht über die Intensität solcher Gedanken und Gefühle. In der jetzigen Situation würde er den Eingriff nicht noch einmal vornehmen lassen. Auch die Beziehung zu seiner Freundin hat sich deutlich verschlechtert.

Psychische Verarbeitung von In-vitro-Fertilisierung

Die Problematik stellt sich hier für viele Paare so dar, daß der Wunsch überwertig wird, dem alles untergeordnet wird. Das Kind, so Frick-Bruder (1992), „ist idealisiertes Objekt und wird so zum Wunschkind um jeden Preis, für das die Frau jedes Opfer bringt – notfalls bis zur Selbstaufgabe – und für das den Behandelnden kein Aufwand zu groß scheint, wenn auch unter der Prämisse der Abspaltung schwieriger Gefühle, die mit dem Erleben von Grenzen eben verbunden sind“ (S. 79).

Die Erfahrung, spontan miteinander kein Kind zu bekommen, bedeutet eine Kränkung für das weibliche und männliche Selbstgefühl, aber auch für die Beziehung der beiden zueinander. Dieser starke Leistungsdruck, der mit den vielfältigen Kränkungen verbunden ist, erklärt, warum psychisch auffällige ebenso wie psychologisch unauffällige Paare im Laufe einer Behandlung in eine Spirale sich steigernder Bereitschaft zu medizinischen Maßnahmen und weiterführenden Behandlungsschritten hineingeraten, aus der sie sich in der Regel auch dann nicht mehr befreien können, wenn sie deutlich spüren, daß sie von all dem längst genug haben. Hinzu kommt, daß die diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen Folgen für die Beziehung haben. Das sexuelle Zusammensein ist häufig nicht mehr durch das spontane Bedürfnis bestimmt, sondern durch das Ziel der Zeugung. In 10% der Fälle (Stauber, 1986) haben sterile Partner bereits funktionelle Sexualstörungen, bevor sie sich einer Behandlung unterziehen. Im Laufe der Behandlung reagieren rund ein Drittel mit funktionellen Sexualstörungen. Die Situation des Mannes erinnert häufig an das Bild eines Überwältigten, ebenfalls Ausgelieferten. Frick-Bruder (1992) schildert die Fantasie eines Mannes, dessen Frau sich einer In-vitro-Fertilisierung unterzog: „Er phantasiert das Bild einer Hexe: am Wochenende werde er gemästet, müsse sich schonen, dürfe nicht ausgehen, er müsse sozusagen seine Finger durch die Käfigstäbe stecken, um zu zeigen, ob er schon fett genug sei, um von ihr verschlungen zu werden.“

Dem entsprach ihr Bild von ihm als passiven, indifferenten Partner, der sie – höchst aktiv – am ausgestreckten Arm verhungern lasse“ (S. 81).

Abschließend möchte ich ein aktuelles Problem anschnitten, das einerseits das Dilemma der elterlichen Wünsche verständlich und nachvollziehbarer macht, andererseits die kindliche Perspektive aufzeigt.

Kinderwunsch bei HIV-positiven Frauen oder Männern

Das von Mittag ermittelte Motiv „Ich will es (noch) erleben“ steht hier im Vordergrund, das heißt, der Kinderwunsch entspringt dem Motiv einer letzten Sinngebung, einer Aufgabenstellung und, nicht selten damit verbunden, einer allmächtigen Fantasie, daß sich das Schicksal vielleicht dadurch noch umstimmen lassen könne.

Das Kind symbolisiert hier dramatisch, was in jedem Kinderwunsch auch, allerdings zu einem geringeren Teil, unter anderen Perspektiven enthalten ist: Sinngebung und Hoffnung: „Kinder sind unsere Zukunft.“

Geringer jedoch ist in diesem Zusammenhang der Blickwinkel erfahrbar: „Kinder brauchen Zukunft!“

Mein Bemühen war es, die Spannbreite der inneren und äußeren Einflußfaktoren auf den Kinderwunsch aufzuzeigen, von eher rationalen Vorhaben bis zur Stunde Null der Familienwerdung bzw. Vergrößerung.

Nicht allen ist das Glück gegeben, positive Entwicklungschancen – als Basis einer reifen verantwortungsübernehmenden Elternschaft und stabilen Partnerbeziehung und Liebesfähigkeit – vorgefunden zu haben.

Kinder werden aus unterschiedlichsten Motiven und Bestrebungen gewünscht, gezeugt, empfangen. Kinder brauchen Liebe, nicht wenige Eltern brauchen dazu jedoch Unterstützung und Entlastung!

Familienforschung sollte sich immer der Frage annähern, wo es gefährlich zuungunsten beider Beteiligten kippen kann, um Verständnis für die Komplexität unserer emotionalen Welt zu verbreiten!

Literatur

Ariès, Ph. (1979): *Geschichte der Kindheit*. München: dtv.

Delaisi de Parseval, G. & Janaud, A. (1986): *Ein Kind um jeden Preis – Ethik und Technik der künstlichen Zeugung*. Weinheim – Basel: Beltz.

Frick-Bruder, V. (1992): *Das Erleben von Macht und Ohnmacht im Zusammenhang mit Kinderwunsch*. In: Wimmer-Puchinger, B.: *Schwangerschaft als Krise*, S. 76. Berlin – Heidelberg – New York: Springer.

Fthenakis, W. E. (1988): *Väter. Band 1: Zur Psychologie der Vater-Kind-Beziehung*. München: dtv.

Goebel, P. & Ortmann, K. (1988): *Zur Verarbeitung der Vasektomie – Ergebnisse einer ersten Nachuntersuchung*. In: Brähler, E. & Meyer, A. (Hrsg.) *Partnerschaft, Sexualität und Fruchtbarkeit*, S. 152. Berlin – Heidelberg – New York: Springer.

Merz, M. (1979): *Unerwünschte Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch in der Adoleszenz: Eine psychoanalytische Untersuchung*. Bern: Hans Huber.

Mittag, O. & Jagenow, A. (1981): *Überlegungen zu einem integrativen Konzept der Schwangerschaftsberatung*. In: Fiedler, Franke, Howe, Kury, Möller (Hrsg.) *Herausforderungen und Grenzen der Klinischen Psychologie*, S. 266-272. Trier: dgvt.

Nöstlinger, Ch. (1988): *Schwangerschaft in der Adoleszenz. Eine Vergleichsstudie über Interruptio und Geburt*. Diss. Univ. Wien.

Nöstlinger, Ch. & Wimmer-Puchinger, B. (1992): *Geschützte Liebe, Jugendsexualität und AIDS*. Wien: Dachsverlag.

- Schneewind, K. A., Vaskovics, L. A., Backmund, V., Buba, H., Schneider, N., Sierwald, W., Rost, H. & Vierzigmann, G. (1992): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Band 9. Stuttgart: Kohlhammer.
- Shorter, E. (1977): Die Geburt der modernen Familie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Shorter, E. (1984): Der weibliche Körper als Schicksal. Zur Sozialgeschichte der Frau. München: Piper.
- Stauber, M. (1986): Die Bedeutung der Sexualität in der Beziehung steriler Paare. In: Gynäkologie (19-22)
- Wimmer-Puchinger, B. (1992): Schwangerschaft als Krise – Psychosoziale Bedingungen von Schwangerschaftskomplikationen. Berlin – Heidelberg – New York: Springer.

*Arbeitskreis 1:**Wertevermittlung in und durch die Familie***Zusammenfassung**

OLAF KAPELLA

Eine Zusammenfassung der Diskussionsthemen im Anschluß an die gehaltenen Statements:

Einer der Schwerpunkte der anschließenden Diskussion lag auf der Frage nach der Familie und ihrer Bedeutung für die Wertevermittlung. Einerseits wurde die Familie als der Ort gesehen, in dem ausschließlich bestimmte Werte noch vermittelt werden können, z. B. Werte wie Solidarität und Teilen. Und auf der anderen Seite wurde die Familie als ein „Auslaufmodell“ bezeichnet, insbesondere die bürgerliche Familie, die zwar als Sehnsucht von vielen Menschen noch genannt wird, aber in der Realität nur noch selten anzutreffen ist.

Der Wunsch nach Familie ist auch bei vielen Jugendlichen vorhanden, jedoch wird nicht vermittelt, wie Familie funktioniert, z. B. wie werden Konflikte ver- bzw. behandelt.

Sozialpolitische Maßnahmen für die Familie können auch so verstanden werden, daß sie in der Gesellschaft ein Bewußtsein schaffen, daß die Familie belastet ist. Viele dieser Maßnahmen sind Angebote zur Unterstützung der Familie und machen somit deutlich, daß die Familie sich in der Krise befindet und sich selbst nicht mehr erhalten kann: „Das System zerstört das, was es erhalten will.“

Auch die ökonomische Sichtweise der Familie wurde angesprochen. Viele Paare überprüfen mittlerweile, bei welcher Variante sie finanziell besser aussteigen – wenn sie verheiratet sind oder wenn nicht.

Im Zusammenhang mit Familie und ihrer Aufgabe der Wertevermittlung wurde die Auffassung von René Spitz diskutiert. Einerseits ist ein einigermaßen intakter Nahraum für eine Wertevermittlung unerlässlich, da Werte durch das Vorleben erlernt werden. Andererseits werden die Thesen von Spitz auch immer wieder als Argument zur Beschuldigung von Müttern verwendet. Inwieweit Spitz noch unreflektiert zitiert werden kann, wurde in Frage gestellt.

Weiters wurde die Frage gestellt, inwieweit der Wert „Gesundheit“ in der Familie Platz hat, auch aus politischen Perspektiven. Und ein weiterer Diskussionsbeitrag war die Aufforderung, das christliche Ehe- und Familienbild nicht als von der Geschichte und dem Hier-Sein abgehoben zu betrachten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Entwicklungsoffenheit des Menschen und die Psychologisierung in unserer Gesellschaft.

Therapie scheint oft die einzige Antwort auf gesellschaftliche Probleme zu sein. Oft werden bestimmte Maßnahmen und Entscheidungen nicht mehr getroffen, da viele Berufsgruppen eine zusätzliche Therapieausbildung haben und ihre eigentliche Aufgabe aufgrund ihres therapeutischen Verständnisses nicht mehr wahrnehmen können.

Der Mensch hat mehr Offenheit in der Entwicklung. Er muß selbst bestimmen, welche Werte für ihn Gültigkeit haben und welche nicht (z. B. kann dies in einer Therapie geschehen).

Die Entwicklungsoffenheit des Menschen bietet immer wieder eine neue Chance, bedarf jedoch auch wieder eines sinnhaften Denkens. Ob die Psychotherapie dazu geeignet ist, ist allerdings fraglich.

Zwei Diskussionsbeiträge eignen sich zum Abschluß des Protokolls.

Einerseits die Frage, ob es eine allgemeine Festlegung auf Werte gibt, und wenn ja, wie diese überhaupt festgelegt werden, ob z. B. für Deutschland und Österreich oder für Westeuropa etc.? Viele Institutionen – wie z. B. die Kirche(n) – haben an Bedeutung verloren. Andererseits scheinen individuelle „Wertbedürfnisse“

(auch ein gesellschaftlicher „Wertbedarf“) vorzuliegen. Diese Frage wurde im Zusammenhang mit dem Aspekt der Migrantenfamilien gestellt, denen man auch Werte vermitteln möchte.

Andererseits hat man bei der Diskussion den Eindruck gewinnen können, daß man so diskutiert, ob alles immer schlechter wird oder nicht. Wird wirklich alles schlechter? Eine Bemerkung dazu war, „eher nicht – Situationen ändern sich, und wir müssen Maßnahmen und Interventionen setzen“.

Hingewiesen wurde auch auf die Notwendigkeit einer systemischen Sicht und Vorgangsweise (z. B. in der Sozialarbeit mit Familien). Wichtiger noch als die Vermittlung von Werten (z. B. des Sozialarbeiters) ist die Fähigkeit, Kommunikationsmuster und -standards zu erfassen und damit konstruktiv umzugehen.

Einerseits wurde in der Diskussion der Wertpluralismus spür- und erkennbar, andererseits kam ein Konsens über eine notwendige „Selbstvergewisserung“ und eine Reflexion über individuelle, familiale und gesellschaftliche Werte zum Ausdruck (gerade hinsichtlich deren Weitergabe bzw. Vermittlung).

Familie, Wertevermittlung, Postmoderne

EWALD H. ENGLERT

Zum Begriff der Postmoderne gibt es keine allgemein verbindliche Definition. Eine solche soll hier auch gar nicht versucht werden. Postmoderne Verhältnisse beziehen sich auf folgendes: In den entwickelten Industriegesellschaften schwindet die Eindeutigkeit des kulturellen Zusammenhangs mit zunehmender Geschwindigkeit. Überdeutlich wird diese Tendenz in ihrem Einwirken auf die Familie. Dazu Hettlage: „Steht die Gesellschaft im Umbruch, dann wird auch die Familie ‘umbrechen’“ (Hettlage 1992, S. 57).

In einschlägigen Theorieentwürfen war freilich längst darauf hingewiesen worden, daß die Mobilität der modernen Gesellschaft nicht ohne Spuren auf die familiären Verhältnisse bleiben könne. In dem bereits 1950 erschienenen Buch „Kindheit und Gesellschaft“ von Erikson sind unzweideutige Hinweise zu lesen. Danach meinte er, „je komplizierter die soziale Realität, desto vager sind die Rollen des Vaters und der Mutter in ihr“ (Erikson 1950, S. 254). Ogburn wies 1954 auf einen nicht mehr aufzuhaltenden Verlust familiärer Funktionen hin (vgl. Ogburn 1954, S. 239f.). Und Moore sprach 1966 davon, daß die neueren kulturellen Entwicklungen die Familie überflüssig machen.

In den 70er Jahren setzte im deutschen Sprachraum die Diskussion um die sogenannten „kulturellen Freisetzungsprozesse“ ein (vgl. Ziehe 1975). Damit zusammenhängend ging es um „die Zerrüttung von Grundwerten“ und unüberhörbar um den „Zerfall der Familie“ (Ziehe 1981, S. 362). Ein zunehmendes Aussteigen aus den „Traditionen des Sexuallebens, der Ehegestaltung, der Familienformen“ (ebd., S. 364) wurde vermutet.

Festzuhalten bleibt: Bis in die 50er Jahre galt die Institution der Familie als etwas Gewachsenes, Geronnenes, das wenig in Frage gestellt wurde. Heute befinden sich die Prioritäten im Umbruch. Alleinerziehende Mütter, Restfamilien, Lebensabschnittspartnerschaften ziehen die Aufmerksamkeit als Lebensform auf sich und erkämpfen sich zunehmend gesellschaftliche Anerkennung. Die postindustriellen Verhältnisse scheinen die Familie tendenziell abkömmlich zu machen, neue Beziehungsformen unter den Menschen zu begünstigen – ganz entsprechend unserer momentanen ökonomischen Entwicklung, wo permanente Aufkündbarkeit und nutzenorientiertes Kalkül die Oberhand gewonnen haben (vgl. dazu Lasch 1995, S. 109). Mit anderen Worten: Diese Entwicklung ist nicht zufällig oder willkürlich, sondern entspricht genau jener Organisation von Arbeit, Rationalisierung und Renditedenken, die in unserer Kultur vorherrscht und inzwischen alle Lebensbereiche – einschließlich der Familie – erfaßt hat. Dieser Zusammenhang kommt bei Thurow wie folgt zum Ausdruck: „Grundlegende Fragen zur Familie als Lebensform sind durch die wirtschaftlichen Realitäten ins Spiel gekommen. Durch die Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Welt lassen sich Markt und Familie immer weniger miteinander vereinbaren“ (Thurow 1996, S. 55).

Aber wo finden die Menschen noch Abstützung, wenn die Familie als Kraftquelle zunehmend nicht mehr in Frage kommt? Welche Instanz ist zuständig für die Wertevermittlung hin zur nachwachsenden Generation? Daß hier einschlägiger Bedarf vorliegt, zeigt das Aufkommen von Lebensberatungsstellen, sozialpädagogischen Einrichtungen, Psychotherapieangeboten.

Da die Familie wegen ihrer galoppierenden Auszehrung immer weniger in der Lage ist, identitätsbildend oder wertevermittelnd zu wirken, mußten in der Gesellschaft neue, vorwiegend halbinstitutionelle Einrichtungen hervorgebracht werden, die diese Aufgaben – entsprechend den geänderten kulturellen Rahmenbedingungen – weiterführten oder wahrnahmen und je nach Bedarf die betroffenen Menschen unterstützend begleiteten. Es entstand seit den 60er Jahren ein neuer, wie gesagt „halbinstitutioneller“ Bereich, genannt Lebensberatung, Partnerschaftstraining, Erziehungsberatung, Krisenintervention. Was die alten Primärinstitutionen – also Familie oder auch Kirche und Schule – nicht mehr zu leisten vermögen, wird nun unter psychologistische Verwaltung genommen.

Wie schon erwähnt, ist die Bedeutung der Familie zurückgegangen. Das heißt, wenn eine Familie in Turbulenzen gerät, ist sie heute in aller Regel weder psychisch noch finanziell in der Lage, dieses Problem in eigener Regie zu lösen. Daraus läßt sich ableiten, daß wir Beratungsstellen nötig haben, daß wir der Anlaufstellen auf dem Psychomarkt bedürfen, wo also den Menschen – in welchem Alter auch immer – Anpassungshilfe an jene Verhältnisse angeboten wird, in denen sie funktionieren müssen. Das sei jetzt mal ganz unkritisch vermerkt.

Folgendes ist historisch neu: Wenn die klassischen Agenturen – wie z. B. Familie, Religion oder Schule, die in der bürgerlichen Gesellschaft die Alltagsprobleme des Menschen, mehr oder minder repressiv, gelöst haben – in ihrer sozialisierenden Wirkung nachlassen, muß ein entsprechender Einfluß von nun neu aufkommenden Hilfsinstitutionen zunehmen. Und es sind somit in einem erweiterten Sinn Psychotherapie oder der sogenannte Psychomarkt heutzutage die neuen, psychosozialen Agenturen für Wertevermittlung, die an die vakant gewordenen Stellen gerückt sind – ob wir das wollen oder nicht.

Literatur

- Erikson, Erik H. (1950): *Kindheit und Gesellschaft*, Stuttgart (4. Auflage 1971).
- Hettlage, Robert (1992): *Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch*, München.
- Lasch, Christopher (1995): *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*, Hamburg.
- Moore, Barrington (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, 2. Auflage, Boston.
- Ogburn, William F. (1954 / deutsch 1969): *Die Ursachen für die Veränderung der Familie*. In: Ders. (Hrsg.): *Kultur und sozialer Wandel*. Neuwied/Berlin, S. 238-252.
- Thurow, Lester C. (1996): *Die Zukunft des Kapitalismus*, Düsseldorf-München.
- Ziehe, Thomas (1975): *Pubertät und Narzißmus*. Frankfurt/M.
- Ziehe, Thomas (1981): *Narzißmus und Verletzlichkeit*. In: *Psychoanalyse*, 2. Jg., Heft 4, S. 356-384.

Familie ist der wichtigste Ort der kreativen Wertevermittlung

BERNHARD MUCHA

- 1) Im neuen Lexikon der christlichen Moral wird dargestellt, daß Werte bestimmte menschliche Haltungen, Tugenden, Überzeugungen und Verpflichtungen sind, denen sich der Mensch unterwirft. In jedem menschlichen Gemeinschaftsgebilde sind solche Werte zu finden, die der Mensch in der Regel vorfindet und sich dann mehr oder weniger kritisch aneignet.
- 2) Methodisch ist es möglich, Werte in folgenden Weisen zu vermitteln:
 - a) eine durchaus gängige Methode besteht darin, durch lange theoretische Abhandlungen die Bedeutung verschiedener Werte herauszustreichen;
 - b) damit verbunden, oder auch unabhängig davon, hat man auch lange Zeit geglaubt, Werte durch Gebote oder Verbote einfordern zu können – die jeweilige Beachtung konnte dann belohnt, die jeweilige Mißachtung, je nach Schwere, bestraft werden;
 - c) die dritte und sicherlich effektivste Methode besteht darin, daß Werte durch sympathische Begegnung, durch das Erlebnis vermittelt werden. Die unmittelbare Berührung, die Wert zum Erlebnis macht, führt dazu, daß Werte als Werte angenommen werden können. Sie werden dann als wertvoll, als kostbar („köstlich“), als erstrebenswert empfunden.

Zum Beispiel wird den Wert, in einer Gesellschaft zu leben und in ihr Verantwortung zu tragen, jemand dann als erstrebenswert erleben, wenn er Gemeinschaft kennt, sympathische Verantwortliche und selbst gelegentlich zur Verantwortung herausgefordert wird. Also nicht die Moralpredigt, daß man verantwortlicher leben soll, sondern die Möglichkeit, konkret verantwortlich handeln zu können, wird den Wert „Verantwortung“ fördern. Die Familie ist meines Erachtens normalerweise der beste Ort der ständigen Einübung menschlicher und sozialer Werte.

- 3) Eine nicht vollständige Auflistung solcher Werte:
Die wohl von den meisten gesehenen Werte sind Liebe, Treue und gegenseitige Verantwortung. Hinzu kommt, daß im Zeitalter des zerbrechenden Generationenvertrages in der Familie ein positives Zueinander der Generationen eingeübt werden kann. Das Miteinander der Geschlechter Mann-Frau scheint ebenfalls in der Familie als Herausforderung auf der Tagesordnung. In unserer multi-kulturellen Gesellschaft, die eine immer enger zueinanderrückende Menschheit erlebt, ist es wichtig, den Anders-Seienden annehmen zu können. Konflikte sind wichtig für das Gemeinschaftsleben und das Aufeinander-Zugehen in Kompromissen, und Versöhnung findet ebenfalls einen guten „Studienort“ in der Familie. Besonders größere Familien, aber auch Ehepartner, Eltern von reifenden Kindern lernen auch, daß Selbstbeherrschung und Verzicht nicht Bedrohung, sondern Vertiefung der Lebensfreude mit sich bringen. Schließlich wird man mit eigenen Schwächen und den Schwächen der anderen konfrontiert, und man kann so inmitten einer „perfekt funktionierenden“ Maschinenwelt lernen, daß ein Mensch nicht vollkommen sein muß.
- 4) Nicht nur die Erfahrung, sondern auch das christliche Menschenbild zeigt, daß die Familie niemals auf ideale Weise schaffen kann. Die Realität besteht wohl darin, daß in der Familie, wie in jedem menschlichen Gemeinschaftsgebilde, verschiedene Defizite bleiben. Wegen der Intimität familiären Lebens wirken sich die Schwachpunkte gelegentlich sogar verstärkt aus. Von manchen wird diese Schwäche zum Anlaß genommen, die Familie als „Auslaufmodell“ zu betrachten, obwohl alle anderen Modelle bisher im großen und ganzen bewiesen haben, daß sie die Familie nicht ersetzen können.

- 5) Vielmehr ist eine Stützung der Familie erforderlich, daß sie noch mehr dieser Ort des Lernens und Lebens der Werte werden kann. Dabei darf nicht unterschätzt werden, daß auch die Kontingenzerfahrung, also die Erfahrung, daß auch die Familie ihre Schwachpunkte aufweist und nicht allem, wonach man sich sehnt, gerecht werden kann, einen spezifischen Wert darstellt. Dabei stellt die materielle Stützung der Familie einen wichtigen, wenn auch nicht den wichtigsten Beitrag dar. Die Gesellschaft kann der Familie sowieso niemals materiell ersetzen, was sie für die Gesellschaft leistet. Noch bedeutender ist die Begleitung der Ehepaare und der Familien im Sinne einer Familien-Weiterbildung, wie sie von vielen katholischen Organisationen bereits angeboten wird, wie z. B. vom Katholischen Familienwerk, Marriage Encounter, Gesellschaft für Familienorientierung und den beiden Initiativen der Schönstattbewegung Akademie für Familienpädagogik, Schönstatt am Kahlenberg und dem Schönstätter Familienbildungswerk. Dabei erscheint es besonders bedeutsam, daß die Familien in ihren originellen Fähigkeiten gefördert werden. Sie sollen Ermunterung bekommen, nicht so sein zu müssen wie andere Familien, sondern eine ganz individuelle „Familienkultur“ zu entwickeln.

Ein Beispiel: Eine Familie, die sehr Streitbar ist, wo manchmal „die Fetzen fliegen“, beobachtete des öfteren, daß andere Familien in Konfliktsituationen zu ihnen kommen, um sich bei ihnen wohlfühlen und gelegentlich auszusprechen. Nach einiger Zeit entdecken sie, daß sie wegen ihrer eigenen „Streitkultur“ glaubwürdig auf Menschen in Konfliktsituationen wirken, und sie gaben ihrem Familienleben den Namen „Haus der Versöhnung“. Sie lernten, daß Streiten und Versöhnen zu ihrem Leben dazugehört, und daß sie gerade darin eine große Aufgabe für andere haben. Sie brauchten sich nicht mehr an scheinbar „besseren“ Ehen messen, sie merkten, daß sie in ihrer Originalität einfach gut sind.

Wertevermittlung in und durch die Familien

S. FRIEDLMAYER, E. REZNICEK, G. STRUNK

Ich möchte den ersten Abschnitt meines Beitrags nicht mit einem philosophischen Diskurs zum Thema „Wertevermittlung in und durch Familien“ einführen, sondern Sie auf eine Forschungsarbeit einstimmen, die in ihrem vollen Umfang „Sozialisationschancen und Betreuungsstrukturen“ heißen wird. Welchen Bezug hat nun ein Forschungsprojekt mit dem Thema „Langzeitbetreuungen im Bereich der Jugendwohlfahrt“, das sich von der Forschungsmethodik her dem postmodernen Paradigma verschrieben hat, zum Thema dieses Workshops oder zumindestens zur ersten Hälfte des Titels dieses Workshops?

Ich möchte Sie einladen, in Anlehnung an Foucault, die Arbeit von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, Pädagogen und Pädagoginnen, von Psychologen und Psychologinnen als einen ausgelagerten Teil des staatlichen Rechtssystems zu sehen. Resozialisierungsstrafen, Therapien als Urteil etc. sind Anteile des staatlichen Macht- und Normierungssystems und vermitteln damit so etwas wie allgemeingültige Werte und Normen. Im Regelfall zielen sie weniger auf Kompensation vergangener Abweichungen, sondern auf die Vermeidung zukünftiger Abweichungen von den gängigen Normen. Implizit steckt in diesen Annahmen auch der Glaube an Evolution und Fortschritt im Sinne von Erziehbarkeit und Formbarkeit von Menschen, wenn ausreichende, individuelle Diagnostik und Kategorisierung entsprechendes Fachwissen liefern. Denn ein solches Wissen und solche detaillierte Kenntnisse über die individuelle Person sind die Voraussetzung, daß ein Programm erstellt werden kann, wie jemand für die Zukunft geformt werden sollte. Solche Kategorisierungen und Einteilungsschemata sind zum Beispiel gut / böse, krank / gesund etc. Um solche Unterscheidungen treffen zu können, muß davon ausgegangen werden, daß hinter individuellem menschlichen Verhalten etwas Allgemeingültiges besteht, zum Beispiel eine Ethik, die eine Moral bedingt, oder eine Normalität, die eine Anormalität im Sinne von krank oder krankhaft definiert.

Dieser dem Paradigma der Moderne verpflichtete Ansatz macht es letzten Endes erst möglich, daß Werte und Normierungen von außen an Individuen oder Gruppen von Personen, wie das zum Beispiel Familien sind, herangetragen werden.

Gesetze wie das Jugendwohlfahrtsgesetz sollen den Rahmen bilden, in dem Erziehungsnormen oder die Wertschätzung von Kindern an sich definiert werden. Deren Umsetzung in Hilfsangebote erfüllt daher zugleich auch Kontroll- und Normierungsaufgaben, die nicht nur deswegen oft scheitern, weil sie unter dem Mäntelchen der Hilfe segeln, sondern auch, weil die Prognostizierbarkeit von Gefährdung, Mißhandlung, Mißbrauch und ihre erzieherische oder manipulative Beeinflussung in der Praxis meist nicht möglich ist.

Der im letzten Jahrzehnt in einigen Psychotherapierichtungen favorisierte (radikale) Konstruktivismus kann zwar die Nicht-Beeinflußbarkeit gut beschreiben, doch wird ihm zynischer Relativismus und „Gleichgültigkeit“ und damit Untauglichkeit in ethischen Fragen unterstellt, womit sich die Frage stellt, wie geeignet dieser Ansatz als Konzept für den Wohlfahrtsbereich ist.

Andererseits impliziert die Annahme der nicht direkten Beeinflußbarkeit von Menschen eine neue Form von Respekt gegenüber der Autonomie von Personen, womit sich nun auf einer ganz anderen Ebene wieder die Frage nach Entstehung von Normen und Werten stellt, nämlich die Entstehung einer Handlungsethik in sozialen Hilfssystemen. Was ist nun das praktische Grundproblem des Handelns im Bereich sozialer Arbeit?

„Immer noch sind wir dem naturwissenschaftlichen Erkenntnismodell des 19. Jahrhunderts verhaftet, wonach einfache Zusammenhänge durch einfache Gesetzmäßigkeiten zu erklären sind. Die im Maschinenmodell steckende ‚Wenn-Dann-Logik‘ und ‚Um-Zu-Mechanik‘ sind so schwer zu durchbrechen, weil sie in vielen Feldern höchst erfolgreich waren und sind.“

Abbildung 1:
Soziales System als Mobile

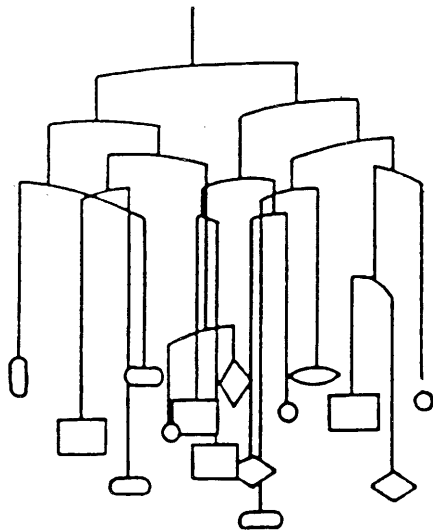
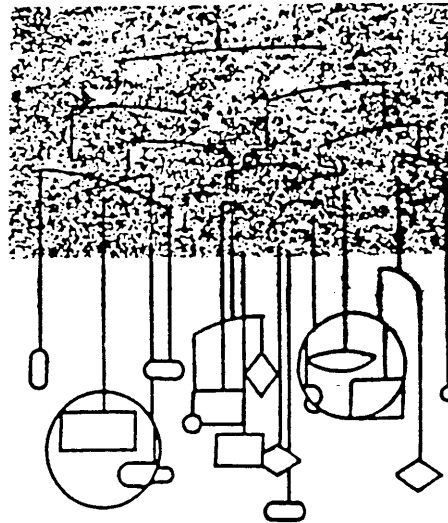


Abbildung 2:
Soziales System als komplexes Mobile



Berater (ebenso wie Manager) müssen zur Kenntnis nehmen, daß es sich bei Personen und Organisationen um nicht-triviale Systeme handelt, die nicht einfach von außen umgepolt, verändert oder umstrukturiert werden können (es sei denn, um den Preis ihrer Identität und Autonomie).

Wir sind gewohnt, unsere Aktionen auf Personen auszurichten. Mängel und Fehler sind immer Mängel und Fehler von Personen. Daher werden Verbesserungen, Veränderungen oder Innovationen an der Verbesserung oder Veränderung von Personen angesetzt. Sieht man dagegen Kommunikationen – und darauf fußend dann Entscheidungen – als zentrale Elemente jeder Organisation (z. B. Familien) an, dann muß jede Veränderung des Systems aus einer Veränderung der das System konstituierenden Kommunikationsmuster, -regeln und Semantiken folgen. Es wird dann unumgänglich, durch die Personen hindurch zu sehen auf die sich hinter ihnen verbergenden Kommunikationsstrukturen und -regeln.“

Was muß nun im Umgang mit komplexen, nicht-trivialen Systemen beachtet werden?

Komplexe, nicht-triviale dynamische Systeme

In der Auseinandersetzung mit bio-psycho-sozialen Systemen, also mit Menschen und ihren Interaktionen, sind bestimmte Merkmale, nämlich „*Dynamik*“, „*Komplexität*“ und „*Organisation*“ unbedingt miteinzubeziehen (Schiepek & Strunk 1994).

Dynamik heißt, daß alle Phänomene prozeßhaft, also zeitabhängig sind, isolierte Momentaufnahmen demnach Informationsverlust bedeuten.

Komplexität soll ausdrücken, daß hier eine Vielfalt von Bedingungen scheinbar eine Vorhersagbarkeit der Prozesse unmöglich macht, was offensichtlich einen Gegensatz zum Prinzip der Organisation darstellt.

Organisation schließlich meint, daß klinische und/oder psychologische Phänomene in ihren zeitlichen Verläufen sinnhafte Strukturen bzw. Muster aufweisen. Diese Strukturbildungen sind nicht zu verwechseln mit statischen Systemstrukturen.

Trotz dieses Widerspruchs zwischen Komplexität und Organisation tritt das eigentlich unwahrscheinliche Phänomen von „organisierter Komplexität“ (Willke 1989) nahezu überall im Bereich sozialer Systeme auf. Zum Beispiel gibt es im Leben eines Menschen unüberschaubare Komplexität, oft in Form von überraschenden Wendungen, die sich in seiner Biografie rückblickend aber als sinnvoll und wohlgeordnet darstellen. Denn Menschen sind offensichtlich dazu in der Lage und auch gezwungen, trotz unendlich vieler innerer und äußerer Einflußfaktoren ihr Leben und Zusammenleben in Form von „geordneten“ Strukturen zu organisieren.

Wir haben nun versucht, den empirischen Nachweis dieser drei Charakteristika in unserer Studie zu erbringen, weil wir davon ausgehen, daß ein solcher Nachweis wesentliche Folgen für das professionelle Handeln nach sich zieht.

Beschreibung der Studie

Als Untersuchungsgrundlage dienen in der vorliegenden Studie die von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen der Jugendwohlfahrtsbehörde in Wien geführten Dokumentationen (Akten) über jahrelang betreute Familien. Es interessieren uns sowohl die dynamischen Aspekte, als auch die Beschreibungen, die im Laufe der institutionellen Betreuung von Familien im Kontext der Jugendwohlfahrtseinrichtungen und deren Dokumentationssystemen existieren.

Wir sehen uns somit vor der einmaligen Gelegenheit, die über Jahre hinweg dokumentierten Betreuungsfälle anhand von Aktenaufzeichnungen der betreuenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu analysieren. Das besondere daran ist zum einen, daß es sich um „Längsschnittdaten“ handelt (die Aufzeichnungen erstrecken sich von der Geburt eines Kindes mindestens bis zu seinem sechzehnten Lebensjahr), und zum anderen, daß diese Daten sind, „wie das Leben sie schrieb“, und nicht für Forschungszwecke experimentell konstruiert.

Im ersten Schritt sollen die statischen Beschreibungen der speziellen Konstellationen wiedergegeben werden. Im zweiten Schritt wird der Versuch unternommen, den dynamischen Aspekt des „Interaktionssystems Betreuungsfall“ zu erfassen. Beides soll letzten Endes Beschreibungen von Prozessen sowie von Grenzen und Möglichkeiten von Interventionen liefern.

Abgesehen von dem Ziel, verschiedene Darstellungs- und Auswertungsmethoden zu erproben, wollten wir folgende Fragen einer Beantwortung näher bringen:

1. *Wie lassen sich Jugendamtsbetreuungsfälle (als Beispiel für soziale Systeme) als dynamische Verläufe im Sinne von Prozessen über die Zeit abbilden?*
2. *Können bei Beobachtung über die Zeit in diesen Systemen Strukturbildungen wie*
 - a) *Interaktionsstrukturen sowie*
 - b) *dynamische Muster identifiziert werden?*

Um die detaillierten schriftlichen Aufzeichnungen einer solchen Untersuchung zugänglich zu machen, haben wir uns entschlossen, im Sinne Willkes uns ausschließlich mit den Kommunikationen auseinanderzusetzen und die Information auf die Frage, wer wen wann kontaktiert hat, zu reduzieren.

Codierung

Um die Datenbasis aus dem Dokumentationsmaterial zu schaffen, wurden die Aufzeichnungen erstens in Zeittakte zerlegt. Jeweils zehn Tage im Leben der betreuten Familie wurden zu einem Zeittakt zusammengefaßt, das ergibt pro Jahr 36 Zeittakte, und somit bei einem Dokumentationszeitraum von z. B. sechzehn Lebensjahren eine Datenreihe mit 576 Zeittakten.

Zweitens wurde mittels eines Zahlenschlüssels zu jedem Zeittakt zugeordnet, wer mit wem kommunizierte. Daraus ergaben sich die Rohdatenreihen wie z. B. folgende:¹

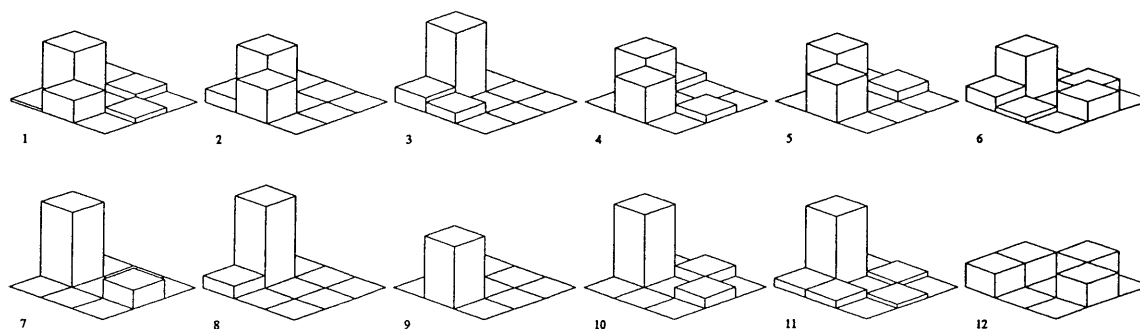
Abbildung 3: Rohdatenreihe

Zeittakt	Sender	Empfänger
1	9	1
1	9	2
1	9	7
1	9	4
2	0	0
3	1	9
3	7	9
4	9	15
etc.		

Das bedeutet, im Zeittakt 1 (z. B. vom 11. bis 20. Oktober 1978) kontaktierte die Sozialarbeiterin (9) die Mutter (1), den Vater (2), die Lebensgefährtin des Vaters (7) und Geschwister (4) des betreffenden Kindes. Im Zeittakt 2 (21. bis 31. Oktober 1978) passierte nichts. Im Zeittakt 3 (1. bis 10. November 1978) wandten sich Mutter (1) und Lebensgefährtin (7) an die Sozialarbeiterin (9). Im Zeittakt 4 (11. bis 20. November 1978) wandte sich die Sozialarbeiterin (9) an den Kindergarten (15) etc.

Die so erstellten Rohwertdateien wurden mit Hilfe eines Auswertungsprogrammes², das auf Bildung von Matrizen basiert, in Zeitreihen umgewandelt und analysiert.

Abbildung 4: Grafische Darstellung der Kommunikationsmatrizenreihen



Es ergeben sich Maße für die „Rezeptivität“ und die „Initiative“ der einzelnen Systemelemente (handelnde Personen), die eine Beschreibung der statischen Systemstruktur ermöglichen.

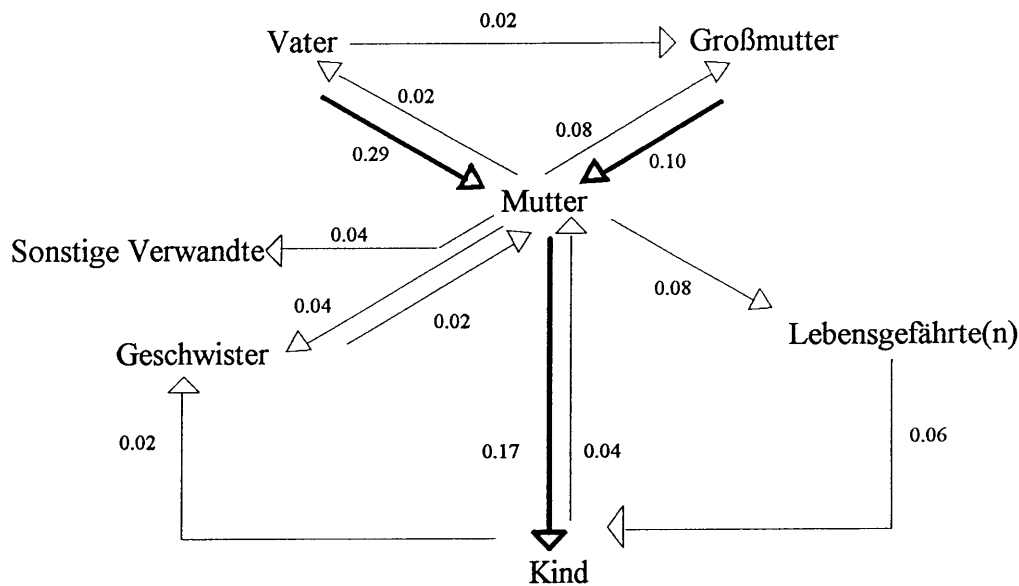
Ein Beispiel:

Einheit 1	Mutter	Involviertheit 0.89	Initiative 0.43	Rezeptivität 0.46
Einheit 2	Vater	Involviertheit 0.33	Initiative 0.31	Rezeptivität 0.02
Einheit 3	Kind	Involviertheit 0.29	Initiative 0.06	Rezeptivität 0.23
Einheit 4	Geschwister	Involviertheit 0.08	Initiative 0.02	Rezeptivität 0.06
Einheit 5	Großmutter	Involviertheit 0.20	Initiative 0.10	Rezeptivität 0.10
Einheit 6	Sonstige Verwandte	Involviertheit 0.04	Initiative 0.00	Rezeptivität 0.04
Einheit 7	Lebensgefährtin	Involviertheit 0.14	Initiative 0.06	Rezeptivität 0.08

1 Dieses Beispiel ist fiktiv und stellt keine der aktuell erhobenen Zeitreihen dar.

2 Das Programm wurde von Dipl.-Psych. Guido Strunk an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster entwickelt.

Abbildung 5: Darstellung der Kommunikationsstruktur eines Familiensystems



Dynamische Entwicklungen und Ordnungsmuster

Nun interessiert uns vor allem das Zusammenwirken von Klienten- und Helfersystemen über den gesamten zeitlichen Verlauf. Zu diesem Zweck wurden mit dem Matrixauswertungsprogramm Kommunikationsmatrizen für jeden Zeittakt erstellt. Im weiteren wurden jeweils vier Zeittakte zusammengefaßt, um zu viele Matrizen mit null Kommunikationen zu vermeiden, da die Aufzeichnungen nicht immer so dicht sind.

Die beteiligten Systemelemente wurden in drei Gruppen zusammengefaßt, eine Gruppe bildet das Familiensystem, eine Gruppe die fallführende Sozialarbeiterin und eine Gruppe das restliche Helfersystem.

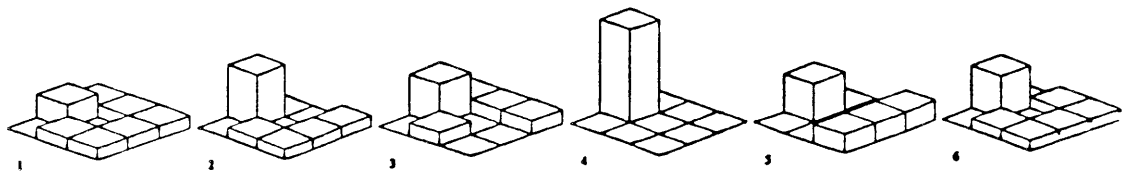
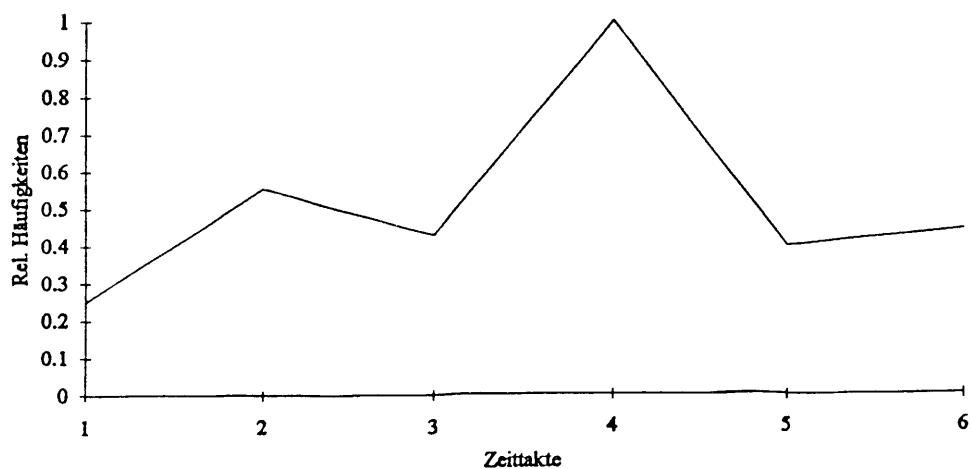
So entstanden Reihen von Drei-mal-drei-Kommunikationsmatrizen, die die Kommunikationsverläufe zwischen den drei Gruppen abbilden.

Um nun Muster erkennbar zu machen, wurden mit den die Matrizen bildenden Daten Faktorenanalysen über die Zeit gerechnet (sog. P-Faktorenanalyse nach Cattell). Das bedeutet, daß alle Zeittakte, die dieselben oder sehr ähnliche Interaktionsmuster abbilden, zu einem Faktor zusammengefaßt werden.

Es konnten für alle Datenreihen relativ einfache Faktorenstrukturen ermittelt werden (bis zu sieben Faktoren), die Grundstrukturen der Kommunikationen abbilden. Das bedeutet, daß die Grundcharakteristik der Kommunikationen durch höchstens sieben Muster beschreibbar ist.

Dies ist ein höchst erstaunliches Ergebnis, wenn man überlegt, daß diese Faktoren in über hundert verschiedenen Zeittakten hauptsächlich nur bis zu sieben verschiedene Kommunikationsmuster identifizieren. Es könnten bei einer Drei-mal-drei-Matrix nämlich, sofern vereinfachend von nur zwei Zuständen für jede der neun Zellen ausgegangen wird (Kommunikation vorhanden oder nicht), bereits $2^9 = 512$ verschiedene Matrix-Typen (= Kommunikationsmuster) auftreten. Das heißt, alle Zeittakte könnten verschieden sein. Dem ist aber nicht so. Vielmehr lassen sich, wie schon gesagt, maximal sieben verschiedene Matrix-Typen und somit Hauptkommunikationsmuster finden. Das bedeutet, was hier abläuft, ist hochgeordnet oder, anders ausgedrückt, über einen langen Zeitraum betrachtet im Prinzip immer wieder dasselbe (wenn auch in unterschiedlicher Intensität).

Die folgende Abbildung zeigt anhand eines konstruierten Beispiels, wie Kommunikationsmatrizen aussehen können, die einen Faktor bilden. Hier sieht man die höchste Ausprägung in der mittleren Zelle der obersten Reihe, die die Kommunikationen der Familie in Richtung Sozialarbeiterin repräsentiert. Es handelt sich hier nur um sechs Zeitpunkte zur Veranschaulichung. In den realen Zeitreihen gibt die Faktorenanalyse alle Zeitpunkte (Kommunikationsmatrizen), die einander ähnlich sind, an und faßt sie zu Faktoren zusammen, die als Kurve je nach ihrer Ausprägungsstärke darstellbar sind.

Abbildung 6: Kommunikationsmatrizen, die einen Faktor bilden**Faktor "Familie wendet sich an Sozialarbeiterin"****Ein Beispiel**

Bei dem hier betrachteten Betreuungsfall wurden vier Faktoren herausgefunden.

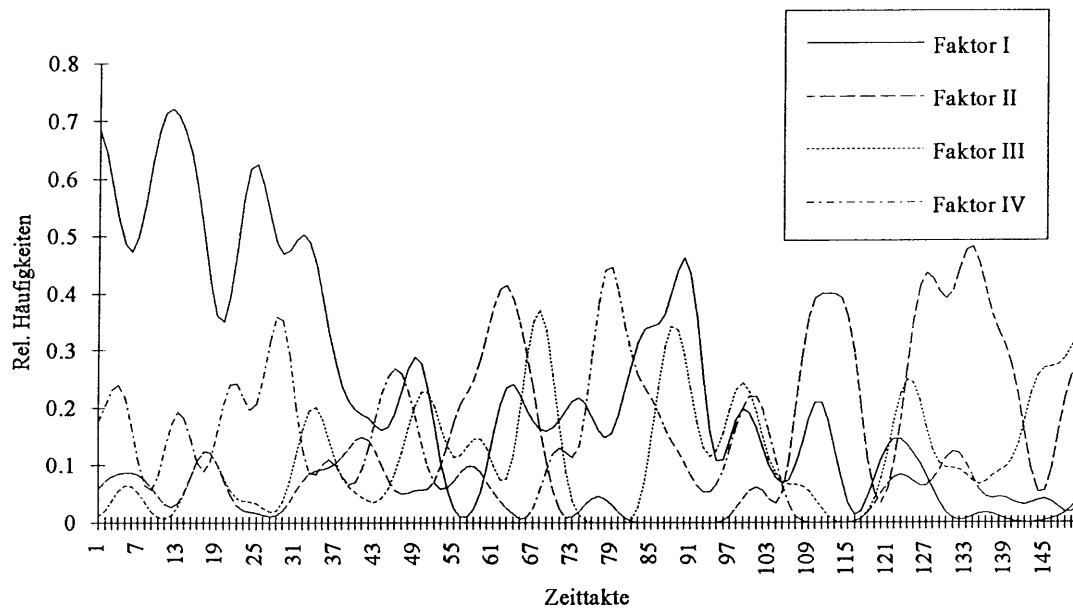
Der erste Faktor repräsentiert die Kommunikationsstruktur (bzw. den Matrixtyp) „Familie wendet sich an Sozialarbeiterin“ und tritt am häufigsten auf.

Der zweite Faktor beschreibt die Kommunikationsstruktur „Erweitertes Helfersystem wendet sich an Sozialarbeiterin“ und kommt am zweithäufigsten vor.

Der dritte Faktor erfaßt die Kommunikationsstruktur „Sozialarbeiterin wendet sich an erweitertes Helfersystem“.

Der vierte Faktor beschreibt die Kommunikationsstruktur „Sozialarbeiterin wendet sich an Familie“ und kommt am seltensten vor.

Abbildung 7: Gemeinsamer Verlauf der vier Faktoren



Die am höchsten beginnende (durchgezogene) Linie beschreibt die Initiativen, die die Familie an den Sozialarbeiter richtet (Faktor I der Faktorenanalyse). Anfänglich zeigt sich die Familie (insbesondere die Mutter) sehr aktiv. Sie berichtet über ihre konflikthafte Ehe und veranlaßt dadurch auch andere Familienmitglieder (Vater, Großmutter väterlicherseits) zu aktiven Kontakten mit dem Amt für Jugend und Familie. Zusätzlich nimmt die Familie eine Reihe von Ressourcen (Mutterberatung, Kindergartenplätze, fallweise Geldaushilfen), die über das Amt für Jugend und Familie vermittelt werden, in Anspruch. Die Initiative der Familie sinkt jedoch während des Betreuungsverlaufs.

Unmittelbar vor der ersten Heimunterbringung beider Kinder (Zeittakt 53) erreicht die familiäre Initiative einen ersten Tiefststand. Die Kurve der Initiative der Sozialarbeiterin an das erweiterte Helfersystem (punktirierte Linie) steigt währenddessen in leichten Wellenbewegungen etwas an, d. h., je inaktiver die Familie wird, umso mehr steigt die Aktivität der Sozialarbeiterin, wobei ihre Initiative in Richtung Familie Schwankungen unterliegt, jedoch zum Zeitpunkt der Heimunterbringung am gleichen Niveau ist wie die Initiative in Richtung anderer Helfer und Helferinnen.

Im Verlauf des ersten Jahres, das die Kinder im Heim verbringen, sinken die Kommunikationen zwischen der Sozialarbeiterin und der Familie (hier im speziellen der Mutter), während die Kommunikationen innerhalb des gesamten zu diesem Zeitpunkt mobilisierten Helfersystems einen ersten Höchststand erreichen.

Im weiteren Verlauf der Heimunterbringung steigt die Initiative der Familie wieder und erreicht noch einmal einen Gipfel, (der allerdings unter dem Anfangsniveau liegt), unmittelbar vor dem auch die Entlassung der Kinder aus dem Heim (Zeittakt 84) erfolgt.

In nahezu komplementärer Linienführung findet sich die Initiative der Sozialarbeiterin an die Familie (strichpunktirierte Linie). Es entsteht dadurch der Eindruck, daß es in wechselseitiger Aktivität gelingt, das Ausmaß der Kommunikation zwischen Sozialarbeiterin und Familie generell zu erhöhen. Eine Interpretation dazu könnte sein, daß durch Initiative der Sozialarbeiterin bei der Mutter Aktivität initiiert wird, die wiederum vermehrte Aktivität bei der Sozialarbeiterin fördert, bis die Entlassung der Kinder aus dem Heim realisiert werden kann. Nach der Heimentlassung laufen die Initiativkurven „Familie an Sozialarbeiterin“ und „Sozialarbeiterin an Familie“ einige Zeit lang parallel sinkend. In dieser Phase erfolgt die zweite Überstellung des Bruders (Zeittakt 92), nach der die Initiativkurve der Familie in Wellenbewegungen gegen ein Minimum sinkt, das in etwa mit der zweiten Heimunterbringung des Mädchens erreicht wird (Zeittakt 128).

Einen interessanten Punkt stellt Zeittakt 105 dar. In diesem Punkt schneiden sich sämtliche Kommunikationslinien. Inhaltlich ereignet sich zwischen den Zeittakten 104 und 105 eine scheinbar

belanglose, aber doch markante Sequenz. Der Vater tritt nach jahrelanger Haft (wegen des Messerattentats auf die Mutter) nochmals kurzfristig in Erscheinung.

Mutter und Vater versöhnen sich für kurze Zeit, planen sogar die Übernahme des jüngeren Sohnes, entzweien sich aber sofort wieder, und der Vater plädiert nun auf Überstellung des Mädchens wegen des Lebenswandels der Mutter. Ab hier beginnen die Kommunikationsinitiativen zwischen Sozialarbeiterin und Familie wieder komplementär zu laufen, die Kommunikationen innerhalb des Helfersystems, insbesondere von seiten des erweiterten Helfersystems in Richtung Sozialarbeiterin, steigen stark an.

Es ist in diesem Zeitraum die Schule, die nach einer Anfrage durch die Sozialarbeiterin an diese Informationen vermittelt, und in der Folge wird auch von seiten der Schule die zweite Heimunterbringung des Mädchens veranlaßt.

Insgesamt wird hier deutlich, daß, wann immer die Initiative des erweiterten Helfersystems an die Sozialarbeiterin hoch ist, die Initiative letzterer in Richtung Familie sehr gering ist und umgekehrt.

Zusammenfassend kann die Familiengeschichte durch drei Merkmale beschrieben werden:

Vor den jeweiligen Heimunterbringungen der Kinder ist zu beobachten, daß die Initiative der Familie fast verschwindet.

Die Initiative des erweiterten Helfersystems an die Sozialarbeiterin ist im letzten Abschnitt des Betreuungsverlaufs das dominante Muster.

Wann immer das Helfersystem als aktiver Kommunikator in Erscheinung tritt, sinkt die Kommunikation zwischen Sozialarbeiterin und Familie, d. h., diese wird quasi durch die Aktivität von seiten des Helfersystems ersetzt.

Dies ist eine weitere Möglichkeit der Darstellung statischer Systemstrukturen.

Dynamik

Durch die Behandlung der Datenreihe mit dem Matrixprogramm lassen sich die betrachteten Betreuungsfälle in dynamischen Verläufen darstellen. An sich liegt natürlich von Anfang an auf der Hand, daß die Erfassung der Betreuungsfälle über mehrere Jahre den Zeitaspekt miteinbezieht. Wie wir gezeigt haben, können die untersuchten Systeme jedoch sowohl statisch (Pfeildiagramme, Vestermatrizen) als auch dynamisch (Kommunikationsverlaufsmatrizen, Faktorenverläufe) abgebildet werden.

Der Aspekt der Dynamik ist also in den hier betrachteten Systemen nicht nur intuitiv plausibel, sondern auch abbildbar und somit als nachgewiesen zu bezeichnen.

Komplexität

Die Komplexität der Betreuungsverläufe (Kommunikationsverlaufsmatrizen, Faktorenverläufe) ist ebenfalls ein bereits durch den Augenschein wahrnehmbares Phänomen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Kommunikationen so vieler handelnder Personen, selbst unter Weglassung der Kommunikationsinhalte, ein komplexes Geschehen darstellen. Eine Möglichkeit, die Komplexität von Zeitreihen (hier der Faktorenverläufe) abzubilden, besteht in der Herstellung ihrer Frequenzspektren. Jede senkrechte Linie im Spektrum zeigt eine einfache Schwingung an, die in der Zeitreihe verborgen ist. Eine komplexe Zeitreihe besitzt daher viele solcher Linien (sogenanntes breitbandiges Frequenzspektrum).

Abbildung 8: Sinuskurve und dazugehöriges Frequenzspektrum

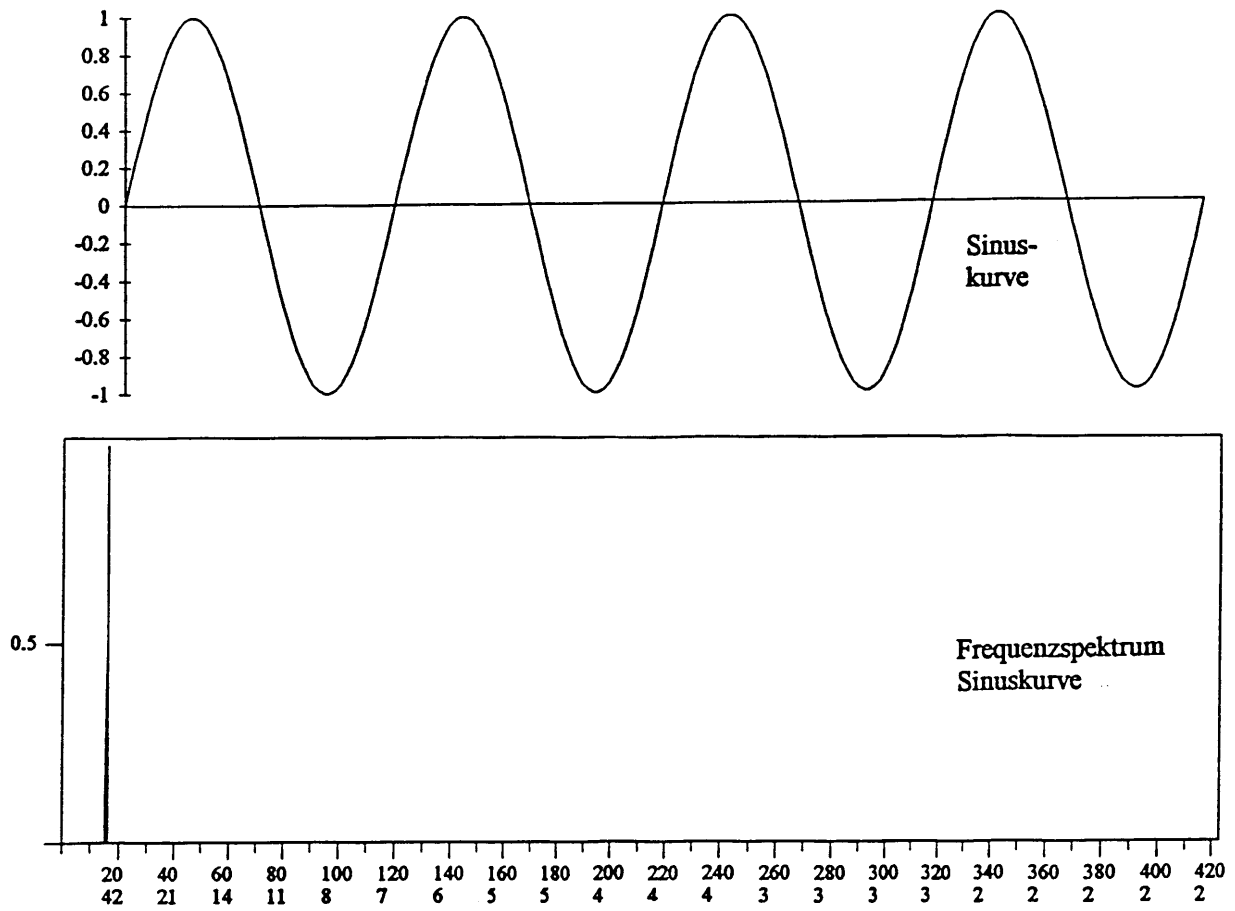
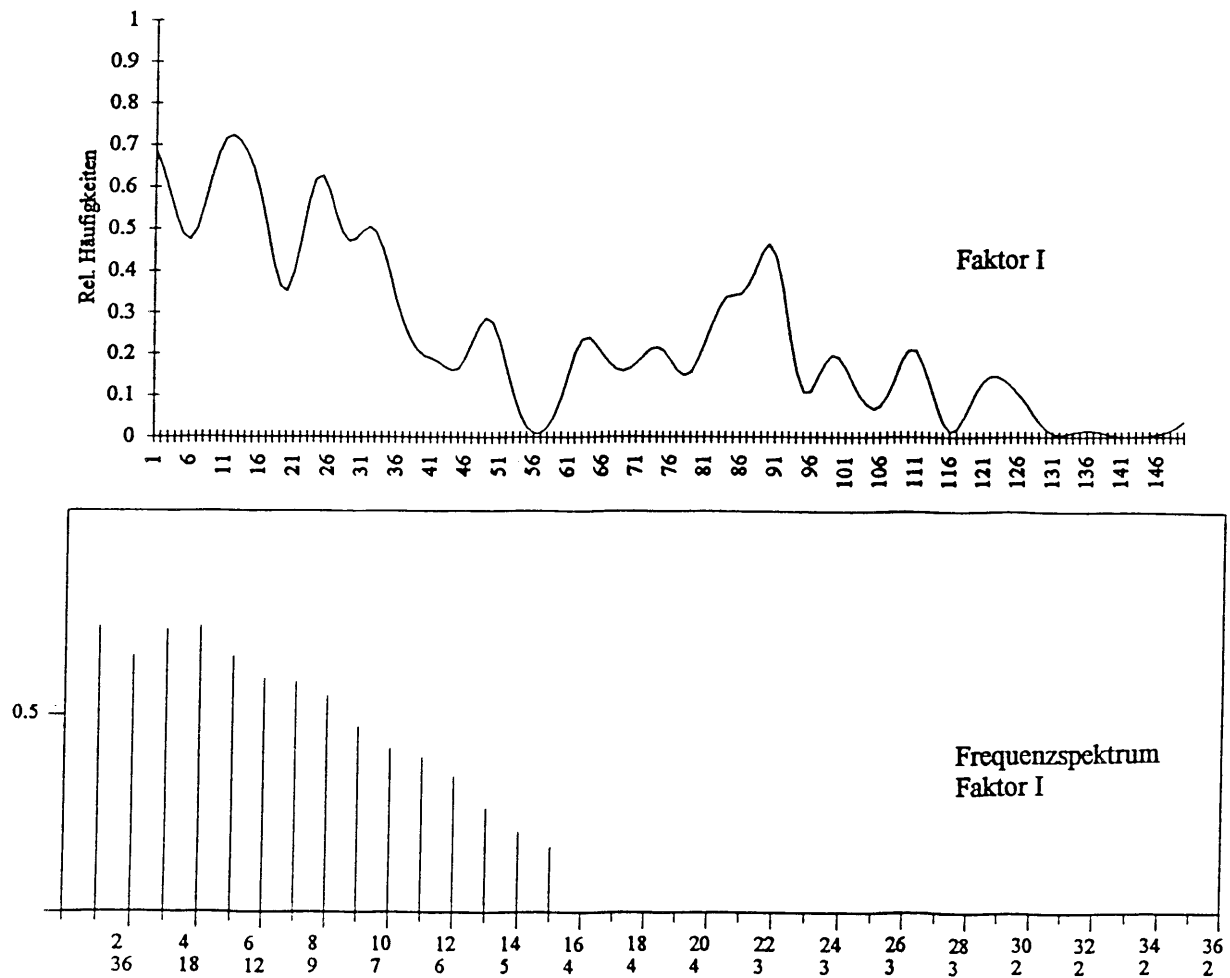


Abbildung 9: Faktorenverlauf und dazugehöriges „breitbandiges“ Frequenzspektrum



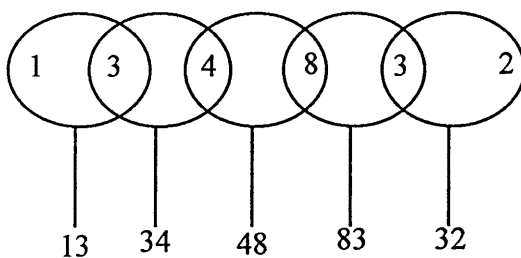
Organisation

Um nun die Organisation der Betreuungsverläufe, also ihre dynamische Ordnungsbildung – nicht zu verwechseln mit den bereits dargestellten statischen Systemstrukturen und Interaktionsmustern (Pfeildiagramme, Faktoren) – aufzuspüren, wurde ein Verfahren gewählt, das Wiederholungen von Abfolgesequenzen auf findet (Grammar Complexity nach Rapp et al. 1991).

Ordnung wird in diesem Verfahren verstanden als die Wiederholung von Zahlenabfolgen in der Zeitreihe. In zufälligen Zeitreihen dürften solche Wiederholungen nicht oder nur selten vorkommen.

Um nun herauszufinden, ob Zahlenfolgen sich wiederholen, werden zunächst alle möglichen aufeinanderfolgenden Zahlenpaare aus der Zeitreihe herausgesucht. Dann wird überprüft, ob mindestens eines dieser Paare mindestens zweimal vorkommt.

Abbildung 10: Die Abbildung zeigt, wie aus einer Zahlenfolge alle möglichen Folge-Paare gebildet werden



Ebenso werden dann Dreier-, Vierer-, Fünfer- usw. -Sequenzen gebildet. Die längste noch zweimal vorkommende Sequenz, die sich finden läßt, ist ein Maß für die Ordnung. Wenn man nun die zu untersuchende Zeitreihe durcheinanderwürfelt, müßte sich diese Ordnung auflösen. Wendet man das beschriebene Verfahren auf diese sog. Surrogatzeitreihe an, so dürfen sich nur noch weit kürzere Sequenzen finden lassen als in der Ausgangszeitreihe.

Im Verfahren der Grammar Complexity wird die Zeitreihe mehrfach (50mal) durcheinandergewürfelt und jeweils erneut die längste mögliche Sequenz bestimmt. Die aus den 50 Surrogatzeihen ermittelten Sequenzlängen bilden eine Normalverteilung. Ihr Mittelwert und ihre Streuung können damit zur z-Transformation des zu überprüfenden Wertes der Originalzeitreihe genutzt werden.

Sollen sich nun die Ordnungsbildungen (die gefundenen Sequenzen) der Originalzeitreihe von zufälligen Ordnungsbildungen unterscheiden, muß sich deren Mittelwert von den Mittelwerten der gefundenen Surrogatzeihensequenzen signifikant unterscheiden (z-Wert größer 2,58 für Signifikanz auf 99%-Niveau oder größer als 1,96 für Signifikanz auf 95%-Niveau). Das heißt, in Surrogatzeihen müssen gleiche Sequenzen signifikant seltener auftreten und außerdem kürzer sein, basierend auf der Tatsache, daß sich in zufälligen Datenreihen nicht so viele und solange wiederholt gleiche Datenabfolgen finden lassen.

Wie schon weiter oben gesagt, kann, wenn nun nachgewiesen ist, daß die Datenreihen überzufällige Ordnungsbildung aufweisen, angenommen werden, daß Organisation, also sinnvolle Ordnung in der Komplexität (die ja schon nachgewiesen wurde), vorliegt.

Auch dies kann für unsere betrachteten Fälle bestätigt werden. Mit der Annahme, daß es sich um komplexe nicht-triviale Systeme handelt, kann daher weiter operiert werden.

Schlußfolgerungen

Normabweichungen oder aus der Sicht (Bewertung) des oder der Betreuenden unerwünschte Entwicklungen entstehen nicht aus bestimmten, typischen oder isolierbaren Familien-, Persönlichkeits- oder Kommunikationsstrukturen oder aus Betreuungsfehlern, sondern aus durchaus unterschiedlichen Gründen. Wesentlich für die scheinbare Unveränderlichkeit von Entwicklungen – so als liefen sie auf Schienen – ist jedoch das über lange Zeiträume unveränderte Wirken oder die grundsätzlich gleichbleibende Dynamik der erzeugten Strukturen, welche auch immer das sein mögen.

D. h., daß im Falle einer sich einmal etablierenden Symptomatik eine starke Eigendynamik herrscht, deren Unterbrechung nur durch vom intervenierten System wahrnehmbare Interventionen gelingt. Demnach läßt sich die Forderung, daß Interventionsstrategien nicht aus der Sicht des Beobachters, sondern aus der Sicht des Systems entworfen und implementiert werden müssen, dahingehend konkretisieren, daß es der Operationsmodus des Systems ist, welcher über den Erfolg von Interventionen entscheidet. Experten- und Fachwissen, Erfahrung und Intuition des Beobachters müssen sich auf diese Operationsmodi beziehen, nicht auf die eigenen Vorstellungen vom Richtigen und Angemessenen, nicht auf systemexterne Maßstäbe oder auf etwas „Objektives“ (Autor-Leser-Metapher).

Interventionen

„Gezielt“ ist eine Intervention daher dann, wenn sie in den „normalen“ Verlauf der Dinge eingreift, indem neue und in diesem Sinne künstliche Bedingungen gesetzt werden, auf die sich das zu verändernde System einstellen kann – und einstellen wird, wenn es eine wie auch immer geartete Motivation zu Veränderung gibt und die Veränderungsimpulse an die Logik des Systems anknüpfen (Kontextsteuerung).

Die Konsequenz aus der Tatsache, daß die Wirkung der Intervention nicht vorhersagbar ist, heißt nicht Beliebigkeit, sondern Bescheidenheit und Risikobewußtsein.

Werte sind daher nicht etwas, was wir in Familien implantieren können, sondern etwas, was handlungsleitend für den Betreuer oder die Betreuerin ist. Seine oder ihre Grenzen und Normen bestimmen, wann und in welcher Form interveniert wird.

Wenn wir daher über Werte in Familien sprechen, sind wir, nicht nur, weil wir alle aus Familien stammen oder uns familial organisieren, sondern auch, weil Werte immer zu dem werden, was sie sind, indem wir ihnen Bedeutung zuschreiben, letzten Endes auf uns selbst verwiesen.

Literatur

- Rapp P. E., Jiménez-Montano M. A., Langs R. J., Thomson L., Mees A. I. (1991) Toward a Quantitative Characterization of Patient-Therapist-Communication. *Math Biosci* 105: 207-227
- Schiepek G., Strunk G. (1994) *Dynamische Systeme. Grundlagen und Analysemethoden für Psychologen und Psychiater.* Asanger, Heidelberg
- Willke H. (1989) *Systemtheorie entwickelter Gesellschaft.* Juventa, München
- Willke H. (1991) *Interventionstheorie II.*

Wertpluralismus in der Familie?

ALICE PENEDER

In diesem Statement geht es darum, Probleme aufzuzeigen und die Diskussion anzuregen. Schließlich besteht ja die Aufgabe der Soziologie vor allem darin, ein differenziertes Problembewußtsein zu entfachen und die Fragwürdigkeit von Zeitströmungen herauszustellen. Es werden daher dem Thema entsprechende Fragen entwickelt und eventuelle Antworten als Möglichkeiten ins Auge gefaßt.

Der Begriff Wert

„Werte sind allgemeine und grundlegende Orientierungsmaßstäbe bei Handlungsalternativen; sie geben dem Menschen Verhaltenssicherheit.“ (1)

Wert und Sinn bedingen einander: der Wert wird vom Sinne her bestimmt, der Sinn bestimmt den Wert. (2)

Werte erweisen sich als etwas Erwünschtes, Erstrebtes, Gefordertes und schließlich Verpflichtendes; Werte formen die Einstellungen und Strebungen der Menschen. Der Wert motiviert Menschen, in bestimmter Weise zu handeln, weil diese Handlung als sinnvoll erlebt wird.

Werte bestimmen letztlich die Qualität des Seins.

Wertpluralismus in der Gesellschaft

Zunächst ist es erforderlich, gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu betrachten, da Gesellschaft und Familie wechselseitig aufeinander einwirken: gesunde Gesellschaft – gesunde Familien und umgekehrt.

„Werte (und ihre Verhaltenskorrelate) werden nicht rein verstandesmäßig weitergeleitet; sie sind vielmehr Maßstäbe richtiger Lebensführung und angemessenen Strebens, die in einer gesunden Gesellschaft als selbstverständlich gelten.“ Wenn Werte zu Stereotypen abgleiten, werden sie ihres eigentlichen, inneren Sinngehaltes verlustig und in ihrer Wirkung manipulierbar. „Aktionen, die im Namen der betreffenden Werte unternommen werden, können tatsächlich gegen ihren Geist verstoßen.“ (3)

Je stärker in der modernen Gesellschaft der Wertpluralismus durchgreift, um so schwieriger wird es, allgemein verbindliche Werte sichtbar zu machen.

In einer ‚Sowohl-als-auch-Gesellschaft‘, in welcher konkurrierende Werte einander gegenüberstehen, wird es zunehmend schwerer, klare Entscheidungen zu treffen.

Zudem hat sich ja die Industriegesellschaft bereits zu einer Informationsgesellschaft entwickelt; die Menschen werden von einer ständig wachsenden Informationsflut überschwemmt, die Manipulationsmacht der Massenmedien wächst.

Manipulation, verstanden als „Beeinflussung des Menschen (als Einzelwesen oder in einer Gruppe) zum Zwecke einer systematischen zielgerichteten Lenkung und Prägung des Bewußtseins, der Denkgewohnheiten, Gefühlslagen [...] baut [...] neue, gewünschte soziale Leitwerte und Beurteilungsmaßstäbe auf [...]“. (4)

Durch die Massenkommunikationsmittel, über die fast jede Familie verfügt, ist der Außensteuerung Tür und Tor geöffnet. Die Vielfalt der Information, das „Wissen aus zweiter Hand“ macht es nahezu unmöglich, Inhalte zu kontrollieren und auf Wahrheit zu überprüfen. (5)

Überangebote an Möglichkeiten implizieren ein Defizit an Orientierungen. Dem Nachsinnen in der Tiefe wird kaum ein Raum gegeben – die Zeit drängt – ein breit aufgefächertes Oberflächenwissen ist die Regel. An die Stelle der Innenleitung tritt die Außenlenkung. (6) Außenlenkung als Verhaltensmodus einer mobilen, pluralistischen Gesellschaft impliziert die Möglichkeit der Entwicklung eines „Laissez-faire-Pluralismus“ (7); der Zweifel an bestehenden Werten wächst – alles ist relativ – das Relative wird absolut gesetzt – eine Gesellschaft des offenen Werdens.

Grenzen werden nicht mehr wahrgenommen (z. B. Genmanipulation – der Mensch nach Maß? (8)); alles ist offen – wie die Weite des Ozeans – alles ist in Bewegung, in Wandlung, die Toleranz pervertiert.

Der Weg in eine neue Bewußtseinsgesellschaft scheint angebahnt? „Diese kommende Kultur wird ein Bewußtsein über dem Bewußtsein entwickeln. Und sie weiß, wie man Bewußtsein verändert oder wie man höheres Bewußtsein herstellt. Gezielt, methodisch, professionell, z. B. durch Bewußtseinsberater. Oder durch neuartige Bewußtseistechnologien, zum Teil auf Bio-Chip-Basis.“ (9)

Unser Land wird dem christlichen Kulturkreis zugerechnet; inwieweit bestimmen noch christliche Werte Zielsetzungen und Mittelwahl in dieser Gesellschaft?

Wertpluralismus in der Familie?

In der pluralistischen Gesellschaft ist die Identitätsfindung durch ein Orientierungschaos erschwert, die Vielzahl unterschiedlicher Werte und Normen wirkt in hohem Maße verunsichernd. *Inwieweit findet der heranwachsende Mensch in der Familie jenes Gegengewicht zu diesen Zeittendenzen, das für eine gesunde Entwicklung der Persönlichkeit notwendig ist?*

Warum erleben junge Menschen das Leben als sinnlos, greifen zu Drogen, sind anfällig für Irrlehren (Sekten), setzen sogar ihrem Leben ein Ende?

Immer öfter wird unsere Zeit durch Worte wie Aggressivität, Destruktivität, Ungerechtigkeit, Lieblosigkeit, Egoismus, Abkapselung, Einsamkeit charakterisiert.

Immer öfter plädieren Pädagogen für eine sinn-bezogene Werteerziehung, eine Wiederbesinnung auf verantwortungsbewußte Autoritäten und eine verlässliche Orientierung. (10)

„Um eine Zukunft vor sich sehen zu können, braucht der junge Mensch vielleicht gerade das, was Shaw ‚eine Religion‘ und ‚eine klare Weltanschauung im Licht einer verständlichen Theorie‘ nannte.“ (11) Ein stabiles Fundament ist für das heranreifende Ich unerlässlich, um nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren; ein auf Sand gebautes Haus kann in den Stürmen des Lebens nicht bestehen.

Die Jugendkriminalität ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. (12)

Mangelnde Werteerziehung einerseits, Wertpluralismus und eine daraus resultierende Verhaltensunsicherheit der Jugend andererseits, werden als Ausgangspunkte der Jugendkriminalität angesehen. Die durch mangelnde Werterziehung bedingte ethische Unterentwicklung stellt eine große Gefahr für die Persönlichkeitsentfaltung dar, denn *‚das Entscheidende über Leben und Sterben ist die Kraft, Werte zu fühlen.‘* (13)

Auch die teilweise geübte Laisser-faire-Erziehung, ausgehend von Rousseaus Gedanken einer Selbstregulierung in der kindlichen Entwicklung (14), zeigt ihre Früchte.

Das freie Ausleben der Aggressivität führt zur Steigerung und nicht zum Abbau dieser spontanen Verhaltensweise. (15)

Durch das Fernsehen werden unbewußt Verhaltensmuster gelernt; die Jugend ist besonders gefährdet. Tritt eine entsprechende Situation in der Realität ein und ähneln Gegebenheiten in der Reizkonfiguration dem Gesehenen bzw. Internalisierten, so kann es zu verbrecherischen Handlungen kommen. Gewissen Filmen kann auch die künstliche Erziehung zur Perversion nicht abgesprochen werden. Ebenso können Computerspiele Auslöser für aggressives, brutales Verhalten sein.

Schließlich ist der Mensch von Natur aus nicht gut.

Sigmund Freud bezeichnet den Glauben an das Gute im Menschen als den gefährlichsten Irrtum; ‚Homo homini lupus‘. (16)

In der Bibel steht: „Ich weiß, daß in mir [...] das Gute nicht wohnt [...]“ (Röm 7, 18ff.)

Der heranwachsende Mensch braucht Erziehung, Leitung.

Wie soll die Familie all diesen Einflüssen begegnen? Wie kann sie ihren Erziehungsauftrag bewältigen?

Ist es die totale Überforderung, die so viele Ehen scheitern läßt oder ein tiefgreifender Wertewandel, der am Fundament der Ehe – Liebe in Verbindlichkeit – rüttelt?

Ist es ein immer ausgeprägter Individualismus, der das Einfühlungsvermögen in den Partner schwächt – ein Kreisen um das eigene Ich, das die seelischen Nöte der anderen nicht mehr wahrnimmt? (17)

Sozialforscher stellen einen Trend in Richtung „Singularisierung“ oder „Selbstverwirklichungssucht“ fest, Gesellschaftswissenschaftler sprechen von „dramatischen Auflösungstendenzen“ in den ehelichen Beziehungen und Partnerschaften. (18)

Wie sollen die Kinder damit fertig werden?

Die Familie, ein Hort der Geborgenheit, der Sicherheit?

Wie kein anderes Lebewesen bedarf der instinktarmer Mensch der Hilfe einer Umwelt – erst durch den Menschen wird der Mensch zum Menschen.

Angeborene Grundbedürfnisse drängen nach Befriedigung. Genügend wissenschaftliche Untersuchungen (19) beweisen, daß die Bedürfnisse nach Liebe und Angenommensein, Geborgenheit und Sicherheit so stark sind, daß Mangelerscheinungen in dieser Richtung schwerste seelische Störungen nach sich ziehen. Im Säuglings- und Kleinkindalter, der Phase der emotionalen Fundierung, wird das Gefühlsleben grundgelegt; Vertrauen und Zuversicht oder Mißtrauen und krankhafter Zweifel als Lebensgrundstimmungen entspringen diesem Entwicklungsabschnitt. Aber nicht nur das kleine Kind braucht Liebe und Anerkennung, sondern auch der heranreifende Jugendliche bzw. jeder Mensch.

Es herrscht eine enge Verflochtenheit zwischen Liebe, Anerkennung, einem Gefühl der Sicherheit, des Selbstwertes und dem Sinnerleben.

„Wie gewinnt man eine positive Beziehung zu sich selbst? Der Dichter Rückert hat das [...] wunderbar geklärt [...]: *„Daß du mich liebst, macht mich dich wert.“* Das heißt, die Liebe, die wir von den Eltern bekommen, die verwandeln wir in die Liebe zu uns selbst [...]. Die Eltern lieben uns, also müssen wir etwas wert sein [...] die Eltern lieben uns nicht, also sind wir nichts wert [...]“ (20)

Das *Postulat der christlichen Nächstenliebe* ist Ausdruck jener grundlegenden Bedingung, welche aus der psychophysischen Beschaffenheit des Menschen resultiert. Der Mensch ist auf Gott hin angelegt, er ist auf die Liebe hin angelegt.

Jesus Christus, nach dem höchsten Gebot befragt, antwortet: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzen Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt“ und „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Matth. 22, 37 ff.) – in diesem Gebot sind auch alle anderen Gebote enthalten.

Quellennachweis

- (1) Meyers Enzyklopädisches Lexikon 1979.
- (2) Robert Reininger, Wertphilosophie und Ethik, setzt sich mit dieser Thematik auseinander.
- (3) Philip Selznick ‚Institutionen und ihre Verwundbarkeit in der Massengesellschaft‘ in: Wolfgang Lipp, Hrsg.: Konformismus – Nonkonformismus, Soziologische Texte 93, Luchterhand Verl.; S. 174.
- (4) Meyers Enzyklopädisches Lexikon.
- (5) Vgl. hierzu: Peter Hahne, Die Macht der Manipulation, Hänssler-Verl., 9. Aufl., 1996.
- (6) Vgl. hierzu: David Riesman, Die einsame Masse; Rowohlt.
- (7) Wolfgang Lipp, a.a.O., S. 72ff.
- (8) Wolfgang Hingst, Zeitbombe Gentechnik, Verl. Orac, 1988; namhafte Wissenschaftler stellen fest, daß die Wissenschaft ihre Grenzen bei weitem überschritten hat.
- (9) Gerd Gerken, Die Geburt der neuen Kultur, Econ Verl., 1988; S. 21; Gerd Gerken ist Trendberater bedeutender Unternehmungen und großer politischer Parteien.
Ders., Geist – das Geheimnis der neuen Führung, Econ Verl., 1991; ‚Nur wer das Bewußtsein führt, ist ein Leader‘.

- (10) Hubert Wisskirchen, Die wiederentdeckte Erziehung; Kinder suchen Autorität und Orientierung; Kösel, 1996.
- (11) Erik H. Erikson; Identität und Lebenszyklus; Suhrkamp TB, 3. Aufl. 1976; S. 181.
- (12) OÖN v. 12.9.1996; in der letzten 5 Jahren ist die Jugendkriminalität um 40 % gestiegen.
- (13) Vgl. zu dieser Thematik: Max Busch, Gottfried Edel, Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Luchterhand Verl.
- (14) Rousseau selbst hat einen eigenen 5 Kinder dem Findelhaus überstellt, war also nicht fähig oder willens, seine Theorie in die Praxis umzusetzen (siehe Meyers Enzyklopädisches Lexikon).
- (15) Erich Weber, Autorität im Wandel, L. Auer Verl., 1974; S. 55ff.
Ebenso: Konrad Lorenz, Das sogenannte Böse, DGB 1963, bes. S. 69-71.
- (16) Sigmund Freud, Abriß der Psychoanalyse; Das Unbehagen in der Kultur, Fischer Bücherei, 1953; vgl. S. 102f.
- (17) Reinhard Lempp; Die autistische Gesellschaft; Kösel 1996 – Lempp eröffnet interessante Perspektiven zu dem Thema.
- (18) Hubert Wisskirchen, a.a.O., S. 84.
- (19) René A. Spitz, Vom Säugling zum Kleinkind; Klett Verl., 1972; ders., Vom Dialog.
D. Claessens, Familie und Wertsystem, Duncker & Humblodt Verl.
E. H. Erikson, Kindheit und Gesellschaft; Pan-Verl. Zürich.
- (20) Erwin Ringel, Die österreichische Seele, Böhlau 1984, 4. Aufl., S. 54.

Einschätzung der prinzipiellen Werte in der Wertevermittlung in und durch die Familie (Tradition und Neuzeitlichkeit)

PAWEL PORADA

Am Anfang ein Hinweis: Beabsichtigen wir über die Wertevermittlung durch die Familie zu sprechen, so müssen wir zuerst die prinzipiellen und grundsätzlichen Werte in der Familie einschätzen und hervorheben. Den richtigen Schlüssel dazu gibt uns die Einteilung der Werte in der Familie auf traditionelle und neuzeitliche. Wir verstehen unter traditionellen Werten die christlichen, unter neuzeitlichen die weltlichen Werte.

Eine solche Sicht umfaßt im Grunde genommen drei Bereiche: die Struktur, die Funktionen und das System der anerkannten und verwirklichten Werte, in unserem Falle die sich gegenüberstehende christliche und weltliche Ideologie. Diese im Widerspruch stehenden Konzeptionen – sowohl im Ausmaß der Modelle wie auch der Vorbilder – sind charakteristisch für unsere Zeit.

Es wäre gut, nach den Unterschieden und Ähnlichkeiten dieser Weltanschauungen in den Familien zu fragen.

1. Die christliche Auffassung knüpft an die Ehe und Familie als eine von ewiglich her sakrale Gemeinschaft an. Die Familie bedeutet hier eine besondere Art von Umgebung, wo eine religiöse Verehrung der Familiengötter, aber auch der Vorfahren stattfindet.

Die Einschüchterung und die Gewinnung der Gnädigkeit für die Familie von seiten der Götter ist von prinzipieller Wichtigkeit.

Eine solche sakrale Naturfamilie wurde vom christlichen Evangelium sakralisiert, was bedeutet, daß der evangelische Inhalt, welcher die Ehe und Familie betrifft, in die von Christus gegründete Heilswirklichkeit einbezogen wurde.

Der evangelische Inhalt befindet sich in der Lehre Christi wie auch in den Schriften der Apostel, besonders aber beim Hl. Paulus. In einer so verstandenen Sakralisation müßte der Hauptpunkt der christlichen Ehe auf die Würde des Sakramentes sein.

Die Aufgaben der Ehe – vom Wesen aus unzertrennbar – ist die Berufung neuer Familienmitglieder, deren religiöse Sozialisierung die christliche Familie garantiert. Dies ist für alle ihre Mitglieder die Umgebung der Heiligung und des Heiles, anders: die Hauskirche. Die Kirche sagt ihr auch eine privilegierte Stelle in der Gesellschaft zu: Sie ist autonom gegenüber dem Staate aus chronologischen und logischen Gründen, besitzt auch besondere Berechtigungen in der Gesellschaft, wie auch wesentliche Aufgaben ihr gegenüber. Aufgrund dieser Aufgaben ist der Frau wie auch dem Manne eine bestimmte Stelle in der Familie und in der Gesellschaft zugeschrieben. Es besteht auch eine dementsprechende Struktur der innerlich ehelichen und innerlich familiären Relationen.

2. Der charakterisierten christlichen Anschauung widerspricht die weltliche Konzeption von Ehe und Familie.

- a) Die Ehe und Familie sind geschichtliche Formen, sie treten in einer gewissen geschichtlichen und kulturellen Etappe der Menschheit auf, und mit dem Auftreten von Veränderungen der gesellschaftlichen Lebensformen der Menschen führen diese auch innere und äußere Umwandlungen herbei, u. a. in gewissen Entwicklungsphasen auf dem Gebiet der Sexualität wie auch des Wirtschaftswesens: geschlechtliche Unordnung, Gruppenehen, Doppelehen und endlich monogamische Ehen.
- b) Die Ehe ist eine weltliche Einrichtung, was sich auf die Form der Eheschließung, die Grundbedingungen ihrer Stabilität und deren Auflösung auswirkt.
- c) Die Familie hat keinen Vorrang vor dem Staate und der Gesellschaft, aber sie erhält von ihnen eine genau rechtlich beschriebene Funktionsmöglichkeit: Die Gesellschaft kann die Rechte des Menschen

zur Eheschließung, den Bereich der Zeugungsfunktion – geregelt durch die Empfängnisverhütung und den Schwangerschaftsabbruch – begrenzen.

- d) Die Position und die Rolle der Familienmitglieder, besonders die Rolle der Frau, bestimmen Grundsätze der ökonomischen, rechtlichen und moralisch-sittlichen Gleichberechtigung.

3. Welche sind die Unterschiede der beiden Modellkonzeptionen von Ehe und Familie?

An erster Stelle hebt sich das Verständnis über das Wesen des Ehebundes als sakrale oder weltliche Einrichtung hervor.

An zweiter Stelle steht der Unterschied im Verständnis der Stabilität der Ehe im christlichen Sinne als unbedingter Faktor, im weltlichen Sinne als Wahlfreiheit.

An dritter Stelle sehen wir die Anschauung über das Wesen der Sexualität des Menschen. Im christlichen Sinne sind die vorehelichen und die ehelichen Verhaltungen geregelt – im vorehelichen Verkehr ist unbedingte Reinheit notwendig, im weltlichen Sinne Ungebundenheit.

Im ehelichen Verkehr kündigt die Kirche verantwortliche Elternschaft – ausgeschlossen ist die Empfängnisverhütung, empfohlen ist die natürliche und verantwortliche Planung der Familie.

In diesem Zusammenhang verstehen wir besser die Wertevermittlung in und durch die Familie.

In beiden Konzeptionen werden verschiedene Werte in den Familien vermittelt und zur Schau getragen. Die Dauerhaftigkeit der Familie bedarf der Aufmerksamkeit, den Wert der Liebe einzuschätzen.

Auf dem Grund der Liebe werden der Geschmack und die Freude des Leidens, des Schmerzes, des Opfers, der Entbehrungen, aber auch des Schaffens, der Überwindung von Schwierigkeiten entdeckt.

In der Familie haben wir es auf jedem Schritt und Tritt mit Werten zu tun. Hier verwirklichen sie sich, oder es kommt auch zum Scheitern. Dann werden an ihrer Stelle Pseudowerte aufgebaut.

Zu beklagen ist leider der Zwiespalt zwischen den deklarierten und den wahrlich befolgten Wertesystemen.

Man muß hier hervorheben, daß viele Personen die Werte in ihrem Familienleben unterstreichen, welche aktuell bei bekannten Personen oder Gruppen vorkommen. Dies sind die größten Motivationsgründe zum Handeln.

Die Identität mit diesen Personen oder auch Gruppen sind von großer Wichtigkeit, das Fehlen der Identität bewirkt das Zusammenbrechen des Menschen, das Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens, der erlebten Furcht oder der Unzufriedenheit.

Mit dem Fehlen eines Übereinkommens mit anderen Leuten bleibt der Mensch allein mit sich selbst.

Zur gesundheitlichen Situation der Mütter in kinderreichen Familien

KARIN REIS

Einführung

So beglückend die Mutterschaft auch immer sein mag, so ist sie doch nicht frei von physischen und psychosozialen Belastungen, die den Gesundheitszustand der Mütter beeinflussen. Weder in der Sozialpolitik noch in der sozialmedizinischen Gesundheitsforschung findet diese Tatsache eine ausreichende Berücksichtigung.

Familienpolitische Hilfen zielen vor allem auf die Entwicklung und Gesundheit der Kinder ab, die Medizin betrachtet Müttergesundheit im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt als soziales Risiko in der Verbindung zur Berufstätigkeit.

So gibt es ein großes Defizit von Erkenntnissen über die gesundheitlichen Belastungen der Mütter, wenn auch in den letzten Jahren Beiträge zu dieser Problematik erschienen sind.

Sieverding (1995) führt in ihrer Übersichtsarbeit neueste Forschungsergebnisse zusammen, die stärker als bisher herausstellen, daß nicht nur Gesundheitsstörungen als Folge mehrfacher Belastung auftreten können, sondern daß multiple Rollen wie Mutterschaft und Erwerbstätigkeit auch protektiven Gesundheitswert für die Mütter besitzen. Im Berliner Frauengesundheitsbericht wird gleichfalls darüber berichtet (Hermann & Hiestermann, 1995). Die besondere Fähigkeit der Frauen zu „Durchhaltestrategien“ wird mehrfach bestätigt, so auch eine Untersuchung von Elger et al. (1995) an Bäuerinnen.

Diese Durchhalteorientierung zeigte auch eine eigene Untersuchung von kinderreichen Müttern in der ehemaligen DDR.

Eigene Untersuchungsergebnisse

Das heterogene Bild der Beziehungen zwischen Mutterschaft, Berufstätigkeit und Gesundheitszustand der Frauen soll durch eigene Untersuchungsergebnisse untermauert werden. Es liegen zahlreiche Einzelaussagen vor, aus denen hier nur eine Auswahl vorgetragen werden kann.

In den Jahren 1987 bis 1989 ist in vier Städten bzw. Gemeinden im heutigen Mecklenburg-Vorpommern ein Forschungsprojekt realisiert worden, das Belastungsfaktoren, Gesundheitsverhalten und den subjektiven wie objektiven Gesundheitszustand kinderreicher Mütter untersucht hat. Aus der Gesamtheit registrierter kinderreicher Familien konnten insgesamt 232 Mütter aus 4-Kind-Familien, 87 Mütter aus 3-Kind-Familien und 210 Mütter aus 1-Kind-Familien als Vergleichsgruppe erfaßt werden. Es kam ein Untersuchungsset zur Anwendung, das soziologische, psychologische, klinische und Labormethoden einbezog. Die statistische Signifikanz wurde mit dem χ^2 -Test bei $p=.05$ geprüft.

1. Einschätzung der subjektiven Gesundheit

Auf die Frage „Wie beurteilen Sie im allgemeinen Ihren Gesundheitszustand?“ antworteten die Mütter erwartungsgemäß statistisch signifikant unterschiedlich: je größer die Familie, um so schlechter der subjektive Gesundheitszustand (Tab. 1).

Ein Selbsturteil wie dieses erfaßt momentanes Befinden und spiegelt zugleich Lebenszufriedenheit, schließt aber auch enttäuschende Gesundheitserfahrungen ein. Es ist wohl gut geeignet, eine zusammenfassende Aussage über die Gesamtheit der Lebenssituation zu machen.

Tab. 1: Subjektives Gesundheitsurteil in den Müttergruppen (in %).

Gesundheitsurteil	1-Kind-Mütter	3-Kind-Mütter	4+-Kind-Mütter
sehr gut	9,1	5,7	6,0
gut	66,2	59,8	47,8
mäßig	21,9	29,9	39,7
schlecht	2,4	4,6	5,6
sehr schlecht	0,5	0,0	0,8

Die extremen Befindlichkeiten sind relativ wenig angeführt worden, mehr bevorzugt war ein mittleres Urteil über die eigene Gesundheit.

Bedenkt man die Durchhaltestrategie vielfach geforderter Frauen, so entsteht der Verdacht, daß die positive Einschätzung nicht der objektiven Beurteilung durch den Arzt / die Ärztin entsprechen könnte.

Je älter die Mütter waren und je geringer ihre berufliche Qualifikation war, um so schlechter sahen sie ihre gesundheitliche Situation an.

Tab. 2: Subjektives Gesundheitsurteil der Mütter nach ihrem Alter und ihrer beruflichen Qualifikation (in %).

berufl. Qualifikation	Altersgruppe (in Jahren)	subjektives Gesundheitsurteil	
		sehr gut und gut	mäßig bis sehr schlecht
un-/angelernt	bis 35	56,9	43,1
	36 - 45	52,7	47,1
	46 ++	24,0	76,0
Facharbeiterin	bis 35	72,7	27,3
	36 - 45	57,3	42,7
	46 ++	54,7	45,3
Fachschule/ Hochschule	bis 35	89,5	10,5
	36 - 45	76,8	23,2
	46 ++	70,8	29,2

Beschwerden

Die Aussagen eines Beschwerdenerfassungsbogen (nach Kasielke, Möbius und Scholze, erfaßt Beschwerden jetzt und bis 3 Wochen vor der Erhebung) gaben ein Bild eigener Art. Während die geäußerten Gesamtbeschwerden sich zwischen den Müttergruppen kaum unterschieden, waren deutliche Unterschiede bei der Kategorisierung nach körperlichen und psychischen Beschwerden festzustellen. Mütter mit 4 Kindern litten etwas häufiger an körperlichen, 3-Kind- und 1-Kind-Mütter viel häufiger an psychischen Beschwerden.

Objektiver Gesundheitszustand

Durch die allgemein- und zahnärztliche Untersuchung, verbunden mit Dokumentenanalysen aus der gynäkologischen Versorgung sowie Labor- und Funktionstests, sind Krankheiten und gesundheitliche Störungen gemäß der ICD-9 erfragt, neu diagnostiziert und ihr Behandlungsbedarf insgesamt ermittelt worden.

Chronische Krankheiten

In der ärztlichen Anamnese gaben die Mütter an, welche chronischen Krankheit bisher bei ihnen aufgetreten waren.

Auf die Mütter mit den meisten Kindern entfielen auch die meisten chronischen Krankheiten; im Durchschnitt nannten

1-Kind-Mütter	1,26,
3-Kind-Mütter	1,02 und
4-Kind-Mütter	2,67 Krankheiten.

Als häufigste Diagnosegruppe fanden sich Erkrankungen am Herz-Kreislauf-System. Auch die chronisch auftretenden Skelett- und Muskelerkrankungen belasteten die Gesundheit der Mütter sehr stark.

Stoffwechselstörungen, an dritter Stelle angeführt, betrafen vor allem Schilddrüsenerkrankungen sowie den Diabetes mellitus.

Als psychiatrisch-neurologische Krankheiten, die insgesamt relativ selten angegeben wurden, bildeten die Fälle mit Migräne und chronischem Kopfschmerz die größte Gruppe. In der Gruppe der 4-Kind-Mütter gab es zwei Alkoholikerinnen.

Die nosologische Struktur der chronischen Erkrankungen entspricht also weitgehend dem Morbiditätsspektrum der Gegenwart.

Neu ermittelte Morbidität

Die Gesamtzahl neu ermittelter Krankheiten und Störungen, die den Müttern bis zum Zeitpunkt der Erhebung (noch) nicht bekannt waren, unterschied sich in den Müttergruppen statistisch hochsignifikant. Im Durchschnitt sind für 1-Kind-Mütter 1,04 bisher nicht bekannte Krankheiten errechnet worden, und für die beiden übrigen Müttergruppen der gleiche Wert von 1,47. Dieses Ergebnis stand im Widerspruch zu den geringeren Beschwerden, die für die Mütter mit 4 und mehr Kindern typisch waren. Ganz offensichtlich verdrängen sie Beschwerden unter dem Druck der Alltagsanforderungen in der großen Familie.

Das Spektrum von Erkrankungen der Mütter aus Mehrkindfamilien ist variantenreicher als in der Müttergruppe mit nur einem Kind. Vielfältige Belastungen führen zu vielfältigen Störungen, während in der Gruppe der Mütter aus kleinen Familien die psychischen Beschwerden und Störungen ganz im Vordergrund standen.

Tab. 3: Neu erkannte Morbidität in den Müttergruppen (in %).

Müttergruppe	keine Morbidität	einfache Morbidität	Multimorbidität
1	26,7	42,9	30,5
3	10,3	32,2	57,5
4 ++	12,5	27,6	59,9

Es konnten unterschiedliche Hauptdiagnosen in den 3 Müttergruppen neu bzw. zusätzlich zu den schon bekannten Erkrankungen ermittelt werden:

- | | |
|---------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bei den 1-Kind-Müttern: | <ol style="list-style-type: none"> 1. psychische Krankheiten / Störungen 2. Krankheiten des Verdauungssystems 3. Störungen des Bluts und der blutbildenden Organe |
| Bei den 3-Kind-Müttern: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Störungen am Skelett- und Muskelsystem 2. Störungen des Atmungssystems 3. Kreislauferkrankungen |
| Bei den 4++-Kind-Müttern: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Stoffwechsel- und endokrine Erkrankung 2. psychische Krankheiten / Störungen 3. Krankheiten des Verdauungssystems |

Das multimorbide Bild, das die Mütter aus den großen Familien boten, muß nach psychosomatischem Verständnis nicht weniger psychogener Natur sein als die Störungen bei den Einkindmüttern.

Behandlungsbedürftigkeit

Die Behandlungsbedürftigkeit galt uns als das alle Krankheiten verbindende Merkmal in bezug auf die Anzahl der Krankheiten und deren Schwere. Sie gibt darum den Gesundheitszustand (verallgemeinert) am besten wieder. Es wurde in 3 Stufen kategorisiert:

- keine ärztliche Behandlung erforderlich (nicht krank oder nicht behandlungsbedürftig)
- ärztliche Kontrolle angezeigt
- ärztliche Behandlung erforderlich (temporäre Behandlung, Dauerbehandlung angezeigt)

Insgesamt hatten nur 24 Frauen keine altbekannte oder neuentdeckte Krankheit, die ärztlicherseits Aufmerksamkeit erforderte; das sind 17,8% aller Mütter, die als gesund im ärztlich-medizinischen Sinne gelten können. In 217 Fällen, das sind 41%, wurde eine Kontrolluntersuchung für angezeigt erachtet (am häufigsten bei den 3-Kind-Müttern), und bei dem größeren Teil von 288 Frauen wurden behandlungsbedürftige Krankheiten diagnostiziert. Wie unterschiedlich sich das Ergebnis auf die drei Müttergruppen verteilt, geht aus der folgenden Tabelle 4 hervor.

Tab. 4: Ärztliche Behandlungsbedürftigkeit in den Müttergruppen (in %).

Müttergruppe	nicht erforderlich	Kontrolle erforderlich	Behandlung erforderlich
1 Kind	5,7	46,2	48,1
3 Kinder	5,7	57,5	36,8
4 Kinder	3,0	30,2	66,8

Wie gravierend schlechter der Gesundheitszustand der kinderreichen Mütter eingeschätzt werden muß, geht aus der Indikation einer Langzeitbehandlung aufgrund einer chronischen Erkrankung hervor:

bei 1-Kind-Müttern	in 16,5%,
bei 3-Kind-Müttern	in 4,5% und
bei 4-Kind-Müttern	in 25,0% erforderlich.

Diskussion und Zusammenfassung

Es gibt kein ewiges Leben in Gesundheit. Jeder Frau trägt ein Risiko, lebensbelastende oder lebensverkürzende Krankheiten zu bekommen.

Mütter aus großen, kinderreichen Familien sind ganz offensichtlich eine Risikogruppe, die zu mehr (dauerhaften) Gesundheitsschäden neigt, möglicherweise auch als Folge einer zu lange hinausgezögerten Inanspruchnahme therapeutischer Hilfen oder der Verdrängung von Krankheitszeichen, denn sie beachten ihre Beschwerden weniger, solange die Leistungsfähigkeit nicht ernsthaft in Frage gestellt ist. Die Mütter nehmen sich nicht genügend Zeit für sich, haben nur wenig Hilfe durch ihren Partner oder andere Personen. Ihre Mißempfindungen beseitigen sie zudem noch überdurchschnittlich häufig mit Rauchen, was sie zusätzlich gesundheitlich strapaziert. Außerdem hatten die meisten Mütter aus großen Familien ein Schlafdefizit, das ihre Gesundheit subjektiv wie objektiv beeinträchtigt.

Die kinderreichen Mütter brauchen für ihre Gesundheit spezielle Unterstützung und Hilfen.

Auf der anderen Seite können wir bestätigen, daß auch die 1-Kind-Mutter und alleinerziehende Mütter mit 3 Kindern gesundheitlich belastet sind, sich diese Belastung aber vor allem im psychischen Bereich wiederfindet, sowohl als subjektive Beschwerde als auch in Gestalt einer ärztlich diagnostizierten psychischen Erkrankung. Weitere multivariat-statistische Prüfungsergebnisse vermitteln das Bild einer komplexen Belastung in großen Familien, in denen die gesundheitlichen und / oder Verhaltensstörungen der Kinder, eine belastende Partnerschaft in der Kombination mit Berufstätigkeit der Mütter als krankmachende Bedingungen erkannt worden sind.

Schlußfolgernd ist es offensichtlich nicht möglich gewesen, durch familienpolitischen Lasten- oder Leistungsausgleich einen gesundheitlichen Schaden von den vielfach belasteten Mütter abzuwenden. Das kann zum Teil der Art der Maßnahmen angelastet werden, die in ihrer finanziellen und materiellen Ausrichtung offenbar nicht alle Nachteile ausgleichen können; es kann aber auch in einem ungenügenden Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel begründet sein.

Eine gesundheitlich gestörte Mutter ist ein Risiko für die ganze Familie (Engfer, 1986, 1991). Die Familienpolitik muß Wege suchen, die die Mütter gesund erhalten, subjektiv und objektiv.

Es entstehen daraus drei wesentliche Fragen und Aufgaben:

1. wie können Mütter im Sinne der *Verhaltensprävention* besser befähigt werden, die verschiedenen Situationen ohne gesundheitliche Überforderung zu meistern bzw. sich ihrer bewußt zu werden und / oder sich diese Bedingungen selbst zu schaffen, aber schließlich auch
2. wie können im Zeichen der *Verhältnisprävention* die Anforderungen und Belastungen durch Kinderreichtum verringert werden, sodaß keine gesundheitlichen Nachteile für die Mütter entstehen können und
3. welche Aufgaben hat der Staat im Sinne seiner *Fürsorgepflicht* für Frauen (und Familien), die dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, zu übernehmen.

Diese Fragen und Aufgaben sind nicht neu, aber sie müssen auch unter dem Gesichtspunkt mütterlicher Gesundheit und im Sinne der Gesundheitsförderung immer wieder neu überdacht werden.

Literatur

- Albrecht, Christina und Albrecht, Torsten: Zur sozialen und gesundheitlichen Situation älterer kinderreicher Mütter und 1-Kindmütter in Stralsund. Med. Fak. der Universität Rostock, 1990
- Elger, Ursula; Eva Wonneberger, Vera Lasch, Dagmar Fuhr, Walter Heinzel: Belastungen und gesundheitliche Risiken von Bäuerinnen. Soz. Präventivmed 1995; 40: 146-156
- Engfer, Anette: Kindesmißhandlung. Stuttgart 1986 S. 73
- Engfer, Anette, Beate Minsel und Sabine Walper (1991): Zeit für Kinder! Beltz, Weinheim und Basel
- Lemke, Hannelore und Lemke, Ronald: Zur sozialen und gesundheitlichen Situation kinderreicher Mütter der Insel Rügen. Med. Fak. der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1989;
- Merz, M.: Die Erschöpfungsdepression bei der Mutter von Kleinkindern. Schweizerische Ärztezeitung / bulletin des médecins suisses Band 68, 1987, 40, 1779-1784
- Reis, K.: Zur Inkongruenz der Gesundheitsurteile von Ärzten und Laien. 9. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie, Mainz, 3.-6. Juni 1992
- Rugenstein, Christiane und Rugenstein, Karsten: Untersuchungen des Gesundheitszustandes alleinstehender Mütter mit 3 Kindern im Vergleich zu verheirateten Müttern mit 3 Kindern in den Städten Perleberg und Wittenberg. Med. Fak. der Universität Rostock, 1992;
- Seidenspinner, Heidemarie und Reinartz, Ute: Beitrag zur Analyse des Gesundheitszustandes kinderreicher Mütter im Vergleich zu Müttern mit einem Kind in einer Großstadt. Med. Fak. der Universität Rostock, Diss. 1990
- Sieverding, M.: Die Gesundheit von Müttern – Ein Forschungsüberblick. Zeitschrift für Medizinische Psychologie 1 / 1995, 6-16
- Wingen, Max: Vierzig Jahre Familienpolitik in Deutschland – Momentaufnahmen und Entwicklungslinien. Zugleich ein Beitrag zu 40 Jahren Bundesfamilienministerium. Vektor-Verlag, Graftschaff 1993

Eheglück trotz Familie

ERNST SIEBENHOFER

Der Titel „Eheglück trotz Familie“ ist nicht wörtlich zu nehmen, sondern sollte hier etwas Aufmerksamkeit erregen – ein journalistischer Titel, wenn Sie so wollen. Gemeint ist, daß wir bewußter darauf schauen sollen, daß die personalen Beziehungen von Ehepaaren lebendig bleiben sollen, weil das auch (von verschiedenen Autoren belegt) eine Grundvoraussetzung ist, um positive Wertevermittlung in der Familie besser gelingen zu lassen. Wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung in Österreich oder in Westeuropa anschauen, stellen wir in den Statistiken fest, daß die Isolation, auch in den Haushalten spüren wir das, sehr stark zunimmt, daß das Konkurrenzdenken aus wirtschaftlichen Gründen – allein die Philosophie der Marktwirtschaft trägt sehr stark dazu bei – auch spürbar wird. Konkurrenz heißt aber, daß sich der Anbieter bestmöglich verkaufen muß, und ich behaupte einmal, daß diese Ideologie in die Lebensformen und Lebenseinstellungen der Menschen einsickert. Konkurrenz ist aber nicht immer nur förderlich. Sicher brauchen wir Konkurrenz, wenn sie aber zu einem maßgeblichen Standpunkt wird, dann entstehen daraus für die Beziehungen Trennungstendenzen. Ich würde meinen, ein Ziel in der Erziehung und in der familiären Entwicklung sollte grundsätzlich doch unter dem Stichwort „Solidarität“ stehen. Zu diesen Gedanken habe ich einige Thesen anzubieten, die für die Paarbeziehung Bedeutung haben sollen.

Der Pastoraltheologe Metard Kehl vertritt die These, daß die Familien und Ehepaare Ausgangspunkt einer neuen Pastoral sind. Wir sprechen ja auch von dieser Gruppe als Wertevermittler. Er meint, daß die praktische Pastoral bei der Paarbeziehung bzw. bei der Ehe ansetzen muß. Nicht bei den Kindern, sondern eigentlich bei den Erwachsenen! In der Umsetzung unserer Bildungsarbeit haben wir deshalb in den letzten Jahren sehr stark danach gefragt: Wie können wir das tun? Wie können wir Paare/Eltern begleiten? Das Programm von P. Josef Venetz „Ehe ist nicht, Ehe wird“ (= Buchtitel, Rex-Verlag) hat uns dabei sehr motiviert. Dieser Titel ist schon ein Programm, das Ehe und partnerschaftliche Beziehung nicht statisch auffaßt, sondern, daß Ehe ein Prozeß ist, der beide Partner aufgrund ihrer Veränderungen immer wieder neu herausfordert. Diese Dynamik gilt für alle Ehephasen: Suchen – Verschmelzen – Distanzieren – Neuorientieren – Wiederfinden – Lösen.

Leben ist Veränderung. Um miteinander lebendige Beziehungen zu bauen und zu leben, braucht es ständig die Aufmerksamkeit, aber auch die Neuorientierung für sich selber und den Partner. Die folgenden Leitsätze stammen aus praktischen Erfahrungen in der ehebegleitenden Bildung:

1. These: Für eine lebendige Partnerbeziehung braucht es lebenslang Impulse – auch von außen.

Die Isolation der Familien – Zulehner spricht von „Familienschließfächern“ – nimmt zu. Die Privatisierung der Ehen wird fälschlich als Ideal genommen, weil das Familienglück nur in sich selbst gesucht wird. Unsere Erfahrung zeigt, daß für eine lebendige Beziehung Freunde, Verwandte, die Kollegenschaft, auch Literatur, Medien oder beispielsweise ehebegleitende Briefreihen, Seminare, Besinnungstage (bei denen nicht nur die religiöse Dimension, sondern auch die alltägliche Situation in Form einer Ehebilanz angeschaut wird), Ehepaarrunden und nicht zuletzt Gemeinschaften wie eine Pfarrgemeinde oder andere Soziotope, in denen Paare sich wohl fühlen können, eine Hilfe sein können. Man sollte die eheliche Beziehung nicht nur in sich selbst brüten lassen, sondern auch von außen her Impulse in die eigene Beziehung hineinnehmen. Es ist ein gesunder Wechsel zwischen Identitätssuche und ein Mit- und Füreinandersein notwendig.

2. These: Eine erfolgreiche Elternschaft beider Partner hängt von der Qualität der partnerschaftlichen Beziehung ab.

Im Familienreferat bieten wir z. B. seit etwa 15 Jahren Geburtsvorbereitungskurse mit sehr gut ausgebildeten Referentinnen an, wozu wir grundsätzlich beide Elternteile einladen. Das ist eine sehr wichtige Voraussetzung auch für viele spätere gemeinsame Unternehmungen und für ein Abklären der Elternrollen in bezug auf Erziehung und Wertevermittlung gegenüber den Kindern. Grundsätzlich haben wir es in der Eltern-

begleitung mit Werten zu tun, die wir nicht abstrakt formulieren. Es geht dabei darum, bestimmte Fähigkeiten zu erwerben oder immer wieder zu verbessern, z. B.:

- die Fähigkeit, sich gegenüber der Umwelt einerseits abzugrenzen, aber andererseits mit ihr zu kommunizieren und auf sie einzuwirken,
- die Fähigkeit zur Kommunikation innerhalb des Paares, innerhalb der Familie,
- die Fähigkeit, Konflikte zu lösen, man könnte theologisch sagen „Versöhnung zu feiern“,
- die Fähigkeit des einzelnen sowie der Paare oder der Familienmitglieder, sich persönlich auch einen Freiraum zu nehmen und Freiraum zu geben,
- die Fähigkeit zur gegenseitigen Wertschätzung, aber auch zur bezogenen Selbstverwirklichung,
- die Fähigkeit, Aufgaben in verschiedenen Phasen von Partnerschaft und Eltern-Kind-Beziehung gemeinsam zu bewältigen,
- die Fähigkeit, eine Religiosität zu entwickeln, die ein Beitrag zu einem sinnerfüllten Leben ist,
- die Fähigkeit, eine positive Einstellung zu Leib, Geschlecht, Sexualität zu vermitteln und zu leben,
- die Fähigkeit, spielerisch und kreativ zu bleiben, auch als Erwachsener,
- die Fähigkeit zur Entwicklung einer eigenständigen Kultur, die nur in dieser Familie entstehen kann aufgrund der Talente und der Möglichkeiten, die die verschiedenen Familienmitglieder mitbringen.

Ich denke, daß dafür aber bei dieser Veränderung im Lebensprozeß eine neue Herausforderung viel stärker auftritt als für jene Familien, die von vornherein ein fixes Aufgabenverteilungsmuster haben, weil erstere viel besser miteinander kommunizieren müssen. Eltern müssen lernen, positiv miteinander zu streiten und Kompromisse zu finden (z. B. mit dem Münchner EPL-Seminar).

3. These: Die Last der alltäglichen Aufgaben braucht den bewußten (oft festlichen) Ausgleich für das Paar.

Ein positives Umfeld kann dafür hilfreich sein. Wenn sie ihre Alltagssituation anschauen, dann erfahren sie häufig, daß sie vor lauter Aufgaben – egal ob zu Hause oder im Beruf – kaum Zeit finden, um als Paar etwas miteinander zu unternehmen. Wir regen unsere Paare sehr an, daß sie sogar einen Rhythmus entwickeln, um miteinander Zeit zu haben, um Feste zu feiern oder einmal jährlich einen Kurzurlaub als Paar allein zu unternehmen. Sehr gute Erfahrungen haben wir damit, daß wir die Silberhochzeitspaare in der Steiermark zu einer ehebegleitenden Reise einladen, die den Effekt hat, daß sich diese Gruppen meistens noch jahrelang treffen und Beziehungen miteinander aufbauen. Ein positives Umfeld kann für diese Forderung, daß das Paar für sich einen Ausgleich schafft, oft eine Hilfe sein, z. B. die Pfarrgemeinde oder aufmerksame Freunde oder Interessensgruppen, mit denen solche Ausnahmezeiten auch regelmäßig möglich sind.

4. These: Es ist auf eine Balance zwischen den individuellen, den beruflichen, oft auch den entwicklungsbedingten Veränderungen bzw. Neigungen und den (neuen) Wünschen für Gemeinsamkeiten zu achten (Selbstachtung, Fremdachung).

Wir wissen, daß es nicht möglich ist, alles gemeinsam zu machen, daß das auch nicht sinnvoll ist. Aber wenn die Gemeinsamkeiten nahezu auf null schrumpfen, dann ist die Gefahr einer Verarmung der Beziehung sicher gegeben. Es sollte auch möglich sein, diesen Wertaustausch in den gegenseitigen Wünschen zu ermöglichen. Dafür braucht es Zeit und Gelegenheiten füreinander, aber auch Zeiten der Selbstbesinnung. Jene Frauen und Mütter, die vor lauter Sorge um die Familie für sich selbst keine Zeit finden und mit gutem Recht sagen können, sie sind selbstlos, frage ich, ob sie ihr Selbst noch haben. Da braucht es wohl auch eine Unterstützung von seiten der Erwachsenenbildung und andere Möglichkeiten, dieses Selbstbewußtsein zu stärken, ihre eigene Identität auch zu fördern. In der Arbeit mit Paaren stellen wir häufig fest, daß sie immer wieder sagen, wir haben zuwenig Zeit füreinander. Da ist es wichtig, diese Zeiten einzuplanen und nicht alles in die Sorge um die Kinder, um den Beruf und um die Hausarbeit hineinzugehen. Besonders Lebensveränderungen sind meist sowohl Krisenzeiten als auch Chancenzeiten. Wir kennen die Statistik der Scheidungsziffern. Sehr häufig ist ein kritischer Punkt erreicht, wenn das Paar das erste Kind bekommt. Berufsveränderungen sind auch oft Krisen- und Chancenzeiten; weiters der Beginn der Schule für das Kind oder die Kinder; wenn die Kinder groß werden, in Berufe gehen, aus dem Haus sind und sehr häufig auch

die Pensionierung – meist des Mannes. Diese Veränderungen führen das Ehepaar oft zu einer Krise. In diesen Zeiten ist es besonders wichtig, daß auch begleitende Unterstützung da ist als Angebot, um neue Perspektiven zu eröffnen.

5. These: Auch Eltern kommen mit den großen Kindern in die „Pubertät“ und brauchen Hilfen und die Entschlossenheit, sich von den Kindern abzulösen.

Wenn die Kinder zwischen 15 und 20 sind, entwickeln Eltern manchmal eine unsinnige Aggressivität, weil sie sich einfach provozieren lassen. Wenn sie dann näher nachdenken, spüren sie, daß sie an etwas hängen, was sie oft selber gar nicht genau definieren können. Unter „Pubertät“ meine ich auch dieses Suchen nach neuen Möglichkeiten, weil es vielleicht zu Hause langweilig wurde, weil es mit dem Partner nicht mehr so spannend ist (manche suchen ja wirklich oft eine Abwechslung in Form eines „Seitensprungs“). Also pubertäre Verhaltensweisen zeigen auch Eltern, vor allem mit großen Kindern oder wenn die Kinder aus dem Haus gehen. Die Ablösung der Eltern von den Kindern ist ein wichtiger Prozeß, damit die Kinder auch ihr Leben aufbauen können. Das ist aber auch für die Mütter (und Väter) ein wichtiger Faktor, um sich selber wieder eine neue Perspektive aufbauen zu können.

6. These: Liebe macht machtlos.

Dieser Satz ist ein Zitat aus einem Buch von Viktor Chu – „Liebe, Treue und Verrat“ – der im wesentlichen behauptet, daß jede Paarbeziehung auch die Möglichkeit des gegenseitigen Verrats in sich hat, vor allem deshalb, weil Partner natürlich auch gewisse Fähigkeiten und Machtssysteme aufgebaut haben, die sie gegenüber dem anderen ausspielen. Dagegen hilft eben das Training miteinander, sich auf gleicher Ebene zu begegnen. Das macht machtlos, d. h., macht eigentlich zur Liebe fähig. Ich möchte hier am Schluß noch den Familienreferenten Neysters aus Essen erwähnen, der zu einer neuen Kultur der Treue auffordert. Mit Treue meine ich nicht in erster Linie, keinen anderen Geschlechtspartner zu haben, sondern die Partnerschaft als aktive Herausforderung aufzufassen, für den jeweils anderen attraktiv zu bleiben. Er plädiert für eine Kultur der Treue in diesem Sinn, daß man auch sich bewußt und aktiv um den Partner bemüht. Wenn die Beziehung zwischen den Ehepaaren ehrlich und spannend bleibt, dann ist das auch ein großer Wert, der automatisch an die Kinder und an die Umgebung weitergegeben wird.

Arbeitskreis 2:

Familienpolitik

Zusammenfassung

IRENE KERNTHALER

Am Beginn des ersten Treffens des Arbeitskreises Frauen- und Familienpolitik referierte Sieglinde Rosenberger über die Konflikte zwischen Familienpolitik und Frauenpolitik (siehe Referat im Plenum). Romana Widhalm stimmte mit ihr in der Analyse überein, kommt aber zu etwas anderen Lösungsansätzen. Sie sieht in einer modernen Familienpolitik nicht einen so starken Gegensatz zur Frauenpolitik, denn „Familienpolitik muß nicht auf Kosten der Frauen gehen“. Ihrer Meinung nach wird bei der Frauenpolitik eine alte Norm durch eine neue ersetzt: Hieß es früher „Frauen an den Herd“, so ist die neue Norm „Frauen in den Erwerb“. Sollen Frauen aber nicht selbst entscheiden können, wie sie mit ihren Kindern leben wollen? „Verwerflich sind doch nur die Umstände, die aus der Kindererziehung ein gesellschaftliches und soziales Problem für die Frauen machen.“ Es sei hier die Frage zu stellen, warum wir in einer Gesellschaft leben würden, die so angelegt sei, daß Eltern mit Kindern Schaden nehmen müssen. Menschen sollten sich in Zukunft weniger stark durch die Erwerbsarbeit definieren. Es sollte eine Symmetrie zwischen den Geschlechtern hergestellt werden, die auch Wahlfreiheit für Frauen und Männer beinhaltet. Paare sollten ihr Familienleben selber autonom gestalten können. Frauenpolitik könne nur weitergehen, wenn eine Männerpolitik zu greifen beginnen würde. Die Aufgabe des Gesetzgebers sei es, die Schwächeren – im Falle der Familien also die Kinder – zu schützen. Sieglinde Rosenberger erwiderte, daß die Einigung auf verbaler Ebene relativ schnell möglich sei. Die Schwierigkeiten würden in der konkreten Umsetzung liegen. Prinzipiell würde es zwei Wege gebe:

1. Der Staat muß mehr tun,
2. und die bezahlte und die unbezahlte Arbeit muß besser umverteilt werden. Dies führt allerdings zu Interessenskonflikten zwischen Frauen und Männern. Hier sei die Solidarität gerade unter den weiblichen PolitikerInnen oft nur sehr gering. Die Gesellschaft brauche den Staat zur Herstellung der Symmetrie.

Christoph Badelt sah den Konflikt zwischen Frauen- und Familienpolitik eher als ein ideologisches Problem. Linke würden Frauenpolitik machen, Konservative hingegen Familienpolitik. Dabei sollte dieses Thema doch eigentlich vielmehr ein Mann-Frau-Thema sein als ein parteipolitisches. Für Badelt liegt die mögliche Lösung für dieses Problem in einer Politik der konkreten Schritte. Die Diskussion um den Arbeitsbegriff, um den Wert der bezahlten und der unbezahlten Arbeit, würde nichts bringen. Es ginge um ganz konkrete juristische Vorschläge, um die gleichmäßige Verteilung des Risikos auf beide Geschlechter. Als Beispiele führte er den Versorgungsausgleich in der Pensionsversicherung und einen eigenständigen Krankenversicherungsanspruch der unentgeltlich arbeitenden Partner an. In der Diskussion wurden diese Punkte noch um die Unfallversicherung für den Arbeitsplatz Familie und den Kinderbetreuungsscheck erweitert.

Gabriele Binder führte an, daß im konservativen Bereich sehr viele Männer Familienpolitik machen würden und daß andererseits eine Frauenpolitik die Partner nicht ausschließen würde.

Frau Ott brachte das Modell Schweden in die Diskussion ein. Dort seien die Kosten der Umverteilung von der Gesellschaft getragen worden, um die Risiken von Beziehungen auf beide Partner besser aufzuteilen. Eine schlechtere Wirtschaftslage muß nicht unbedingt zu Lasten der Frauen gehen. Dasselbe gilt für die Flexibilisierung, die so durchgeführt werden kann, daß sie dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer Vorteile bringen kann.

Frau Hopf sah einen Meinungswandel in der Wirtschaft und in der Politik. Ihrer Meinung nach wird die Arbeit in den Familien zunehmend als Qualifikation empfunden. Christoph Badelt stellte fest, daß die Familienrechtsreform heute in der Öffentlichkeit nicht mehr diskutiert wird. Er kann sich nur schwer vorstellen, wie die vorgeschlagenen Ideen von der Umverteilung umgesetzt werden können. Die Sozialversicherungsreform kann aus budgetären Gründen nur zu Lasten der Männer gehen. Eine gute Argumentationslinie wäre in diesem Zusammenhang eine selbständige Versicherung für alle. Was die Arbeitsverteilung betrifft, zeigen die Scheidungszahlen, daß Frauen sich offensichtlich befreien können, weil die ökonomischen Möglichkeiten vorhanden waren. Es ginge um die Schaffung gleicher Macht- und Ausgangsbedingungen, und das ginge nur über ökonomischen Druck.

Zu Beginn des zweiten Teils des Arbeitskreises referierte Sigrid Hopf über Familienpolitik im Getriebe politischer Ressorts. Gabriele Binder stellt die notwendigen Maßnahmen der Familienförderung aus Sicht der Kinderfreunde dar.

Sigrid Hopf wies darauf hin, daß die Unterscheidung zwischen zu Hause bleiben und zur Arbeit gehen, zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit erst vor kurzem durch die hohe Spezialisierung entstanden sei. Diese sprachlichen Entwicklungen müßten mehr Beachtung finden und z. B. in der Schule behandelt werden. Werner Höffinger brachte das Beispiel, daß immer von Familienförderung geredet werde. Tatsächlich ginge es aber nicht um eine Förderung, wie z. B. in der Wirtschaft, sondern um die Herstellung von Gerechtigkeit. Die Teilnehmer waren sich einig, daß oft die Frauen selber abfällig über ihre Familien- und Hausarbeit reden würden, in dem sie z. B. sagen: „Ich bin nur Hausfrau.“ Dies sei ein Problem des Selbstwertgefühls, das bei allen Menschen auftritt, die in Karenz gehen. Diese Schwierigkeit sei tatsächlich nicht geschlechtsspezifisch, sondern mit dem gesellschaftlichen Wert von Familienarbeit zu begründen. Tatsache sei jedenfalls, daß auch Männer, die in Karenz gingen, Probleme mit dem Selbstwertgefühl bekämen. Solange aber innerfamiliäre Leistungen abgewertet werden würden oder „Haushalt eine Strafe ist“, würden Männer diese Arbeiten nicht übernehmen. Bei der Diskussion um die richtige Wortwahl wurde z. B. der Vorschlag gemacht, statt von Hausarbeit von „Haushaltsproduktion“ zu sprechen. Dieser Begriff würde auch die Erziehungsarbeit umfassen. Weiters sollte nicht Mutterschaft, sondern Elternschaft propagiert werden.

Romana Widhalm machte darauf aufmerksam, daß bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Betrachtung über die Lebenszeit besonders wichtig sei. In einem zeitlich sehr begrenzten Fenster von ca. 10 bis 15 Jahren müßten Ausbildung, Einstieg in den Beruf, Anschaffung von Wohnmöglichkeit und Auto, Paarbildung und erstes Kind unter einen Hut gebracht werden. Doch die Rahmenbedingungen würden hier nicht stimmen. Wieso sei es de facto unmöglich, sich mehr Zeit für die Familie zu nehmen ohne beruflich Schaden zu nehmen? Auch die übliche Koppelung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an die Kinderbetreuung sei kein Garant dafür, daß echte Vereinbarkeit gegeben sei. So habe das Burgenland eine 106%ige Deckung bei den Kindergartenplätzen, aber trotzdem die niedrigste Frauenerwerbsquote Österreichs, da es einfach an Arbeitsplätzen mangle.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion beschäftigte sich mit der Integration der familialen Welt in der Arbeitswelt. Es müßte doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß Kinder manchmal am Arbeitsplatz ihrer Eltern vorbeikommen könnten. Umgekehrt müßte aber z. B. für Eltern von Lehrlingen ein Tag der offenen Tür möglich sein. Weiters sollten Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten als Qualifikationsnachweise in Personalbögen eingegeben werden.

Eine weitere Frage, die diskutiert wurde: Was muß Frauen- bzw. Familienpolitik leisten, um nicht die andere Politik zu konterkarieren? Und wie spielt die Sozialpolitik in diese zwei Politikfelder hinein?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde ja auch den Frauen nützen. Es wäre daher bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung, wenn Familien- und FrauenpolitikerInnen darin übereinstimmen würden, daß heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben sei.

Sozialpolitik würde Risiken absichern, aber die Pensionskassen würden auch als Bestandteil von Sozialpolitik angesehen. In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, warum es auch für Kinder nicht ein Versicherungsprinzip gäbe. Es wurde auch die Forderung diskutiert, Steuern und Beihilfen ausschließlich am Kind zu orientieren.

Dem stand entgegen, daß ein Großteil der Familienarbeit von Frauen erbracht würde. Mit der Familienbeihilfe würde daher eine für die Gesellschaft erbrachte Leistung zumindest teilweise abgegolten. Daher müsse jedes Kind dem Staat gleich viel Wert sein, weil die Leistung der Kinderziehung für jedes Kind erbracht werde. Die Auszahlung von Pensionen hängt in keiner Weise mit gesellschaftlich erbrachten Leistungen zusammen.

Als mögliche Weiterentwicklung des Karenzgeldes wurde von Romana Widhalm die Idee des Betreuungsschecks dargestellt. Er würde für das erste Kind in der Höhe von ca. 6.000 öS ausgezahlt werden. Alle weiteren Kinder würden den Gutschein für die Kindergartenbetreuung erhalten. Die Höhe des Betreuungsschecks könnte etwa bei 6.000 öS liegen. Der Anspruch sei vom Kind her abgeleitet und würde allen Eltern die Wahlfreiheit ermöglichen. Zur Finanzierbarkeit wies sie darauf hin, daß eine Machbarkeitsstudie kurz vor der Beauftragung stünde.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage der Schwierigkeit des Wiedereinstiegs für Frauen nach der kinderbedingten Pause diskutiert. Hier wurde auf eine AMS-Studie verwiesen, die diese Frage für die oberen Bildungssegmente nach einem längeren Abstand zum Wiedereinstieg prüfte. Es stellte sich heraus, daß es keine klaren Ergebnisse ergab. Wider Erwarten konnten keine typischen Berufs- und Karriereverläufe nachgewiesen werden. Aufgrund dieser Information wurde eingebracht, daß vielleicht verstärkt Maßnahmen getroffen werden sollten, die die eigene Entscheidungskompetenzen von Frauen bestärken.

Als eine Schnittstelle zwischen Frauen- und Familienpolitik wurde die Frage definiert, wieweit eine Maßnahme Männer motiviert, Hausarbeit zu übernehmen. Es wurde die Forderung aufgestellt, daß jede neue Maßnahme an dieser Fragestellung zu prüfen sei.

Zu Beginn des letzten Treffens am Freitag stand das Referat von Veronika Gössweiner über die Möglichkeiten von Veränderungen der psychosozialen Lebenssituation von Familien durch Beratungsstellen. In diesem Zusammenhang wurden vor allem folgende Fragestellungen diskutiert:

- Werden Familienberatungsstellen auch politisch relevante Fragen gestellt?
- Ist der Vergleich zu anderen Ländern möglich?
- Wie kann man die Probleme der veränderten Familie am besten lösen?
- Werden auch konkrete Beziehungsprobleme, wie bei der Scheidungsursachenforschung, untersucht?
- Kann es überhaupt ein Ziel der Familienpolitik sein, Scheidungen zu verhindern?

Vorrang für Kinder – neue Aspekte zur Familienförderung

GABRIELE BINDER

Derzeit prüft der österreichische Verfassungsgerichtshof, ob Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen benachteiligt werden. Das Urteil wird im Frühjahr erwartet. Anlaßfall war ein Kärntner Familienvater, der beim Verfassungsgerichtshof als Letztinstanz Sonderausgaben von rund 320.000 öS einlegte. Seinen Anspruch begründete er mit außergewöhnlichen Belastungen für Unterhaltsleistungen, Arztkosten und Heilbehelfe für seine Ehefrau und drei Kinder. Um eine diesbezügliche Stellungnahme der Bundesregierung ist ein heftiger Streit ausgebrochen. Die SPÖ ist der Meinung, daß derzeit zu wenig sozial umverteilt wird, die ÖVP fordert mehr steuerliche Begünstigung nach Höhe der Unterhaltspflicht, spricht für Besserverdienende. Da nach dem EU-Wahlausgang die ÖVP neue Kampfkraft angesagt hat, wird mit einem Einlenken nicht zu rechnen sein.

Kaum in einem anderen Land wird mehr Geld für Familien ausgegeben als in Österreich. Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei den OECD-Staaten hinter Luxemburg und Island an dritter Stelle. Einem Alleinverdiener mit zwei Kinder verbleiben in Österreich 93,1% des Bruttoeinkommens. Ohne Kinder macht das Nettogehalt nur 74,5% des Bruttoeinkommens aus.

Zu den Familienleistungen kommen noch Leistungen im Bildungs-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktbereich für Familien, die nicht explizit ausgewiesen werden können. Insgesamt werden über 200 Mrd. öS jährlich für Familien in Österreich ausgegeben; dies entspricht in etwa 10% des Volkseinkommens. Familien werden in Österreich sicher nicht steuerlich diskriminiert; dies kann nur dann behauptet werden, wenn nicht alle Leistungen für Familien berücksichtigt werden.

Direkte und indirekte Familienleistungen 1995

Familienlastenausgleichsfonds	ca. 55 Mrd. öS
Steuerleistungen (Absetzbetrag)	ca. 15 Mrd. öS
Kostenlose Mitversicherung	ca. 75 Mrd. öS

Vom Mythos des steuerfreien Existenzminimums

Die ÖVP hofft, mithilfe des Verfassungsgerichtshofs ein sogenanntes „familienfreundliches Steuersystem“ durchsetzen zu können. *Das steuerfreie Existenzminimum ist kein garantiertes Existenzminimum pro Kopf*, wie der Name fälschlich annehmen läßt, sondern eine steuerliche Begünstigung von Familien mit nur einem Erwerbstätigen. Profitieren können davon nur die Besserverdienenden, außer es wird ein 1-zu-1-Ausgleich über eine Negativsteuer im unteren Einkommensbereich gewährt. Doch dieser ist nicht zu erwarten, denn sonst könnte man ja gleich auf eine steuerliche Familienförderung verzichten und eine Erhöhung der Familienbeihilfe fordern.

Der Verfassungsgerichtshof bezieht sich in seiner Stellungnahme auf die gesetzliche Unterhaltspflicht der Eltern. Dabei stellt sich die Frage, ob für die Kosten der privaten Lebensführung bei Beziehern höherer Einkommen die Allgemeinheit über eine Steuergutschrift aufkommen soll. Insbesondere Alleinerzieherinnen und Zweiverdienerhaushalte mit niedrigem Einkommen würden benachteiligt. Steuerliche Ausgleichszahlungen für Kinder knüpfen am Erwerbseinkommen und nicht an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit der Versorgung von Kindern an. Dadurch wird die Einkommenshöhe für die Höhe der Förderungen entscheidend und nicht die geleistete Arbeit pro Kind. Die wirklich armutsgefährdeten Kinder würden leer ausgehen. Für eine geringe Anzahl der Kinder würde damit die derzeitige staatliche Förderung mehr als verdoppelt werden. Und dies auf Kosten der Allgemeinheit, denn woher soll denn das Geld (in etwa 15 Milliarden

ös) für diese Steuerbegünstigung kommen? Damit die Kinder der Reichen mehr bekommen können, müßte allen anderen Kindern etwas weggenommen werden.

Effizientere Förderung von Kindern

Daher fordern die Kinderfreunde den Ausbau einer stärker an den Bedürfnissen der Kinder orientierten Familienpolitik, die direkt dem Kind und der das Kind betreuenden Person zugute kommt. Zu überlegen wäre auch die Umbenennung der Familienbeihilfe in eine Kinderbeihilfe, da diese das Existenzminimum der Kinder absichern soll. Die Abdeckung der Gesamtkosten für ein Kind ausschließlich durch Transferleistungen ist unrealistisch. Die Ausgaben für Kinder sind einerseits je nach Einkommen der Eltern unterschiedlich hoch, und andererseits sind sicher nicht alle Ausgaben förderungswürdig. Statistiken über Ausgaben pro Kind zeigen, daß für das erste Kind am meisten ausgegeben wird, für jedes weitere die Ausgaben pro Kind sinken.

Der Schwerpunkt des Familienlastenausgleichsfonds liegt bei der Familienbeihilfe und macht ca. zwei Drittel der Ausgaben aus. Da die meisten Kinder im oberen Einkommensdrittel sind, verteilt die Familienbeihilfe dort auch das meiste Geld hin. Dies hängt vor allem mit der längeren Bezugszeit von studierenden „Kindern“ zusammen. Jugendliche, die mit 15 Jahren in den Beruf einsteigen, sind die Verlierer unseres Systems, Studierende hingegen gelten bis zu einem Alter von 26 Jahren als förderungswürdig.

Leistungen wie die Geburtenbeihilfe und das Karenzgeld erzielen den höchsten Umverteilungseffekt, da sie Fixbeträge sind und unabhängig vom Einkommen ausbezahlt werden. Bei einer Studie der Oberösterreichischen Kinderfreunde gaben 65% der Befragten an, daß sie in Zukunft mit ihrem Kleinkind seltener zum Arzt gehen werden. Der Wegfall der Geburtenbeihilfe wird daher zu einer Verschlechterung der medizinischen Vorsorge von werdenden Müttern und deren neugeborenen Kindern führen.

Vor allem Maßnahmen im Infrastrukturbereich oder Sachleistungen wie Schulbücher und Freifahrten entlasten sozial schwache Familien direkt. Die Staffelung von Transferleistungen ist nur dann sinnvoll, wenn die Leistung an ein Einkommen gebunden ist. Bei der Familienbeihilfe gäbe es Probleme, denn dabei müßte das Familieneinkommen ermittelt werden, und man wäre wieder bei einer Haushaltsbesteuerung angekommen. Ein ungeheurer administrativer Aufwand ist gegenüber dem zu erwarteten Nutzen abzuwägen. Nur 0,6% aller Steuerpflichtigen sind so reich, daß sich eine Kürzung der Familienbeihilfe bezahlt machen würde. Durch die Ermittlung des Familieneinkommens würde die Berufstätigkeit der Frau bestraft werden. Auch erwerbstätige Mütter versorgen ihre Kinder, warum sollen sie dann weniger Familienbeihilfe beziehen?

Wenn die Ursache von Armut in Familien zu niedrige Einkommen sind, dann sind die Einkommen zu erhöhen! Daher sind Anhebung des Mindestlohns, Angleichung der Anfangs- und Endbezüge, Chancengleichheit am Arbeitsmarkt für Frauen sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen die einzigen zielführenden Maßnahmen gegen Armutsgefährdung von Familien.

Forderungen der Österreichischen Kinderfreunde

- **Wiedereinführung der Geburtenbeihilfe**
- **Vereinheitlichung der Familienbeihilfe**
Jährliche Inflationsanpassung
- **Vereinheitlichung des Kinderabsatzbetrages**
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
Verstärkter Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Betriebskindergärten
- **Infrastrukturausbau für Familien**
Ausbau von Familienberatungsstellen, Elternbildung, Mediation, Kinderschutzzentren, Frauenhäuser und allgemeine Sozialleistungen für Familien in Not
- **Abschaffung der Selbstbehalte**

Monitoring der Veränderung der psychosozialen Lebenssituation von Familien durch Auswertung der Erfahrung von Beratungsstellen

VERONIKA GÖSSWEINER

Das folgende Statement ist als Impulsreferat gedacht. Es sollen der Projekthintergrund und die Vorgehensweise eines geplanten Projektes des Österreichischen Instituts für Familienforschung dargestellt und andiskutiert werden:

Im Rahmen der beraterischen Tätigkeiten wird Wissen darüber angesammelt, welche Problemzonen in der Gesellschaft bestehen und / oder neu aufbrechen, mit denen die KlientInnen der Beratungsstellen als erste zusammenstoßen und Probleme haben.

BeraterInnen als Kollektiv verfügen über ein Wissens- und Erfahrungspotential, ein Problembewußtsein für Krisenfälle und Problemzonen bzw. haben Erfahrungen mit geglückten wie gescheiterten Bewältigungsstrategien, Ressourcen, Vorgehensweisen, Arbeitsmethoden etc. gesammelt.

Sie bemerken an ihren KlientInnen möglicherweise zu einem frühen Zeitpunkt jene Stolpersteine, die sich im Laufe der Zeit zu gesamtgesellschaftlichen Hindernissen auswachsen können.

Diese Erfahrungsschätze werden zur Zeit aber nicht gehoben. Daher soll die traditionelle Sichtweise, nach der Beratung und Psychotherapie von der Gesellschaft zur Heilung erkrankter Individuen zur Verfügung gestellt wird, umgekehrt werden. Anstatt davon auszugehen, daß Beratung und Psychotherapie von der Gesellschaft aus ähnlichen Gründen bereitgestellt und finanziert werden wie andere Einrichtungen des Gesundheitssystems – d. h. zur Heilung erkrankter Mitmenschen – soll die Fragerichtung umgedreht und überlegt werden, ob und wie der Erfahrungsschatz der Beratungsstunden für die 'Heilung' von Gesellschaft (auch im Sinne einer Prävention gesellschaftlicher Konfliktherde) gehoben und verfügbar gemacht werden könnte. Grundlegendes Ziel ist es daher, nicht die Adaptionenmechanismen der Bevölkerung zu forcieren, sondern Anhaltspunkte für notwendige gesellschaftliche Strukturänderungen zu bekommen, d. h. vom derzeitigen Adaptionenzwang zu einer regelmäßigen Antizipation der Folgen (politischer) Maßnahmen zu gelangen.

Das langfristige Anliegen ist nun, gemeinsam mit BeraterInnen das in der Arbeit mit KlientInnen akkumulierte Wissen über bestehende oder neu aufbrechende gesellschaftliche Bruchlinien zu erheben und ein methodisches Vorgehen dafür zu erproben, um dies den politischen EntscheidungsträgerInnen vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich zur (Früh-)Erkennung überindividueller Ursachen für Krisenfälle rückzumelden, d. h. politischen Handlungsbedarf aufzuzeigen und Entscheidungsgrundlagen für Bildungs- und familienpolitische Maßnahmen zu bieten.

Das Ziel des Projektes ist daher die Entwicklung und Überprüfung eines psychosozialen Indikatorsystems zur Messung und Bewertung von Veränderungen der psychosozialen Problembereiche auf der Basis der geförderten Familienberatungsstellen. Dieses Indikatorsystem soll einerseits eine regelmäßige Beschreibung der psychosozialen Situation der Beratungsklientel als spezifische Gruppe der Gesellschaft ermöglichen und andererseits ein langfristig verwendbares Instrument für die politische Entscheidungsfindung darstellen. Damit sollte es möglich sein, ein Frühwarnsystem bezüglich der psychosozialen Entwicklung (mit dem Fokus auf den familiären Lebensumständen) zur Verfügung zu haben, mit dessen Hilfe Rückmeldungen für das Beratungswesen an sich, die politische Entscheidungsfindung, Vorschläge für Modifikationen generalpräventiver Maßnahmen bzw. weiterführende und vertiefende Forschungsvorhaben möglich sind. Als übergeordnetes Ziel ist demnach eine Strukturänderung anzustreben, um Anhaltspunkte für notwendige Änderungen des gesellschaftlichen Gefüges zu bekommen.

Zur Projektvorgehensweise ist zu sagen, daß zur derzeit üblichen Beschreibung der Veränderung von Lebenssituationen vielfach ökonomische Indikatoren bzw. demografische Raten herangezogen werden. Diese beschreiben allerdings nur einen begrenzten Bereich der objektiv erlebten bzw. subjektiv empfundenen Lebensqualität. Daher wurde folgendes Methodendesign gewählt: Die dreistufige Vorgehensweise soll mittels der Auswertung der Basisdokumentation der Beratungsstellen, einer Fragebogenerhebung an allen Familienberatungsstellen und qualitativen Methoden (Interviews, moderierte Gruppendiskussionen, Zukunftswerkstätten etc.) mit ausgewählten Beratungseinrichtungen im Halbjahresrhythmus erfolgen. Weiters werden ExpertInnentreffen und projektbegleitende Supervision durchgeführt. Der gesetzte Fokus auf dem Beratungswesen bietet den Vorteil, daß die Beratungsstellen ein konstantes, gut strukturiertes System und langjährige Wissens- und Erfahrungsschätze aufweisen.

Erhebungsmethoden: In drei europäischen Ländern sollen parallel Informationen zur Veränderung der psychosozialen Lebenssituation mittels eines dreistufigen Designs (quantitative und qualitative Methoden) erhoben werden:

1. Fragebogen an alle in den jeweiligen Institutionen tätigen BeraterInnen. Der Fragebogen soll kurz gehalten sein und die Zusammensetzung des Klientenstocks, die derzeit dominierenden Themen, einen Vergleich zu den vor fünf Jahren relevanten Themen bzw. Problemen, Ursachenzuschreibungen und die Erfassung präventiver Tätigkeit enthalten. Es soll auch Raum für freie Kommentare geben.
2. Interviews: Es sollen Interviews mit erfahrenen BeraterInnen in jedem der drei Länder durchgeführt werden. Ziel der Interviews ist es in erster Linie, zu erfahren, welche beruflichen Erfahrungen und persönlichen Verarbeitungsprozesse hinter den im Fragebogen gemachten Angaben liegen.
3. Interaktive Gruppenreflexion der BeraterInnen verschiedener Dienststellen: An ausgewählten Beratungsstellen je Land soll ein eintägiges Treffen abgehalten werden, in welchem versucht werden soll, durch themenzentrierte Interaktion unter den BeraterInnen der Frage der Veränderung der psychosozialen Lebenssituation ihrer KlientInnen näher zu kommen.

Weitere innovative qualitative Methoden sind geplant.

Das Projekt ist als Pilotstudie (Machbarkeitsstudie) für eine Dauer von 18 Monaten in drei EU-Mitgliedsländern angelegt. Es sollen dabei auch unterschiedlich orientierte und strukturierte Beratungsinstitutionen erfaßt werden: Konkret wird vorgeschlagen, die Studie in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Beratungssystemen durchzuführen.

In einem Abschlußbericht sollen die Ergebnisse dokumentiert und evaluiert werden. Weiters sollen Empfehlungen bezüglich der möglichen Einführung eines regelmäßigen Monitoring und einer Ausweitung auf weitere europäische Länder erarbeitet werden.

Wie kann Familienpolitik im Gefüge politischer Ressorts aufgewertet werden?

SIGRID HOPF

Familienpolitik wurde zwar immer irgendwie auch betrieben, als eigenes politisches Ressort ist sie eine jüngere Einrichtung. Außerdem ist sie öfter als andere Gebiete mit weiteren verwandten Aufgaben kombiniert, z. B. Kinder, Jugend, Senioren, Umwelt, Gesundheit und eben Frauen. Aus diesen Auflistungen von Zuständigkeiten wird ersichtlich, wie sehr Familienpolitik eine Querschnitt-Aufgabe ist, wie sehr sie mit anderen gesellschaftlichen Aufgaben zusammenhängt.

Da es in der Politik nur zu oft (vordergründig) um die Verteilung von Geld geht, beziehen die Vertreter politischer Ressorts einen guten Teil ihres Selbstverständnisses aus ihrem Erfolg im Wettkampf um Mittel. Die „reichen“ Ressorts können wiederum eher mehr Macht ausüben. Damit das so funktioniert, müssen sie sich klar voneinander abgrenzen. Fachgebiete wie die Familienpolitik, deren Arbeit wesentlich durch Ausgleich, Abstimmen und Zusammenarbeiten bestimmt ist, haben es möglicherweise deswegen in der Hierarchie der politischen Struktur schwerer, mit dem sachlich begründeten Gewicht aufzutreten.

Allerdings lassen sich hinter den Fassaden des Abgrenzens und Wettstreitens im üblichen politischen Handeln ganz ebenso Formen des Abstimmens und echten Verhandeln erkennen („Diplomatie“). Sie mögen oft umso besser funktionieren, je weniger sie der öffentlichen Aufmerksamkeit direkt ausgesetzt sind (in einer Demokratie darf das Verhandeln hinter verschlossenen Türen nur die Ausnahme sein: Die Vor- und Nachbereitung solcher diplomatischer Schritte erfordert besondere kommunikative Kompetenzen).

An dieser Stelle zeigen sich einige Ähnlichkeiten mit herkömmlichen Geschlechterunterschieden. Schwerpunkte auf Seiten der Männer: Positionen anstreben und halten, Stärke zeigen, mögliche Selbstzweifel zurückstellen, was dazu führen kann, bei den anderen „Schwächen“ auszumachen und zugleich deren Stärken in Dienst zu nehmen. Schwerpunkte auf Seiten der Frauen: mehr an den Aufgaben selbst zu arbeiten, notgedrungen oft mehr im Hintergrund, zu versuchen, ohne Prestigegebahren auszukommen, dadurch effizient zu sein, aber weniger Beachtung und Belohnung zu erhalten, und – vor allem in *großen* Sozialsystemen – an Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu verlieren. Nicht zuletzt deswegen mögen Frauen anfänglich in politische Ressorts mit ausgeprägten Querschnitt-Aufgaben berufen worden sein – sachlich begründet, aber zugleich mit dem Ungleichgewicht auf der Machtebene belastet. Spätestens hier wird deutlich, daß die klassischen Rollenmuster nicht ausreichen, um in Zukunft gesellschaftliche Aufgaben in ihrer Komplexität und Reichweite zu lösen.

Um der Familienpolitik den sachlich begründeten Platz im Gesamtgefüge der Politik zu bereiten, gilt es:

- Frauen in großer Zahl und mit unterschiedlichsten Fachkompetenzen und Lebenserfahrungen in politische Ämter aller Art zu wählen;
- Fachleute beiderlei Geschlechts besser für den kommunikativen Anteil ihrer verantwortlichen Arbeit auszubilden: z. B. in Gesprächsführung und Mediation, im Umgang mit offener und verborgener Machtausübung, im Vorbeugen gegen Überlastung, sowohl bei sich selbst als bei anderen;
- Mitwirkungsformen zu entwickeln, die mit Familien- und Berufsverpflichtungen vereinbar sind (z. B. Telefon, Fax, wohnungsnahe Treffpunkte; achtsam bleiben gegen Indoktrination und vereinnahmende Rituale);
- in Sprache und Schrift Familienarbeit als Voraussetzung jeglicher gesellschaftlicher Arbeit zu kennzeichnen (im Gegensatz zur Verbraucher- und Freizeit-Perspektive): weltweit leisten Frauen zwei Drittel aller Arbeiten, darunter den Großteil der unbezahlten Familienarbeit im weitesten Sinn; sie sind also „finanziell schwach“ und „leistungsstark“, „sozial stark“.

Politisch gilt es folglich, Rahmenbedingungen zu entwickeln, in denen diese Art hoher Leistung aus der Armut herausführt.

Familienpolitik ist also in besonderem Maße Querschnitt-Arbeit, und, auf dem Hintergrund einer wettbewerbsbetonten historischen Entwicklung, vielleicht deswegen wenig prestigehaltig – ähnlich die Familienarbeit mit ihren vielfältigen, flexibel auf persönliche Bindungen und ein gesellschaftliches Umfeld bezogenen Leistungen und viel anstrengender Routinearbeit. Wenn wir dieses ständige Abgleichen, Kommunizieren und die Vielfalt produktiver Leistungen zur Identitäts- und Prestigebestimmung heranziehen, werten wir Familienarbeit ebenso wie Familienpolitik auf. Wetteifern um große Einzelleistungen kann in einem solchen gesellschaftlichen Gefüge einen wertvollen Platz einnehmen, darf aber das Ganze nicht dominieren.

So ist ein realistischeres gesellschaftliches Gefüge denkbar, in dem Sozial- und Wirtschaftspolitik in einem gleichgewichtigen Selbstverständnis und kreativen Austausch stehen.

Arbeitskreis 3:

Telearbeit und ihre Auswirkungen auf die Familie

Zusammenfassung

MARTINA BEHAM

Im Zentrum der Diskussion standen die Vor- und Nachteile, die Telearbeit für die Familie mit sich bringt.

Herr Kinn berichtete über ein Pilotprojekt des Österreichischen Instituts für Familienforschung zur Bestandsaufnahme und Orientierung zu „Familie und Telearbeit“. Die vorliegenden Ergebnisse dieses Pilotprojektes deuten darauf hin, daß die neue Form der Arbeitsorganisation für die Betroffenen dann als zufriedenstellend erlebt wird, wenn:

- die Telearbeitsregelung freiwillig gewählt wurde,
- die Familienmitglieder mit der neuen Form der Arbeitsorganisation einverstanden sind,
- der Wohnbereich über einen eigenen Arbeitsraum verfügt,
- die Angehörigen des Telearbeiters durch unterstützende Maßnahmen zu einem möglichst störungsfreien Arbeitsablauf innerhalb des Familienalltags beitragen.

Dieses – auf den ersten Blick – positive Ergebnis der Telearbeit für die Familie wird sowohl durch die Ergebnisse mehrerer Untersuchungen an der TU Wien, über die von Herrn Steinhardt berichtet wurde, als auch durch die Erfahrungen einiger ArbeitskreisteilnehmerInnen mit Telearbeit relativiert.

Anhand einer konkreten Untersuchung, die detaillierter berichtet wird, zeigte Herr Steinhardt, in welcher Familienphase für wen in der Familie Telearbeit Vor- bzw. Nachteile bringt.

Telearbeit eignet sich vor allem für Singles oder Paare ohne Kinder bzw. wenn die Kinder bereits selbständig ihren Alltag organisieren. Die Erwartung, daß Telearbeit zur Lösung der Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem in der Kleinkindphase beitragen könnte, erfüllt sich nicht. Je höher der Betreuungsbedarf der Kinder, umso weniger geeignet ist Telearbeit.

Zu den spezifischen Nach- bzw. Vorteilen für die Familie bei telearbeitenden Männern mit einer nicht-erwerbstätigen Partnerin und Kleinkindern (diese Familienkonstellation war bei dieser Untersuchung am häufigsten) zählen u. a.:

- Telearbeitende Väter stehen für familiär-private Anforderungen (Hausarbeit, gemeinsame Aktivitäten) kaum in einem höheren Ausmaß zur Verfügung als im Falle einer ausschließlich außerhäuslichen Erwerbstätigkeit.
- Für Kinder ist es nur schwer nachvollziehbar, daß Väter zwar anwesend, aber dennoch nicht verfügbar sind.
- Steht kein eigenes Arbeitszimmer zur Verfügung, erfordert Telearbeit vermehrte Rücksichtnahme der Familie.
- Berufsarbeit reicht in weite Teile der Familie (Wochenende, Abend etc.) hinein. Die prinzipiell permanente berufliche Verfügbarkeit führt zum Teil zu einer Einschränkung privat-familiärer Abmachungen und Einschränkungen sozialer Kontakte.
- Nicht-erwerbstätige Partnerinnen telearbeitender Väter übernehmen Unterstützungsleistungen, traditionelle Rollenmuster verfestigen sich.

Diesen Nachteilen stehen folgende Vorteile gegenüber:

- Väter können sich am frühen Abend einige Stunden bewußt ihren Kindern widmen, indem sie z. B. früher nach Hause kommen und abends arbeiten, wenn die Kinder schlafen.
- Notfallsituationen, wie z. B. Krankheit des Kindes, der Partnerin etc. sind leichter handhabbar.

- Marginal wächst der zeitliche Freiraum der nicht-erwerbstätigen Partnerin, wenn der Partner zumindest physisch anwesend ist.
- Die Anwesenheit, Nähe des Partners (auch ohne konkreten Nutzen) wird von der Partnerin positiv erlebt. Einigkeit bestand im Arbeitskreis, daß sich am ehesten alternierende Telearbeit eignet, um mögliche Vorteile nutzen und potentielle Nachteile minimieren zu können.

Um der Gefahr des Abbaus arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Standards vorzubeugen, bedarf es vertraglicher Regelungen. Zentral ist dabei, daß auf der Basis dieser vertraglichen Regelungen Betriebs- und Einzelvereinbarungen partizipativ ausgehandelt werden. Wichtiges Prinzip bei der Gestaltung derartiger Vereinbarungen stellt aus Sicht der ArbeitnehmerInnen die Freiwilligkeit dar. Das Prinzip der Freiwilligkeit beinhaltet auch, daß einmal getroffene Regelungen, z. B. bezüglich der Anwesenheit im Betrieb, wieder rückgängig gemacht werden können.

Innerfamiliär ist es wesentlich, daß die Erwartungen, Befürchtungen aller Beteiligten abgeklärt und gemeinsam Wege zur Realisierung der Erwartungen überlegt werden.

Die Diskussionen bezüglich Telearbeit können und dürfen nicht losgelöst von allgemeinen Diskussionen zur Arbeitszeitflexibilisierung gesehen werden. Telearbeit ist eine Form der Flexibilisierung unter anderen, bei der sich Probleme und Fragen der Flexibilisierung im besonderen zeigen.

Telearbeit und Familie

MICHAEL KINN

1. Einleitung

Am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) wurde 1995/96 im Rahmen eines Pilotprojekts zum Thema „Telearbeit und Familie“ ein methodisches Konzept zur Untersuchung der sozialen und familialen Auswirkungen von Telearbeit entwickelt.

Dieses Konzept beinhaltete qualitative Verfahren (strukturierte Interviews und deren inhaltsanalytische Auswertung) und ein quantitatives Erhebungsinstrument (ein Fragebogen zur Bewertung von Bedürfnis-Erfüllungsdiskrepanzen und beruflicher und familialer Zufriedenheit).

2. Stichprobe

Die Stichprobe der quantitativen Auswertung umfaßte 53 Personen, die unterschiedliche Familienphasen und -konstellationen repräsentieren sowie in unterschiedlichen Telearbeitsformen tätig sind (Telearbeit definiert sich als Arbeitsform, welche die Durchführung von Tätigkeiten teilweise oder völlig unabhängig vom zentralen Büro einer Firma umfaßt, wobei zumindest eine mündliche Absprache mit dem Arbeitgeber über Art und Umfang der Tätigkeit vorliegen muß).

69,8 % der Stichprobe waren Männer, 30,2 % Frauen. Das Durchschnittsalter betrug 35,7 Jahre (Männer 36,5 Jahre, Frauen 33,8 Jahre). Der Familienstand zeigte folgende Verteilung: Die Mehrzahl der Telearbeiter ist verheiratet (67,9 %) oder lebt in Lebensgemeinschaft (17 %). 9,4 % sind ledig, 3,8 % sind geschieden, 1,9 % verwitwet. Im Haushalt eines Telearbeiters leben durchschnittlich 3,3 Personen.

Bei der Entscheidung für Telearbeit handelte es sich in 66,7 % der Fälle um das Resultat einer Abwägung sowohl beruflicher als auch familienbezogener Motive, 17,6 % gaben primär berufsbezogene Motive und 15,7 % primär familienbezogene Motive an.

Bezüglich der Ausgangssituation ist in allen Fällen die Telearbeitsregelung für die Betroffenen auf freiwilliger Basis erfolgt, in 57,1 % der Fälle wurde Telearbeit im Zuge von internen Pilotprojekten des jeweiligen Unternehmens momentan getestet und war noch nicht definitiv.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug bei Männern 43,6 Stunden, für Frauen 32,1 Stunden. Bezüglich der Arbeitszeitverteilung ergab sich durch die Telearbeit gegenüber früher eine geringfügige Verschiebung der Arbeit in die Abendstunden (als Kernzeit wurde der Zeitraum von 8 bis 18 Uhr und als Abendstunden der Zeitraum von 18 bis 22 Uhr definiert).

3. Ergebnisse

Der erste Aspekt der Forschungsfragestellung ging davon aus, daß die individuelle Lebensausrichtung, die lange Zeit hauptsächlich durch die Erwerbsarbeit geprägt war, zunehmend an Bedeutung verliert, wobei der Faktor Zeit für die Menschen einen zunehmend höheren Stellenwert gewinnt.

Die erste Hypothese lautete folgendermaßen: *„Unzufriedenheit mit starren Arbeitszeiten und der Wunsch nach zeitlicher Flexibilität begünstigen eine Entscheidung für Telearbeit“*. Anhand der untersuchten Stichprobe konnte diese Annahme bestätigt werden. Das real gewonnene Ausmaß an Flexibilität entsprach zwar immer noch nicht dem Ausmaß des Bedürfnisses, allerdings konnte durch die Telearbeitsregelung eine diesbezügliche Diskrepanzverringering herbeigeführt werden.

Die zweite Hypothese ging davon aus, daß *„der Wunsch nach Anpassung der Arbeitszeit an den persönlichen Rhythmus ein Motiv für die Wahl dieser Arbeitsform darstellt“*. Der Wunsch nach Anpassung der Arbeitszeit an den persönlichen Rhythmus kommt vor allem dort zum Tragen, wo Phasen der Konzentration und Kreativität

im Arbeitsprozeß gefordert sind und geht in den meisten Fällen auch mit dem Wunsch nach der Möglichkeit des störungsfreien Arbeitens einher. Beide Bedürfnisse ließen sich für die untersuchte Stichprobe im Zuge eines herkömmlichen Büroalltags nur schwer verwirklichen. Die Telearbeitsregelung bietet hier die Möglichkeit, effizienter und zufriedener arbeiten zu können.

Die dritte Hypothese ging davon aus, daß *„der Wunsch nach Reduzierung von Wegzeit und -kosten zu einer Entscheidung für Telearbeit beiträgt“*. Der Wunsch nach Reduzierung von Wegzeit war für alle untersuchten Personen maßgeblich, da die durchschnittliche Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz mit 39,3 km für die Betroffenen nicht nur einen Zeitfaktor, sondern auch einen Streßfaktor darstellte.

Die vierte Hypothese ging davon aus, daß *„die Telearbeit in strukturschwachen Gebieten eine Möglichkeit für sonst nicht vorhandene Erwerbstätigkeit darstellt“*. Die vorliegende Studie konnte nur zwei diesbezügliche Fälle vorweisen. In beiden Fällen handelte es sich um Frauen, denen die Telehausinitiative die Möglichkeit bot, in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, die sonst für sie nicht vorhanden gewesen wäre.

Die fünfte Hypothese lautete: *„Alternierende Telearbeit und Telearbeit in Satelliten- oder Nachbarschaftsbüros gewährleistet hohe Arbeitszufriedenheit, da für das Berufsleben wesentliche Faktoren (Kollegenkontakte, Wissensaustausch, Aufstiegsmöglichkeiten) erhalten bleiben, bei gleichzeitiger Möglichkeit, einen Teil der Arbeitszeit frei disponieren zu können“*. Der überwiegende Teil der untersuchten Stichprobe (69,8 %) war im Bereich der alternierenden Telearbeit tätig und wies hohe Werte bezüglich der Arbeitszufriedenheit auf. Bezüglich der für das Berufsleben wichtigen Belange, wie die Möglichkeit der regelmäßigen Kollegenkontakte sowie der fachliche Austausch mit Kollegen, zeigten sich quantitativ keine Veränderungen gegenüber der früheren Arbeitsregelung. In der persönlichen Stellungnahme wird allerdings deutlich, daß es in diesen Bereichen durch die vermehrte Abwesenheit von der Zentrale zu nachteiligen Effekten kommen könnte, wenn man diesem Phänomen nicht eigeninitiativ entgegensteuert.

Die Teleheimarbeiter stellten innerhalb dieser Stichprobe nur einen geringfügigen Prozentsatz dar – zu gering, um quantifizieren zu können – wiesen allerdings innerhalb der qualitativen Analysen hohe Zufriedenheit bezüglich ihrer Arbeitssituation auf. Das vieldiskutierte Phänomen der sozialen Isolation war hier nicht zu beobachten, das soziale Umfeld der Betroffenen erfuhr lediglich eine Verlagerung in den häuslichen Bereich.

Der zweite Aspekt der Forschungsfragestellung beinhaltete die Veränderungen, die durch eine komplette oder teilweise Aufhebung der räumlichen Trennung von Arbeits- und Familienleben resultierten.

Die sechste Hypothese lautete folgendermaßen: *„Der Einsatz von Telearbeit bietet die Möglichkeit, berufliche und familiale Interessen zu vereinbaren“*. Die Ergebnisse der Studie zeigten, daß ein ausgeprägtes Bedürfnis besteht, berufliche und familiale Interessen vereinbaren zu wollen und daß die Telearbeit – im Gegensatz zu herkömmlichen Arbeitsverhältnissen – besser dazu beiträgt, eine derartige Vereinbarkeit zu gewährleisten. Es wird zwar durchgehend konstatiert, daß durch die Telearbeitsregelung nicht wirklich mehr Zeit gewonnen wird, um sie ausgiebiger als sonst der Familie widmen zu können, aber allein durch die Tatsache der vermehrten Anwesenheit zu Hause erlebt man es als Vorteil, für die Familie 'greifbar' zu sein.

Die siebente Hypothese lautete: *„Der Wohnbereich muß über einen geeigneten Arbeitsraum verfügen, um die Lebensqualität im privaten Bereich nicht zu beeinträchtigen“*. Die vorliegende Stichprobe wies eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 113,9 m² bei im Durchschnitt 3,2 im Haushalt lebenden Personen auf, wobei in 46,3% der Fälle ein separierter Arbeitsraum vorhanden war.

Die achte Hypothese besagte, daß *„die vermehrte Anwesenheit im Wohnungs- bzw. wohnungsnahen Bereich einen Anstieg der intra- bzw. interfamilialen Kommunikation zur Folge hat“*; damit einhergehend die neunte Hypothese, die besagte, daß *„durch die vermehrte gleichzeitige Anwesenheit der Familienmitglieder neue Umgangs- und Bewältigungsstrategien erforderlich werden“*. In den Fällen, wo der Telearbeiter an Telearbeitstagen bzw. ständig für die gesamte Familie im Haushalt anwesend war, fand eine verstärkte intrafamiliale Kommunikation statt, die von allen beteiligten Familienmitgliedern als positiv erlebt wurde. In bezug auf einen Anstieg interfamilialer Kommunikation konnten aus den vorliegenden Ergebnissen keine Aussagen getroffen werden.

Massive Umstellungsschwierigkeiten durch die Verlagerung der Arbeit in den häuslichen Bereich wurden von den Familienmitgliedern nicht konstatiert. Die Gründe hierfür scheinen vor allem darin zu liegen, daß die Telearbeiter diese Arbeitsform im Einverständnis mit dem Unternehmen frei wählen konnten und daß auch in allen Fällen das Einverständnis der beteiligten Familienmitglieder vorhanden war. In diesem Sinne wurden durch die Arbeit bedingte Veränderungen innerhalb des gewohnten Familienalltags nicht als Belastung, sondern als Herausforderung erlebt. Anpassungsleistungen, vor allem seitens der Kinder, in bezug auf ein Umgehenlernen mit der Anwesenheit, aber nur teilweisen Verfügbarkeit des zuhause arbeitenden Elternteils, waren vonnöten. Nach einer kurzen Anpassungsphase wurde dieses Faktum auch von den Kindern akzeptiert und positiv bewertet.

5. Diskussion

Anhand der vorliegenden Ergebnisse kann ausgesagt werden, daß die neue Form der Arbeitsorganisation gut und für die Betroffenen zufriedenstellend funktioniert und daß auch die Integration der Arbeitswelt in das Familienleben zufriedenstellend bewerkstelligt werden konnte. Dafür haben sich im wesentlichen folgende Faktoren herauskristallisiert:

1. die Freiwilligkeit der Telearbeitsregelung
2. das Einverständnis der Familienmitglieder
3. die Wohnbedingungen
4. der Support innerhalb der Familie

Die ersten drei Punkte wurden bereits anhand der Hypothesen dargestellt. Der vierte und wahrscheinlich wesentlichste Punkt hat sich anhand der Ergebnisse als intermittierende Variable herauskristallisiert, die wesentlich zum Gelingen der Integration der Arbeitswelt in die Familie beiträgt.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die momentane ‚Pilotsituation‘ zum Thema Telearbeit es Familien sowie Einzelpersonen gestattet, die Arbeitswelt in Kooperation und Rückkoppelung mit Unternehmerinteressen aktiv mitgestalten zu können und daß seitens Arbeitnehmern und deren Familien auch ein ausgeprägtes Bedürfnis besteht, in diesem Prozeß mitgestaltend beteiligt sein zu wollen, um aus technologischen Innovationen, die zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen können, persönlichen Nutzen zu ziehen.

Telearbeit und familiärer Alltag: Mythos und Realität

GERALD STEINHARDT

In der allgemeinen Diskussion um die Konsequenzen von (teilweiser) Telearbeit für den familiären Alltag wird regelmäßig auf die bessere Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Verpflichtungen wie auch auf die Möglichkeit verstärkter Teilhabe am Leben der Kinder hingewiesen. Diese positiven Verheißungen und Erwartungen hinsichtlich der Konsequenzen von Telearbeit erfüllen sich jedoch gerade bei Berufstätigen mit Kindern – von Ausnahmefällen abgesehen – über weite Strecken weder für die Arbeitenden selbst, noch für die Angehörigen.

Die Indizien dafür sind vielfältig. Wie die Ergebnisse einer von uns durchgeführten empirisch-qualitativen Untersuchung¹ zur Alltagspraxis alternierender Telearbeit in einem großen österreichischen Unternehmen zeigen, ist die Zusammenführung von Arbeit und Privatleben im häuslichen Bereich eine äußerst eingeschränkte: Vor allem männliche Telearbeiter schotten sich während ihrer Arbeitstätigkeit zu Hause stark von ihrem familiären Umfeld ab, um ungestört arbeiten zu können, und stehen kaum für familiäre und private Anforderungen und Aktivitäten zur Verfügung. Entweder arbeiten die Telearbeiter ohnehin dann zu Hause, wenn keine anderen Familienmitglieder anwesend sind (etwa vormittags); oder die anderen Familienmitglieder akzeptieren, daß sie während der Arbeitszeit nicht als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Gerade kleineren Kindern fällt es – aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen – zuweilen schwer, mit der widersprüchlichen Situation umzugehen, daß ein Elternteil zwar zu Hause, aber für sie nicht verfügbar ist. Aber auch manche Telearbeiter nehmen diese Doppelanforderung im selben raum-zeitlichen Gefüge bei klarer Priorität der Arbeitsnotwendigkeiten als enormes Belastungsmoment wahr. Hinsichtlich der Kinder zeigte sich, daß ihr Risiko steigt, verstärkte Disziplinierungsmaßnahmen über sich ergehen lassen zu müssen, damit die Abschirmung der elterlichen Arbeitssituation von störenden Einflüssen aufrechterhalten werden kann. Auch die Blockierung von Räumen und deren prioritäre Nutzung für ungestörtes Arbeiten, wenn kein eigenes Arbeitszimmer vorhanden ist, stellt in der Regel eine Beeinträchtigung der Mitbewohner dar (Lebenspartnerinnen wie Kinder; letztere werden dann oft ins Kinderzimmer oder in den Garten „verbannt“). Nur wenn Männer aufgrund einer temporären Abwesenheit der ansonsten dafür zuständigen Personen (meist waren das die Lebenspartnerinnen) für die Kinderbetreuung verantwortlich sind, werden die Prioritäten anders gesetzt. Ihr Ziel ist es dann, zu sequenzieren, sodaß Arbeitstätigkeiten und Aktivitäten mit den Kindern abwechseln, wobei darauf geachtet wird, daß jede der Aktivitäten ausreichend lange und ungestört durch die Anforderungen des jeweils anderen Bereichs wahrgenommen werden können.

Für weibliche Telearbeiterinnen ist das Spannungsfeld zwischen Kinderbetreuung und Arbeitstätigkeit von vornherein konfliktbelasteter, da sie – im Gegensatz zu den Männern – nach wie vor mit der Dreifachbelastung Arbeitstätigkeit, Kinderbetreuung und Haushaltstätigkeit konfrontiert sind. Ihnen gelingt es trotzdem eher, Kinderbetreuung und Beruf über häusliche Arbeit zumindest partiell zu verbinden – in der Regel allerdings auch nur dann, wenn die Telearbeit außerhalb der regulären Arbeitszeiten stattfindet (etwa bei einem halben Dienstvertrag an den beiden freien Wochentagen oder am Abend), und permanent bedroht durch objektive Überlastung und Selbstüberforderung durch die Parallelität von Kinderbetreuung und Telearbeit. Wenn gleichzeitig das Kind betreut und gearbeitet wird, können zwar kaum kreativ-konzeptive Arbeiten erledigt werden, doch gelingt es Frauen offensichtlich besser als Männern, in diesen Zeiten jene Arbeitsanteile zu erledigen, die weniger Konzentration erfordern. Die aufwendigeren Tätigkeiten werden entweder in der Firma oder zu jenen Zeiten abgewickelt, an denen zusätzlich eine eigene Kinderbetreuungs-

1 Hergge R., Kompast M., Kolm P., Steinhardt G., Wagner I.: Zur Alltagspraxis von Telearbeit: Verbindungen und Übergänge. Forschungsarbeiten an der Abt. f. CSCW am Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung der TU Wien 6/1996

person zur Verfügung steht, was sich bei ausgedehnterer Telearbeit innerhalb der regulären Arbeitszeiten als unerläßliche Notwendigkeit erweist.

Von den ArbeitnehmerInnen aus dem qualifizierten Angestelltenbereich selbst wurde die Telearbeit vor allem wegen der damit verbundenen Flexibilität und Mobilität geschätzt. Betrachtet man die Alltagsrealität jedoch genauer, wie sie die TelearbeiterInnen schildern, so erweist sich gerade dieser Aspekt als Fiktion. Die von uns untersuchten TelearbeiterInnen waren nämlich vorwiegend insofern flexibel und mobil, als sie – gegenüber früher in verbesserter Form – auch außerhalb der Firma und außerhalb der Bürozeiten für die betrieblichen Anforderungen verfügbar waren, indem sie auch am Abend, am Wochenende, aus dem Urlaub oder vom Zweitwohnsitz aus auf Dokumente, Nachrichten und Anfragen zugreifen und gegebenenfalls auch eingreifen konnten.

Flexibilität erweist sich damit als ambivalentes Phänomen: Einerseits wird – zumindest fiktiv – der eigene Freiraum vergrößert: Subjektiv erlebten die meisten Telearbeitenden die neue Situation als Chance zur individuellen Gestaltung des eigenen Arbeitsalltags. Gleichzeitig verstärkt sich aber genau durch die Erhöhung der Flexibilität die Anbindung an die Erfordernisse der Firma; und zwar auch zu Zeiten und an Orten, die bisher aus verschiedenen technisch-organisatorischen Gründen nur beschränkt anschlussfähig an betriebliche Anforderungen waren. Außerdem wird an der Telearbeit ein genereller Wandel der Arbeit deutlich: Nicht mehr die aufgewendete Zeit, sondern die erfolgreiche Durchführung abgegrenzter Projekte stellen zunehmend das vorrangige Bewertungskriterium dar. Auch dadurch wird Arbeit zwar flexibilisiert, gleichzeitig steigt jedoch der Druck auf die Arbeitnehmer. Durch diese Prozesse kommt eine Dynamik in Gang, der sich viele kaum entziehen können: Sie erleben einen „Sog der Arbeit“, die sich in weite Teile des Privatbereichs hinein ausbreitet und diesen dominiert.

Diese schleichende Durchdringung des gesamten Lebenszusammenhangs durch Arbeit bleibt für die Angehörigen nicht ohne Konsequenzen: Durch die verstärkte Inanspruchnahme der Abende, Nächte, Wochenenden und sogar Urlaube für die Arbeit etwa werden die Gestaltungsmöglichkeiten dieser Zeiten auch für die restlichen Familienmitglieder vermindert. Zumindest bei den Männern läßt sich – gleichsam als Kehrseite der Möglichkeit, die Arbeit jederzeit wieder aufnehmen zu können – ein gewisses Maß an Unverbindlichkeit gegenüber den Partnerinnen und Kindern im Privatbereich beobachten. Die Gestaltungsmöglichkeiten der flexibilisierten Arbeit werden kaum für verbindliche häusliche Vereinbarungen genutzt (etwa im Sinne von Verpflichtungen im gemeinsamen Haushalt, hinsichtlich gemeinsamer Aktivitäten oder bezüglich der vorausschauenden Terminkoordination für die Kinderbetreuung zur Entlastung der Partnerin). Umgekehrt sehen sich ihre Partnerinnen zuweilen erhöhten Anforderungen hinsichtlich der Alltagsbetreuung des Telearbeiters und der Sicherung des von ihm benötigten häuslichen Freiraums ausgesetzt. Von den Angehörigen wird dieses Primat der beruflichen Anforderungen gegenüber familiären Ansprüchen während der Arbeitswoche in der Regel nicht goutiert, aber in vielen Fällen als wenig veränderbares Faktum hingenommen.

Als Chancen und Vorteile der Telearbeit für den familiären Alltag – die zum Teil aber noch zu wenig genutzt werden – erweisen sich vor allem

- a) die Möglichkeit der Synchronisation der Arbeitszeiten mit dem häuslichen und familiären Rhythmus (vor allem Männer nutzen die durch Telearbeit eröffnete Chance, fallweise nicht erst wie früher gegen 19, 20 oder 21 Uhr nach Hause zu kommen, sondern die Firma schon 2 Stunden früher zu verlassen und sich in der gewonnenen Zeit mit den Kindern zu beschäftigen. Wenn die Kinder schlafen, wird die „versäumte“ Arbeit dann zu Hause nachgeholt);
- b) das leichtere Management häuslicher Notfallsituationen, die gerade in Familien mit Kindern oft schwer lösbare organisatorische Probleme mit sich bringen;
- c) die Gewinnung von marginalen Freiräumen für kinderbetreuende Partnerinnen, die zuweilen spontan kurze außerhäusliche Erledigungen vornehmen können, da der telearbeitende Partner für den Fall, daß den Kindern etwas zustößt, im Haus ist;
- d) das angenehme Gefühl der physischen Anwesenheit des Partners / Elternteils ohne konkreten weiteren Nutzen.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß sich Familie und Arbeit deshalb nicht leichter verbinden lassen, nur weil man von zu Hause aus arbeitet. Es zeigt sich, daß das räumliche Zusammenwachsen von Arbeit und Privatleben durch Telearbeit nur eine marginale Erweiterung der Freiräume und geringe Zugewinne bringt, den häuslich-familiären Bereich jedoch verstärkt der Logik und den Anforderungen des Berufsalltags ausliefert. Das gilt nicht nur für die Gruppe privilegierter TelearbeiterInnen, auf welche hier vorwiegend Bezug genommen wurde, sondern in modifizierter Weise auch für jene Gruppe benachteiligter TelearbeiterInnen im Bereich der Schreib- und Bürotätigkeiten, die von zuhause aus Routinetätigkeiten gegen geringe Bezahlung erledigen. Das betrifft v. a. Frauen, die auf diese Weise Erwerbsarbeit mit Kinderbetreuung kombinieren (vgl. Felstead, im Erscheinen). Sie sind beträchtlichen Risiken ausgesetzt: Ihre Jobs sind unsicher, sie haben kaum Karrierechancen und sind von Dequalifizierung wie auch – wenn sie ausschließlich zu Hause arbeiten – von sozialer Isolation bedroht.

Arbeitskreis 4:

Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises 4 erarbeiteten in über das Symposium hinausgehenden Treffen das nachstehende Positionspapier.

Die darin enthaltenen 9 Thesen sind daher mehr als eine Zusammenfassung. Sie stellen das Ergebnis eines umfassenden und intensiven Diskussionsprozesses dar, in dem sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die vorliegenden Inhalte geeinigt haben.

Die prozeßhafte Erarbeitung des Positionspapiers ist beispielgebend für jenen rücksichtsvollen Umgang, der für das Leben mit beeinträchtigten Menschen entscheidend sein soll.

Positionspapier

Eine Mikrozensus-Erhebung 1992 zeigt, daß in 6% (das sind 187.000) aller österreichischen Privathaushalte mindestens ein dauernd hilfsbedürftiges und im weiteren in 2% (das sind 68.000) ein zum Zeitpunkt der Befragung hilfsbedürftiges Haushaltsmitglied lebt. Insgesamt ergibt das 255.000 von Pflegebedürftigkeit betroffene Haushalte (Quelle: ÖSTAT – Mikrozensus-Sonderprogramm März und September).

Die Zahlen vermitteln einen grundsätzlichen Trend, bedürfen aber einer vertiefenden Analyse.

Zur Zeit gibt es eine terminologische Debatte im Bereich der Behinderungen. Die Einführung der Begriffe von „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ oder „Menschen mit Beeinträchtigungen“ zeigen das gesellschaftliche Bemühen um wertschätzenden Umgang. Letztlich geht es aber nicht um Bezeichnungen, sondern um Haltungen. Immerhin kann auch die Benennung den Weg in die richtige Richtung bahnen.

Lösungsansätze müssen auf unterschiedlichen Ebenen liegen:

- Netzwerke
- Bewußtseinsbildung / Öffentlichkeitsarbeit
- Ethische Diskussionen
- Forschungsbedarf 'Familienforschung / interdisziplinäre Vernetzung'

Nachstehende Thesen sind formuliert unter Miteinbeziehung betroffener Familienmitglieder im Sinne der Themenstellung des Arbeitskreises. Nicht berücksichtigt ist die Sichtweise von beeinträchtigten Menschen selbst.

These 1

Es gibt Gemeinsamkeiten im Leben von und mit beeinträchtigten Menschen (Behinderte, chronisch Kranke, psychisch Kranke, hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen etc.).

Leben mit beeinträchtigten Menschen schafft familiale Systeme mit besonderen Bedürfnissen.

Wenn man davon ausgeht, daß die Beziehungsebene das Grundlegende in allen Bereichen der Betreuung beeinträchtigter Menschen ist, dann muß auch Beziehung das eigentlich Schützenswerte – und zwar geschützt auch durch Entlastungsmöglichkeiten für die Familie ohne Schuldgefühle – sein. Betroffenheit hat verschiedene Aspekte: Leid-Erfahrung, Erleben von Ausgrenzung, Chance, das Leben vertieft und in seinen verschiedenen Dimensionen zu erfahren, Kompetenz durch Alltagsexpertentum. Betroffenheit braucht Dialog auf allen Ebenen.

Offene Diskussionsmöglichkeiten über die eigene Betroffenheit durch Beeinträchtigungen (für Beeinträchtigte selbst, deren Angehörige und professionelle Helfer) sind entlastend.

These 2

Bei den helfenden Familienmitgliedern ist die Beachtung der eigenen Bedürfnisse sowie die Achtung vor ihnen eine Grundvoraussetzung für konstruktives, auf Gegenseitigkeit beruhendes Zusammenleben mit einem behinderten oder chronisch kranken Menschen.

Die Förderung dieser Art des Selbst-Bewußtseins sollte eines der Ziele auch für die externen Helfersysteme sein.

These 3

Das Leben mit behinderten und chronisch kranken Menschen erfordert ein besonderes Kräftepotential der Familie. In vielen Fällen ist dabei Stützung von außen unerlässlich, damit es nicht zum Zerbrechen des familialen Systems etwa durch chronische Überlastung der Familien, einschränkende Fokussierung auf den Pflegebedürftigen, Verlust gesellschaftlicher Kommunikation und dadurch Isolation oder Überforderung der Partnerbeziehung kommt.

Dazu stehen, Hilfe zu brauchen und diese auch annehmen können, ist nicht selbstverständlich, sondern braucht Ermutigung und Bewußtseinsbildung. Hilfe annehmen heißt nicht Almosen empfangen.

These 4

Das Thema des Behinderten, chronisch Kranken und letztlich auch des kranken alten Menschen ist die Frage der gesellschaftlichen Einstellung im Hinblick auf Teilhabemöglichkeiten und Vielgestaltigkeiten menschlicher Existenz. Es ist eine Frage der Solidarität, die sich nicht in abstrakten Forderungen, sondern im konkreten sozialen Tun niederschlagen muß.

Familien mit behinderten und chronisch kranken Menschen haben ein Recht auf die Solidarität der Gemeinschaft.

These 5

Ein erfülltes Miteinander erfordert ein offenes Benennen von Gegebenheiten und Zusammenhängen und die Differenzierung der Bedürfnisse der beeinträchtigten Menschen, der anderen Familienmitglieder und der Gesellschaft sowie die Suche nach einem Bedürfnisausgleich.

These 6

Individuelle Förderung und Betreuung ist ein Balanceakt. Hier gilt es, ebenso die individuellen Bedürfnisse wie auch die Erfordernisse des familialen Systems zu berücksichtigen. Schonräume sind ebenso notwendig wie Integrationsräume.

In beiden „Raumkonzepten“ steckt die Möglichkeit von Diskriminierung oder Stigmatisierung von Betroffenen: Vorschnelle und unreflektierte Integration kann das Negieren der besonderen Bedürfnisse und Anforderungen bedeuten. Dadurch wird das grundsätzliche Anliegen der Integration, nämlich ein Voneinander-Lernen, ein Finden und Einüben gemeinsamer Lebensformen, verhindert.

Wird der Fokus ausschließlich auf die Schonräume gelegt, besteht die Gefahr der Ghattobildung und letztlich der Ausschluß aus dem gesellschaftlichen Leben.

Gesellschaftliche Integration ist ein langwieriger (Bewußtseins-)Prozeß und wird immer nur individuell zu lösen sein. Sein Ziel muß heißen: gleicher Wert in Gesellschaft und Politik für jeden Menschen. Letztlich geht es um ein gemeinsames Sich-Integrieren von beeinträchtigten und nicht-beeinträchtigten Menschen.

Integration zielt auf Gleichwertigkeit, aber nicht auf Gleichartigkeit ab. Das Ziel ist ein gesellschaftlicher Raum für jeden Menschen in seinem So-Sein.

These 7

Wenn das eigentlich tragende Element der Familie die dauerhafte, in wechselseitigem Austausch stehende Beziehung ist, muß alles getan werden, um derartige Beziehungen lebbar zu machen. Dazu können auch eine teilzeitliche Unterbringung – bis hin zur dauernden Unterbringung – eines Familienmitgliedes außerhalb der Familie gehören. Derartige Möglichkeiten sind von der Gesellschaft in guter Qualität anzubieten.

Die gesellschaftliche Sichtweise der außerfamilialen Betreuung von beeinträchtigten Menschen ist auch entscheidend für das Schicksal der Betroffenen. Die Stigmatisierung von Angehörigen mit dem Vorwurf des Abschiebens belastet die Familie und behindert eine konstruktive Sicht auf die eigengesetzliche Qualität außerfamilialer Betreuungsformen. Voraussetzung ist allerdings, daß die Tür in diesen zur Familie und Gesellschaft außerhalb offen steht, gefördert und auch genützt wird.

Es braucht daher ein Netzwerk an Organisationsformen der Betreuung, wie z. B. mobile Betreuungsdienste, Tagesbetreuungen, passagere Unterbringungen, Dauerunterbringungen etc.

These 8

Familiales Leben mit einem behinderten oder chronisch kranken Mitglied braucht einen öffentlichen Wert(e)diskurs. Es geht um gelebte Werte, für die die Familie durch ihre – auch – ethische Entscheidung einsteht, es geht aber auch um konkrete, materiell umzulegende Wertschöpfung für die Gesellschaft durch die erbrachte Dienstleistung. Für die Gesellschaft bedeutet dies die Verpflichtung zur ausreichenden Unterstützung des familialen Systems durch die Anerkennung im Sinne von Wertschätzung sowie im Sinne von Entlastung und Unterstützung im Bereich der Erfordernisse der Betreuungsarbeit.

These 9

Familien mit einem behinderten oder chronisch kranken Mitglied sind Familien mit besonderen Bedürfnissen und Systemgegebenheiten und stellen einen speziellen Sektor familialen Lebens dar, in dem Forschungsbedarf (Familienforschung) gegeben ist.

Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken

ESZTER-GABRIELLA BÁNFFY

Während unserer langjährigen psychotherapeutischen Tätigkeit begegneten wir immer wieder psychisch schwerkranken Kindern, für die es zur damaligen Zeit keine adäquate bzw. auf die Bedürfnisse der Kinder speziell abgestimmte Therapie gab. Wir begannen daher nach geeigneten und effizienten Behandlungsmethoden zu suchen. So gründeten wir 1988 die Rehabilitationsstätte für autistische, psychotische und wahrnehmungsgestörte Kinder und Jugendliche und erstellten ein speziell auf deren Bedürfnisse abgestimmtes Therapieprogramm.

Dieses Therapieprogramm wird sehr konsequent und zeitintensiv (mindestens 10 Therapiestunden pro Woche) durchgeführt. Jedes Kind hat ständig mindestens einen Therapeuten für sich, bei sehr schweren Beeinträchtigungen arbeiten auch zwei bis drei Therapeuten mit einem Kind.

Aufgrund dieser intensiven therapeutischen Tätigkeit machten alle Kinder und Jugendlichen innerhalb kürzester Zeit sehr große Fortschritte, wurden selbständiger, konnten einfache Alltagshandlungen erledigen, konnten eigene Bedürfnisse äußern und realitätsbezogene Aufforderungen der Umwelt nicht nur wahrnehmen, sondern darauf reagieren.

Diese therapeutische Arbeit mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen wurde von Kontakten mit den Eltern, zahlreichen Beratungsgesprächen für die Familienmitglieder, Telefonaten in Krisenzeiten etc. begleitet. Im Zuge dieser Gespräche mit den Eltern erkannten wir, daß die Belastung für die Familien eine oftmals fast unerträgliche ist (das Kind brüllt jede Nacht mehrere Stunden, die gesamte Wohnungseinrichtung wird demoliert, Tobsuchtsanfälle täglich mehrere Stunden etc.). Dadurch wächst die Gefahr, daß ein gesundes Familienmitglied aufgrund der ständigen psychischen und körperlichen Belastung krank wird.

So wurde die Notwendigkeit einer immer dringenderen und drängenderen, die Familien zu entlasten. Die Familie als sozialer Rahmen für behinderte, chronisch kranke und psychisch beeinträchtigte Menschen ist einerseits der ideale Rahmen, andererseits gelegentlich der brüchigste Rahmen.

Diese Tatsache wird erst dann deutlich, wenn die Ressourcen an Hilfe, Beistand, Kraft, Energie und Finanzen abnehmen und die Familie zunehmend mit der Überbelastung und den unlösbaren Problemen allein bleibt, d. h., auf sich selber zurückgeworfen wird. Dies kann nicht nur bei gelegentlich eintretenden finanziellen Schwierigkeiten oder bei unerwarteten Krankheitsfällen eintreffen, sondern in vielen Familien permanent im Hintergrund lauern.

Unsere Erfahrung zeigt, daß in den ersten Jahren die Mütter vor allem mit den Kleinkindern, die lebenslängliche Krankheiten oder Gebrechen aufweisen, mehr oder minder gut durchkommen und auch genug Hilfe von den Verwandten und Bekannten erfahren. Später, wenn diese Hilfen nicht ohne weiteres geleistet werden können – wegen Verhaltensschwierigkeiten der größer gewordenen Kinder, wegen deren spezieller gewordenen Behandlungs- und Versorgungsbedürfnissen etc. – beginnt die Misere in der Familie.

Meistens bleiben die Frauen mit dem Problem allein und sollten nicht nur für sich genug Energie aufbringen, um zu pflegen, durchzuhalten etc., sondern auch noch die übrigen Familienmitglieder in deren Brüchigkeit gegenüber den Kranken unterstützen. Die psychische und physische Belastung der Frauen – und zu 80% trifft es diese – ist nicht nur besorgniserregend, sondern weit überfordernd.

Aus diesem Grunde erachten wir die Betreuung der betroffenen Familien, in dem wir ihnen die Kinder und Jugendlichen zeitweise, stundenweise oder tageweise abnehmen und Verschiedenes ohne die Eltern organisieren etc., als am wichtigsten.

Denn die psychische wie die physische und emotionelle Distanzierung von der Belastung ermöglicht ein Energieauf tanken und einen neuen Zugang und zudem eine gelegentliche Relativierung der zugespitzten, überspannten Situationen. So organisieren wir regelmäßig Intensivwochen, wo die Kinder und Jugendlichen eine Woche lang rund um die Uhr betreut werden; jeden Sommer nehmen wir die Kinder für drei Wochen

zu einem therapeutischen Sonderlager mit, und während des Jahres werden immer wieder einzelne Freizeitaktionen durchgeführt (Theater-, Kino-, Konzertbesuche, Ausflüge, Disco etc.).

Allerdings sind solche Einsätze nur in sehr beschränktem Maße möglich, weil kaum finanzierbar, und weil die Finanzierung derselben nirgends vorgesehen ist. Um aber die betroffenen Familien, die einen Großteil der gesamten Betreuungsarbeit erfüllen, zu sanieren und den Kindern den Verbleib in den Familien zu gewährleisten (zumal es für diese psychisch kranken Menschen kaum geeignete Betreuungseinrichtungen, Wohngemeinschaften etc. gibt) und die Geschwister von physischen und psychischen Krankheiten, die auf dem Wege der Reaktionsbildung entstehen, zu bewahren, müssen wir neue Formen der Wohn- und Versorgungseinrichtungen finden.

Da die Familien eigentlich bei wiederholten, zeitweiligen Entlastungen mit Selbstverständlichkeit bereit sind, ihre Kranken zu pflegen, sind wir daran, ein Modell für eine neue Lebensform für die Kranken zu entwerfen und versuchsweise umzusetzen. Dieses Modell beruht auf den obengenannten Erkenntnissen und wird eine Mischform bzw. eine teilzeitliche Betreuung darstellen: vier Tage Versorgung in der Einrichtung, drei Tage Versorgung daheim.

Wir hoffen auf eine Finanzierung und auf eine effektive Entlastung der Beteiligten.

Leben in der Familie mit Behinderten und chronisch Kranken

INGE GROSS

Für jede Familie bedeuten die Pflege und Betreuung von hilfsbedürftigen Angehörigen eine besondere Belastung. In einem **Mikrozensus-Sonderprogramm im März und September 1992** wurden alle Privathaushalte¹ gefragt, ob ein Haushaltsmitglied dauernd oder gegenwärtig (= zum Zeitpunkt der Befragung) hilfsbedürftig ist.

6% der Privathaushalte (187.000) gaben an, daß mindestens ein Mitglied des Haushaltes bettlägerig bzw. dauernd hilfsbedürftig ist. In 68.000 Haushalten (2%) war ein Angehöriger durch akute Erkrankung oder Verletzung hilfsbedürftig. Zusammen ergibt das 255.000 von Pflegebedürftigkeit betroffene Privathaushalte.

Bezogen auf das Alter des Haushaltsvorstandes zeigt sich erwartungsgemäß mit steigendem Alter auch ein Ansteigen des Anteils der Haushalte mit hilfsbedürftigem Haushaltsmitglied.

Bei einer **Mikrozensus-Befragung** im Dezember 1986 gaben 1,6 Mio. Österreicher (d. s. 23%, ohne Personen in Heimen!) mindestens eine körperliche Beeinträchtigung an. Während insgesamt ein Sechstel der Bevölkerung durch „chronische Krankheiten“ (Frauen häufiger als Männer) wesentlich beeinträchtigt ist, ist nur jeder zwanzigste Österreicher von Bewegungs- oder Hörbeeinträchtigungen betroffen (Männer etwas häufiger als Frauen). Eine Sehbeeinträchtigung, die nicht durch Brille oder Kontaktlinsen behoben werden kann, gaben nur 4% der Auskunftserteilenden an (die meisten Arten der oft im höheren Alter auftretenden schweren Sehbeeinträchtigungen finden sich bei Frauen häufiger als bei Männern).

Der Anteil der körperlich beeinträchtigten Personen zeigt die zu erwartende stetige Zunahme mit dem Alter: Ab etwa 40 Jahren ist mindestens jeder Fünfte körperlich beeinträchtigt, ab 60 Jahren mindestens die Hälfte der Bevölkerung dieses Alters. Bei den 80jährigen und noch älteren Personen sind vier von fünf körperlich beeinträchtigt.

Im Juni 1995 wurde wieder ein **Mikrozensus-Sonderprogramm** zur Thematik „Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen“ durchgeführt. Im ersten Teil der Erhebung wurde – wie 1986 – gefragt, ob bzw. welche Beeinträchtigungen vorliegen und ob sich dadurch Einschränkungen bei der Ausübung bestimmter Tätigkeiten ergeben. Den zweiten Schwerpunkt bildeten Fragen über die Inanspruchnahme von verschiedenen sozialen Diensten bzw. zur Häufigkeit der Unterstützung durch die Familie oder andere Personen. Erste Ergebnisse dieser Erhebung werden Anfang 1997 vorliegen.

1 Personen in Anstaltshaushalten (z. B. Heimen) wurden nicht befragt.

Aus der Sicht einer Betroffenen – Leben in Spannungsfeldern¹

GERDA HUBER-SEMRAD

Das Leben in Spannungsfeldern gehört grundsätzlich zum Miteinander in der Familie. Im Zusammenleben mit einem behinderten Kind vergrößern sich jene, spitzen sich zu, vermehren sich.

Aus der Fülle der Spannungsfelder seien folgende besonders hervorgehoben:

- ▶ **Spannungsfeld Theorie und Praxis:** Theoretische Kenntnisse und Zugangsmethodik des Expertentums professioneller Helfer und Alltagsexpertentum von Betroffenen stehen einander bisweilen widersprüchlich gegenüber. Das Wissen um die prinzipielle Möglichkeit fachlicher Hilfe sieht sich oft einer Realität gegenüber, wo einerseits von der Angebotsseite her dem Anspruch der Hilfesuchenden nicht entsprochen wird (nicht zuletzt wegen fehlender Angebote), andererseits kann auch die Lebbarkeit von „Verordnetem“ für Betreuer und betroffenes System eine besondere Herausforderung darstellen.
- ▶ **Spannungsfeld Selbst- und Fremdbestimmung:** Den Möglichkeiten der Selbstbestimmung sind sowohl beim behinderten Kind als auch seinen Eltern in der Regel viel engere Grenzen gezogen als dort, wo keine Behinderung vorliegt. Dazu gehören etwa das Gebundensein aller durch die aus der Behinderung resultierenden Erfordernisse, was den konkreten Handlungsspielraum, aber auch geistige Räume betrifft. Dem Wunsch (und Recht) auf Selbstbestimmung steht ein Mehr an Fremdbestimmtheit und Abhängigkeit in vielfältiger Form gegenüber, bis hin zur gesellschaftlichen Sicht des behinderten Menschen, mit der sich die Familie konfrontiert sieht.
- ▶ **Spannungsfeld Integration und Schonräume:** Eine Integrationsdebatte braucht auch die Auseinandersetzung mit dem Thema Schonräume unter dem Aspekt des Sowohl-als-auch. Läßt sich das Anliegen der Integration aus dem Recht des Menschen auf Angenommensein, Dazugehören und Teilhaben ableiten, so bedeutet der gleichzeitig einzufordernde Anspruch auf Schonräume für Kind und Familie, auch unter jenen sein können, die so sind, wie man selbst ist, und nicht in einen Wettbewerb eintreten zu müssen, dessen Bedingungen unerfüllbar sind. Weiters bedeutet dies, in seinen Mit-Menschen und Mit-Gefährten auch das eigene Schicksal spiegeln können, einfach nicht allein zu sein. Der Schonraum-Aspekt gilt aber auch gegenüber den Aufnehmenden: Hier Grenzen außer acht zu lassen, erweist dem behinderten Menschen und seinen Angehörigen einen schlechten Dienst.

Die Anforderungen an die Eltern eines behinderten Kindes sind groß, das Mehr an Voraussetzungen auf ihrer Seite, das gefragt ist, muß vor allem in folgenden Bereichen abgedeckt werden:

- ▶ **Dialogfähigkeit:** Betroffenheit braucht Dialog, und zwar mit sich selbst im Sinne einer inneren Auseinandersetzung, aber auch innerhalb der eigenen Familie und ganz speziell mit dem behinderten Kind. Nach außen geht es um den (initiativen) Dialog zu professionellen Helfern, zum sozialen Umfeld der Familie, zur Gesellschaft und nicht zuletzt zur Gruppe der gleichfalls Betroffenen. Sie alle stellen jenes tragende Netz dar, das vor Isolation schützt.
- ▶ **Energiepotential:** Hierbei geht es einerseits um materielle Ressourcen, die gerade in der Familie mit einem behinderten Kind besonders beansprucht werden und/oder zum Teil geringer zu erschließen sind (verringerte Chancen zur Erwerbstätigkeit). Andererseits braucht es Humanenergie im innerfamiliären Dialog und auf der Beziehungsebene, vor allem mit dem Ehepartner, um gemeinsame Wege der Bewältigung zu finden. Die zum Teil beträchtlichen Pflege- und Förderungsaufgaben können energe-

¹ Nachstehende Überlegungen vernachlässigen die grundsätzlich wichtige Frage der Form der Behinderung. Sie beziehen sich auf die Eltern-Kind-Ebene und basieren sowohl auf der persönlichen Betroffenheit als Pflegemutter eines mehrfachbeeinträchtigten Jugendlichen als auch auf langjährige Erfahrungen als Erziehungsberaterin.

tisch erschöpfen. Und schließlich ist diese Humanenergie im Sinne von Lebensfreude gleichfalls in Gefahr, verloren zu gehen. Materielle Unterstützung und Entlastung im Betreuungsbereich in vielfältiger Form können hier wirksam der Erschöpfung all dieser Ressourcen gegensteuern.

- **Selbst-Bewußtsein:** Diesem Faktor kommt vermutlich die Schlüsselposition in der Komplexität des Problemkreises zu. Dieses Selbst-Bewußtsein hat viele Gesichter: vom Wissen um die eigenen Bedürfnisse und Grenzen, über die Anwaltschaft für das Kind bis zur Partnerschaftlichkeit in der Begegnung mit den professionellen Helfern und den Behörden.

Gerade auf die Priorität dieses Selbst-Bewußtseins bei den Eltern von behinderten Kindern haben auch die helfenden Berufe zu achten: Es geht zentral um Wahrnehmung, Respektierung und Stützung dieses Selbst-Bewußtseins in Beratung und Schulung, aber auch in der gesellschaftspolitischen Anerkennung der Leistungen dieser Familien.

Zusammenfassung

JOHANNES PFLEGERL

Nach dem ersten Statement, das von Dr. Koushk Jalali gehalten wurde, begann eine Diskussion über Ursachen und Hintergründe für den Wandel in der Ausländerpolitik in Deutschland und Österreich. In diesem Zusammenhang wurde über Veränderungen in der Fremden-gesetzgebung diskutiert und festgestellt, daß darin zunehmend deutlichere Unterschiede zwischen Ausländern aus westlichen Industriestaaten und jenen aus süd- und osteuropäischen Staaten getroffen werden. Während man innerhalb der Europäischen Union von einem Abbau der Grenzen spricht, würden gegenüber Angehörigen anderer Staaten neue Barrieren aufgebaut.

In der Folge wurde die Unterscheidung zwischen Ausländern und Einheimischen problematisiert und darauf hingewiesen, daß die sogenannte einheimische Bevölkerung in fast keinem Staat ethnisch homogen sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde der Vorschlag eingebracht, innerhalb dieses Arbeitskreises eine Empfehlung für die ÖGIF auszuarbeiten, das Thema „Migration und Familie“ als Schwerpunkt für die nächstjährige Tagung vorzubereiten. Dabei sollte vor dem Hintergrund der Vielfältigkeit von Zuwanderungsbedingungen darüber nachgedacht werden, was das Phänomen Migration für Familienforschung bzw. Familienpolitik bedeuten könnte. Unter anderem wäre wünschenswert, darüber zu diskutieren, wie Tendenzen einer zunehmenden Ghettoisierung und Segregation von Zuwanderern und deren Familienangehörigen wirksam entgegengetreten werden könne. Dies wäre ein aktueller Beitrag in dem von der EU ausgerufenen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Daraufhin wurde diskutiert, diese Thematik um den Themenkomplex Interkulturalität und Familie zu erweitern, wobei ein Schwerpunkt auf die Frage gelegt werden sollte, wie Familien unterschiedlicher kultureller Herkunft den Integrationsprozeß bewältigen.

Im Anschluß daran kam es zu einer Reflexion darüber, welche Maßnahmen und Voraussetzungen getroffen werden müßten, damit Integration von Zuwanderern gelingen könne. In diesem Zusammenhang wurde die These formuliert, daß es, aus politischer Perspektive betrachtet, deshalb so wenige Beispiele für gelungene Integrationsmaßnahmen gäbe, weil Politiker aus diesem Themenfeld kaum politischen Nutzen ziehen könnten. Allerdings könnten einige der westlichen Industriestaaten, wie etwa die Schweiz, durchaus Erfolge im Bereich der Integration aufweisen. So ist dort etwa die Zahl der Schulabsolventen höherer Schulen unter den Angehörigen der zweiten Generation von Zuwanderern deutlich gestiegen. Dies sei ein deutlicher Kontrast zu Österreich, wo die Zahl der Schulabsolventen in höheren Schulen unter den Migranten der zweiten Generation nach wie vor sehr gering sei.

Im Anschluß an das zweite von Mag. Pflegerl gehaltene Statement wurde schließlich am Ende der Diskussion als erstes konkretes Ergebnis des Arbeitskreises der Beschluß gefaßt, der Generalversammlung der ÖGIF das Thema „Familie und Migration“ als Themenschwerpunkt für die nächstjährige Tagung vorzuschlagen.

Zu Beginn der zweiten Sitzung wurde über Erfahrungen und Projektvorhaben der einzelnen Arbeitskreisteilnehmer mit der Themen Interkulturalität und Migration diskutiert. Dabei wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, sich mit dem kulturellen Selbstverständnis von Zuwanderern auseinanderzusetzen, ohne jedoch Kultur als einzig erklärende Variable in Betracht zu ziehen. Ziel sollte sein, die Andersartigkeit von Zuwanderern akzeptieren zu lernen, wobei es für jeden darum gehe, persönliche Grenzen zu definieren, wie weit man sich auf den anderen einlassen könne. Allerdings dürfe persönliche Abgrenzung keinesfalls zur Abwertung anderer Kulturen führen.

Daraufhin entstand eine Diskussion über den Begriff Multikulturalität. In diesem Zusammenhang wurde die These aufgestellt, daß – ohne Migranten bereits mit in Betracht zu ziehen – eine Gesellschaft auf-

grund von regionalen und soziökonomischen Unterschieden per se schon eine multikulturelle Gesellschaft sei. So könnten etwa Angehörige höherer Schichten einen anderen Lebensstil pflegen und dadurch eine andere Lebenskultur entwickeln. Um eine ethnisch heterogene Gesellschaft entsprechend beschreiben zu können, sollte anstelle des Begriffes „multikulturelle Gesellschaft“ der Begriff „multiethnische Gesellschaft“ verwendet werden. In diesem Zusammenhang wurde angemerkt, daß es schwierig sei, zu bestimmen, wodurch ein „Ethnos“ charakterisiert werden könnte. Dadurch entstehe das Problem, einen noch unschärferen Begriff als Kultur und zudem einen in Österreich historisch nicht unbelasteten Terminus in die Debatte einzubringen.

In bezug auf die Forschung wurde dafür plädiert, Projektvorhaben zu entwickeln, die sich einerseits an den Bedürfnissen der betroffenen Migranten und andererseits an den Fragestellungen der mit Zuwanderern arbeitenden Experten orientieren. Gefördert werden sollte eine praxisorientierte Forschung, die Verständnis für Bedürfnisse von Zuwanderern einerseits und den „Einheimischen“ andererseits anhand konkreter Vorkommnisse aufzuzeigen versucht, um ein gegenseitig besseres Verstehen zu ermöglichen. Dadurch könnte es auch gelingen, die gegenseitige Wertschätzung zwischen den Angehörigen verschiedener Herkunftskulturen zu fördern. Um Stereotypen und fremdenfeindlichen Einstellungen wirksam entgegenzutreten zu können, sei es günstiger, praxisorientierte Erklärungen anhand konkreter Beispiele zu entwickeln als abstrakte Erklärungsmodelle für die Ursachen solcher Einstellungen zu entwerfen. Konkrete Forschungsfelder könnten Schulen und Kindergärten sein, da sich insbesondere Kinder und Jugendliche von Migranten auf der Suche nach einer Identität im Spannungsfeld zwischen der Kultur des Heimat- und des Aufnahmelandes befinden.

Um diese Prozesse entsprechend fassen zu können, sollte eine multiperspektivische Zugangsweise gewählt werden.

In der Folge entstand eine Diskussion darüber, wie diese multiperspektivische Zugangsweise konkret aussehen könnte. In diesem Zusammenhang wurde dafür plädiert, daß nicht nur verschiedene Wissenschaftsdisziplinen an diesem Forschungsprozeß teilnehmen sollten, sondern auch Forscher verschiedener kultureller Zugehörigkeit sowie mit unterschiedlichen Muttersprachen darin involviert werden. Darüber hinaus sollten sowohl Männer, Frauen als auch Kinder in den Forschungsprozeß eingebunden werden. Durch den Einbezug von Kindern würde es gelingen, tatsächliches Wissen über ihre Bedürfnisse zu erlangen und dieses nicht nur über Erwachsene vermittelt zu bekommen. Durch den Einbezug dieser unterschiedlichen Gruppen sollte gewährleistet werden, daß auch tatsächlich unterschiedliche Perspektiven im Rahmen dieses Forschungsprozesses entwickelt werden.

Konsens wurde darüber erzielt, daß eine Migrationsforschung, die Zuwanderer nur als Opfer gesellschaftlicher Strukturen zu fassen versucht, zu eindimensional ausgerichtet sei. Wichtig sei es deshalb, zu erforschen, wie die Betroffenen ihre konkrete Situation selbst erleben.

In diesem Zusammenhang wurde dafür plädiert, daß eine praxisorientierte Migrationsforschung den Weg der reinen Forschung verlassen sollte und zu einem parallel verlaufenden Bildungs- und Forschungsbereich ausgeweitet werden sollte. Bildung würde bereits im Prozeß des gemeinsamen Forschens unterschiedlicher Personen entstehen und durch den Prozeß der Kommunikation mit anderen und der Vermittlung an andere erweitert.

Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland

ABBAS KOUSHK JALALI

Einleitung

Migration ist ein weltbekanntes Phänomen; Kulturen haben sich seit Beginn ihres Bestehens gemischt (vgl. Imfeld 1992, S. 43). Es gibt gegenwärtig kaum einen Staat ohne erhebliche Zuwanderung von außen. Die Existenz dieser Wanderungen und die damit zusammenhängenden vielschichtigen und komplexen wirtschaftlichen, politischen, psychologischen, rechtlichen und soziokulturellen Aspekte sind Thema zahlreicher Publikationen.

In Deutschland erforderte die Wirtschaftsentwicklung in der Nachkriegszeit ein erhebliches Arbeitskräftepotential für den Wiederaufbau. Dieses Potential bestand zunehmend aus ausländischen Arbeitskräften. Diese Migranten kamen also nicht aus eigenem Antrieb. Kamen zu Beginn der Anwerbung nur Einzelpersonen in die Bundesrepublik, lebten 1993 83 % der ausländischen Bevölkerung in Familien. Sie gehören seit Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit in der deutschen Gesellschaft.

Ende 1995 lebten insgesamt über 7 Mio. Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Dies entsprach einem Anteil von 8,7 % an der Wohnbevölkerung (vgl. Der Fischer Weltalmanach 1997, S. 191f.). Die zweite und sogar dritte Generation von Migranten lebt nun schon hier. Viele von ihnen sind hier geboren, aufgewachsen und arbeiten hier. Deutschland ist also faktisch ein Einwanderungsland und eine „multikulturelle Gesellschaft“. Doch soll es das nicht sein. Es ist eine multikulturelle Gesellschaft, die nach offizieller Version keine sein will und an einem homogenen Gemeinwesen festhält.

Im Zeichen der europäischen Union ist die Migrationsproblematik von einer nationalen zu einer europäischen Frage geworden, die nur in Zusammenarbeit aller beteiligten Nationen im Rahmen einer europäischen Strukturpolitik bearbeitet werden kann. Auch wenn die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zur Gleichbehandlung von Einheimischen und Migranten in relativ kurzer Zeit geschaffen werden könnten, werden die psychischen und soziokulturellen Eigenheiten sicherlich nicht innerhalb nur einer Generationenspanne Gleichberechtigung erfahren. Dieser Artikel will gerade angesichts der schwierigen momentanen Wirtschaftssituation eine Einführung zur Konkretisierung und zum besseren Verständnis der Integrationsproblematik und damit zur Reduzierung von gegenseitigem Mißverständnis führen. Dies geschieht, indem

- die Definitionsunterschiede verschiedener verwendeter Termini bezüglich Migration und Integration dargestellt werden,
- die mehrdeutige Verwendung dieser Begriffe verdeutlicht wird, je nach Zielvorstellung des Anwenders,
- die Gründe für Akzeptanz und Ablehnung möglicher Umgangsformen beschrieben werden,
- Integration unter Wahrung der kulturellen Identität (multikulturelle Gesellschaft) als mögliche Umgangsform beleuchtet und bewertet wird,
- Interkulturalität als Grundlage einer multikulturellen Gesellschaft dargestellt und radikaler Ethno- bzw. Eurozentrismus als Barriere gegen Toleranz und Respekt gegenüber anderen Kulturen kritisiert wird.

Definitionsunterschiede

Begriff und Konzept der Integration und andere synonym verwendete Termini (Integration, Anpassung, Assimilation, Akkulturation u. a.) werden in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussion keinesfalls eindeutig und übereinstimmend verwendet. Der jeweilige Bedeutungsinhalt ist unterschiedlich und schwankt je nach den Zielvorstellungen.

Begriffe wie Ausländer, Gastarbeiter, Migrant, Wanderer u. a. sind nie beliebig oder neutral. Sie besitzen je nach Zielvorstellung bei der Anwendung eine bestimmte, oft negative, Bedeutung.

Mit Migration ist in der Regel Arbeitsmigration gemeint, ein Terminus, der synonym mit Wanderung gesetzt wird (vgl. Wittmann 1975, S. 15). Diesbezüglich werden Flüchtlinge, obwohl sie in vielen Punkten mit Migranten nicht vergleichbar sind, fälschlicherweise häufig als solche bezeichnet.

Integration betrifft zwei Gruppen, die miteinander in Berührung kommen: die Migranten und die Einheimischen. Eine differenzierte Betrachtung der Migranten bzw. der Einheimischen kann zum besseren Verständnis der Integrationsproblematik und damit zur Reduzierung von gegenseitigem Mißverständnis führen. Es gibt eine Reihe von eklatanten Unterschieden in den Lebenswelten, die erhebliche physische und psychische Umstellungen von Migranten fordern. Diese Bereiche und dazugehörige soziale Verhaltensweisen sind häufig aufgrund frühkindlicher Erziehung außerordentlich wertbetont.

In bezug auf Migranten sind u. a. folgenden Faktoren beim Integrationsprozeß beachtenswert: Geschlecht / Alter / Herkunftsland / ethnische Gruppe / Wandermotive / familiäre Normen und Werte / Herkunft / Beruf / Bildung / finanzielle Lage / Erfahrungen mit Ausland u. a. In bezug auf die Einheimischen ist es wichtig, festzustellen, wer überhaupt einheimisch ist. Außerdem spielen Faktoren wie Geschlecht / Alter / Beruf / städtische bzw. dörfliche Herkunft u. a. auch bei Einheimischen eine wichtige Rolle für den Integrationsprozeß.

Einige mögliche Umgangsformen mit Nicht-Einheimischen

- **Vertreibung / Vernichtung**
- **Offene und unsichtbare Segregation** im Sinne von räumlicher Trennung und unterbundener Kontakte bei räumlichem Zusammenleben (vgl. Borrelli 1973, S. 49; Nicke 1989, S. 17f.).
- **Assimilation** als vollständige Anpassung in Orientierung und Bewertung sowie Übernahme von den im Zielland sozial üblichen Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten (vgl. Barrelli 1973, S. 49; Nicke 1989, S. 16f.).
 - *Gründe für die beiderseitige Akzeptanz* von Assimilation sind u. a. das Verschwinden von Andersartigkeit und Diskriminierung sowie die Bewahrung der Homogenität der Gesellschaft.
 - *Gründe für die Ablehnung* sind die Erhaltung der Lebensperspektive der Rückkehr und der Wunsch nach Bewahrung der eigenen ethnischen Homogenität (vgl. Koushk Jalali 1994, S. 230f.; Kurz 1967, S. 37).
- **Integration unter Wahrung der kulturellen Identität (multikulturelle Gesellschaft)** ist eine weitere Form des Umgangs mit Nicht-Einheimischen. Sie betont die Gleichwertigkeit der Kulturen und ist Basis für eine wechselseitige Beeinflussung (vgl. Nieke 1989, S. 18-20; Cabrol 1995, Kap. 7; Borrelli 1973, S. 50).
 - *Gründe für die Akzeptanz* lassen sich wie folgt auflisten: Kulturen haben sich seit Beginn ihres Bestehens gemischt. Es gibt keine „reine“ Kultur (vgl. Imfeld 1992, S. 43) / Es gibt gegenwärtig kaum einen Staat ohne erhebliche Zuwanderung von außen / Änderung der Auswanderungsmotive gegenüber früher: internationale Wirtschaftsbeziehungen, europäischer Binnenmarkt / Erhöhung der Notwendigkeit der Wanderung: Bürgerkriege, Hungersnöte, Umweltkatastrophen / Erhöhung der Möglichkeit der Wanderung: nicht nur wohlhabende Elite kann migrieren / gegenseitige kulturelle Bereicherung: gegenseitige Wertschätzung / Strategie der Solidarität.
 - *Gründe für die Ablehnung* des Modells „multikulturelle Gesellschaft“: Überfremdungsängste / rechtliche Barriere / fehlende finanzielle Unterstützung für Integrationsmaßnahmen / das Vorurteil, die Ausländer seien am Geldverdienen, nicht aber an einer Integration interessiert / das Desinteresse der Unternehmer an einer Integration, die die Mobilität der Arbeitskräfte aufheben würde / die Einstellung der Einheimischen, daß ausländische Arbeitnehmer Schuld an der schlechten Arbeits- und Wohnlage haben / die Rolle der ausländischen Arbeiter als einer industriellen Reservearmee des Arbeitsmarktes faktisch weiter erhalten / verborgener Rassismus / Dritte-Welt-Kulturen werden als rückständig, d. h. als entwicklungsbedürftig angesehen.

Interkulturalität als Grundlage einer multikulturellen Gesellschaft

Eine interkulturelle Philosophie, religiöse Toleranz und eine pluralistische, demokratische Gesinnung auf dem Gebiet der Politik sind Voraussetzungen für ein interkulturelles, interreligiöses und politisches Zusammenleben.

Philosophische, theologische und politische Grundwahrheiten sind niemandes Besitz allein. Sie haben mehrere Geburtsorte, Sprachen und sind in vielen Traditionen beheimatet. Obwohl Zentrismen immer existieren, sind sie von Übel, wenn sie verabsolutiert werden (vgl. Mall 1993, S. 51f.). Der Ethno- bzw. Eurozentrismus gilt als eine der wesentlichen Barrieren gegen Toleranz und Respekt gegenüber anderen Kulturen und behindert wesentlich den Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft. Ethno- bzw. Eurozentrismus basiert auf einer angenommenen Ungleichwertigkeit der Kulturen. Er ist überzeugt von einer einigermaßen gradlinigen Entwicklung des Menschlichen von den Anfängen bis zu der zuerst in Nordwesteuropa erreichten gegenwärtigen höchsten Stufe. Alle anderen Kulturen gelten demgegenüber nicht als anders, sondern als vergangenheitsorientiert oder rückschrittlich und gegen den Fortschritt eingestellt (vgl. Mey 1992, S. 92, 98; Gronemeyer 1992, S. 39).

Einige Schritte zur Förderung der Integration unter Wahrung der kulturellen Identität

- Abkehr vom Absolutismus und „Entweder-Oder-Denken“, hin zum Leben mit der Vielfalt, dem „Sowohl-als-auch“, hin zu Toleranz und Verständnis, zu einem Netz des Zusammenlebens (vgl. Imfeld 1992, S. 57f.).
- Abbau politischer Hemmungen durch Anerkennung des faktischen Status als Einwanderungsland und daraus resultierender Entwicklung von Integrationsprogrammen statt Forderungen zur Rückkehr.
- Verbesserung der Gleichstellung mit Einheimischen auf politischer, wirtschaftlicher, religiöser und sozialer Ebene durch: mehr Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen / mehr Information zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung / Verbesserung des Zugangs zu qualitativem Wohnraum im Bereich öffentlich geförderter Wohnungen / offene Auseinandersetzung mit politisch und religiös motivierten extremistischen Ausländergruppen und Parteien, die eine Integration hemmen.
- Positive Darstellung der Möglichkeiten des Zusammenlebens von Einheimischen und Migranten unter Einsatz der Massenmedien.
- Verstärkung der interkulturellen Erziehung und Bildung in den Richtlinien und Pläne für den Unterricht.
- Vermittlung von Kontakten zwischen Einheimischen und Migranten zum Abbau von Mißtrauen und Ängsten, dabei die Wahrnehmung der Verschiedenheiten fördern und um Akzeptanz werben.
- Förderung einer offenen Betrachtung fremder Werte und Verhaltensweisen, der Möglichkeit des Lernens durch andere und der Kritik in solidarischer Auseinandersetzung.

Vorstellung der Pilotstudie „Familienverhältnisse und Familienkonflikte von Zuwanderern“

JOHANNES PFLEGERL

Forschungsziel

In der Pilotstudie „Familienverhältnisse und Familienkonflikte von Zuwanderern“, die im Zeitraum zwischen Juli 1995 und Februar 1996 vom Österreichischen Institut für Familienforschung mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie durchgeführt wurde, ging es um die Aufarbeitung konkreter Fallgeschichten von gerichtlich anhängigen Konflikten innerhalb von Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Österreich. Durch historisch-sozialwissenschaftliche Analyse dieser Fälle wurde versucht, unterschiedliche Mentalitäten in familienrelevanten Fragen aufzuzeigen und Denk- und Handlungsweisen der an den konkreten Fällen Beteiligten versteh- und nachvollziehbar zu machen. Familienrichter haben oftmals Entscheidungen über Konfliktfälle innerhalb von Migrantenfamilien zu treffen, ohne über deren kulturellen Hintergrund Bescheid zu wissen. Durch das Projekt, das sich als praxisorientierte Theoriearbeit versteht, soll ihnen eine Orientierungshilfe für den Umgang mit Migrantenfamilien vermittelt werden.

Methodisches Vorgehen

Zunächst wurden Leitfadeninterviews mit 15 FamilienrichterInnen über konkret vorliegende familienrechtliche Konfliktfälle geführt. Dabei ging es meist um die Frage der Obsorge für die Kinder nach Scheidungen bzw. um Scheidungsfälle selbst. In der Folge wurde versucht, mit Hilfe historisch-sozialwissenschaftlicher Literatur Verbindungslinien zur traditionellen Familienkultur der Zuwandererfamilie herzustellen und aus dieser Perspektive mögliche Erklärungsansätze für das Verhalten der an den Konfliktfällen Beteiligten zu entwickeln und auf die konkreten Fälle anzuwenden.

In einem abschließenden Bericht wurden, nach Themen geordnet, jene Aspekte der Familienkultur und des Familienverständnisses von Zuwandererfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei herausgearbeitet, die sich aus der Analyse der Fallgeschichten ergaben.

Ausgewählte Ergebnisse

Familie und Gruppenbewußtsein

Richter beobachteten im Umgang mit Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, daß die in Scheidungs- oder Pflugschaftsverfahren vorgeladenen Konfliktparteien oftmals von Verwandten begleitet wurden, die eigentlich nicht unmittelbar in den Fall involviert schienen. In vielen Konflikten waren vor allem väterliche Verwandte sehr aktiv engagiert.

Dazu zwei Zitate:

Es fällt auf, wenn Leute zu Gerichtsterminen kommen und sowohl von Großeltern als auch Cousins und Nefen begleitet werden. Dies kommt bei Österreichern eigentlich nicht vor.

Auch an Scheidungen ist auffällig, daß immer die Familie hineinspielt. Es kommt öfter der Vorwurf, daß ein Verwandter des einen Partners die Beziehung zum Zerbrechen bringt, weil dieser länger dort wohnt, wobei es

zu Streitigkeiten kommt oder ein Partner die Familie mehr unterstützt, als der andere das möchte. Familienbindungen sind ein Anlaß für das Auseinanderbrechen von Beziehungen. Im Unterschied dazu kapselt sich ein junges österreichisches Paar ab.

In vielen der untersuchten Fälle gibt es Hinweise auf ein nach wie vor lebendiges traditionelles patriarchales Familienbewußtsein, das sich aus der spezifischen Verfassung von Familie im ländlichen Raum Jugoslawiens und der Türkei erklären läßt.

In weiten Teilen Jugoslawiens – ausgenommen Slowenien, das nördliche Kroatien, Dalmatien, Teile der Vojvodina und das östliche Serbien – fand ein in Europa einzigartiges Familien- und Haushaltsmodell sehr weite Verbreitung, das mit einer ganz spezifischen Familienkultur verbunden war.

Dieses Familien- und Haushaltsmodell wies eine patrilineare Verwandtschaftsstruktur auf. Das bedeutet, daß Verwandtschaft nur über die männliche Abstammungslinie definiert wird, wodurch dieser im Gegensatz zur Abstammungslinie der Frau eine besondere Bedeutung zukam. Dieser Verwandtschaftsstruktur entsprach eine streng patriarchale Ordnung in der Hausgemeinschaft und eine stark männerrechtlich orientierte Ordnung in der Öffentlichkeit.

Das Familienmodell war darüber hinaus durch eine komplexe Struktur gekennzeichnet, was bedeutet, daß mehrere verwandte Familien in einer Haushaltsgemeinschaft zusammenlebten. Im Gegensatz zu Mittel- und Westeuropa verblieben Söhne nach der Hochzeit im elterlichen Haushalt, wo sie mit ihren Ehefrauen und Kindern lebten. Der älteren Generation wurde im Haushalt eine höhere Autorität und eine eindeutige Vorrangstellung gegenüber der jüngeren eingeräumt.

Die in der Literatur als Zadruga und Balkanfamilienhaushalt beschriebene Haushaltsform war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die dominierende Familienform in den beschriebenen Gebieten. Sie bildete neben der Besitz- und Rechtseinheit auch eine Einheit der Arbeitsorganisation. Der gesamte Familienverband war somit verantwortlich für die wirtschaftliche Erhaltung des Haushalts. Wirtschaftliche Produktion war als Leistung einer Gruppe und nicht als Leistung von Individuen von Bedeutung. Die Familie war daneben auch zuständig für Erziehung und Ausbildung der Nachkommen.

Im Zuge des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses kam es zur Auflösung der komplexen Haushaltsstruktur und zur Entwicklung von Kleinfamilienformen. Das ursprüngliche Verbreitungsgebiet des Balkanhaushalts verkleinerte sich sukzessive und umfaßt heute nur noch Gebiete im nördlichen und östlichen Albanien, den Kosovo und das westliche Makedonien.

Die Familienkultur blieb jedoch erhalten und lebt – wenn auch in veränderter Form – heute noch weiter.

Ähnlich wie in traditionellen Familien auf dem Balkan erfolgte die Verwandtschaftszuordnung bei traditionellen türkischen Großfamilien nach patrilinearem Muster. Diese war vor allem in ländlichen Regionen in vorindustrieller Zeit die am weitesten verbreitete Familienform und bestand meist aus dem Haushaltsvorstand, einer oder mehreren Frau(en), den verheirateten Söhnen mit ihren Frauen und Kindern sowie den noch ledigen Töchtern. Durch den Modernisierungsprozeß kam es zur Ausbildung von Kleinfamilienformen, die heute auch in ländlichen Regionen bereits den vorherrschenden Familientypus bilden.

Der nach wie vor große Einfluß der islamischen Religion begünstigte vor allem bei ländlichen Unterschichtfamilien, aus denen viele Zuwanderer stammen, die Erhaltung patriarchal geprägter Familienformen.

Aus der Tatsache, daß das Individuum in diesen Familienkulturen hauptsächlich über die Gruppe definiert wird und daß nach traditionellem Verständnis nur der Gesamthaushalt und nicht der Einzelne ein Rechtssubjekt darstellt, wird verständlich, daß die gesamte Familie betroffen ist, wenn ein einzelnes Familienmitglied in einen Rechtsstreit verwickelt ist. Ein Angriff auf eine einzelne Person wird nach diesem Verständnis als Angriff auf die ganze Gruppe aufgefaßt. Daraus läßt sich erklären, daß ein Ehekonflikt oder der Streit um die Obsorge für die Kinder nicht nur eine Angelegenheit der betroffenen Eheleute bzw. Eltern ist, sondern die gesamte Familie betreffen muß.

Die Bedeutung der Großeltern

In einigen Fallgeschichten mit serbischen Beteiligten haben Großeltern einen erheblichen Einfluß auf die Konfliktparteien genommen und vor Gericht eine wichtige Rolle gespielt. Auffallend ist dabei, daß vor allem die väterlichen Großeltern, insbesondere die väterlichen Großmütter, die Initiative ergriffen haben. Dazu drei Zitate von Familienrichtern:

Eine starke Rolle spielte die väterliche Großmutter, die auch die Obsorge beantragt hat, während die mütterliche Großmutter zwar einmal erschienen war, seither jedoch nie wieder vor Gericht auftrat. Die väterliche Großmutter hingegen begleitete ihren Sohn zu allen Terminen vor Gericht.

Die väterliche Großmutter vermittelte den Eindruck, daß sie diejenige sei, die die Angelegenheit forcieren und alle Dinge im Außenverkehr regelt. [...] Ihr Sohn war nur hin und wieder vor Gericht. Also nach meinem Empfinden war ständig die Großmutter und nur sehr selten der Sohn da.

Den Fall hat die Großmutter entschieden. Sie hat einen tollen Gesprächskontakt zur Mutter hergestellt und dabei die Männer dazu gebracht, sich ruhig zu verhalten. In der Folge hat sie mit der Mutter eine Regelung ausverhandelt. In diesem konkreten Fall haben sich die Kindeseltern offensichtlich überhaupt nicht mehr verstanden. Die Großmutter hat sich einfach darüber hinweggesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies eine österreichische Großmutter ebenso schafft.

Die väterlichen Großmütter verbrachten in patrilinear-komplexen Familien sehr viel Zeit mit ihren Enkelkindern, während vor allem die jüngeren Mütter mit schwerer Hausarbeit beschäftigt waren. Sie konnten dadurch ein besonders enges Verhältnis zu ihren Enkelkindern entwickeln. Diese vertrauensvolle Beziehung gab ihnen moralischen Rückhalt in einer Familienstruktur, in der Frauen stets eine untergeordnete Rolle spielten. Gleichzeitig erfüllten sie dadurch eine wesentliche Erziehungsaufgabe.

In den vorliegenden Fällen waren die beteiligten Großmütter besonders danach bestrebt, auch nach außen hin eine die Familienordnung bewahrende Rolle einzunehmen. Da ihnen in den konkreten Fällen als Familienältesten trotz der Konfliktsituation von allen Seiten Respekt entgegengebracht wurde, konnten sie ihre Autoritätsstellung dazu benutzen, in Familienangelegenheiten zu vermitteln. Sie verkörpern als Personen quasi jene Konfliktlösungsinstanz, die in west- und mitteleuropäischen Gesellschaften außerfamiliäre Einrichtungen wie etwa Gerichte einnehmen. Ihre Bestrebung, den Zusammenhalt der Familie zu bewahren, hängt damit zusammen, daß nach traditionellem Verständnis der Familieneinheit mehr Bedeutung zukommt als den Interessen des Einzelnen.

Zusammenfassung

Die Pilotstudie hat insgesamt gezeigt, daß ein hoher Aufklärungsbedarf über Familienverständnis und -kultur von Zuwanderern besteht. Allerdings konnten innerhalb des Pilotprojektes vorerst nur Hypothesen über die tatsächliche Lebenssituation von Zuwandererfamilien aufgestellt werden, da der Analyse nur die von den Richtern in Akten protokollierten Verfahrensabläufe, diverse Gutachten sowie deren persönliche Beobachtungen und Erinnerungen zugrundelagen. In einer Folgeuntersuchung soll durch direkte Auseinandersetzung mit Migrantenfamilien das bestehende Wissen vertieft und nähere Hintergründe über die Auswirkungen der Migration auf die Familiensituation und -kultur von Zuwanderern erforscht werden.

Arbeitskreis 6:

Bohnenstangenfamilie – soziale Verwandtschaft – Blutsverwandtschaft

Zusammenfassung

RUDOLF KARL SCHIPFER

Thematischer Ausgangspunkt für den Arbeitskreis war die Feststellung, daß unsere Familien nur mehr über wenige Mitglieder verfügen und die Lücken, die durch das damit entstandene weitmaschigere soziale Netzwerk „Familie“ entstehen, einer Schließung bedürfen.

Plakativer Ausgangspunkt für die Diskussion war der Begriff der „Bohnenstangenfamilie“. Dieser Begriff kommt aus Amerika und bezeichnet die Tatsache, daß – nicht zuletzt wegen der gestiegenen Lebenserwartung – heutzutage mehr Generationen zugleich leben (ausgedrückt in der Metapher der Länge), bei Verkleinerung des Beziehungsgeflechts innerhalb ein und derselben Generation (Metapher der Schmalheit). Konkret bedeutet dies, daß zwar immer öfter Kinder, Eltern, Großeltern (und evtl. auch Urgroßeltern) zeitgleich leben, dafür gibt es aber immer weniger Geschwister und – daraus folgend – Onkeln und Tanten, Cousins und Cousinen.

Inhaltlicher Ausgangspunkt für den Arbeitskreis war nicht zuletzt die Feststellung, daß ein emotionelles Cocooning – wenige Mitglieder in der Familie, die aber sehr zusammengeschweißt sind – zu beobachten ist. Weil aber die „Bohnenstangenfamilie“ als soziales Netzwerk nicht ausreicht, wird sie durch Verabredungsbeziehungen ergänzt. Dies ist vor allem auch deshalb von Bedeutung, weil Beziehungen als Puffer für psychische und physische Krankheiten dienen.

Den Einstieg in die Diskussion im Arbeitskreis bildete am ersten Tag das Statement von Dr. Helmuth Schattovits über ein integratives Wohnprojekt in Wien-Hernals.

Dr. Schattovits schilderte die Genesis der Gemeinschaft B.R.O.T., und wie sich das Leben in dieser Gemeinschaft gestaltet. Er legte ausführlich die organisatorischen Details und die Strukturen dar und wies darauf hin, daß es sich dabei weniger um eine Wohn- als vielmehr um eine Hausgemeinschaft handelt.

Aspekte, die sonst bei einer erweiterten Familie als typisch angesehen werden, sind in der Gemeinschaft beispielsweise durch gegenseitige Kinderbetreuung (Babysitten) und darüber hinausgehende allgemeine gegenseitige Unterstützung zu finden.

Kinder von Gemeinschaftsmitgliedern nehmen ältere Frauen als Großmütter an, und generell haben sich die Freundeskreise der Kinder erweitert. Die Kinder haben nicht nur Freunde in der und durch die Schule und innerhalb der eigenen Altersgruppe, sondern auch zu älteren wie auch zu jüngeren Personen.

Kernfamilie kann manches an Problemlösung und -verarbeitung nicht leisten, was eine erweiterte Familie leisten kann. Hier erfüllt die Gemeinschaft zuweilen auch die Funktion eines Ableitungsmechanismus, der es Mitgliedern in problematischen Situationen ermöglicht, nicht nur „im eigenen Saft zu schmoren“, denn es sind mehr Bezugspersonen als beispielsweise nur der Ehepartner da.

Neben den verschiedenen Aspekten zur gegenständlichen Gemeinschaft wurde auch eingehend die Frage diskutiert, inwieweit es sich dabei um ein soziales Netzwerk oder tatsächlich um soziale Verwandtschaft handelt.

Am Folgetag berichtete Dr. Brigitte Wehr-Novotny über einen Fall aus ihrer Praxis als Psychologin bei der Wiener Jugendgerichtshilfe.

Der leibliche Vater, der nach der Scheidung auszog, wird vom Kind „Papa“ genannt, und der nunmehr bei der Mutter wohnende Lebensgefährte wird von ihm als „Vati“ bezeichnet.

Der geschilderte Fall gibt ein Beispiel dafür, wie Kinder mit sehr schwierigen Familiensituationen umgehen lernen und damit auch fertigwerden. Die Blutsverwandtschaft wird dabei durch soziale Verwandtschaft mit Stiefgroßeltern und im selben Haushalt lebenden Stiefgeschwistern ergänzt.

Es kommt bei sozialer Verwandtschaft zu einer Ergänzung bzw. Substituierung der direkten Linie. Die Anzahl der „Großeltern“ verdoppelt sich und die „Väter“ werden mehr. Dabei ist jedoch nie die Rede von

Onkeln und Tanten. Der in der Nachkriegszeit verbreitete Begriff der „Onkelehe“ ist nunmehr unbekannt, und auch Begriffe wie „Stiefvater“ bzw. „Stiefmutter“ stehen nicht mehr in Verwendung. Die „neuen Väter“ (Lebensgefährten der leiblichen Mütter) werden oft (aber nicht immer, vgl. obigen Fall) lediglich mit Vornamen angesprochen.

Bei den Begriffen „Pflegemutter“ und „Tagesmutter“ berichtet Dr. Brigitte Cizek (ÖIF) von einer Studie, aus der hervorgeht, daß die Kinder immer nur von einer „Tagesmutter“, aber nie von einer „Tagesmama“ sprechen.

Um soziale Verwandtschaft zu bezeichnen und zu benennen, gibt es keine normativen Begriffe. Situationsbezogen müssen die entsprechenden Termini selbst kreiert werden. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Frage der Benennung immer auch mit Emotionen verbunden ist, und durch Terminologie Einstellungen produziert bzw. verändert werden können.

Es wurde auch festgestellt, daß es sich bei sozialer Verwandtschaft um kein neues Phänomen handelt. Bereits in der Vergangenheit gab es zum Beispiel Pflegekinder, vor allem im ländlichen Bereich. Eine Einbeziehung der Sozialgeschichte in die Auseinandersetzung mit dieser Thematik kann uns zeigen, wie man damals damit umgegangen ist. Aus der Erkenntnis, wie in der Vergangenheit Betroffene mit einschlägigen Situationen umgegangen sind und Probleme bewältigt haben, können auch für die Gegenwart Rückschlüsse gezogen werden.

Sozialgeschichtlich war die soziale Verwandtschaft ein Regelfall, da das Gesinde zur Familie gehörte und somit zwischen Bauernfamilie und Gesinde eine soziale Einheit bestand. Ein wesentlicher Unterschied zur Gegenwart besteht jedoch darin, daß es früher (für die verschiedenen Generationen der Familie) die Einheit des Ortes durch gemeinsames Wohnen gab.

Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot

Idee und Praxis der Gemeinschaft B.R.O.T.
in Wien 17, Geblergasse 78

HELMUTH SCHATTOVITS

Kurzcharakteristik der Gemeinschaft B.R.O.T.

Im Sommer 1986 bildet sich das Proponentenkomitee zur Gründung der Gemeinschaft B.R.O.T. (Beten-Reden-Offensein-Teilen). Zwei Jahre später begann der Bau des Wohnheimes, das im Mai 1990 besiedelt wurde. Diese Gemeinschaft besteht nun seit 10 Jahren und lebt seit 6 Jahren im Wohnheim. Die Vorbereitung und die Entwicklung wurden im Rahmen der Wohnbauforschung sozialwissenschaftlich begleitet.¹ Eine Kurzbeschreibung des gemeinnützigen Vereines „Gemeinschaft B.R.O.T.“ sowie ein Überblick zur Geschichte des Hauses und Daten mögen dem Anhang entnommen werden.

Die Wurzeln der Idee

Zurückschauend gesehen, hat sich die Projektidee aus dem Zusammentreffen der folgenden drei Ereignisse bzw. Konzepte entwickelt:

► Das Konzept von der Familie der Familien.

Anlässlich 20. Jahrestages der Gründung des Katholischen Familienverbandes Österreichs fand 1993 das Symposium „Familie als Motor einer neuen Phase der Sozialreform“ statt. Ein durchgehender Gedanke war dabei: Künftige Lebensqualität wird in der Qualität der Beziehungen des einzelnen Menschen zu sich selbst, zum Du, zum Wir und zu Gott gesehen und erlebt werden. Die empirischen Befunde machten allerdings deutlich, daß auch diesbezüglich die immer kleiner werdende Kernfamilie zu bald und zu häufig an Grenzen stößt. Als möglicher innovativer Ansatz für die Problemlösung wurde immer wieder das Konzept „Familie der Familien“ in Diskussion gebracht. Damit sollte der Versuch unternommen werden, die Vorteile der Intimität der Kernfamilie mit der Leistungsfähigkeit sozialer Netzwerke zu verbinden. Familien sollten mit anderen Familien und Einzelpersonen in einer Art von sozialer Verwandtschaft zusammenwirken. In Anknüpfung an christliche Formen des Zusammenlebens wurde auch die Bezeichnung „Familienkloster“ verwendet.

► Die Notwendigkeit der Selbstorganisationsfähigkeit von Mensch und Gesellschaft.

Im Zuge des Forschungsprojektes „Aufgabenplanung und neue Organisationsformen in der öffentlichen Verwaltung“ am damaligen Institut für Arbeits- und Betriebswissenschaften der Technischen Universität Wien wurde auch der Zusammenhang zwischen dem Wachstum der öffentlichen Verwaltung und der Problemlösungsfähigkeit der Gesellschaft behandelt. Es ergaben sich zahlreiche Hinweise darauf, daß die Fähigkeit der Gesellschaft und des einzelnen Menschen immer dann abnimmt, wenn die öffentliche Verwaltung entsprechende Aufgaben selbst übernimmt. Eine wirksame Verwaltungsreform wird demnach nur dann gelingen, wenn die Ressourcen der einzelnen Personen von Familien und der Gesellschaft aktiviert werden können. Neben dem politischen Wollen ist dafür die Bereitschaft der einzelnen Menschen erforderlich.

¹ Schattovits, H. & Klar, S.: Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot, Endbericht Teil I, Institut für Ehe und Familie (IEF), Wien 1988; Integratives Wohnen, Endbericht Teil II und Integratives Wohnen – Umsetzung einer sozialen Innovation, IEF, Wien 1993.

► **Praktische Erfahrung mit der christlichen Gemeindeerneuerung in Wien-Hernals.**

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde in der römisch-katholischen Pfarrgemeinde Wien-Hernals, Kalvarienbergkirche, versucht, das Anliegen der Gemeindeerneuerung praktisch umzusetzen. Es haben sich dabei verschiedene Gebetsgruppen gebildet, die sich über die Begegnung bei den Pfarraktivitäten hinaus regelmäßig in den Wohnungen zum gemeinsamen Gebet, Austausch und Feiern getroffen haben. Dies hat auch konkrete Auswirkungen auf die gegenseitige Unterstützung im praktischen Alltag gehabt. Es wurde erlebt, daß einerseits Alltagshilfe möglich ist und das Leben erleichtert sowie andererseits eine Sehnsucht entsteht, mehr Gemeinschaft haben zu wollen. Diese Erfahrungen haben auch im Pfarrgemeinderat ihren Niederschlag gefunden, sodaß dort beschlossen wurde, die Idee eines Wohnprojektes im Sinne der Gemeindeerneuerung zu unterstützen.

Der erste Schritt der Umsetzung – Forschung als Wegbereiterin

Selbst wenn eine positive Grundstimmung für eine Idee, ein Anliegen bei mehreren Menschen vorhanden ist und auch vom sozialen Umfeld gestützt wird, bleibt das Problem des ersten Schrittes. Gelingt dieser nicht, bleibt es weiter beim Wollen, Sollen, Müßten etc. Im Falle der Gemeinschaft B.R.O.T. hat wesentlich zu diesem entscheidenden ersten Schritt ein Forschungsprojekt, gefördert von der Wohnbauforschung, beigetragen. Das Institut für Ehe und Familie hat – im Wissen um die oben beschriebenen Ideen und Erfahrungen – bei der Wohnbauforschung das Projekt „Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot“ eingereicht und ab 1984 gefördert bekommen. Diese Nachricht wurde dem Pfarrgemeinderat der Kalvarienbergkirche zur Kenntnis gebracht. Die Reaktion: „Jetzt wird es peinlich konkret.“ Mit dem Forschungsprojekt konnte das sachliche und finanzielle Anfangsrisiko offenbar so weit verringert werden, daß beim ersten Informationsabend Ende 1985 über 30 Personen erschienen sind. Da das Interesse ausreichend groß war, wurde für das nächste Treffen bereits als Interessententreffen eingeladen. Es fand im Jänner 1986 statt und wurde von mehr als 20 Personen besucht; zwei Drittel davon sind dann als Gründungsmitglieder der Gemeinschaft beigetreten.

Bisherige Erfahrung mit dem Leben im B.R.O.T.-Haus

Die bisherige Entwicklung kann als Prozeß des Gelingens, Dahinwurstelns und Mißlingens bezeichnet werden. Insgesamt dürften die Erwartung weitgehend erfüllt worden sein. Ein Bericht über die ersten fünf Jahre findet sich im Anhang. Im Statement sollen einige Erfahrungen qualitativ herausgegriffen werden:

- Wichtig für die positive Entwicklung ist eine gemeinsame, von allen grundsätzlich anerkannte Basis als Bezugspunkt für Ansätze zur Lösung von Konflikten. In der Gemeinschaft ist es der Glaube an Gott, vornehmlich aus einer christlichen Spiritualität.
- B.R.O.T. hat bewußt keinen Punkt zwischen Polen wie z. B. Individualität und Verbindlichkeit definiert, sondern läßt Bandbreiten zu. Diese sind für die einzelnen Mitglieder zumindest zeitweilig und teilweise unterschiedlich groß. Es geht darum, wieviel an Spannung bewältigt werden kann. Dieses Offensein ist bisher jedem und der Gemeinschaft zugute gekommen.
- Augenscheinlich hat die Gemeinschaft für die Kinder positive Auswirkungen. Die mögliche Enge der klein gewordenen Kernfamilie kann leicht überwunden werden.
- Auch wenn nicht jede Einsamkeit überwunden werden kann, finden Kontakte zwischen den Mitgliedern statt, die erleben lassen, daß keiner allein gelassen wird. Durch erfahrbares Wohlwollen entsteht auch ein Schonraum, der Freiheit fördert.
- Für die Gäste, die im Haus eingezogen sind, um aus der Betreuung den Schritt in das eigenständige Leben erproben zu können, hat sich die Brückenfunktion für die meisten eingestellt.
- Die Aufnahme und bereits mehrere Jahre Betreuung und Integration von bosnischen Flüchtlingen wäre ohne die Gemeinschaft nicht möglich gewesen.

Anhang

Der gemeinnützige Verein GEMEINSCHAFT B.R.O.T.

Die Gemeinschaft B.R.O.T. ist ein gemeinnütziger Verein und nicht auf Gewinn gerichtet, strebt jedoch eine kostendeckende Führung des Wohnheimes in der Geblergasse 78 an.

Die Gemeinschaft verfolgt das Ziel, auf der Basis christlicher Spiritualität gemeinschaftliches Wohnen zu ermöglichen und dadurch auch soziale Dienste erbringen zu helfen. Dabei werden keine spezialisierten Leistungen, wie z. B. Therapie u. ä. angeboten, sondern durch die Art und Weise des konkreten Alltagslebens soll einander geholfen werden. Dabei wird auch eine Brückenfunktion für den vollen Wiedereintritt in ein eigenständiges Leben erfüllt. Diese Dienste werden persönlich erbracht und nicht durch dafür angestellte Personen. Das in spezialisierten Einrichtungen oft erforderliche Modell von Betreuern und Betreuten soll durch Integration bewußt vermieden und überwunden werden.

Im Haus wohnen Menschen unterschiedlicher Altersstufen, geistiger, kultureller und körperlicher Verfassung sowie Familien und Einzelpersonen auf Dauer und auf Zeit. Alte und Junge, Gesunde und Kranke, Arme und Wohlhabende wollen Freude und Leid miteinander teilen und tragen, unter vollem Respekt vor der Intimsphäre der Person, der Ehe sowie der Familie.

Die Rechtsform Wohnheim wurde gewählt, weil dieses dem zugrundeliegenden Anliegen am angemessensten erschien. Kein Bewohner erwirbt Eigentum oder übliche Mietrechte, sondern jeder erhält einen Nutzungsvertrag für einen Heimplatz und jeder lebt somit unter gleichen formalen Nutzungsbedingungen. Damit wird auch einerseits der Begriff Heim aus einem eher negativen Verständnis herausgenommen und andererseits die desintegrierende Typenbildung nach Kategorien überwunden.

Beim Wohnheim Geblergasse 78 handelt es sich nicht nur soziologisch um ein Modellprojekt, sondern auch architektonisch. Es wurde die Säulenbauweise gewählt, um Flexibilität auch bezüglich der Wohnungsgrundrisse zu erleichtern.

B.R.O.T.-Haus: Geschichte² und Daten

- 1983: Beschluß des Pfarrgemeinderates der röm.-kath. Pfarrkirche Hernals, die Idee eines Gemeinschaftshauses weiterzuverfolgen und den Baugrund Geblergasse 78 eventuell zur Verfügung zu stellen.
- 1985: Im September Verteilung einer Kurzinformation in Pfarren und an Medien über das Projekt.
Am 25. November findet der angekündigte Informationsabend statt, organisiert vom Institut für Ehe und Familie im Rahmen des Forschungsprojektes „Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot“ (gefördert von der Wohnbauforschung).
- 1986: Am 25. Jänner erstes Interessententreffen, danach Statutenerarbeitung und am 19. Juni Gründung eines Proponentenkomitees.
- 1987: Am 8. Jänner konstituierende Sitzung des gemeinnützigen Vereines Gemeinschaft B.R.O.T. (Beten-Reden-Offensein-Teilen).
März: Beschluß des Pfarrgemeinderates über den Baurechtsvertrag.
Juli: Antrag auf Baugenehmigung des Wohnheimes.
- 1988: Februar: Erteilung der Baubewilligung und am 5. Juli Zusicherung der Wohnbauförderung 1984 durch das Land Wien.
August: Baubeginn.
- 1990: 9. September: Segnung des fertiggestellten und besiedelten Hauses.

² Die Geschichte ist dokumentiert in: s. Fußnote 1.

Das B.R.O.T.-Haus wurde im Baurecht auf einem Grundstück der röm.-kath. Pfarrkirche Hernals errichtet. Die Planung und Bauaufsicht wurde von Univ.-Prof. Mag. Ottokar Uhl und seinen Mitarbeitern Dipl.-Ing. Franz Kuzmich und Dipl.-Ing. Martin Wurnig unter Mitwirkung der Mitglieder der Gemeinschaft durchgeführt.

Betreut wurde es von der Gemeinnützigen Kleingarten-Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf und Hetzendorf, Prokurist Peter Sentall.

Die Wohnnutzfläche beträgt rund 1.745 m². Gemeinschaftsräume stehen im Ausmaß von rund 630 m² zur Verfügung, zusätzlich wurde das Stiegenhaus kommunikationsfördernd angelegt (rund 270 m²).

Die Dächer in den verschiedenen Ebenen sind als Flachdächer ausgeführt und durchwegs begrünt, sodaß die Gesamtrasenfläche des Grundstückes durch den Neubau nicht verringert wurde; darüber hinaus stehen ca. 1.500 m² Gartenfläche zur Verfügung.

Die 27 Heimplätze sind zwischen 22 und 130 m² groß. Es wohnen derzeit 10 Familien mit 18 Kindern, 10 Einzelpersonen und 14 Gäste, davon 5 Kinder, im Haus.

Bezüglich dreier Gästewohnungen (davon 2 für Familien) besteht mit der Caritas der Erzdiözese Wien eine Zusammenarbeitsvereinbarung, bezüglich der 4 Studentenheimplätze eine solche mit dem Land Niederösterreich. Über die Wohnbauförderung hinaus wurden zwei Behindertenplätze vom Land Wien gefördert, 4 Studentenheimplätze vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie dem Land Niederösterreich.

Die Caritas der Erzdiözese und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie haben dieses Modellprojekt durch eine allgemeine Förderung unterstützt.

(August 1991)

Fünf Jahre B.R.O.T.-Haus

Als wir am 9. September 1990 das Haus seiner Bestimmung – Beten-Reden-Offensein-Teilen – übergeben haben, war die Besiedelung gerade im Endstadium. Inzwischen ist in dem begegnungsfördernd gebauten Haus ein lebendiger Organismus gewachsen.

Gemeinschaft: In der Gemeinschaft wurden fünf Kinder geboren. Ein Mitglied ist 90jährig gestorben, ein Mitglied nach vier Jahren aus der Gemeinschaft ausgetreten. Ein junges Ehepaar ist als Mitglied dazugekommen. Zur Zeit besteht die Gemeinschaft aus sieben Familien, einer alleinerziehenden Mutter, zwei Ehepaaren und acht Einzelpersonen, das sind insgesamt 47 Personen; 27 Erwachsene im Alter von 26 bis 83 Jahren und 20 Kinder von 1 bis 18 Jahren. Diese stabilisierende und risikofreudige Personengruppe hat als „Gemeinschaft B.R.O.T.“ die vergangenen fünf Jahre das Leben im Haus gestaltet und gelebt. Und das keineswegs als „Elitetruppe“, sondern mit allem behaftet, was „Menschen“ ausmacht: einerseits mit verschiedensten körperlichen, seelischen und geistigen Behinderungen, andererseits mit viel Fantasie, Intelligenz, schöpferischen Kräften und Talenten.

Gäste: Die sieben Gästewohnungen, die als Übergangswohnungen für Menschen, die, aus einer schwierigen Lebenssituation kommend, in ein eigenständiges Leben finden wollen, gewidmet sind, wurden häufig frequentiert und noch häufiger angefragt: Im Lauf der fünf Jahre wohnten 56 Personen (verschiedenster Nationen) – davon sieben Familien mit 16 Kindern – verschieden lang in den verschieden großen Wohnungen.

Flüchtlinge: Als sich 1992 die erste große Flüchtlingswelle aus dem Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien in Bewegung setzte, haben auch wir 17 Bosnier aufgenommen. Fürs erste richteten wir im Turnsaal ein Lager ein. Inzwischen haben einige schon eine Wohnung gefunden. Mit denen, die noch bei uns sind, suchen wir noch eigene Unterkünfte. Glücklicherweise haben alle Jüngeren Arbeit gefunden.

Finanzen: Alle im Haus Wohnenden müssen den Nutzungsbeitrag für die Wohnung bezahlen. Wenn das nicht möglich ist, springen wir mit unserem Solidaritätsfonds ein. Dieser Fonds ist eine Selbstbesteuerungseinrichtung der Gemeinschaft, die auch durch Spenden von außen genährt wird (Verwandte, Freunde, Nachbarn, „Arbeitskreis Teilen“ der Pfarre etc.). So haben wir z. B. für die Flüchtlinge rund öS 456.000,- ausbezahlt. In diesem Betrag sind sowohl die Zuschüsse für das tägliche Leben für 17 Personen, als auch die

Starthilfen für die Wohnungen, Möbel etc. enthalten. Für Gemeinschaftsmitglieder (auch sie sind manchmal bedürftig) und Gäste haben wir eine Summe von rund öS 200.000,- für Mietzuschüsse, Übersiedlungsbeihilfen, Möbelanschaffung und sonstiges aufgebracht. Der laufende Betrieb und die Reparaturen werden aus den Nutzungsbeiträgen der Bewohner beglichen. Im Rahmen des Baurechtsvertrages haben wir in den vergangenen fünf Jahren rund öS 260.000,- an Miete (Rückzahlung, Betriebskosten) für die von der Pfarre genutzten Räume aufgewendet. Diverse Reparaturkosten an Seelsorgeräumen und Spielplatz beliefen sich auf rund öS 120.000,-.

Kapelle: Die Kapelle ist Ort der Kraft und Begegnung für die Gemeinschaft. Sie dient auch der übergeordneten Seelsorge (Pfarre etc.) für Schulmessen, Gebetstreffen, Taufen und andere Veranstaltungen.

Meinungen von ehemaligen Bewohnern des B.R.O.T.-Hauses: Es gibt leider nur ganz wenige im Haus, mit denen ich gut ausgekommen bin ... Wenn ich mal ein Kind haben werde, das studieren will, kann ich es zum Mitwohnen zu Euch schicken? ... Ich habe mir mehr Gemeinsamkeit erwartet, mehr Einladungen zu den Familien, ich bin enttäuscht ... Danke für die schöne Zeit, die mein Töchterchen und ich bei Euch verbringen konnten. Die Erfahrung christlich gelebter Nachbarschaft kann ich mitnehmen, welch wertvolles Geschenk ... Ich möchte hier nicht älter werden, nicht sterben und nicht tot sein ... Mitte September verlasse ich Euch, und es war ein schönes Jahr in Eurer Mitte. Es gab Augenblicke, da war die Gemeinschaft fast Familie, und dieses Gefühl nehme ich gern mit in meine neue Wohnung.

Alltägliches: Das Kennzeichnende der Gemeinschaft ist einfach Nachbarschaftshilfe (sie reicht von unbezahlter Eigenverwaltung über Pflege des Hauses und des Gartens bis zu Unterstützungen vielfältigster Art) und Teilen, was wir haben (wir geben nicht alles, sondern teilen). Das, was wir nicht können oder was wir nicht haben, das kaufen wir, borgen wir, lassen wir uns schenken von anderen Menschen, die es können oder haben.

Ein Wort an junge Leute und Interessierte: In so einem Haus tut sich was; das Abenteuer „Mensch“ ist auf Dauer immer noch das spannendste. Wir stehen mit unseren Erfahrungen für neue „Häuser“ gerne zur Verfügung.

Für die Gemeinschaft B.R.O.T.: Renate Schattovits

„Ich hab den Papa und den Vati, beide sind lieb.“

Familienbeziehungen von Kindern nach der Scheidung.

BRIGITTA WEHRL-NOVOTNY

Neben der Zuständigkeit für straffällige Jugendliche in der Haft und bei Anzeigen auf freiem Fuß ist der Jugendgerichtshof Wien auch Pflschaftsgericht „über Minderjährige, bei denen aus einem bestimmten Anlaß eine Gefährdung der persönlichen Entwicklung zu besorgen ist“ (§ 23 Jugendgerichtsgesetz). Die SozialarbeiterInnen und PsychologInnen der Wiener Jugendgerichtshilfe werden von den Richtern mit Erhebungen beauftragt als eine zusätzliche Entscheidungshilfe vor einer Beschlußfassung. Auch Wiener Bezirksgerichte schicken der Wiener Jugendgerichtshilfe Akten mit dem Ersuchen um Stellungnahmen zu Fragen der Obsorge und des Besuchsrechtes. Anhand so eines „Falles“ möchte ich mich mit dem Thema des Arbeitskreises „Bohnenstangenfamilie – Blutsverwandschaft – soziale Verwandtschaft“ beschäftigen. Namen und sonstige Details habe ich unkenntlich gemacht. Mein Bild zum Begriff „Bohnenstangenfamilien“ ist, daß es darum herum rankt, wuchert, gedeiht, lebt, manches auch verkümmert, abstirbt.

Ich bin Psychologin bei der Wiener Jugendgerichtshilfe und lernte die 6jährige Natalie anläßlich einer Stellungnahme zum Besuchsrecht kennen; im wesentlichen ging es um die Übernachtungsfrage. Das Mädchen lebte nach der Scheidung der Eltern mit der Mutter in der vormaligen Ehemwohnung, einem Reihnhaus, aus dem der Vater (für Natalie ist er der „Papa“) nach der Scheidung ausgezogen ist. Die Mutter ist im Haushalt tätig. Sie hat einen Lebensgefährten, von Beruf Mechaniker (für Natalie ist er der „Vati“). Es gibt auch einen einjährigen Halbbruder aus dieser Verbindung.

In diesem Lebensraum gibt es 4 Großelternfiguren: die Eltern der Mutter und des Lebensgefährten. Auch zwei Kinder aus der geschiedenen Ehe des Lebensgefährten kommen auf Besuch.

Jeden zweiten Sonntag verbrachte Natalie beim Vater, was durch einen gerichtlichen Vergleich festgelegt war. Dort lebte auch ihr 8jähriger Bruder, der nach der Scheidung beim Vater geblieben war (er verbrachte ein Wochenende im Monat bei der Mutter). Der Vater war Kraftfahrer im Gemeindedienst. Er lebte in einer Gemeindebauwohnung, hat die Nachbarwohnung dazubekommen, sodaß nun auch für Natalie ein Kinderzimmer zur Verfügung steht. Der Vater bemühte sich sehr um eine schöne Gestaltung der Besuchstage. Er hat einen Garten, in dem man sich bei Schönwetter aufhalten kann. Auch die väterlichen Großeltern haben einen Garten, wo Natalie manchmal ist. Die Lebensgefährtin des Vaters – sie ist Büroangestellte – sowie ihre Eltern und die jüngeren Geschwister gehören ebenfalls zum Kreis der Menschen, mit denen Natalie an den Besuchstagen Kontakt hat, ebenso ein größerer Freundeskreis, zu dem auch Natalies beste Freundin Daniela gehört.

Im Akt liegt ein Bericht der Schule, Natalie ist Schülerin der 1. Klasse Volksschule. Die Lehrerin äußert sich lobend, Natalie ist eine problemlose Schülerin, die gute Leistungen erbringt. Über die Situation zu Hause berichtet das Mädchen in der Schule nichts. Die Mutter hat angegeben, daß der Vater das Kind beim Besuch negativ beeinflusst. Das Mädchen ist in der Schule nach den Besuchstagen unverändert.

Bei der Wiener Jugendgerichtshilfe fand vorerst ein Gespräch mit Natalies Mutter statt. Sie erzählte, daß ihre Tochter sehr verschlossen ist. Nach den Besuchen beim Vater ist sie besonders in sich gekehrt und bereitet zu Hause Schwierigkeiten. Sie hat Angstträume und Aggressionsausbrüche. Manchmal kauert sie sich in einen Winkel und blickt böse umher. Das Mädchen läßt sich von der Mutter nichts sagen, beschimpft sie manchmal als garstig und böse. Die Mutter ist nach solchen Auseinandersetzungen mit ihrer Tochter oft total erschöpft. Sie will eine Einschränkung des Besuchsrechtes. Die Eltern des Lebensgefährten der Mutter haben anonyme Drohanrufe erhalten. Die Mutter hat daraufhin eine Zeit lang das Besuchsrecht des Vaters eingestellt, weil sie

annahm, daß er die Drohanrufe gemacht oder veranlaßt habe, um der Mutter zu schaden. Um ihren Wunsch nach Einschränkung des Besuchsrechts durchzusetzen, hat die Mutter einen Anwalt eingeschaltet.

Dann sprachen wir mit Natalie. Sie ist ein normal entwickeltes, aufgewecktes Mädchen. Im Gespräch mit der Psychologin der Wiener Jugendgerichtshilfe war sie überhaupt nicht verschlossen. Die Sprache war gut entwickelt. Sie war sehr hübsch gekleidet, hatte eine nette Haarspange und eine bunte Armbanduhr. Sie berichtete, daß sie die Uhr für gute Schulleistungen von der Mutter bekommen hat. Mit der „Mutti“, dem „Vati“ und dem kleinen Halbbruder waren sie zuletzt einige Tage auf einem Bauernhof. „Ich hab den Papa und den Vati, beide sind lieb.“ Die Besuche beim „Papa“ gefallen Natalie gut. Die „Cony“, seine Lebensgefährtin, ist auch dabei, die ist nett. Auch Oma und Opa hat sie gern, ebenso ihren Bruder. Der nächste Besuch wird ausnahmsweise Samstag sein, weil Natalie am Sonntag ein Fest mit ihrer Familie besucht. Natalie brachte mehrfach vor, daß sie beim „Papa“ auch übernachten möchte.

Zu einem anderen Termin sprachen wir mit Natalies Vater. Seine Tochter kommt gern zu ihm, und er bemüht sich um die Gestaltung der Besuchstage. Er will, daß sie auch bei ihm übernachten kann. Als die Mutter das Besuchsrecht eine Zeit lang einstellte, nahm auch er sich einen Anwalt, um das Besuchsrecht durchzusetzen.

Über eine Anregung des Lebensgefährten der Mutter kam nach einigem hin und her eine gemeinsame Aussprache der Eltern und ihrer Lebensgefährten (gemeint ist der Lebensgefährte der Mutter und die Lebensgefährtin des Vaters) bei der Wiener Jugendgerichtshilfe zustande. Das Gespräch fand in Gegenwart der Psychologin und einer Sozialarbeiterin statt. Bei komplizierten Pflugschaftsangelegenheiten wird laufend zu zweit gearbeitet, und das bewährt sich gut. Die Eltern präsentierten sich – bei bestem Bemühen jedes Elternteiles – zerstritten „wie Hund und Katze“. Die Lebensgefährten wirkten beruhigend, beide hatten ein Interesse an der günstigen Abwicklung der Besuchsrechtssituation betreffend Natalie. Die Lebensgefährten erwiesen sich so als „Verbündete“ von Natalie in der Auseinandersetzung mit den Eltern. Die guten Beziehungen von Natalie zu den Lebensgefährten waren wichtig für das kleine Mädchen. Im übrigen stellte sich heraus, daß der Vater mit den Drohanrufen nichts zu tun hatte. Durch die gemeinsame Aussprache wurde eine Übereinstimmung hinsichtlich des Besuchsrechtes nicht erreicht, das war auch nicht das primäre Ziel. Es fand jedoch ein konstruktives gemeinsames Gespräch statt, eventuell auch modellhaft für die Zukunft.

Die Empfehlung der Sozialarbeiterin und der Psychologin der Wiener Jugendgerichtshilfe an das Bezirksgericht war schließlich im schriftlichen Bericht, daß Natalie den Vater wie bisher besuchen und an jedem 3. Besuchswochenende (also jede 6. Woche) auch von Samstag auf Sonntag bei ihm und dem Bruder übernachten soll. Es wurde von uns ein früherer Vorschlag der Mutter aufgegriffen, der im Akt erwähnt war.

Bezugnehmend auf das Thema des Arbeitskreises soll abschließend und zusammenfassend noch festgestellt werden, daß die soziale Verwandtschaft in Form der Lebensgefährten sich als hilfreich für Natalie und auch für die Eltern erwiesen hat. Es ergab sich somit in Ergänzung zur Blutsverwandtschaft zwischen den Eltern und dem Kind eine zusätzliche Ressource.

Aus der Sicht der Psychologin kommt Natalie mit ihrer hochkomplexen Familiensituation gut zurecht und entwickelt ein hohes Maß an diplomatischem Geschick. Schwierigkeiten hat das kleine Mädchen vor allem im Kontakt mit der Mutter, ihrer geliebten Hauptbezugsperson. Ihre Fähigkeit, doch zu ihrem Wunsch nach Kontakt mit dem ebenfalls geliebten Vater zu stehen, ist jedoch erstaunlich, und sie vertritt dieses Anliegen auch in der für sie sicherlich sehr belastenden Situation des Gespräches mit der Gerichtspsychologin. Natalie plagt sich, aber sie bewältigt ihr Leben aktiv.

Literatur

Figdor H.: Kinder aus geschiedenen Ehen. Zwischen Trauma und Hoffnung. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag 1994.

Menne K., Schülling H., Weber M. (Hrsg.): Kinder im Scheidungskonflikt. Weinheim-München: Juventa 1993.

Arbeitskreis 7:
Männer, Väter, Kinderrollen

Zusammenfassung

FRANZ FORSTER

Dieser Arbeitskreis setzte sich mit Themen auseinander, die bereits in zahlreichen qualifizierten Untersuchungen behandelt wurden bzw. auch Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind. Der Arbeitskreis konnte daher wohl nicht zu eigentlich neuen Erkenntnissen und Aussagen gelangen. Doch wurden die Probleme weitgehend von der jeweiligen beruflichen sowie auch persönlichen Sicht und Erfahrung her beleuchtet, was verschiedene Aspekte sowie insgesamt ein interessantes und farbiges Panorama ergab.

Die im Statement vorgetragenen Ergebnisse der statistischen Untersuchung scheinen Erfahrungen sowie bereits verbreitete Einsichten zu bestätigen und werden mit Zustimmung aufgenommen.

Diskutiert wird, was „Kinderbetreuung“ und was „Freizeit“ ist. – Als produktive Arbeit gilt wissenschaftlich und in der Statistik nach dem „Dritte-Person-Kriterium“ jede Tätigkeit, die eine andere Person statt der betreffenden durchführen kann.

Die Selbsteinschätzung entspreche nicht immer der Wirklichkeit oder der Fremdeinschätzung (so etwa: der von Männern angegebene oder auch geleistete Anteil der Hausarbeit und dessen Einschätzung durch die Frauen).

Die rechnerischen Durchschnittswerte geben nicht die jeweils individuelle oder vom Paar in der Familie praktizierte Verteilung wieder.

Die Durchschnittswerte – so aussagekräftig sie als solche sein mögen – fallen weitgehend mit Klischeevorstellungen zusammen und festigen diese möglicherweise. Sie könnten auch suggerieren, daß die traditionelle Rollenverteilung (allenfalls gemildert) fortbesteht – obgleich die Entwicklung tatsächlich schon weitergegangen ist.

Es gebe Avantgarde-Gruppen, die gesellschaftliche Entwicklungen vorantragen und bewußtseinsbildend wirken.

Kinder fassen Betreuung nicht als ihnen eigens gewidmete Zeit auf. Da die Betreuung größtenteils von der Mutter geleistet wird, ergeben sich Unterschiede bei der Einschätzung der Zeit mit der Mutter bzw. mit dem Vater aus der Sicht der Kinder. Wenn der Vater nur am Abend zu Hause ist bzw. nach einer Scheidung nur im Besuchskontakt steht, wissen die Kinder seine Zuwendung besser zu schätzen.

Im Sozialisierungsprozeß verläuft vieles über den Gruppendruck. So sind alternative Männer oftmals einer Kritik aus zwei verschiedenen Richtungen ausgesetzt: „kein (richtiger) Mann“ zu sein und doch „nicht genug zu tun“.

Männer haben indessen gelernt, daß sie aus der Beschäftigung mit Kindern selbst bereichert werden bzw. sogar „Nutzen ziehen“.

Veränderungen seien wohl eingetreten, jedoch seien die Rollendefinitionen noch nicht hinreichend geändert und deren Anerkennung noch nicht nachvollzogen.

Erziehung und Sozialisation erfolgt überwiegend durch Frauen: Mutter, Tagesmutter, Kindergärtnerin, Lehrerin etc.; Männer sind nur unzureichend vertreten. Man fürchtet wohl auch „böse Onkel“.

Frauen, besonders in „weiblichen“ Berufen, sind meist schlecht(er) bezahlt. – Seitdem es auch männliche Pfleger gibt, haben sich im Pflegeberuf verstärkt Hierarchien ausgebildet, und auch die Bezahlung hat sich gebessert.

Doppel- und dreifachbelastete Frauen werden häufig wieder durch Frauen entlastet: eigene Mutter bzw. Schwiegermutter, Tagesmutter, Kindergärtnerin, Bedienerin etc.

Männer suchen in Beruf und Karriere Kompensation, sofern sie gegenüber Frauen bzw. durch Frauen von vielem ausgeschlossen sind.

Wenn Mädchen mehr Hausarbeit übernehmen: Könnten sie damit der Mutter Solidarität erweisen und ihr helfen wollen?

Wenn Frauen selbst an ihrem Quantum Hausarbeit festhalten: Könnte es sich um eine Art „Revierteidigung“ handeln?

Was wäre, wenn die Frauen wirklich nur die Hälfte der Hausarbeit erledigten?

Es bestehe ein Spannungsfeld zwischen Energien für das Berufliche, die Karriere, und Energien für das Persönliche, die Familie.

Besonders wenn beide Partner eine Karriere verfolgen, stellen sich Schwierigkeiten mit den Kindern sowie Folgewirkungen ein.

Je höher in der Hierarchie, umso weniger Frauen. Karriere und Leistungsanspruch lassen Pausen, Zurückstecken, Rücksichtnahme kaum zu.

Andererseits ist es in (einmal erreichten) höheren Positionen manchmal wieder auch leichter, alternativ umzudisponieren. Es handle sich hierbei auch um bildungs- und schichtspezifische Möglichkeiten.

Auch die Beispielwirkung ist wichtig: Ich muß jetzt heim, einkaufen etc.

Geplante Kinder wirken sich auf Beruf und Laufbahn (besonders eben der Frauen) weniger störend aus als ungeplante. Bei ungeplanten Kindern liegt Österreich im Spitzenfeld.

Es sei vorbereitende Elternbildung, Elternvorbereitung, auch -begleitung, nötig. – Während der Schwangerschaft und im Kleinkindbereich sei väterliche Beteiligung eher gegeben. Später spielten sich im Alltag, auch unter dem Druck der äußeren Gegebenheiten, häufig wieder traditionellere Rollenverteilungen ein.

Einstellung der Mütter beeinflusst die Söhne: Prinzchen, Pascha.

Väter hätten eine andere Qualität als Mütter. Ein Vater brauche nicht eine „bessere Mutter“ zu sein, auch kein „schmeichelweicher grüner Softie“.

Einigkeit herrschte, daß weitergehende Veränderungen und gerechtere Teilung der Erwerbs- und Haus-/Familienarbeit nur bei entsprechend veränderten gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich sind. – Vor allem sind auch staatlich vorgegebene Mindeststandards erforderlich.

Der öffentliche Dienst (Bund, Länder, Gemeinden) sowie auch die Kirche(n) sollten eine Vorreiterrolle (stärker) übernehmen und Modelle entwickeln, damit Teilzeit, Karenz faktisch und auch ohne zu große Nachteile für die Berufslaufbahn möglich wird.

Es müßten zu wählende Möglichkeiten auch faktisch gegeben sein (z. B. Teilzeitarbeit; auch mit dem eigenen Risiko des Karriereverzichts).

Wichtig wäre es, in der Hierarchie auch niedrigere Positionen gut zu bezahlen (sowie höhere nicht um soviel besser). Damit würde Karriere weniger am Finanziellen bemessen, und es würde auch der finanzielle Anreiz zum Karrieremachen(-Müssen) abgeschwächt werden.

Verstärkte Belastung der Familien durch „Sparpakete“ sind der Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensformen allerdings wenig günstig und werden wohl wieder traditionellere Rollenbilder und Verteilungen erzwingen.

Literaturhinweise zum Statement

Franz, A. (Hrsg.): Familienarbeit und Frauen-BIP. In: ÖStASt 3, Wien 1996, v. a. 43-53.

Franz, A.: Monetäre Bewertung der Haus- und Familienarbeit. In: DIALOG. INFORMATION EHE UND FAMILIE, 12 (2) / 1996, 4-7.

Bundesministerium für Jugend und Familie (Hrsg.) / Österreichisches Statistisches Zentralamt (Groß, I. / Wiedenhofer, B.) / Herbst, V.: Wo kommt unsere Zeit hin? Beruf – Familie – Freizeit. Das Zeit-Budget der österreichischen Familien. Wien [1995].

- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) / Herbst, V.: Round-Table. 4. Dezember 1995. Der volkswirtschaftliche Wert der Hausarbeit. Bewertungsmodelle und politische Konsequenzen [Wien 1997].
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) / Herbst, V.: Enquete Beruf – Familie – Freizeit. 17. November 1995. Das Zeitbudget der österreichischen Familien [Wien 1997].
- Groß, I.: Das Zeitbudget der Österreicher. In: DIALOG. INFORMATION EHE UND FAMILIE, 12 (1) / 1996, 4-7.

Männer, Väter, Kinderrollen

INGE GROSS

Die Zeitverwendungserhebung 1992 gibt Antwort auf die Frage „Was machen Männer, Väter bzw. ihre Söhne mit den 24 Stunden eines Tages?“, und das im Vergleich zu den Frauen, Müttern und Töchtern sowie auch im Vergleich zu der ersten derartigen Erhebung im Jahr 1981.

Schon 1981 gab es erwartungsgemäß typische geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zeitverwendung. Daran hat sich auch nicht sehr viel verändert. Kaum ein Anstieg des deutlich höheren Zeitaufwandes für den Beruf bei den Männern, hingegen eine Zunahme bei den Frauen um eine $\frac{1}{4}$ Std. täglich – eine Folge der zunehmenden weiblichen Erwerbsbeteiligung. Die Männer haben 1992 über eine $\frac{1}{2}$ Std. mehr für Haus- bzw. Familienarbeit¹ angegeben, bei den Frauen sind es nur wenige Minuten mehr. Allerdings ist der Abstand weiterhin sehr groß – etwas über 2 Std. täglich bei den Männern, verglichen mit $5\frac{1}{2}$ Std. bei den Frauen. Die Männer haben 1992 – wie schon 1981 – eine $\frac{3}{4}$ Std. längere Freizeit. Und für Persönliches (wie Schlafen, Essen, Körperpflege) benötigen beide Geschlechter etwa 11 Std., ohne nennenswerte Unterschiede.

Das Verhältnis der bezahlten Erwerbsarbeit zu der unbezahlten Haus- bzw. Familienarbeit verändert sich im Laufe eines Lebens sehr. Die Männer weisen in allen Altersgruppen eine deutlich längere berufliche Arbeitszeit auf als die Frauen (Gründe dafür: Teilzeitbeschäftigung, nicht alle Frauen sind erwerbstätig). Durch den durchwegs weitaus stärkeren Einsatz der Frauen im Haushalt haben sie aber immer eine längere Gesamtarbeitszeit (= Summe von Erwerbs- und Hausarbeit) als die Männer.

Zum Thema partnerschaftliche Arbeitsteilung der Erwachsenen in einer Familie einige Ergebnisse für Ehepaare mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren: Auch wenn die Ehefrauen und Mütter – wie ihre Partner – ebenfalls vollzeitbeschäftigt sind, helfen die Ehemänner nur $2\frac{1}{4}$ Std. täglich im Haushalt mit und kommen auf eine Gesamtarbeitszeit von 9 Std. Die Gesamtarbeitszeit der Frauen beträgt aber $10\frac{1}{2}$ Std. täglich. Ist die Ehefrau teilzeitbeschäftigt, erhöht sich der berufliche Einsatz ihres Partners um eine $\frac{1}{4}$ Std., aber genau um diese $\frac{1}{4}$ Std. hilft er dann weniger zuhause mit. Damit beträgt seine Gesamtarbeitszeit wieder 9 Std., seine Partnerin hat ein tägliches Arbeitsvolumen von $9\frac{3}{4}$ Std. zu bewältigen. Nur wenn die Ehefrauen nicht hauptberuflich erwerbstätig sind – Nebenjobs üben sie nämlich schon aus – ist die Gesamtbelastung nahezu gleich.

Von den durchschnittlich etwa 2 Std., die Väter für die Hausarbeit aufwenden, entfallen 50% auf Haushaltsarbeiten und je etwa 25% auf die Kinderbetreuung sowie handwerkliche Tätigkeiten. Die rund 6 Std. der erwerbstätigen Ehefrau und Mutter verteilen sich im Verhältnis 77% Haushaltsarbeiten zu 21% Kinderbetreuung. Handwerkliches und auch Pflege beanspruchen nur sehr wenig Zeit.

Im Wochendurchschnitt widmen Söhne und Töchter im Alter von 10 bis 15 Jahren genau die Hälfte eines Tages den persönlichen Tätigkeiten. Bei den 15- bis 20jährigen Kindern ist es etwa 1 Std. weniger. Sind die älteren Jugendlichen schon erwerbstätig – oder üben Nebenjobs aus – entfallen bei den Söhnen $3\frac{1}{2}$ Std. und bei den Töchtern $2\frac{3}{4}$ Std. auf die Berufsausübung. Töchter beider Altersgruppen wenden mehr Zeit für Schule und Lernen auf als gleichaltrige Söhne. Generell helfen Jugendliche im Haushalt nur relativ wenig mit, doch zeigen sich bereits geschlechtsspezifische Unterschiede. Mit Haushaltsarbeiten beschäftigen sich bei den 10- bis 15jährigen die Mädchen nur um 11 Min. länger als die gleichaltrigen Burschen. Bei den 15- bis 20jährigen fallen die Söhne mit 31 Min. pro Tag aber nicht nur unter ihre jüngeren Geschlechtsgenossen zurück, sondern noch deutlicher unter die Töchter gleichen Alters, die 1 Std. 21 Min. täglich derartige Arbeiten verrichten. Auch bzgl. Kinderbetreuung – und dazu gehört auch das Spielen oder Lernen mit Geschwistern – liegen die Werte für Mädchen über jenen der Burschen. Umgekehrt ist es bei handwerklichen Tätigkeiten. Viel freie Zeit wird regelmäßig und ohne nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede mit der Nutzung der Medien verbracht: $2\frac{1}{4}$ Std. pro Tag bei den 10- bis 15jährigen, 2 Std. bei den 15- bis

1 Haus- bzw. Familienarbeit = Haushaltsarbeiten, Kinderbetreuung, Pflege kranker oder älterer Personen und handwerkliche Tätigkeiten.

20jährigen. Nahezu 90% dieser Zeit entfallen auf das Fernsehen, einschließlich Video. Wenn überhaupt gelesen wird, dann tun es weibliche Jugendliche häufiger und länger. Dagegen verbringen die Söhne – so wie ihre Väter – mehr Zeit mit sportlichen Aktivitäten.

Da die Haus- bzw. Familienarbeit keine monetär erfaßbare Marktproduktion ist, wird sie deshalb makroökonomisch (Bruttoinlandsprodukt) nicht erfaßt. Diese unbezahlten, aber durchaus produktiven und wertschöpfenden Leistungen der Privathaushalte können mit Hilfe einer Zeitverwendungserhebung vorerst in Zeitangaben dargestellt werden.

Hochgerechnet auf das Jahr 1992 ergeben sich 11,03 Mrd. Stunden für die Haus- bzw. Familienarbeit, wovon 7,74 Mrd. Std. die Frauen und 3,29 Mrd. Std. die Männer erbringen. Frauen leisten also den Großteil der in der offiziellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfaßten Arbeit!

Durch entsprechende Bewertung dieses Zeitaufwandes kann sodann der volkswirtschaftliche Gegenwert dieser Leistungen berechnet werden. Da es bis jetzt noch keine sachlich ausreichend standardisierte Methodologie gibt, werden zumeist mehrere mögliche Varianten berechnet. Auch das ÖSTAT ist so vorgegangen.

Für die Minimal-Variante wurden die Mindestlohntarife herangezogen. Dabei ergibt sich für die Haus- bzw. Familienarbeit ein Wert von 684 Mrd. Schilling, wovon 480 Mrd. öS auf die Frauen und 204 Mrd. öS auf die Männer entfallen (Relation 70% : 30%).

Der Maximal-Variante wurde das durchschnittliche Einkommen der Männer aus unselbständiger Arbeit zugrundegelegt (also: Wie wäre es, wenn Frauen so viel wie die Männer verdienten ...). Die Haus- und Familienarbeit repräsentiert dann einen Wert von 1.941 Mrd. öS; 1.362 Mrd. öS erbracht von den Frauen und 579 Mrd. öS von den Männern (Relation wieder 70% : 30%).

Im Bruttoinlandsprodukt (BIP) können nur die „persönlichen Faktoreinkommen“ (= Einkünfte aus unselbständiger Arbeit und Unternehmertätigkeit) geschlechtsspezifisch aufgeteilt werden. Diese etwa ein Drittel kleinere Untermenge des BIP wird mit BIP* bezeichnet und betrug 1992 1.374 Mrd. öS; Frauen 445 Mrd. öS und Männer 929 Mrd. öS (Relation 32% : 68%).

Ergänzt man BIP* um die Haus- und Familienarbeit, erhält man das „Erweiterte-BIP*“. Für die Minimal-Variante ergeben sich dann 2.058 Mrd. öS, Frauen 925 Mrd. öS, Männer 1.133 Mrd. öS (Relation 45% : 55%). Bei der Maximal-Variante lauten die vergleichbaren Werte 3.315 Mrd. öS, Frauen 1.807 Mrd. öS und Männer 1.508 Mrd. öS. Die Relation dreht sich damit nun auf 55 : 45%.

Arbeitskreis 8:
Elternbildung – Elternschaft

Zusammenfassung

GÜNTER DENK

Donnerstag, 21. November

Den Arbeitskreis eröffnet eine kurze Vorstellungsrunde, in der die Teilnehmenden Gelegenheit finden, einander kennenzulernen, über ihre Tätigkeitsschwerpunkte und Motive zum Besuch des Arbeitskreises zu berichten und sich gedanklich am Thema zu orientieren.

Auf Vorschlag des Moderators legt der Arbeitskreis die Vorgangsweise und die Reihenfolge der Statements fest. Zunächst sollen jene Elternbildungsangebote diskutiert werden, über die bereits praktische Erfahrungen, z. T. gestützt auf empirischen Befunden, vorliegen.

GÜNTER DENK

Präsentation der wichtigsten Ergebnisse einer *Teilnehmer- und Veranstalterbefragung* zur Elternschule des Landes Niederösterreich, einer gemeinsamen Initiative des Familienreferats, des Jugendwohlfahrtsreferats und der Sanitätsdirektion des Amtes der NÖ Landesregierung in Zusammenarbeit mit niederösterreichischen Bildungseinrichtungen.

An das Statement schließt eine Diskussion zu folgenden Fragen an:

- Inwieweit werden Eltern durch dieses Angebot zu Selbstreflexion über ihre (z. T. völlig neue) Lebenssituation) angeleitet?
- Eine Teilnehmerin aus Salzburg berichtet diesbezüglich über positive Erfahrungen aus dem Umkreis von Eltern-Kind-Gruppen; es zeigt sich dort, daß Bereitschaft zur Selbstreflexion um so höher ist, je länger und tiefer die Eltern sich mit einschlägigen Themen auseinandergesetzt haben.
- Auf welche Weise könnten Interesse und Teilnahmebereitschaft der Eltern seitens des Anbieters bewirkt und gesteigert werden (z. B. durch persönliche Kontakte, gute Erfahrungen von Bekannten, Eltern-Kind-Gruppen)?
- Welche Möglichkeiten bieten sich an, primär präventiv zu agieren, d. h., auch jene Bevölkerungsgruppen anzusprechen, die grundsätzlich nur wenig Interesse an Elternschulangeboten haben?
- Schichtspezifischen Hemmschwellen kann aus der Erfahrung einer Teilnehmerin aus Wien durch persönliche Kontakte und Einladungen begegnet werden.
- Teilnahmemotiv ist eher die jeweils neue, aktuelle Herausforderung im Leben der Eltern und Kinder, z. B. das älteste oder ältere Kind.

Begründung für das Fernbleiben der Väter:

- die Väter betreuen das Kind/die Kinder, während die Mütter im Kurs sind;
- informelle Veranstaltungshinweise (z. B. Elternabend in Kindergärten, Einladung zu handwerklichen Hilfeleistungen im Kindergarten etc.) können sich als zweckmäßig erweisen, Teilnahmeinteresse zu wecken und Inhalte zu vermitteln.

KURT NEKULA

- Bericht über Elternschulinitiativen in ganz Österreich, die den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen sollen (bundesweit ca. 600 unterschiedliche große und aktive Ortsgruppen der Kinderfreunde); Entwicklung eines Curriculums, Betonung einer bedarfsentsprechenden didaktischen Aufbereitung.

An das Statement schließt eine Diskussion an über

- die Effizienz der Veranstaltungen;
- die Professionalität der Vortragenden;
- die Veranstalter erheben keinen therapeutischen Anspruch;
- emotionale Bedürfnisse der Eltern;
- mehr Betonung der aufsuchenden, nachsorgenden Sozialarbeit in Wohnsprengeln, Wohnblocks.
- Der Zusammenhang / die Gleichzeitigkeit von Elternschulangeboten mit manuellen (handwerklichen) Aktivitäten (Einladung zum Bastelabend, Mithilfe bei Reparaturarbeiten im Kindergarten) hat sich als erfolgreich erwiesen, um Eltern mit geringer Teilnahmemotivation zu interessieren.
- Eltern„bildung“ oder Eltern„schule“?
- Auf welchen Wegen können die gewünschten Bildungsinhalte transportiert werden?
- Eine Förderung durch das BMJF und/oder durch die Länder bietet sich an, wenn gewisse Mindestanforderungen erfüllt sind.

Den Arbeitskreis beschließt die Diskussion des ersten Abends über die grundsätzliche Frage, ob die Kursveranstalter tatsächlich wissen, was für die Eltern gut ist oder „gut zu sein hat“.

Der Moderator wendet ein, daß auch Therapeuten nicht über jene Erfahrungswelten verfügen (müssen), um effektiv zu arbeiten.

Freitag, 22. November**MARTINA BEHAM**

Bericht über ein Projekt des ÖIF zum Thema „Adoleszenz – eine Herausforderung für die Elternbildung“ im Rahmen der Vorbereitungen zur Europäischen Familienministerkonferenz.

Anschließende Diskussion:

- Salzburg: Bestätigung der Vorrangigkeit des Themas „Drogen“ und von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Gewährung von Freiräumen für jugendliche Kinder (Sexualität);
- Elternbildungsort „Schule“ als mögliches Bildungshindernis (Hemmschwellen);
- Studie der Wiener Kinderfreunde zum Thema Pubertät: Jugendliche fühlen sich nicht angehört, abgelehnt etc.; schlechteres persönliches Wohlbefinden als Kinder und Erwachsene; höherer schulischer Belastungsdruck der 10- bis 14jährigen, von Erwachsenen unverstandene Sexualität der Jugendlichen;
- Beispiel für Elternbildung zum Thema Pubertät: ein Modell in Salzburg (Pinzgau) wurde von Eltern und Jugendlichen selbst initiiert;
- In Tirol gibt es eine neue Stelle für Suchtprävention: ein Team aus verschiedenen Berufsgruppen, von der Tiroler Landesregierung unterstützt, arbeitet mit Vertrauenslehrern und Erziehungsberatern zusammen, ist oft Anlaßpunkt für Eltern, Ängste zu thematisieren; typisches Kennzeichen ist personen- und praxisbezogenes Beratungsangebot, das von den Eltern bereitwilliger angenommen wird.
Salzburg: getrenntes Gesprächs- bzw. Beratungsangebot (Eltern – Jugendliche) hat sich bewährt.

Der Moderator wirft die Frage auf, ob Elternbildung mit der Pubertät der Kinder „aufhören“ oder über diese Phase hinausreichen sollte.

Diskussion:

- In der „Ablösephase“ sollte eher von „Eltern- oder Paarbegleitung“ gesprochen werden („Gipfel“ der Scheidungsstatistik in dieser Lebensphase).
- Erfahrungsgemäß haben Eltern, die auf diese Phase „vorbereitet“ sind, weniger Schwierigkeiten mit dem „Loslassen“ der Kinder.

Darüber hinaus:

- Allgemein wird eine stärkere, bundesweite „Medienpräsenz“ der Elternschulangebote für wünschenswert gehalten.
- Eine stärkere Nutzung der Elternbriefe des Familienministeriums zur Information über Elternschulangebote sollte erwogen werden.
- Eine effiziente Evaluation von Elternschulangeboten, die Eltern begleiten, müßte langfristig durchgeführt werden (z. B. lebensphasenbegleitend).

PIOTR GURAN

berichtet über Familienforschung in der Slowakei:

Der Moderator stellt die Frage der Elternbildung für nicht-österreichische Bevölkerungsgruppen (vor allem jene aus unterschiedlichen Kulturkreisen) zur Diskussion:

- Tirol: oft zeigt sich, daß Mädchen aus türkischen Familien an der Fortsetzung von Bildungswegen gehindert werden (z. B. bei Ausbildung in Sozialberufen).
- Stärker als Sprachprobleme wirkt sich das Spannungsfeld zwischen Familieninteressen, -traditionen und geschlechtsspezifisch zugeordneten häuslichen Pflichten einerseits und schulischen Anforderungen andererseits aus.
- Auch Müttern ausländischer Familien wird oft die Teilnahme an Elternschulveranstaltungen aus Familieninteressen (d. h. von den Männern) verweigert; Väter und Brüder haben manchmal „existenzielle“ Probleme, wenn Töchter und Mütter über ein höheres Maß an Bildung verfügen.
- Schulsprechtage, Elternabende werden für gewöhnlich von Vätern oder älteren Brüdern besucht.
- Die Teilnehmenden im Arbeitskreis stimmen überein, daß die besondere Herausforderung vieler aus dem Ausland zugewanderter Familien oder Paare, die kulturelle Entwurzelung, zugleich jedoch das Bemühen, die Identität zu bewahren, die Bereitschaft, Elternbildungsangebote zu nutzen, behindert. Sozialrechtliche Beratung stößt dagegen auf niedrigere Hemmschwellen und bietet einen möglichen Zugangsweg für weiterführende, möglicherweise präventiv wirkende Elternbildungsangebote.

Pubertät.

Erleben aus Sicht von Jugendlichen und Eltern – Herausforderungen für die Elternbildung.

Bericht über ein Forschungsprojekt

MARTINA BEHAM

Vorbemerkung

Die zunehmende Bedeutung der Medien als Miterzieher, der wachsende Anspruch auf Selbststeuerung, die Vielfalt an Werten, Normen sowie Lebensstilen, die veränderten Ansprüche an Erziehung heute, aber auch gesellschaftliche Gefahren wie Drogen u. ä. m. machen es für Eltern mit pubertierenden Kindern schwer, den „richtigen“ Erziehungsstil zu finden.

Das bisherige Angebot an Elternbildung konzentriert sich rund um die Geburt eines Kindes. In der Phase des Übergangs von Kind zum Jugendlichen, die als Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung eines Menschen ähnlich bedeutsam ist, werden Eltern bedeutend öfter sich selbst überlassen.

Gerade Eltern mit pubertierenden Kindern sind vielfach verunsichert, wie sie mit den Anforderungen, die sich ihnen zum einen in Form wachsender Selbstständigkeitswünsche des Kindes und zum anderen aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen stellen, begegnen sollen.

In der nachfolgend beschriebenen Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung bringt eine alleinerziehende Mutter die Probleme, die sich Eltern mit pubertierenden Kindern stellen, aber auch den Auftrag der Elternbildung, meines Erachtens treffend auf den Punkt, wenn sie am Ende des Interviews als Plädoyer an andere Eltern meint:

„Bitte, glaubt an eure Kinder, unterstützt eure Kinder, und wenn sie noch so tobsüchtig und zornig und lebensverneinend sind. [...] holt euch als Eltern Kraft von außen, von Selbsthilfegruppen, [...] oder von Freunden, daß ihr das durchsteht; [...] als Elternteil oder Eltern pubertierender Kinder ist man schon auch zu bedauern, und man braucht als Elternteil auch Hilfe“ (Zitat einer alleinerziehenden Mutter mit 14jährigem Sohn).

Wie Eltern (und Jugendliche) die Zeit der Pubertät des Jugendlichen erleben, welche Probleme und Konflikte sich ergeben und welche Form der Unterstützung sich Eltern (und Jugendliche) wünschen – diese Fragen werden im Rahmen der Studie mit dem Titel „Pubertät – Erleben aus Sicht von Eltern und Jugendlichen“ geklärt. Die Studie wird im Zeitraum Jänner 1996 bis März 1997 am Österreichischen Institut für Familienforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie durchgeführt.

Die Ergebnisse der Studie sollen Impulse für die Elternbildung, aber auch die Jugendarbeit liefern.

Anlage der Studie

Die Studie wird zum einen eine Literaturzusammenschau beinhalten, die beschreibt, welche Faktoren es Eltern und Jugendlichen erschweren bzw. erleichtern, die Herausforderungen in der Pubertät zu bewältigen. Zum anderen wird sie die Ergebnisse einer qualitativen empirischen Studie dokumentieren.

Ziel der empirischen Studie ist es zum einen, darzustellen, wie Eltern und ihre jugendlichen Kindern die Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse in der Pubertät gelingen bzw. welche Faktoren ihnen diese erleichtern oder erschweren. Zum anderen werden Eltern nach ihren Erfahrungen mit und ihren Wünschen an Elternbildung gefragt.

Einbezogen in die qualitative Studie werden 26 Familien. Um Übereinstimmungen und Diskrepanzen im Wahrnehmen und Erleben von Müttern, Vätern und Jugendlichen aufzeigen zu können, wird in Kernfamilien neben den Jugendlichen auch die Mutter und der Vater und in Mutter-Kind-Familien die Mutter befragt. Es wird also ein Mehrperspektivenansatz gewählt.

Kriterien für die Auswahl der Familien sind:

- Der/die befragte Jugendliche ist zum Befragungszeitpunkt zwischen 13 und 15 Jahre.
- Der/die befragte Jugendliche ist das älteste Kind in der Familie.
- Alle Zielpersonen sind zu einem Interview und zu einem Familiengespräch bereit.

Des Weiteren wird darauf geachtet, daß die Familien regional gestreut wohnen (Großstadt, Stadt mittlerer Größe, Dorf) und daß Familien, in denen der/die Jugendliche als Einzelkind lebt und solche, in denen neben dem Zielkind auch jüngere Geschwister vorhanden sind, einbezogen werden. Auch wird darauf Bedacht genommen, daß neben Kernfamilien auch Einelternfamilien in die Untersuchung einbezogen werden.

Die konkrete Auswahl der Familien erfolgt nach den vorgegebenen Kriterien durch die InterviewerInnen. Als InterviewerInnen werden nur Personen eingesetzt, die bereits Vorerfahrungen bezüglich Gesprächsführung haben. Die meisten der InterviewerInnen sind FamilienberaterInnen bzw. machen derzeit eine entsprechende Ausbildung. Die Interviews werden in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich durchgeführt.

Im Zusammenhang mit Elternbildung interessieren dabei vor allem folgende Fragen:

- Welche Ängste und Bedenken vor negativen äußeren Einflüssen haben Eltern?
- Wissen Jugendliche um diese Ängste und Bedenken Bescheid?
- Welche Form der Unterstützung wünschen sich Eltern und Jugendliche?

Erste Ergebnisse

Auf der Basis der bisher ausgewerteten Ergebnisse zeigt sich für die Elternarbeit und Elternbildung:

Eltern wünschen sich Unterstützung durch:

- die Schule (lebenslanges Lernen, Projektunterricht etc.)
- die Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Schule/LehrerInnen und Eltern
- die Medien (Information über bestehende Angebote und mediale Elternbildung als Ergänzung zu institutionellen Angeboten).

Fragen zur Diskussion

Es erheben sich daher u. a. die Fragen, die ich gerne mit Ihnen im Arbeitskreis diskutieren möchte:

- Wie kann Elternbildung die bestehenden (schulischen) Strukturen nutzen (im Bereich Suchtprävention, Sexualerziehung etc.)?
- Wie können Eltern erreicht werden, die schulische Angebote für Eltern nicht wahrnehmen (können bzw. möchten)?
- Was spricht für und was gegen eine Koppelung von Elternbildungsangeboten an die Schule?
- Wie sollten Werbeslogans aussehen, die über Elternbildungsangebote informieren?
- Welche Medien eignen sich in welcher Weise zur Elternbildung?

NÖ Elternschule. Modelle I und II.

Ausgewählte Ergebnisse der Elternbefragung

GÜNTER DENK

Elternschule in Niederösterreich

Die Elternschule des Landes Niederösterreich ist eine gemeinsame Initiative des Familienreferats, des Jugendwohlfahrtsreferats und der Sanitätsdirektion des Amtes der NÖ Landesregierung in Zusammenarbeit mit NÖ Bildungseinrichtungen.

Vorläufer der NÖ Elternschule waren die langjährigen, bewährten Initiativen engagierter regionaler Beratungsstellen. Mit dem landesweit geförderten Angebot der Elternschule und der regen Zusammenarbeit mit Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen hat Niederösterreich dem Gedanken der Elternbildung nun gewissermaßen „offiziellen“ Charakter verliehen und damit einen Weg beschritten, der mittlerweile auch in anderen Bundesländern großes Interesse findet.

Das Angebot des **Modells 1** der NÖ Elternschule richtet sich an Eltern, die sich auf die Geburt des ersten bzw. eines weiteren Kindes vorbereiten, die bereits ein oder mehrere Kind(er) bis zum Alter von 3 Jahren haben sowie an alle Personen, die aus beruflichen oder privaten Motiven an den Kursinhalten interessiert sind. Als vom Land NÖ gefördertes „Mindestprogramm“, das vom Veranstalter nach eigenem Ermessen erweitert werden kann, sind im Modell 1 folgende Kursinhalte festgelegt:

- Schwangerschaft und Geburtsvorbereitung
- Säuglings- und Kinderpflege
- körperliche Entwicklung in den ersten drei Lebensjahren
- geistig-seelische Entwicklung in den ersten drei Lebensjahren
- Angebote und Unterstützung für Familien

Das Angebot des **Modells 2** der NÖ Elternschule wendet sich an Eltern von Kindern im Alter zwischen 3 und 6 Jahren sowie an alle Interessierte, insbesondere an jene, die beruflich oder privat familienunterstützende Aufgaben erfüllen. Das geförderte Kursprogramm umfaßt zumindest die Themenbereiche

- Entwicklung und Erziehung im Alter von 3 bis 6 Jahren
- außerfamiliäre Kinderbetreuung und ihre Bedeutung für Kind und Familie
- Vorschulalter, Förderung, Schulreife

Ergebnisse der Teilnehmerbefragung

In den Jahren 1995/96 wurde im Rahmen der Veranstaltungen der NÖ Elternschule eine begleitende Teilnehmerbefragung durchgeführt. Mit der Untersuchung sollten vor allem Informationen über die Teilnehmenden selbst sowie über deren Motive für den Besuch der Elternschule, weiters Anregungen und Kritik als eine wertvolle Orientierungshilfe für die künftige Organisation und Gestaltung der NÖ Elternschule gewonnen werden.

Mütter und Väter im Kurs

Die Kursangebote der NÖ Elternschule wurden vor allem von Frauen in Anspruch genommen. Männer, die die Elternschule besuchten, kamen größtenteils zu den Kursabenden über Schwangerschaft und Geburtsvorbereitung, in geringerem Maße zu den anderen Veranstaltungen, und fast ausschließlich in Begleitung bzw. auf besonderen Wunsch ihrer Frauen. Der niedrige Männeranteil unter den Teilnehmenden deutet jedoch nicht unbedingt auf Desinteresse der Männer hin. Wenn beide Eltern am Besuch der

Kursveranstaltung interessiert waren, jedoch keine Möglichkeit zur abendlichen Kinderbetreuung hatten, widmeten sich oft die Väter ihren Kindern, während die Mütter den Kurs besuchten.

Bildung

Nach dem Merkmal „höchste abgeschlossene Schulbildung“ der Befragten zeigt sich die erwartete Abweichung der Bildungsstruktur der Kursteilnehmer/innen „nach oben“: Personen mit Matura, mit abgeschlossenem Universitätsstudium oder ähnlicher Ausbildung sind in der Auswahl im Verhältnis zur altersgleichen Bevölkerung deutlich überrepräsentiert. Dieses Ergebnis stimmt mit ähnlichen empirischen Befunden aus dem Bereich der Erwachsenenbildung überein. Für das Problem, auch Eltern mit einfacherer Schul- und Berufsbildung zum Besuch der Elternschule zu motivieren, Hemmschwellen gegenüber Angeboten der Erwachsenenbildung abzubauen (Begriff Eltern„schule“?), werden verschiedene Lösungsansätze diskutiert.

Information, Ankündigung, Motivation

Die Elternschulveranstaltungen wurden hauptsächlich durch Plakate, Aushang (Kinderarzt, Kindergarten, Gemeinde etc.) und durch Flugzettel angekündigt. Gut besuchte Kurse sind oft das Ergebnis großen persönlichen Engagements der Veranstalter und Kursleiter/innen. Als wirkungsvoll erweist sich außerdem die Informationsweitergabe im Freundes- und Bekanntenkreis: Hier wird nicht nur über die Termine und Inhalte der Veranstaltung informiert, sondern auch oft erfolgreich zur Teilnahme motiviert.

Das ältere oder älteste Kind in der Familie, d. h., die jeweils neue Herausforderung an die Rolle der Eltern, steht als Motiv zur Kursteilnahme im Vordergrund, während bei jüngeren Kindern auf die bereits gewonnenen praktischen Lebenserfahrungen (z. B. Schwangerschaft, Geburt, Säuglingspflege) vertraut und aufgebaut wird.

Interesse und Besuchsfrequenz

Im Modell 1 (Geburtsvorbereitung, Kinder von 0 bis 3 Jahren) wurden die Kursveranstaltungen „körperliche Entwicklung in den ersten 3 Lebensjahren“ sowie „geistig-seelische Entwicklung in den ersten 3 Lebensjahren“ am stärksten besucht. Es zeigt sich allerdings, daß für Eltern, die sich auf die Geburt ihres ersten Kindes vorbereiten und lediglich den Kursabend „Schwangerschaft und Geburt“ besuchen, Fragen der späteren körperlichen und geistig-seelischen Entwicklung des Kindes oft noch nicht im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Im Modell 2 (Eltern von 3- bis 6jährigen Kindern) ist das Interesse an Erziehungsfragen („Entwicklung und Erziehung im Alter von 3 bis 6 Jahren“) das wichtigste Teilnahmemotiv. Für die betroffenen Eltern geht es dabei nicht nur darum, neue Kenntnisse zu erwerben, sondern Sicherheit in Erziehungsfragen zu finden oder auch oft widersprüchliche Ratschläge von Experten (Fachliteratur, Verwandte, Bekannte etc.) zu diskutieren.

Die meisten Teilnehmer/innen (rund drei Viertel) hatten eigenen Angaben zufolge schon vor dem Besuch der Elternschule Kenntnisse oder persönliche Erfahrungen mit einem der behandelten Themen, hauptsächlich durch Erfahrungsaustausch mit anderen Eltern, durch Zeitschriften, Illustrierten und Fachliteratur, aber auch frühere Erziehungserfahrungen mit älteren Kindern.

Spezialinteressen

Großes Interesse besteht hinsichtlich der Erweiterung oder Vertiefung einzelner Kursinhalte, im Modell 1 hauptsächlich zum Bereich der geistig-seelischen Entwicklung in den ersten 3 Lebensjahren (z. B. Erziehung, Trotzalter, sprachliche Entwicklung, Verhalten in Problemsituationen), im Modell 2 (Kinder von 3 bis 6 Jahren) vor allem zu Fragen der Entwicklung und Erziehung (z. B. „konsequent sein“, Grenzen setzen, Selbständigkeit, Förderung von Begabungen, Zeit mit Kindern sinnvoll gestalten, Alleinerzieherprobleme etc.).

Die interessierten Eltern wären mehrheitlich bereit, für Spezialkurse im Bereich Elternbildung einen größeren zeitlichen und finanziellen Aufwand in Kauf zu nehmen. Als Kursform wird auch für weiterführende

Elternbildung der Abendkurs bevorzugt, bei längeren Kursen gegebenenfalls auch Wochenendseminare, die bei Bedarf vor allem für ältere Kinder Betreuung anbieten sollten.

Künftige Entwicklung der Elternschule

Als ein Ergebnis der Teilnehmer- und Veranstalterbefragung, in der zahlreiche Vorschläge für weiterführende und vertiefte Kursinhalte genannt wurden, soll das Angebot der NÖ Elternschule auf die nächsthöheren Altersstufen erweitert werden. Die „neuen“ Zielgruppen sind Eltern mit Kindern im Volksschulalter sowie Eltern, die ein oder mehrere Kind(er) im Pubertätsalter haben.

Die gewünschten Themen zur Erweiterung und Vertiefung sind überaus vielfältig, spiegeln jedoch das Bedürfnis vieler Eltern nach Sicherheit in umstrittenen Fragen der Entwicklung, Erziehung und Begleitung ihrer Kinder wider. Gelegentlich treten die Grenzen des Bildungsziels und des Leistungsvermögens der Elternschule zutage. Auch wenn die Vortragenden die vom Förderungsgeber festgelegten hohen Qualifikationsanforderungen erfüllen, kann die Elternschule im Einzelfall nicht Beratung und Therapie anbieten, sondern höchstens Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und fachliche Beratung empfehlen. Die Elternschule soll primär nicht die Verantwortung der Eltern an professionelle Stellen delegieren, sondern die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern stärken.

In jedem Fall ist es wünschenswert und unverzichtbar, daß – über die kognitive Wissensvermittlung im Kurs hinausreichend – genügend Zeit für Diskussionen zur Verfügung steht, daß die teilnehmenden Eltern genügend Möglichkeiten finden, Fragen, Unsicherheiten und Ängste auszusprechen sowie eigene Erfahrungen einzubringen und mit anderen betroffenen Eltern auszutauschen.

Elternschaft in der Slowakei – Wirklichkeit und Wünsche

PETER GURÁN

Aus den zugänglichen Daten und Forschungen kann man in der Slowakei in bezug auf Elternschaft von folgenden Tendenzen sprechen, die gleichzeitig auch bestimmte Widersprüche darstellen:

1. Ähnlich wie in allen modernen Gesellschaften steigt bei uns der Wert des Kindes proportional zur fallenden Kinderzahl, und zwar insbesondere in den Werthierarchien der Eltern. Durch den Rückgang der Geburtenrate in der Slowakei seit Beginn unseres Jahrhunderts ist die Anzahl der Kinder in unserer Bevölkerung fast um die Hälfte gesunken. Gleichzeitig beginnen die Erwachsenen in ihrem Leben dem Kind einen immer höheren Wert zuzuschreiben. Das Kind ist eindeutig der höchst deklarierte Wert – 88,2 % unserer Erwachsenenpopulation schreiben in ihrem Leben dem Kind den höchsten Wert zu.
2. Das Kind wird auch gesamtgesellschaftlich als einer der höchsten Werte deklariert, aber die realen gesellschaftlichen Bedingungen und Verordnungen stimmen oft mit den deklarativen Erklärungen nicht überein. In der heutigen gesellschaftlichen Atmosphäre werden die Interessen der Kinder oft marginalisiert (Prioritäten des slowakischen Budgets, Erhöhung der Schulgebühren, Schließung von Vorschuleinrichtungen, die früher sehr gut entwickelt waren etc.).
3. Im Rahmen des hohen Wertes des Kindes wird derzeit insbesondere seine emotionale Bedeutung unterstrichen. Das Kind als die Quelle des Glücks, als Sinn des Lebens. Andererseits wird aber der Lebensraum der Kinder immer mehr rationalisiert. Die Erwartungen der Erwachsenen an ihre Kinder wachsen, besonders im Sinne der Erfüllung ihrer oft unerfüllten Ambitionen. Es geht z. B. um die Ansprüche auf ihre Bildung, Sprachkenntnisse und um weitere Tatsachen, die den Kindern eine bessere Durchsetzung auf dem bislang ungewöhnlichen Konkurrenzarbeitsmarkt ermöglichen. Die Generation der heutigen Eltern, für die meistens Reisen, Bildung und Arbeit im Ausland nicht möglich war, will ihren Kindern diese Möglichkeiten geben; aus Prestige oder auch aus ökonomischen Gründen.
4. Die Forschungen weisen auf eine sogenannte Zentralisierung der Familie auf das Kind – „Kindzentriertheit der Familie“ (Wilk, 1992) – d. h., es wird Mittelpunkt ihres Funktionierens und ihrer Aufmerksamkeit, oft auch seitens der Eltern. Die Mehrheit unserer Menschen (58 %) denkt, daß die Eltern alles für ihre Kinder tun müssen, und zwar auch zum eigenen Nachteil. Die Präferenz dieser Meinung wächst direkt proportional zur Anzahl der Kinder in der Familie. Am wenigsten wird sie von Kinderlosen akzeptiert, dennoch sind es fast 48 %, um 10 % mehr Eltern mit einem Kind, und dann wächst ihr Anteil mit jedem weiteren Kind. Eine gegenteilige Meinung, d. h., daß die Eltern ihr eigenes Leben haben und sich nicht zugunsten der Kinder opfern sollen, vertritt $\frac{1}{4}$ unserer Bürger, davon mehr Frauen und die mittlere Generation.

Die Diskussionen zum Thema Elternschaft sind bei uns besonders in der letzten Zeit unter dem Einfluß der stark sinkenden Geburtenrate in den 90er Jahren, (1990: -15,1 / 1995: -11,5) in Gang gekommen. Diese Erscheinung, mit der man sich in der Mehrheit der europäischen Länder schon lange abfindet, ist bei uns eine gewisse Neuheit.

Die natürliche Entwicklung wird oft dramatisiert. Da bei uns in der Vergangenheit das Alter der Frauen bei der ersten Geburt sehr niedrig war, kommt es jetzt durch den Aufschub zu dessen Erhöhung. Motivation ist meistens die Beendigung einer Schule und eine bestimmte wirtschaftliche und Wohnungssicherung. In dieser Hinsicht geht es um einen eher positiven als negativen Trend. Aus den Forschungen ergibt sich, daß die heutigen jungen Leute vor der Gründung einer Familie eine höhere persönliche Verantwortung fühlen, während in der Vergangenheit eine höhere Angewiesenheit auf die Hilfe seitens des Staates und der eigenen Eltern vorherrschte. Die Probleme wurden meistens erst nach der Geburt des Kindes gelöst.

Für die Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten war folgendes charakteristisch:

- Ende der 80er Jahre hatte die Slowakei eine der höchsten Eheschließungshäufigkeiten sowie eines der niedrigsten durchschnittlichen Heiratsalter Europas (Frauen: 22 Jahre, Männer: 24 Jahre);
- knapp 50 % der in die Ehe tretenden Frauen sind schwanger;
- das Durchschnittsalter bei der ersten Entbindung ist sehr niedrig (22 Jahre);
- typisch ist der sehr kleine Zeitabstand zwischen den Entbindungen.

Die jungen Leute schlossen also ohne großes Erwägen frühzeitig Ehen, in denen schnell Kinder zur Welt kamen – und alles oft, ohne wenigstens eine gewisse Stufe der sozialen und wirtschaftlichen Selbständigkeit erreicht zu haben. Eine charakteristische Erscheinung war die Anhäufung der Lebensstarts (Ehe-, Eltern- und Arbeitsstart) in einem sehr kurzem Zeitraum, was eine hohe psychische Belastung bedeutete und den Grundstein für verschärfte Konflikte in der nahen Zukunft der Familie legte (vgl. dazu die höchste Scheidungshäufigkeit im vierten Ehejahr).

Heute, wenn auch langsam, ändert sich die Einstellung der jungen Leute zur Elternschaft durch die Änderung der gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen.

Die Mehrheit der jungen Leute wünscht sich Kinder, der geplante Verzicht auf die Elternschaft ist rar. Das Modell der Zweikinderfamilie überwiegt, ähnlich wie bei der wirklichen Familienstruktur in der Slowakei. Wie die Realität aussehen wird, das werden die nächsten Jahre zeigen. Eines ist aber schon heute sicher, die heutigen jungen Leute verschieben die Elternschaft in ein höheres Alter, sie verlassen sich aber weniger auf den Zufall, sondern mehr auf eigene Kräfte und die Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen und Wünsche.

Literatur

Gurán, P.: Deti a rodina [Kinder und Familie]. In: Situacna analyza. Deti – zajtrajok Slovenska, UNICEF, Bratislava 1995.

Gurán, P. & Filadelfiová, J.: Otázniky nad individualizáciou rodinného zivota [Fragezeichen über die Individualisierung des Familienlebens]. In: Trendy a problémy, Zborník Slovenskej sociologickej spoločnosti, Bratislava 1994.

Wilk, L.: Kindsein in der Postmoderne: Von der Schwierigkeit, als ausgegrenzte Minderheit und Glücksgarant zu leben, In: Dokumentation 4. Interdisziplinäres Symposium Familienforschung in Strobl, IEF 1994.

Elternbildung: Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen!

KURT NEKULA

In den letzten Jahren werden sich Eltern zunehmend ihrer Erziehungsverantwortung bewußt, doch dies führt oft zu mehr Verunsicherung als Sicherheit. Besonders von engagierten Eltern hört man häufig die Sorge, etwas falsch zu machen. Es gibt keine fertigen Konzepte, was richtig oder falsch ist, Erziehungsstile müssen individuell abgestimmt sein und sind von der interaktiven Zusammenarbeit von Bezugsperson und Kind abhängig. Die widersprüchlichen Tips in der pädagogischen Fachliteratur bieten kaum Unterstützung für besorgte Eltern. Die meisten wissen genau, daß sie ihren Kindern kein Leid antun wollen, aber wie vermeidet man Fehler? Wie verhindert man, daß am eigenen Körper erlittene Schläge und Demütigungen nicht weitergegeben werden?

Elternbildung hat nichts mit herkömmlicher Bildung, Frontalunterricht und Vermittlung von abprüfbarem Wissen zu tun. Vielmehr geht es um Seminare, bei denen Eltern unterstützt werden sollen, mit den Ansprüchen an die Familie besser fertig zu werden. In Gruppenarbeit besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Eltern den eigenen Erziehungsstil zu hinterfragen.

Elternbildung soll helfen, Probleme richtig zu erkennen, zu vermeiden oder ihren Anfängen entgegenzuwirken. Wir Kinderfreunde verstehen uns als Lobby der Kinder, daher begleiten wir Eltern, damit diese ihre Kinder besser verstehen und unterstützen können.

- Kinder brauchen Geborgenheit, Schutz und Verständnis. Eltern sind oft überfordert, da unsere Umwelt, die Arbeitsbedingungen, der Verkehr sowie die Technisierung des Alltags zunehmend kinderfeindlich werden. Durch die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft werden immer mehr gesellschaftliche Aufgaben auf die Familie abgewälzt.
- Im realen Familienalltag stoßen viele Eltern auf ihre Grenzen. Inkonsequentes Erziehungsverhalten nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ verunsichert Kinder wie Erwachsene in gleichem Ausmaß. Grenzenloses Verständnis für inakzeptables Verhalten von Kindern wird gerne mit Liebe verwechselt. Kinder brauchen Orientierungshilfen, klare Grenzen, um ein soziales Feingefühl entwickeln zu können.
- In den Seminaren soll ausreichend Platz sein für Information, Selbstreflexion und Erfahrungsaustausch. Neben der Vermittlung von Wissen über die kindliche Entwicklung und die Bedeutung von Kindheit allgemein soll ein Schwerpunkt die Beschäftigung mit dem biografischen Hintergrund der Teilnehmer sein. Das Erziehungs- wie das Beziehungsverhalten dem Partner gegenüber ist von der eigenen Herkunftsfamilie geprägt.
- Die Beschäftigung mit der eigenen Kindheit zielt darauf ab, sich der elterlichen Kompetenzen wie auch der eigenen Bedürfnisse bewußt zu werden. Elternbildung kann keine therapeutische Aufarbeitung der in der Kindheit erlittenen Verletzungen bieten. Sie ermöglicht, gemeinsam mit anderen Eltern neue Konfliktlösungsmöglichkeiten kennenzulernen und diese in der Gruppe auch gleich anzuwenden. Das Ausprobieren neuer wie auch das Reflektieren bestehender Handlungsmuster in Form von Rollenspielen ist wesentlicher Bestandteil dieser Ausbildung.
- Elternbildung wendet sich an Mütter und Väter. Ein Schwerpunkt wird dabei auch sein, wie man mit den Überforderungen im familiären Alltag besser zurechtkommen kann. Die Zeiten der Seminare werden daher so angelegt sein, daß beide Eltern gemeinsam teilnehmen können. Für die spezielle Situation von Alleinerziehenden muß natürlich genauso Platz sein. Das Seminar bietet die Möglichkeit, das eigene Verhalten gegenüber dem Partner wie dem Kind (den Kindern) zu reflektieren und sich der Bedeutung der eigenen Kommunikation bewußt zu werden.

6. Interdisziplinäres Symposium FAMILIENFORSCHUNG

Strobl – 20. bis 22. November 1996
Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, St. Wolfgang

Veranstaltet von: ÖIF – Österr. Institut für
Familienforschung und ÖGIF – Österr. Gesellschaft für
Interdisziplinäre Familienforschung

PROGRAMM

Mittwoch, 20.11.1996

14.30 Uhr Begrüßung
**Plenum: FRAUEN-, KINDER-,
FAMILIENPOLITIK UND MÄNNER-
ROLLE (1. TEIL)**
Moderation: Ch. Badelt
S. Rosenberger (Innsbruck): Familienpolitik –
Frauenpolitik: Widerspruch oder Ergänzung?
N. Ott (Bremen): Beruf, Familie, Kinder –
Ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht
anschließend Diskussion

16.30 Uhr Pause

17.00 Uhr Arbeitskreise – Gruppe 1

18.30 Uhr Abendessen

Donnerstag, 21.11.1996

8.30 Uhr Arbeitskreise – Gruppe 1 (Fortsetzung)

10.00 Uhr Pause

10.30 Uhr **Plenum: FRAUEN-, KINDER-,
FAMILIENPOLITIK UND MÄNNER-
ROLLE (2. TEIL)**

Moderation: W. Lutz

L. Wilk (Linz): Politik der Großen – (k)eine
Chance für die Kleinen? Kinder – Familie –
Politik

W. Hollstein (Berlin): Männer, Familie und
Politik

anschließend Diskussion

12.30 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr **Plenum: VULNERABILITÄT UND PRO-
TEKTIVE FAKTOREN**

Moderation: B. Wimmer-Puchinger

F. Lösel (Erlangen-Nürnberg):

Vulnerabilisierende und protektive Faktoren
in der Familie und ihrem Umfeld

S. Geyer (Düsseldorf): Soziale Ungleichheit
und soziale Unterstützung als protektive und
Vulnerabilitätsfaktoren

anschließend Diskussion

16.30 Uhr Pause

17.00 Uhr Arbeitskreise – Gruppe 2

18.30 Uhr Abendessen

(20.00 Uhr ÖGIF-Vollversammlung)

Freitag, 22.11.1996

8.30 Uhr Arbeitskreise – Gruppe 2 (Fortsetzung)

10.00 Uhr Pause

10.30 Uhr **Plenum: ELTERNCHAFT ZWISCHEN
WUNSCH UND WIRKLICHKEIT**

Moderation: H. Schattovits

B. Wimmer-Puchinger (Wien): Ich (mein
Partner) will (k)ein Kind

anschließend Diskussion

Verabschiedung

ARBEITSKREISE

Gruppe 1:

AK 1: Wertevermittlung in und durch die Familie
Moderation: G. Dahnel

AK 2: Familienpolitik

Moderation: Ch. Badelt/W. Höffinger

AK 3: Telearbeit und ihre Auswirkungen auf die
Familie

Moderation: K. Kropf

AK 6: Bohnenstangenfamilie – Blutsverwandtschaft
– soziale Verwandtschaft

Moderation: R. Riedler-Singer

AK 7: Männer, Väter, Kinderrollen

Moderation: K. Nekula

Gruppe 2:

AK 1: Wertevermittlung in und durch die Familie
(Fortsetzung)

AK 2: Familienpolitik (Fortsetzung)

AK 4: Leben in der Familie mit Behinderten und
chronisch Kranken

Moderation: B. Cizek

AK 5: Migration – Integration

Moderation: K. Zapotoczky

AK 8: Elternbildung – Elternschaft

Moderation: U. Baumann

Diese Veranstaltung wird finanziell unterstützt von:

- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
- die Landesregierungen der Bundesländer Burgenland,
Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg
und Wien

Referent/innen und Moderator/innen

Mag. Dr. Christoph BADEL

Univ.-Prof. für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wien

Dr. Urs BAUMANN

o. Univ.-Prof. für Psychologie, Salzburg

Mag. Dr. Brigitte CIZEK

Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Wien; Leiterin des Instituts für Lebens- und Familienfragen HORIZONTE, Wien

Günter DANHEL

Direktor des Instituts für Ehe und Familie, Wien

Dr. Siegfried GEYER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Soziologie, Düsseldorf

Dkfm. Werner HÖFFINGER

Hofrat, Leiter des Familienreferats der Oberösterreichischen Landesregierung, Linz

Dr. Walter HOLLSTEIN

Prof. an der Evangelischen Fachhochschule, Berlin

Dr. Katharina KROPF

Mitarbeiterin der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien

Dr. Friedrich LÖSEL

Univ.-Prof. für Psychologie, Erlangen-Nürnberg

Mag. Dr. Wolfgang LUTZ

Univ.-Doz. für Demographie, Wien; Internationales Institut für angewandte Systemanalyse, Laxenburg und Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien

Kurt NEKULA M.A.

Bundessekretär der Österreichischen Kinderfreunde, Wien

Dr. Notburga OTT

Prof. für Sozialpolitik, Bremen

Dr. Renate RIEDLER-SINGER

Psychotherapeutin am Institut für Ehe- und Familientherapie und in freier Praxis, Wien

Dr. Sieglinde ROSENBERGER

Univ.-Doz. für Politologie, Innsbruck

Dipl.-Ing. Dr. Helmuth SCHATTOVITS

Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Wien

Mag. DDr. Liselotte WILK

Ass.-Prof., Univ.-Doz. für Soziologie, Linz

Dr. Beate WIMMER-PUCHINGER

Univ.-Prof., Leiterin des Ludwig Boltzmann-Instituts für Gesundheitspsychologie der Frau, Wien

Dr. Klaus ZAPOTOCZKY

Univ.-Prof. für Soziologie, Linz

Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Stand November 1996)

Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph BADELT

Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Volkswirtschaftstheorie u. -politik, Abt. f. Sozialpolitik
Reithlegasse 16
A - 1190 Wien

DDr. Eszter-Gabriella BÁNFFY

Rehabilitationsstätte für Autistische und Wahrnehmungsgestörte
Andreas Hofer Straße 30/III
A - 6020 Innsbruck

o. Univ.-Prof. Dr. Urs BAUMANN

Universität Salzburg, Institut für Psychologie
Hellbrunnerstraße 34
A - 5020 Salzburg

Dr. Dores BECKORD

Amt der Salzburger Landesregierung, Referat für Jugendwohlfahrt
Pfeifergasse 7
A - 5020 Salzburg

Mag. Martina BEHAM

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

NRAbg. Gabriele BINDER

Raiffeisengasse 4/2
A - 4300 St. Valentin

Dr. Heide BLAICHER

Paul Stich-Gasse 15
A - 2103 Langenzersdorf

Mag. Andrea BRANDL-NEBEHAY

Augustinerwaldgasse 5/3
A - 3001 Mauerbach

Dr. Eveline BRAUN

Klausengasse 24/8
A - 2331 Vösendorf

Dr. Lieselore BRITT

Sozial-anthropologische Gesellschaft
Waldgasse 22
A - 2371 Hinterbrühl

Ass.-Prof. Univ.-Doz. Dkfm. Mag. Dr. Reiner BUCHEGGER

Mauerbachstraße 43
A - 1140 Wien

Mag. Anita BUCHEGGER-TRAXLER

Mauerbachstraße 43
A - 1140 Wien

Richard BÜCHSENMEISTER

A - 5322 Plainfeld 18

Mag. Dr. Brigitte CIZEK

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Dir. Günter DANHEL

Institut für Ehe und Familie
Spiegelgasse 3/8
A - 1010 Wien

Mag. Günter DENK

Somarugagasse 6/14
A - 1180 Wien

Dr. Luitgard DERSCHMIDT

Katholisches Familienwerk Österreichs
Kapitelplatz 6
A - 5020 Salzburg

Mag. Stefan DINGES

Universität Wien, Institut für Patoraltheologie und Kerymatik
Schottenring 21
A - 1010 Wien

Ursula ENGELMANN

Marbach am Walde 79
A - 3911 Rapottenstein

Ass.-Prof. Univ.-Doz. Dr. Ewald H. ENGLERT

Universität Salzburg, Institut für Psychologie
Hellbrunnerstraße 34
A - 5020 Salzburg

Mag. Elisabeth EPEL-GATTERBAUER

Interessenvertretung der NÖ Familien
Landhausplatz 1
A - 3109 St. Pölten

GenSekr. Dr. Brigitte E TTL

Katholisches Familienwerk Österreichs
Spiegelgasse 3
A - 1010 Wien

Dr. Franz FORSTER

Institut für Ehe und Familie
Spiegelgasse 3/8
A - 1010 Wien

Dr. Stefanie FRIEDLMAYER

Magistrat der Stadt Wien, MA 11 - Sozialpädagogische Grundlagenforschung
Lustkandlgasse 50
A - 1090 Wien

Dr. Anneliese FUCHS

Arbeitsgemeinschaft für Präventivpsychologie
Stadiongasse 6-8/6
A - 1010 Wien

Dr. Siegfried GEYER

Heinrich Heine-Universität Düsseldorf, Institut für medizinische Soziologie
Universitätsstraße 1
D - 40225 Düsseldorf

Mag. Ingrid GITTER

Lüfteneggerstraße 6
A - 4020 Linz

Mag. DDr. Christine GOLDBERG

Universität Wien, Institut für Soziologie
Neutorgasse 12
A - 1010 Wien

HR Dr. Elisabeth GOLLHAMMER

Thumeggerbezirk 1
A - 5020 Salzburg

Mag. Veronika GÖSSWEINER

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Mag. Inge GROSS

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Abt. 5 - Soziale Fragen
Hintere Zollamtstraße 2b
A - 1033 Wien

Dr. Peter GURÁN

The Bratislava International Centre for Family Studies
Drotárska cesta c. 46
SK - 81104 Bratislava

Friederike HAIDER

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

HR Dkfm. Werner HÖFFINGER

Amt der OÖ Landesregierung, Familienreferat
Klosterstraße 7
A - 4020 Linz

Univ.-Prof. Dr. Walter HOLLSTEIN

Alsterweg 57a
D - 14167 Berlin

Dipl.-Psych. Dr. Sigrid HOPF

Begonienstraße 10
D - 80939 München

wHR Dr. Gerda HUBER-SEMRAD

Erlaufstraße 46/6
A - 2344 Maria Enzersdorf - Südstadt

Dipl.-Sozialpäd. Olaf KAPELLA

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Mag. Irene KERNTHALER

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Mag. Michael KINN

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

HR Dr. Edwin KLIEN

Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. IVe
Michael Gaismair-Straße 1
A - 6020 Innsbruck

Mag. Sonja KOHLENDORFER

Sauerbruchstraße 27
A - 4600 Wels

Dr. Abbas KOUSHK JALALI

Neusserstraße 344
D - 50733 Köln

Mag. Renate KRÄNZL-NAGL

Johannes Kepler-Universität Linz, Institut für Soziologie
Altenbergerstraße 69
A - 4040 Linz-Auhof

Dr. Katharina KROPF

Kammer für Arbeiter und Angestellte, Frauenabt.
Prinz Eugen-Straße 20-22
A - 1041 Wien

Harald LEHMANN

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Sexuaufklärung, Verhütung, Familienplanung
Ostmerheimerstraße 220
D - 51109 Köln

Mag. Elfriede LEONHARTSBERGER

Rehabilitationsstätte für Autistische und Wahrnehmungsgestörte
Andreas Hofer-Straße 30/III
A - 6020 Innsbruck

Univ.-Prof. Dr. Friedrich LÖSEL

Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Psychologie
Bismarkstraße 1
D - 91054 Erlangen

Univ.-Doz. Mag. Dr. Wolfgang LUTZ

Internationales Institut für angewandte Systemanalyse
Schloßplatz 1
A - 2361 Laxenburg

Univ.-Ass. Dr. Gerhard MARSCHÜTZ

Universität Wien, Institut für Moraltheologie, Abt. Ehe- und Familienforschung
Schottenring 21
A - 1010 Wien

Mag. Judit MARTE

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Ministerbüro
Stubenbastei 5
A - 1010 Wien

Gerald MESSNER

J. E. Plonerstraße 7
A - 9900 Lienz

Univ.-Prof. Dr. Gerold MIKULA

Karl Franzens-Universität Graz, Institut für Psychologie, Abt. f. Sozialpsychologie
Universitätsplatz 2
A - 8010 Graz

Pfr. Dr. Bernhard MUCHA

Oberortstraße 1
A - 2440 Gramatneusiedl

BdsSchr. Kurt NEKULA M.A.

Österreichische Kinderfreunde
Rauhensteingasse 5/5
A - 1010 Wien

Maria Anna NEUBACHER

Kreuzstraße 14/1
A - 5020 Salzburg

Mag. Renate OGRIS-STEINKLAUBER

Autalerstraße 12
A - 8074 Graz

Mag. Maria ORTHOFER-SAMHABER

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Abt. V/2
Franz Josefs-Kai 51
A - 1010 Wien

Prof. Dr. Notburga OTT

Mainzer Landstraße 374
D - 60326 Frankfurt am Main

Mechthild PAUL

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung
Ostmerheimerstraße 220
D - 51109 Köln

Mag. Dr. Alice PENEDER

Volksfeststraße 6
A - 4020 Linz

HR Mag. Josef PETRIK

Gersthofenstraße 150/2/1
A - 1180 Wien

Mag. Christiane PFEIFFER

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Johannes PFLEGERL

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Prof. Mag. Dr. Heinrich PICHLER

Schöckelbachweg 37b/I
A - 8045 Graz

Dr. Pawel PORADA (†)

Diözese Gliwice
ul. Makuszyńskiego 19
PL - 44109 Gliwice

Dr. Hans PRÖMER

Wildmoosweg 5
A - 5020 Salzburg

Mag. Kurt REINBACHER

Erzdiözese Salzburg, Familienreferat
Dreifaltigkeitsgasse 12
A - 5020 Salzburg

Prof. Dr. Karin REIS

Fachhochschule Neubrandenburg
Brodaerstraße 2
D - 17033 Neubrandenburg

Dr. Renate RIEDLER-SINGER

Institut für Ehe- und Familientherapie
Praterstraße 40/10
A - 1020 Wien

Mag. Mirjam RINDERER

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. IIb
Römerstraße 15
A - 6901 Bregenz

Univ.-Doz. Mag. Dr. Sieglinde ROSENBERGER

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft
Christoph Probst-Platz
A - 6020 Innsbruck

Mag. Rolf SAUER

Pastoralamt der Diözese Linz, Referat für Ehe und Familie
Kapuzinerstraße 84
A - 4020 Linz

Dipl.-Ing. Dr. Helmuth SCHATTOVITS

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Mag. Rudolf Karl SCHIPFER

Österreichisches Institut für Familienforschung
Gonzagagasse 19/8
A - 1010 Wien

Ursula SCHOLZ

Dornbacherstraße 86/6
A - 1170 Wien

Mag. Ernst SIEBENHOFER

Diözese Graz-Seckau, Familienreferat
Bischofplatz 4
A - 8010 Graz

Mag. Annemarie SIESS

Fachschule für Sozialberufe der Caritas
Maximilianstraße 41/3
A - 6020 Innsbruck

Dorothea SINDERMANN

Neuwaldeggerstraße 16/1/5
A - 1170 Wien

DSA Egbert STEINER

Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien
Gonzagagasse 15
A - 1010 Wien

Univ.-Doz. Dr. Gerald STEINHARDT

Technische Universität, Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung
Argentinerstraße 8/187
A - 1040 Wien

Dr. Monika STIEGLER

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark
Hans Resel-Gasse 10
A - 8020 Graz

Pfr. Mag. Heinz STROH

Evangelisches BH Deutschfeistritz
A - 8121 Deutschfeistritz 208

Mag. Monika THENNER

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Berggasse 17
A - 1090 Wien

Dr. Brigitta WEHRL-NOVOTNY

Linzer Straße 160/4/2
A - 1140 Wien

Univ.-Ass. Mag. Dr. Harald WERNECK

Universität Wien, Institut für Psychologie
Liebiggasse 5/1
A - 1010 Wien

LAbg. GR DDr. Romana WIDHALM (†)

Bundesministerium für Jugend und Familie, Sektion V
Franz Josefs-Kai 51
A - 1010 Wien

Ass.-Prof. Univ.-Doz. Mag. DDr. Liselotte WILK

Johannes Kepler-Universität Linz, Institut für Soziologie
Altenbergerstraße 69
A - 4040 Linz-Auhof

Univ.-Prof. Dr. Beate WIMMER-PUCHINGER

Ludwig Boltzmann-Institut für Gesundheitspsychologie der Frau
Bastiengasse 36-38
A - 1180 Wien

ORegR Mag. Wolfgang WINDHOLZ

Amt der NÖ Landesregierung, Abt. I/10
Herrengasse 19
A - 1014 Wien

Dr. Walter WOLF

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Abt. 5 - Soziale Fragen
Hintere Zollamtstraße 2b
A - 1033 Wien

Univ.-Prof. Dr. Klaus ZAPOTOCZKY

Johannes Kepler-Universität Linz, Institut für Soziologie
Altenbergerstraße 69
A - 4040 Linz-Auhof

Dr. Marie-Luise ZUZAN

Amt der Salzburger Landesregierung, Familienreferat
Schwarzstraße 21
A - 5020 Salzburg